

Der Kampf gegen den Faschismus in Deutschland

Jalava Hugo:

WIE KONNTEN DIE NAZIS SIEGEN?

Seite 2

Leo Trotzki:

WIE WIRD DER NATIONALSOZIALISMUS GESCHLAGEN?

Seite 3

Leo Trotzki:

PORTRÄT DES NATIONALSOZIALISMUS

Seite 7

Leo Trotzki:

WAS NUN? SCHICKSALSFRAGEN DES DEUTSCHEN PROLETARIATS

Seite 10

Wladek Flakin:

ZUR TROZKISTISCHEN ORGANISATION IN DEUTSCHLAND

Seite 46

Marcel Bois:

DIE KPD UND DER FASCHISMUS

Seite 47



**Revolutionäre
Internationalistische
Organisation**

READER NR.



Jalava Hugo:

Wie konnten die Nazis siegen?

Als vor 75 Jahren der Reichstag brannte, war es schon zu spät – der Sieg der Faschisten und die Schuld daran

JedeR kennt den Faschismus aus der Schule und das Thema hängt vielen zum Hals raus. Das ist auch nur allzu gut verständlich, denn der deutsche Faschismus wird immer wieder auf die gleiche, oberflächliche Art und Weise dargestellt. Schulstunden zur Naziherrschaft gleichen einer „Geisterbahnfahrt“ durch die „bösen alten Zeiten“ und Hitler ist der Teufel, der die vielen dummen Arbeitslosen überzeugte und so sein Terrorregime aus dem Hut zaubern konnte.

Am 28. Februar war der 75. Jahrestag des Reichstagsbrandes – ein Anlass, auf eine andere Weise den Aufstieg des deutschen Faschismus beleuchten.

Der Aufstieg

Die tiefe wirtschaftliche Krise hatte auch die Mittelschichten, das so genannte Kleinbürgertum, getroffen und radikalisiert. Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antimarxismus und eine gewisse Gegnerschaft gegenüber Kapitalismus und moderner Industrie – das war die NSDAP. Vor allem im Hass auf alles Marxistische sahen sich die verschiedenen Strömungen der radikalen Rechten vereint.

Das war schließlich auch die Eigenschaft, die die Nazis auch für GroßkapitalistInnen so interessant werden ließ, so dass die Großindustriellen Thyssen und Krupp sogar drei Millionen Reichsmark Wahlkampfschuss zahlten. Denn die radikale Arbeiterschaft und ihre Organisationen, namentlich die Kommunistische Partei (KPD), wurden immer stärker. In einigen Industriezentren hatte sie sogar die Unterstützung der Mehrheit der organisierten ArbeiterInnen.

Freund und Feind meinten, dass die KommunistInnen gut auf die Machtübernahme vorbereitet seien. Das tödliche Problem der KommunistInnen war aber ihre ultralinke Politik. Für die KPD am Ende der Weimarer Republik war der „Hitler-Faschismus“ nur eine Form des Faschismus. Die KPD sah selbst in den SozialdemokratInnen „Sozial-Faschisten“. Während die SPD-FührerInnen rechtsstaatliche Illusionen schürten und die faschistische Gefahr rigoros herunterspielten, verhinderten die stalinistischen KPD-FührerInnen durch ihre „Sozialfaschismus“-Theorie jegliche Einheitsfront.

Die Einheitsfront

Die Einheitsfront, die vereinte Aktion der Arbeiterklasse zur Abwehr der faschistischen Gefahr, wäre nötig gewesen. „Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen!“ – das war das Gebot der Stunde. Dafür traten auch die TrotzkiInnen vehement ein: „Verteidigung der demokratischen Rechte, Organisation von Massenstreiks!

Einberufung eines Betriebsräte- und Erwerbslosenausschüsse-Kongresses, der die konkreten Maßnahmen zur Durchführung dieser Abwehraktionen trifft!“ Doch die StalinistInnen beschränkten sich auf eine „rote Einheitsfront“ mit sich selbst: Auf diese KPD-„Einheitsfront“ konnten die SPD-ArbeiterInnen verzichten.

Dabei wäre gerade eine gemeinsame Aktionsfront eine Möglichkeit gewesen, die zurückhaltenderen ArbeiterInnen von der Unfähigkeit der sozialdemokratischen FührerInnen zu überzeugen. Denn im Kampf zeigt sich, wie sehr die reformistischen BürokratInnen, durch ihre Angst um das kapitalistische System, die Möglichkeiten des Proletariats begrenzen, während die RevolutionärInnen konsequent für die volle Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse eintreten. Zum Beispiel wäre ein Generalstreik gegen die Nazis oder gar die Arbeiterbewaffnung für die staats-treuen SozialdemokratInnen ein Problem, aber für jedeN sozialdemokratischeN ArbeiterIn eine offensichtliche Notwendigkeit gewesen. So hätte die erfolgreiche antifaschistische Defensive eine entscheidende Vorstufe eben der „revolutionären Offensive“ werden können, die die KPD-FührerInnen so vollmundig versprochen.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Daraufhin veröffentlichte die KPD einen Aufruf zum Generalstreik, dem aber kaum jemand folgte. Der Graben, den die KPD zwischen sich und den „Sozialfaschisten“ gezogen hatte, war viel zu tief. An einigen Orten kam es dennoch zur Zusammenarbeit, vor allem die sozialistische Jugend war zu gemeinsamen antifaschistischen Initiativen bereit, doch die SPD-Führung drohte mit Parteiausschluss. Die neue Regierung nahm den Generalstreik-Aufruf zum Anlass, linksradikale Versammlungen, Demos und Zeitungen zu verbieten. Die braunen Horden hatten ab dem 30. Januar zunehmend Narrenfreiheit, die Polizei verlor nun jeden Schein von Unabhängigkeit. Der Terror richtete sich fast nur gegen KommunistInnen. Massenhafte Verhaftungen und Hausdurchsuchungen waren an der Tagesordnung.

Der Brand

Am 28. Februar brannte der Reichstag. Was folgte war maßlose antikommunistische Hetze und Hysterie. Durch eine weitere Notverordnung wurden Grundrechte außer Kraft gesetzt, in den folgenden Tagen wurden zehntausende KommunistInnen verhaftet.

Am Tag nach den Wahlen vom 5. März wurden die Aktivitäten der KPD vollständig für illegal erklärt und ihre Reichstagsitze gestrichen. KeinE SPD-FührerIn protestierte mit einem Wort

gegen diese Maßnahme. Schon seit Amtsantritt Hitlers wiesen die sozialdemokratischen FührerInnen ihre Mitglieder an, abzuwarten, ob die Hitler-Regierung die Verfassung und ihre Zusicherungen einhalten würde. Die Verfolgung betraf ja schließlich zunächst nur die radikalen, „demokratiefeindlichen“ Linken.

Das so genannte Ermächtigungsgesetz, mit dessen Hilfe das Parlament vollständig entmachtet wurde, wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Die SPD-Fraktion war allein dagegen, die KPD-Fraktion im Knast oder im Untergrund. Jetzt gingen die Nazis auch gegen die SozialdemokratInnen vor. Gerade für die GewerkschaftsführerInnen war dies aber eher ein Grund, noch stärker mit der neuen Regierung zu kuscheln. Sie hofften, „daß ihre geschichtliche Leistung gerade von der Regierung anerkannt wird, die sich das große auch von der Arbeiterschaft anerkannte Ziel setzt, die innere und äußere Freiheit der Nation auf die schöpferischen Kräfte des ganzen Volkes zu gründen.“

Die Gewerkschaften riefen sogar zur Nazi-Kundgebung zum 1. Mai auf. Doch es half nichts. Am 2. Mai besetzten SA, SS und Polizei die Gewerkschaftshäuser. Damit war die deutsche Arbeiterbewegung vollständig zerschlagen.

Die Geschichte des Sieges der NationalsozialistInnen ist die Geschichte der großen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, von der sie sich bis heute nicht wieder erholt hat. Die deutsche Arbeiterbewegung war die weltweit bestorganisierte, bewundert von ArbeiterInnen rund um den Erdball. Doch der Verrat der Sozialdemokratie und und das Versagen der stalinistischen KPD-Führung, eine echte Einheitsfront aufzubauen, führten dazu, dass diese mächtige Arbeiterschaft so gut wie kampfflos zugrunde gerichtet wurde.

Was machen wir jetzt?

Heute, wo wir uns auch in Deutschland wieder auf eine Krise zubewegen, recken auch wieder radikalisierte KleinbürgerInnen in Gestalt von NPD oder DVU ihre Köpfe. Sie nur auf die „böse Hitlerzeit“ festzunageln, hat keinen Erfolg.

Wir müssen den (klein-)bürgerlichen Antworten auf die Probleme im Kapitalismus, wir müssen dem Konzept der „Volksgemeinschaft“, unser Konzept von Klassen-solidarität, sozialer Revolution und Rätedemokratie entgegenstellen. Das ist der größte Dienst, den wir den vielen Tausend Schwestern und Brüdern tun können, die im Feuer der faschistischen Barbarei vernichtet wurden.

Leo Trotzki:

Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?

Brief an einen deutschen Arbeiter-Kommunisten, Mitglied der KPD

Deutschland durchlebt gegenwärtig eine jener großen historischen Stunden, von denen das Schicksal des deutschen Volkes, das Schicksal Europas und in bedeutendem Maße das Schicksal der ganzen Menschheit auf Jahrzehnte hinaus abhängt. Setzt man eine Kugel auf die Spitze einer Pyramide, so kann ein geringer Anstoß sie nach links oder rechts hinabrollen lassen. Das ist die Lage, der sich Deutschland mit jeder Stunde nähert. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge nach rechts hinabrollen und der Arbeiterklasse den Rücken zerschmettern. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge sich auf der Spitze halten. Das ist eine Utopie. Die Kugel kann sich auf der Pyramidenspitze nicht halten. Die Kommunisten wollen, die Kugel möge nach links hinabrollen und dem Kapitalismus den Rücken zerschlagen. Aber wollen ist wenig, man muß können. Versuchen wir nochmals ruhig zu überlegen: ist die Politik, die gegenwärtig vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands getrieben wird, richtig oder falsch?

Was will Hitler?

Die Faschisten wachsen sehr schnell. Die Kommunisten wachsen gleichfalls, aber bedeutend langsamer. Das Wachstum der äußersten Pole beweist, daß sich die Kugel auf der Pyramidenspitze nicht halten kann. Das rasche Anwachsen der Faschisten bringt die Gefahr, daß die Kugel nach rechts hinabrollen kann. Das ist eine gewaltige Gefahr.

Hitler beteuert, er sei gegen den Staatsstreich. Um die Demokratie ein für alle Mal zu erdrosseln, will er sozusagen nicht anders als auf demokratischem Wege zur Macht gelangen. Kann man dem ernstlich Glauben schenken?

Gewiß könnten die Faschisten damit rechnen, bei den nächsten Wahlen auf friedlichem Wege die absolute Mehrheit zu erlangen, würden sie diesen Weg vielleicht sogar bevorzugen. In Wirklichkeit aber ist dieser Weg für sie undenkbar. Es ist albern, zu meinen, die Nazis würden unbegrenzt lange Zeit ununterbrochen so wachsen, wie sie jetzt wachsen. Früher oder später müssen sie ihr soziales Reservoir erschöpfen. Der Faschismus vereint in sich so furchtbare Widersprüche, daß der Moment kommen muß, wo die Ebbe die Flut ablöst. Dieser Moment kann eintreten, lange bevor die Faschisten mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigt haben. Halt machen werden sie nicht können, denn sie werden keine Wahl mehr haben. Sie werden gezwungen sein, auf den Umsturz zuzugehen.

Aber auch unabhängig davon ist den Faschis-

ten der demokratische Weg abgeschnitten. Das ungeheure Anwachsen der politischen Widersprüche im Lande und die Räuberagitation der Faschisten werden unvermeidlich dazu führen, daß, je näher der Faschismus der Mehrheit kommt, um so mehr sich die Atmosphäre erhitzen wird und um so mehr sich die Zusammenstöße und Kämpfe ausbreiten werden. In dieser Perspektive ist der Bürgerkrieg absolut unvermeidlich. Die Frage der Machtergreifung durch die Faschisten werden folglich nicht Abstimmungen entscheiden, sondern der Bürgerkrieg, den die Faschisten vorbereiten und auslösen.

Kann man auch nur eine Minute annehmen, daß Hitler und seine Berater dies nicht begreifen und voraussehen? Das hieße, sie für Dummköpfe halten. Es gibt kein größeres Verbrechen in der Politik, als auf die Dummheit eines starken Feindes zu hoffen. Kann aber Hitler nicht übersehen, daß der Weg zur Macht durch grausamsten Bürgerkrieg hindurchführt, so heißt das, daß seine Reden vom friedlichen, demokratischen Weg eine bloße Tarnung sind, eine Kriegslist. Umso mehr heißt es, die Augen offen zu halten.

Was verbirgt sich hinter Hitlers Kriegslist?

Sein Kalkül ist ganz einfach und leicht zu durchschauen: er will den Gegner durch die langfristige Perspektive des parlamentarischen Wachstums der Nazis einschläfern, um in einer günstigen Minute den Todesstoß gegen den eingeschlaferten Widersacher zu führen. Durchaus möglich, daß Hitlers Verbeugungen vor dem demokratischen Parlamentarismus überdies helfen sollen, in der nächsten Zeit irgendeine Koalition herzustellen, in der die Faschisten die wichtigsten Posten erlangen und sie wiederum für den Staatsstreich ausnützen würden. Denn es ist vollkommen klar, daß die Koalition, sagen wir - zwischen Zentrum und Faschisten, nicht eine Etappe zur »demokratischen« Lösung der Frage wäre, sondern eine Stufe zum Staatsstreich unter den für die Faschisten günstigsten Bedingungen.

Man muß auf kurze Sicht anlegen

Das alles bedeutet, daß die Lösung - sogar unabhängig vom Willen des faschistischen Stabes - im Laufe der nächsten Monate, wenn nicht Wochen eintreten muß. Das ist von gewaltiger Bedeutung für die Ausarbeitung der richtigen Politik. Läßt man zu, daß die Faschisten in zwei, drei

Monaten die Macht ergreifen, so wird im nächsten Jahr der Kampf mit ihnen zehnmal schwerer sein als in diesem. Alle auf zwei, drei, fünf Jahre im voraus berechneten revolutionären Pläne werden sich als klägliches und schmähhches Geschwätz erweisen, läßt die Arbeiterklasse im Laufe der nächsten zwei, drei, fünf Monate die Faschisten an die Macht kommen. Der zeitliche Kalkül ist bei Kriegsoperationen wie bei der Politik in revolutionären Krisen von entscheidender Bedeutung.

Nehmen wir zur Erläuterung unseres Gedankens eine entfernter liegende Möglichkeit. Hugo Urbahns¹, der sich für einen »Linkskommunisten« hält, erklärt die deutsche Partei für bankrott, für politisch erledigt und schlägt vor, eine neue Partei zu schaffen. Hätte Urbahns recht, so hieße das, daß der Sieg der Faschisten gesichert wäre, denn zur Schaffung einer neuen Partei bedürfte es Jahre (wobei durchaus nicht erwiesen ist, daß Urbahns Partei auch nur irgendwie besser wäre als die Partei Thälmanns²; als Urbahns an der Spitze der Partei stand, gab es keineswegs weniger Fehler).

Ja, würden die Faschisten wirklich die Macht erobern, so bedeutete dies nicht nur die physische Zerschlagung der Kommunistischen Partei, sondern ihren wahrhaften politischen Bankrott. Eine schmähhliche Niederlage gegen Banden von menschlichem Staub - das würde das Vielmillionenproletariat Deutschlands der Kommunistischen Internationale und ihrer deutschen Sektion niemals verzeihen. Die Machtergreifung durch die Faschisten würde daher höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit

1. Hugo Urbahns (1890-1946) war Mitglied des Spartakusbundes und Gründungsmitglied der KPD. Er gehörte zwischen 1921-1924 zur inneren KPD-Führung. Er wurde 1926 aus der Partei ausgeschlossen und wurde eine Führungsfigur der Kommunistischen Linken; ab 1928 war er Vorsitzender des Leninsbundes. Er hatte gewisse Nähe zu Leo Trotzki bis 1929/30, als er Differenzen über die Frage des Charakters der Sowjetunion (er meinte, diese sei kapitalistisch) und die Frage der Komintern (er meinte, diese sei bereits unreformierbar) entwickelte und beide miteinander brachen - obwohl sie sich in der Frage der Einheitsfront weitgehend einig waren.
2. Ernst Thälmann (1886-1944) war Mitglied der USPD und ging mit dieser zur KPD über. Er gehörte zwischen 1921-1924 zur inneren KPD-Führung. Ab 1925 wurde er KPD-Vorsitzender, weil er sich im Gegensatz zu anderen Linken (Fischer, Maslow, Urbahns usw.) besonders beugsam gegenüber Moskau zeigte. Wegen einer Geldveruntreuungssaffäre 1928 wurde er kurzzeitig von der Partei suspendiert und musste von Moskau gerettet werden - spätestens dann war er völlig von Stalin abhängig. Er wurde kurz nach dem Reichstagsbrand verhaftet und starb im KZ.

der Schaffung einer neuen revolutionären Partei bedeuten und aller Wahrscheinlichkeit nach auch einer neuen Internationale. Das wäre eine furchtbare historische Katastrophe. Aber heute annehmen, all das sei unvermeidlich, können nur wahrhaftige Liquidatoren, die sich unter dem Deckmantel hohler Phrasen in Wirklichkeit daranmachen, feige noch vor dem Kampf und ohne Kampf zu kapitulieren. Mit dieser Auffassung haben wir Bolschewiki-Leninisten, die von den Stalinisten »Trotzkisten« genannt werden, nichts gemein.

Wir sind unerschütterlich davon überzeugt, daß der Sieg über die Faschisten möglich ist - nicht nach ihrer Machtergreifung, nicht nach fünf, zehn oder zwanzig Jahren ihrer Herrschaft, sondern jetzt, unter den gegebenen Bedingungen, in den kommenden Wochen und Monaten.

Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich

Zum Sieg braucht man eine richtige Politik. Das heißt, man braucht vor allem eine Politik, die auf die gegenwärtige Lage berechnet ist, auf die heutige Kräftegruppierung, und nicht auf die Lage, die in ein, zwei oder drei Jahren eintreten soll, wenn die Machtfrage längst schon entschieden sein wird.

Das ganze Unglück besteht darin, daß die Politik des Zentralkomitees der deutschen Kommunistischen Partei teils bewußt, teils unbewußt von der Anerkennung der Unvermeidbarkeit des faschistischen Sieges ausgeht. In der Tat geht in dem am 29. November veröffentlichten Aufruf zur »Roten Einheitsfront« das Zentralkomitee der KPD von dem Gedanken aus, daß man den Faschismus nicht besiegen kann, ohne zuvor die Sozialdemokratie besiegt zu haben. Den gleichen Gedanken wiederholt Thälmann in seinen Artikeln in allen Tonarten. Ist dieser Gedanke richtig? Im historischen Maßstab ist er unbedingt richtig. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß man mit seiner Hilfe, das heißt durch seine bloße Wiederholung, die Tagesfragen lösen kann. Ein vom Standpunkt der revolutionären Strategie im ganzen richtiger Gedanke schlägt in Lüge um, übersetzt man ihn nicht in die Sprache der Taktik. Ist es richtig, daß man zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Elend den Kapitalismus vernichten muß? Richtig. Aber nur der letzte Dummkopf kann daraus die Folgerung ziehen, daß wir nicht schon heute aus allen Kräften gegen jene Maßnahmen kämpfen müssen, mit deren Hilfe der Kapitalismus das Elend der Arbeiter vergrößert.

Läßt sich hoffen, daß die Kommunistische Partei in den nächsten Monaten sowohl die Sozialdemokratie als auch den Faschismus niederwirft? Kein normal denkender Mensch, der lesen und rechnen kann, würde eine solche Behauptung riskieren. Politisch steht die Frage so: kann man jetzt, im Lauf der kommenden Monate, d.h. bei Existenz einer zwar geschwächten, aber immer noch (zum Unglück) sehr starken Sozialdemokratie, dem Faschismus siegreichen Widerstand leisten? Darauf antwortet das Zen-

tralkomitee verneinend. Mit anderen Worten: Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich.

Nochmals: die russische Erfahrung

Um meinen Gedanken möglichst klar und konkret vorzuführen, komme ich nochmals auf die Erfahrung mit dem Aufstand von Kornilow³ zurück. Am 26. August (alten Stils) des Jahres 1917 führte General Kornilow ein Kosakenkorps und eine »wilde« Division gegen Petrograd. An der Macht stand Kerenski, Lakai der Bourgeoisie und zu drei Vierteln Kornilows Bundesgenosse. Lenin befand sich in Illegalität wegen der Anklage, im Dienste der Hohenzollern zu stehen. Der gleichen Anklage wegen saß ich während jener Tage in einer Einzelzelle des Kresty-Gefängnisses. Wie gingen die Bolschewiki in dieser Lage vor? Auch sie hatten ein Recht zu sagen: »Um die Kornilowiade zu besiegen, muß man die Kerenskiade besiegen.« Sie hatten dies mehr als einmal gesagt, denn das war richtig und notwendig für die gesamte weitere Propaganda. Aber das war vollkommen unzureichend, um am 26. August und in den darauffolgenden Tagen Kornilow Widerstand zu leisten und ihm zu wehren, das Petrograder Proletariat abzuschlachten. Daher begnügten sich die Bolschewiki nicht mit einem allgemeinen Aufruf an die Arbeiter und Soldaten, mit den Versöhnern zu brechen und die Rote Einheitsfront der Bolschewiki zu unterstützen. Nein, die Bolschewiki schlugen den Menschewiki und Sozialrevolutionären eine einheitliche Kampffront vor und schufen mit ihnen gemeinsame Kampforganisationen. War das richtig oder falsch? Möge Thälmann mir das beantworten. Um noch klarer zu zeigen, wie die Sache mit der Einheitsfront stand, will ich folgende Episode anführen: ich begab mich sogleich nach meiner - gegen eine von den Gewerkschaften erlegte Kaution erfolgten - Haftentlassung direkt aus der Einzelzelle ins Komitee für Volksverteidigung, wo ich mit dem Menschewiken Dan und dem Sozialrevolutionär Goz, Bundesgenossen Kerenskis, die mich im Kerker festgehalten hatten, über die Fragen des Kampfes gegen Kornilow diskutierte und Beschlüsse faßte. War das richtig oder falsch? Möge Remmele⁴ mir dies beantworten.

3. Der Kornilow-Aufstand im August 1917 war ein Putschversuch von einem reaktionären General gegen die Regierung von Alexander Kerenski in Russland. Dieser Putsch konnte sowohl von AnhängerInnen wie von GegnerInnen von Kerenski (zu Letzteren gehörten die Bolschewiki) abgewehrt werden; diese Abwehr war letztendlich ein Vorspiel der Oktoberrevolution. Siehe: <http://www.revolution.de.com/zeitung/zeitung25/kornilowputsch.html>

4. Hermann Remmele (1880-1939) war Mitglied der USPD und ging mit dieser zur KPD über. Er war ab 1924 Mitglied des Politbüros und galt als Theoretiker - zusammen mit Heinz Neumann bildete er den extrem linken (aber moskautreuen) Flügel in der Ära Thälmanns. Er ist 1932 in die UdSSR ausgewandert und starb 1939 während der Säuberungen.

Ist Brüning das »kleinere Übel«?

Die Sozialdemokratie unterstützt Brüning, stimmt für ihn, übernimmt für ihn die Verantwortung vor den Massen - mit der Begründung, die Brüning-Regierung⁵ sei das »kleinere Übel«. Die gleiche Auffassung versucht, Die Rote Fahne' mir zuzuschreiben⁶ - mit der Begründung, daß ich mich gegen die dumme und schändliche Teilnahme der Kommunisten am Hitler-Volksentscheid ausgesprochen habe⁷. Aber haben denn die deutsche Linksopposition und ich im besonderen verlangt, die Kommunisten sollten für Brüning stimmen und ihn unterstützen? Wir Marxisten betrachten Brüning und Hitler samt Braun⁸ als verschiedene Teilelemente ein und desselben Systems. Die Frage, wer von ihnen das »kleinere Übel« ist, hat keinen Sinn, denn das System, das wir bekämpfen, benötigt all diese Elemente. Aber diese Elemente befinden sich augenblicklich im Zustand des Konflikts, und die Partei des Proletariats muß diesen Konflikt im Interesse der Revolution ausnützen.

Eine Tonleiter umfaßt sieben Töne. Die Frage, welcher der Töne »besser« sei: Do, Re oder Mi ist eine unsinnige Frage. Der Musikant muß aber wissen, wann und auf welche Taste er zu schlagen hat. Ebenso unsinnig ist die abstrakte Frage, wer das kleinere Übel ist: Brüning oder Hitler. Man muß wissen, auf welche von diesen Tasten zu schlagen ist. Ist das verständlich? Für Verständnisschwache sei noch ein Beispiel angeführt. Wenn einer der Feinde mir täglich mit kleinen Giftportionen zusetzt, der zweite aber aus der Ecke hervorschießen will, so schlage ich vor allem diesem zweiten Feinde den Revolver aus der Hand, denn das gibt mir die Möglichkeit, mit dem ersten Feinde fertig zu werden. Das heißt aber nicht, daß Gift im Vergleich zum Revolver ein »kleineres Übel« ist.

Das Unglück besteht gerade darin, daß sich die Führer der deutschen Kommunistischen Partei auf den gleichen Boden gestellt haben wie die Sozialdemokratie, bloß mit umgekehrtem Vorzeichen: die Sozialdemokraten stimmen für Brüning, indem sie ihn als kleineres Übel anerkennen. Die Kommunisten aber, die Brüning und

5. Heinrich Brüning (1885-1970) war ein Politiker der Zentrumspartei und von 1930 bis 1932 Reichskanzler. Er trat am 30. Mai 1932 wegen Streitigkeiten mit Reichspräsident Hindenburg zurück und wurde von Franz von Papen ersetzt.

6. Siehe z.B. der Artikel von Thälmann »Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu Ihrer Überwindung« vom Dezember 1931 in: E. Thälmann: Reden und Aufsätze 1930-1933, Bd. 1, S. 301. Man lese auch den Ausschnitt aus einer Rede, die Ernst Thälmann im Hamburger Wahlkampf gehalten hatte, und unter dem Titel "Die SPD-All- Arbeiter und das 'kleinere Übel'" in der Hamburger Volkszeitung vom 18.9.1931 abgedruckt war, und worin die von Trotzki kritisierten Vorstellungen vom »kleineren Übel« konzentriert zutage.

7. Siehe den Artikel Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des »Roten Volksentscheid«

8. Otto Braun (1872-1955) war ein SPD-Politiker, der von 1920 bis 1932 fast ununterbrochen Ministerpräsident von Preußen war. Er wurde 1932 beim so genannten "Preußenschlag" abgesetzt, als Reichskanzler von Papen die direkte Kontrolle über die preußische Regierung übernahm.

Braun in jeder Weise das Vertrauen verweigern (und das ist vollkommen richtig gehandelt), gingen auf die Straße, um Hitlers Volksentscheid⁹ zu unterstützen, das heißt den Versuch der Faschisten, Brüning zu stürzen. Damit aber haben sie selbst Hitler als das kleinere Übel anerkannt, denn der Sieg des Volksentscheids hätte nicht das Proletariat an die Macht gebracht, sondern Hitler. Fürwahr, es ist eine Pein, solche Ab-Fragen auseinandersetzen zu müssen! Schlecht ist es bestellt, wenn Musikanten wie Remmele, statt die Noten zu unterscheiden, die Klaviatur mit dem Stiefel bearbeiten.

Es geht nicht um die Arbeiter, die die Sozialdemokratie verlassen haben, sondern um jene, die in ihr verharren

Die Tausende von Noskes¹⁰, Wels¹¹ und Hilferdings¹² ziehen letzten Endes den Faschismus dem Kommunismus vor. Aber dazu müssen sie sich endgültig von den Arbeitern lösen. Heute ist das noch nicht so. Heute gerät die Sozialdemokratie als Ganzes, bei all ihren inneren Widersprüchen, in scharfen Konflikt mit den Faschisten. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Konflikt auszunützen, und nicht darin, die Widersacher gegen uns zu vereinigen.

Die Front muß jetzt gegen den Faschismus gerichtet werden. Und diese für das ganze Proletariat gemeinsame Front des direkten Kampfes gegen den Faschismus muß man für den von der Flanke geführten, darum aber nicht minder wirksamen Kampf gegen die Sozialdemokratie ausnützen.

Man muß in der Tat die völlige Bereitschaft zeigen, mit den Sozialdemokraten einen Block gegen die Faschisten zu bilden, wo immer sie sich darauf einlassen. Sagt man den sozialdemokratischen Arbeitern: »Werft Eure Führer beiseite und schließt Euch unserer »parteilosen«

Einheitsfront an«, so fügt man tausend anderen nur eine weitere hohle Phrase hinzu. Man muß verstehen, die Arbeiter in der Wirklichkeit von den Führern loszulösen. Die Wirklichkeit aber ist jetzt - der Kampf gegen den Faschismus.

Es gibt und wird zweifellos sozialdemokratische Arbeiter geben, die bereit sind, Hand in Hand mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Faschisten zu kämpfen, unabhängig vom Willen und sogar gegen den Willen der sozialdemokratischen Organisationen. Mit solchen fortschrittlichen Elementen muß man selbstverständlich möglichst enge Bindungen herstellen. Aber sie sind vorderhand nicht von großer Zahl. Der deutsche Arbeiter ist erzogen im Geist von Organisation und Disziplin. Das hat seine starken und schwachen Seiten. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter will gegen die Faschisten kämpfen, aber - vorwiegend noch - nicht anders als gemeinsam mit ihrer Organisation. Diese Etappe läßt sich nicht überspringen. Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, in der Praxis - in der neuen, außergewöhnlichen Situation - zu überprüfen, was ihre Organisationen und Führer wert sind, wenn es um Leben und Tod der Arbeiterklasse geht.

Man muß der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten aufzwingen

Das Unglück besteht darin, daß es im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei viele erschrockene Opportunisten gibt. Sie haben gehört, daß der Opportunismus sich in der Vorliebe für Bündnisse zeigt, darum sind sie gegen Blocks. Sie begreifen nicht den Unterschied zwischen, sagen wir, parlamentarischen Abkommen und einer - selbst noch so bescheidenen - Kampfvereinbarung für einen Streik oder Schutz von Arbeiterdruckereien vor faschistischen Banden.

Wahlabkommen, parlamentarische Vereinbarungen, die zwischen der revolutionären Partei und der Sozialdemokratie abgeschlossen werden, dienen in der Regel zum Vorteil der Sozialdemokratie. Praktische Vereinbarungen über Massenaktionen, über Kampfziele sind immer zum Nutzen der revolutionären Partei. Das Anglo-Russische Komitee¹³ war eine unzulässige Art der Blockbildung zweier Spitzen, auf gemeinsamer politischer Plattform, unbestimmt, trügerisch, zu keinerlei Aktion verpflichtend. Die Aufrechterhaltung dieses Blocks in der Zeit des Generalstreiks, wo der Generalrat eine Streikbrecherrolle versah, bedeutete seitens der Stalinisten, eine Verräterpolitik zu führen.

Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen

Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen! Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinsky¹⁴. Unter einer Bedingung: man darf sich nicht die eigenen Hände binden!

Ohne Verzug muß endlich ein praktisches System von Maßnahmen ausgearbeitet werden - nicht mit dem Ziel der bloßen »Entlarvung« der Sozialdemokratie (vor den Kommunisten), sondern mit dem Ziel des tatsächlichen Kampfes gegen den Faschismus. Die Frage des Betriebschutzes, der freien Tätigkeit der Betriebsräte, der Unantastbarkeit der Arbeiterorganisationen und -einrichtungen, der Waffenlager, die von den Faschisten geplündert werden können, Maßnahmen für den Fall der Gefahr, die Koordination der Kampfhandlungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Abteilungen usw. müssen in dieses Programm aufgenommen werden.

Im Kampf gegen den Faschismus kommt den Betriebsräten gewaltige Bedeutung zu. Hier ist ein besonders genaues Aktionsprogramm notwendig. Jeder Betrieb muß ein antifaschistisches Bollwerk werden, mit eigenen Kommandanten und eigenen Kampfmanschaften. Man muß eine Karte der faschistischen Kasernen und der übrigen faschistischen Herde in jeder Stadt, in jedem Bezirk haben. Die Faschisten versuchen, die revolutionären Zentren zu umzingeln. Die Umzinger müssen umzingelt werden. Auf diesem Boden ist ein Übereinkommen mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur zulässig, sondern Pflicht. Darauf aus »prinzipiellen« Erwägungen verzichten (in Wirklichkeit aus bürokratischer Dummheit oder noch ärger: aus Feigheit), heißt direkt und unmittelbar dem Faschismus zu helfen.

Ein praktisches Programm von Vereinbarungen mit den sozialdemokratischen Arbeitern haben wir schon im September 1930 (»Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland«), das heißt vor eineinviertel Jahren, vorgeschlagen. Was hat die Leitung in dieser Richtung unternommen? Fast nichts.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich mit allem befaßt, außer mit dem, was seine direkte Aufgabe war. Wieviel wertvolle, unwiederbringliche Zeit ist versäumt! Wahrhaftig, es ist nicht mehr viel Zeit geblieben. Das Aktionsprogramm muß streng praktisch, streng sachlich sein, ohne alle künstlichen »Ansprüche«, ohne jegliche Hintergedanken, so daß jeder durchschnittliche sozialdemokratische Arbeiter sich sagt: was die Kommunisten vorschlagen, ist ganz unerlässlich für den Kampf gegen den Faschismus. Auf dieser Basis muß man die

9. Der "Hitler Volksentscheid" von August 1931 war eine Initiative der Nazis, die sozialdemokratische Regierung von Preußen zu abzuwählen. Ursprünglich war die KPD gegen das Volksbegehren, aber auf Befehl von Moskau - mit Unterstützung von Hermann Remmele und Heinz Neumann in der Führung der KPD - nannten sie es in einen "Roten Volksentscheid" um und riefen auch zur Stimmabgabe gegen die SPD-Regierung auf. Nur 9 Millionen stimmten für den Sturz der Regierung - notwendig wären 13 Millionen stimmen gewesen. Siehe: <http://www.nikolausbrauns.de/Preussenvolksentscheid.htm>. Oder: <http://www.mlwerke.de/tr/1931/310825a.htm>

10. Gustav Noske (1868-1946) war ein SPD-Politiker, der zwischen 1919 und 1920 als ersten Wehrminister der Weimarer Republik diente. In dieser Eigenschaft war er maßgeblich an der Niederschlagung der revolutionären Welle nach dem ersten Weltkrieg beteiligt - er galt deswegen als der "Bluthund" der frühen Weimarer Republik.

11. Otto Wels (1873-1939) war ein SPD-Politiker und zwischen 1919 und seinem Tod einer der Parteivorsitzenden. Berühmt ist er für seine Reichstagsrede gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz.

12. Rudolf Hilferding (1877-1941) war ein SPD-Politiker, der die Debatte über Imperialismustheorie in der Sozialistischen Internationale anstoss. Mehrmals diente er als Finanzminister in der Weimarer Republik.

13. Mit dem 'Anglo-Russischen Komitee' ist das »Vereinigte beratende Komitee der Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens und der UdSSR« gemeint, das im April 1905 in London von den Spitzen der britischen (Generalrat - General Council) und sowjetischen Gewerkschaften gebildet wurde. Es wurde erst lange nach der Niederlage des englischen Generalstreiks vom 3. bis 12. Mai 1926 aufgelöst, am 8.9.1927

14. Albert Grzesinsky (1879-1947) war ein SPD-Politiker, der als Polizeileiter in Preußen und Berlin diente. Zwischen 1928 und 1930 war er preußischer Innenminister und trug in diesem Amt Verantwortung für den Berliner "Blutmai" am 1. Mai 1929 - zwei Tage später sprach er sich für das Verbot des Rotfrontkämpferbundes aus. Zwischen 1930 und 1932 war er wieder Berliner Polizeipräsident.

sozialdemokratischen Arbeiter durch das Beispiel mit sich vorwärts ziehen und ihre Führer kritisieren, die dem unvermeidlich entgegenwirken und bremsen werden. Nur auf diesem Weg ist der Sieg möglich.

Ein gutes Lenin-Zitat

Die jetzigen Epigonen, durch und durch schlechte Schüler Lenins, lieben es, bei jedem Anlaß ihre Lücken mit - nicht selten ganz unangebrachten - Zitaten zu stopfen. Für den Marxisten wird die Frage nicht durch ein Zitat gelöst, sondern durch die richtige Methode. Läßt man sich von einer richtigen Methode leiten, ist es nicht schwer, auch passende Zitate zu finden. Nachdem ich den oben angeführten Vergleich mit dem Kornilowschen Aufstand gezogen hatte, sagte ich mir: wahrscheinlich kann man bei Lenin eine theoretische Erläuterung unseres Blocks mit den Versöhnern im Kampf gegen Kornilow finden. Und tatsächlich, im zweiten Teil des 14. Bandes der russischen Ausgabe fand ich die folgenden Zeilen in einem Brief an das Zentralkomitee, geschrieben Anfang September 1917:

»Die Kerenskiregierung dürfen wir selbst jetzt nicht unterstützen. Das wäre Prinzipienlosigkeit. Man wird fragen: Sollen wir etwa nicht gegen Kornilow kämpfen? Natürlich sollen wir das! Aber das ist nicht dasselbe; da gibt es eine Grenze, sie wird von manchen Bolschewiki überschritten, die in »Verständigungspolitik« verfallen, sich vom Strom der Ereignisse mitreißen lassen.

Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow ebenso wie die Truppen Kerenskis, aber wir unterstützen Kerenski nicht, sondern entlarven seine Schwäche. Das ist ein Unterschied. Das ist ein recht feiner, aber überaus wesentlicher Unterschied, den man nicht vergessen darf.

Worin besteht nun die Änderung unserer Taktik nach dem Aufstand von Kornilow?

Darin, daß wir die Form unseres Kampfes gegen Kerenski ändern. Ohne unsere Feindschaft gegen ihn auch nur um einen Deut zu mildern, ohne ein Wort von dem, was wir gegen ihn gesagt haben, zurückzunehmen, ohne auf die Aufgabe zu verzichten, Kerenski zu stürzen, sagen wir: Man muß der Situation Rechnung tragen, jetzt werden wir Kerenski nicht stürzen, wir werden jetzt an die Aufgabe, den Kampf gegen ihn zu führen, anders herangehen, und zwar werden wir das Volk (das gegen Kornilow kämpft) über Kerenskis Schwäche und über seine Schwankungen aufklären.«

Nichts anderes schlagen wir vor. Vollkommene Unabhängigkeit der kommunistischen Organisation und Presse, vollkommene Freiheit der kommunistischen Kritik, auch der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gegenüber. Nur verächtliche Opportunisten können eine Einschränkung der Freiheit der Kommunistischen Partei zulassen (z.B. im Wege des Eintritts in die

Kuomintang 15). Wir zählen nicht zu ihnen.

Nichts zurücknehmen von unserer Kritik an der Sozialdemokratie. Nichts vergessen von dem, was war. Die gesamte historische Rechnung, darunter auch die Rechnung für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wird eines Tages präsentiert werden, so wie auch die russischen Bolschewiki letzten Endes den Menschewiki und Sozialrevolutionären die Generalabrechnung für Hetze, Verleumdung, Verhaftungen, Mord an Arbeitern, Soldaten und Bauern präsentiert haben.

Aber wir haben unsere Generalabrechnung präsentiert, zwei Monate nachdem wir die Teilabrechnung zwischen Kerenski und Kornilow, zwischen »Demokraten« und Faschisten, dazu benutzt hatten, die Faschisten umso sicherer zurückzuschlagen. Nur darum haben wir gesiegt.

Wenn das Zentralkomitee der KPD sich die Haltung zu eigen macht, die im oben angeführten Lenin-Zitat zum Ausdruck kommt, wird sich das Herangehen an die sozialdemokratische Masse und die Gewerkschaftsorganisationen mit einem Schlag ändern: statt der Artikel und Reden, die überzeugend nur für die sind, die ohnehin schon überzeugt sind, werden die Agitatoren eine gemeinsame Sprache mit neuen Hunderttausenden und Millionen von Arbeitern finden. Die Differenzierung in der Sozialdemokratie wird mit verstärktem Tempo vor sich gehen. Die Faschisten werden bald spüren, daß die Aufgabe durchaus nicht darin besteht, Brüning, Braun und Wels zu betrügen, sondern darin, den offenen Kampf mit der ganzen Arbeiterklasse aufzunehmen. Im Faschismus wird dann auf dieser Ebene unvermeidlich eine tiefe Differenzierung vor sich gehen. Nur auf diesem Wege ist ein Sieg möglich.

Aber diesen Sieg muß man wollen. Es gibt unter den kommunistischen Funktionären nicht wenige feige Karrieristen und Bonzen, denen ihr Plätzchen, ihr Einkommen teuer ist und mehr noch - ihre Haut. Diese Leute sind sehr geneigt, mit ultraradikalen Phrasen zu prunken, hinter denen sich kläglicher und verächtlicher Fatalismus verbirgt. »Ohne Sieg über die Sozialdemokratie kann man sich mit dem Faschismus nicht schlagen!«, sagt so ein schrecklicher Revolutionär, und aus diesem Grund... besorgt er sich einen Reisepaß.

Arbeiter-Kommunisten, Ihr seid Hunderttausende, Millionen; Ihr könnt nirgendwohin wegfahren, für Euch gibt es nicht Reisepässe genug. Wenn der Faschismus an die Macht kommt, wird er wie ein furchtbarer Tank über Eure Schädel und Wirbelsäulen hinwegrollen. Rettung liegt nur in unbarmherzigem Kampf. Und Sieg kann nur das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen. Eilt, Arbeiter-Kommunisten, Ihr habt nicht mehr viel Zeit!

8. Dezember 1931

<http://www.mlwerke.de/tr/1931/311208a.htm>

15. Anfang 1924 trat die chinesische KP in die bürgerlich-nationalistische Partei Kuomintang (Guomintang) ein, wobei sie auf öffentliche Kritik an der Kuomintang verzichtete und sich zur Einhaltung der Parteidisziplin der Kuomintang verpflichtete.

Fußnoten: Wladek Flakin

Leo Trotzki:

Porträt des Nationalsozialismus

Naive Leute glauben, die Königswürde stecke im König selbst, in seinem Hermelinmantel und in der Krone, in seinem Fleisch und Bein. Aber die Königswürde ist ein Verhältnis zwischen Menschen. Der König ist nur darum König, weil sich in seiner Person die Interessen und Vorurteile von Millionen Menschen widerspiegeln. Wenn dieses Verhältnis vom Strom der Ereignisse weggespült wird, erweist sich der König bloß als ein verbrauchter Herr mit herabhängender Unterlippe. Davon dürfte, aus frischen Erlebnissen, jener erzählen können, der sich einst Alfons XIII. nannte.

Der Unterschied zwischen dem Führer von Gottes und dem von Volkes Gnaden ist der, daß dieser darauf angewiesen ist, sich selbst den Weg zu bahnen oder wenigstens den Umständen zu helfen, ihn zu entdecken. Aber jeder Führer ist immer ein Verhältnis zwischen Menschen, ein individuelles Angebot auf eine kollektive Nachfrage. Die Erörterungen über die Persönlichkeit Hitlers sind um so hitziger, je mehr man das Geheimnis seines Erfolges in ihm selbst sucht. Doch ist es schwer, eine andere politische Gestalt zu finden, die in einem solchen Maße Knoten unpersönlicher geschichtlicher Kräfte wäre. Nicht jeder erbitterte Kleinbürger könnte ein Hitler werden, aber ein Stückchen Hitler steckt in jedem von ihnen.

Das rasche Wachstum des deutschen Kapitalismus vor dem Kriege bedeutete bei weitem nicht die einfache Aufreihung der Mittelklassen; während er einzelne Schichten des Kleinbürgertums zugrunderichtete, schuf er wieder neue: Handwerker und Krämer um die großen Betriebe herum, Techniker und Angestellte in den Betrieben. Aber während sie sich zahlenmäßig hielten - das alte und das neue Kleinbürgertum umfaßt nicht viel weniger als die Hälfte des deutschen Volkes -, büßten die Mittelklassen den letzten Schatten von Selbständigkeit ein: sie lebten am Rande der Schwerindustrie und des Bankensystems, sie aßen die Brosamen vom Tisch der Kartelle, sie lebten von den geistigen Almosen ihrer alten Theoretiker und Politiker.

Die Kriegsniederlage verbaute dem deutschen Imperialismus den Weg. Die äußere Dynamik verwandelte sich in die innere, der Krieg ging in die Revolution über. Die Sozialdemokratie, die den Hohenzollern geholfen hatte, den Krieg bis zum tragischen Ende zu führen, verbot dem Proletariat, nun seinerseits die Revolution bis zum Ende zu führen. Vierzehn Jahre vergingen unter beständigen Entschuldigungen der Weimarer Demokratie für ihr eigenes Dasein. Die Kommunistische Partei rief die Arbeiter zu einer neuen Revolution, erwies sich aber als unfähig, sie zu führen. Die deutschen Arbeiter gingen durch die Siege und Zusammenbrüche des Krieges, der Revolution, des Parlamentarismus und des Pseudobolschewismus. Während die alten bürgerlichen Parteien sich restlos veraus-

gabten, war zugleich die Bewegungskraft der Arbeiter gebrochen.

Das Nachkriegschaos traf die Handwerker, Krämer und Angestellten nicht weniger heftig als die Arbeiter. Die Landwirtschaftskrise richtete die Bauern zugrunde. Der Verfall der Mittelschichten konnte nicht ihre Proletarisierung bedeuten, da ja im Proletariat selbst ein riesiges Heer chronisch Arbeitsloser entstand. Die Pauperisierung der Mittelschichten - mit Mühe durch Halstuch und Strümpfe aus Kunstseide verhüllt - fraß allen offiziellen Glauben und vor allem die Lehren vom demokratischen Parlamentarismus.

Die Vielzahl der Parteien, das kalte Fieber der Wahlen, der fortwährende Wechsel der Ministerien komplizierten die soziale Krise (durch das Kaleidoskop unfruchtbarer politischer Kombinationen. In der durch Krieg, Niederlage, Reparationen, Inflation, Ruhrbesetzung, Krise, Not und Erbitterung überhitzten Atmosphäre erhob sich das Kleinbürgertum gegen alle alten Parteien, die es betrogen hatten. Die schweren Frustrationen der Kleineigentümer, die aus dem Bankrott nicht herauskamen, ihrer studierten Söhne ohne Stellung und Klienten, ihrer Töchter ohne Aussteuer und Freier, verlangten nach Ordnung und nach einer eisernen Hand.

Die Fahne des Nationalsozialismus wurde erhoben von der unteren und mittleren Offizierschicht des alten Heeres. Die ordengeschmückten Offiziere und Unteroffiziere konnten nicht darin einwilligen, daß ihr Heroismus und ihre Leiden nicht allein fürs Vaterland umsonst hingegeben sein, sondern auch ihnen selbst keine besonderen Rechte auf Dank gebracht haben sollten; daher stammt ihr Haß gegen die Revolution und das Proletariat. Sie waren unzufrieden damit, daß die Bankiers, Fabrikanten, Minister sie wieder in die bescheidenen Stellungen von Buchhaltern, Ingenieuren, Postbeamten und Volksschullehrern schickten - daher ihr »Sozialismus«. An der Yser und vor Verdun hatten sie gelernt, sich und andere aufs Spiel zu setzen und im Kommandoton zu reden, was dem kleinen Mann im Hinterland mächtig imponierte. So wurden diese Leute Führer.

Zu Beginn seiner politischen Laufbahn zeichnete sich Hitler vielleicht nur durch größeres Temperament, eine lautere Stimme und selbstsichere geistige Beschränktheit aus. Er brachte in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit - wenn man den Rachedurst des gekränkten Soldaten nicht zählt. Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaikartigen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. Jeder von ihnen wollte mit der Faust auf den Tisch

hauen. Hitler verstand das besser als die anderen. Zwar wußte er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal. Todgeweihte Klassen werden - ähnlich hoffnungslosen Kranken - nicht müde, ihre Klagen zu variieren und Tröstungen anzuhören. Alle Reden Hitlers sind auf diesen Ton gestimmt. Sentimentale Formlosigkeiten, Mangel an Disziplin des Denkens, Unwissenheit bei buntscheckiger Belesenheit - all diese Minus verwandelten sich in ein Plus. Sie gaben ihm die Möglichkeit, im Bettelsack »Nationalsozialismus« alle Formen der Unzufriedenheit zu vereinen und die Masse dorthin zu führen, wohin sie ihn stieß. Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politische Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Losungen vorstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der »Führer«.

Mussolini war von Anfang an der sozialen Materie bewußter als Hitler, dem der Polizeimystizismus eines Metternich näher ist als die politische Algebra Machiavellis. Mussolini ist geistig verwegener und zynischer. Als Beweis dürfte genügen, daß der römische Atheist sich der Religion lediglich bedient wie der Polizei oder der Justiz, während sein Berliner Kollege wirklich an die Unfehlbarkeit der römischen Kirche glaubt. In jener Zeit, als der heutige Diktator Italiens Marx noch für »unser aller unsterblich ein Meister« hielt, verteidigte er nicht ohne Geschick die Theorie, die im Leben der heutigen Gesellschaft vor allem das Gegeneinanderwirken zweier grundlegender Klassen sieht: der Bourgeoisie und des Proletariats. Allerdings, schrieb Mussolini im Jahre 1914, liegen zwischen ihnen sehr zahlreiche Mittelschichten, die sozusagen das »einigende Gewebe der menschlichen Kollektive« bilden, aber »in einer Krisenperiode werden die Mittelschichten ihren Interessen und Ideen gemäß angezogen von der einen oder der anderen der beiden Hauptklassen«. Eine sehr wichtige Verallgemeinerung! Wie die wissenschaftliche Medizin ihre Adepten sowohl mit der Möglichkeit ausrüstet, einen Kranken zu heilen, als auch mit jener, auf kürzestem Wege einen Gesunden ins Grab zu legen, so hat die wissenschaftliche Analyse der Klassenbeziehungen - die von ihrem Urheber zur Mobilisierung des Proletariats gedacht war - Mussolini, als er ins gegnerische Lager schwenkte, die Möglichkeit gegeben, die Mittelklassen gegen das Proletariat zu mobilisieren. Hitler hat die gleiche Arbeit verrichtet, wobei er die Methodologie des italienischen Faschismus in die Sprache der deutschen Mystik übersetzte.

Die Scheiterhaufen, auf denen die verruchten Schriften des Marxismus brennen, werfen helles Licht auf die Klassennatur des Nationalsozialis-

mus. Solange die Nazis als Partei handelten und nicht als Staatsmacht, fanden sie fast keinen Eingang in die Arbeiterklasse. Andererseits betrachtete sie die Großbourgeoisie, auch jene, die Hitler mit Geld unterstützte - nicht als ihre Partei. Das nationale »Erwachen« stützte sich ganz und gar auf die Mittelklassen, den rückständigsten Teil der Nation, den schweren Ballast der Geschichte. Die politische Kunst bestand darin, das Kleinbürgertum durch Feindseligkeit gegen das Proletariat zusammenzuschweißen. Was wäre zu tun, damit alles besser werde? Vor allem die niederdrücken, die unten sind. Kraftlos vor den großen Wirtschaftsmächten hofft das Kleinbürgertum, durch die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen seine gesellschaftliche Würde wiederherzustellen.

Die Nazis geben ihrem Umsturz den usurpierten Namen Revolution. In Wirklichkeit läßt der Faschismus in Deutschland wie auch in Italien die Gesellschaftsordnung unangetastet. Hitlers Umsturz hat, isoliert betrachtet, nicht einmal Recht auf den Namen Konterrevolution. Aber man darf ihn nicht abgesondert sehen, er ist die Vollendung des Kreislaufs von Erschütterungen, der in Deutschland 1918 begann. Die Novemberrevolution, die die Macht den Arbeiter- und Soldatenräten übergab, war in ihrer Grundtendenz protetarisch. Doch die an der Spitze der Arbeiterschaft stehende Partei gab die Macht dem Bürgertum zurück. In diesem Sinne eröffnete die Sozialdemokratie die Ära der Konterrevolution, ehe es der Revolution gelang, ihr Werk zu vollenden. Solange die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie und folglich von den Arbeitern abhängig war, enthielt das Regime aber immer noch Elemente des Kompromisses. Bald ließ die internationale und die innere Lage des deutschen Kapitalismus keinen Raum mehr für Zugeständnisse. Rettete die Sozialdemokratie die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution, so hatte der Faschismus seinerseits die Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie zu retten. Hitlers Umsturz ist nur das Schlußglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen.

Der Kleinbürger ist dem Entwicklungsgedanken feind, denn die Entwicklung geht beständig gegen ihn - der Fortschritt brachte ihm nichts als unbezahlbare Schulden. Der Nationalsozialismus lehnt nicht nur den Marxismus, sondern auch den Darwinismus ab. Die Nazis verfluchen den Materialismus, weil die Siege der Technik über die Natur den Sieg des großen über das kleine Kapital bedeuten. Die Führer der Bewegung liquidieren den »Intellektualismus« nicht so sehr deshalb, weil sie selbst mit einem Intellekt zweiter und dritter Sorte versehen sind, sondern vor allem, weil ihre geschichtliche Rolle es ihnen nicht gestattet, irgendeinen Gedanken zu Ende zu führen. Der Kleinbürger braucht eine höchste Instanz, die über Natur und Geschichte steht, gefeit gegen Konkurrenz, Inflation, Krise und Versteigerung. Der Evolution, dem »ökonomischen Denken«, dem Rationalismus - dem zwanzigsten, neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert - wird der nationale Idealismus als die Quelle des Heldischen entgegengestellt. Die Nation Hitlers ist ein mythologischer Schatten des Kleinbürgertums selbst, sein pathetischer

Wahn vom tausendjährigen Reich auf Erden.

Um die Nation über die Geschichte zu erheben, gab man ihr als Stütze die Rasse. Den geschichtlichen Ablauf betrachtet man als Emanation der Rasse. Die Eigenschaften der Rasse werden ohne Bezug auf die veränderlichen gesellschaftlichen Bedingungen konstruiert. Das niedrige »ökonomische Denken« ablehnend, steigt der Nationalsozialismus ein Stockwerk tiefer, gegen den wirtschaftlichen Materialismus beruft er sich auf den zoologischen.

Die Rassentheorie - wie besonders geschaffen für einen anspruchsvollen Autodidakten, der nach einem Universalschlüssel für alle Geheimnisse des Lebens sucht - sieht im Licht der Ideengeschichte besonders kläglich aus. Die Religion des rein Germanischen mußte Hitler aus zweiter Hand beim französischen Diplomaten und dilettierenden Schriftsteller Gobineau entlehnen. Die politische Methodologie fand Hitler fertig bei den Italienern vor. Mussolini hat sich ausgiebig der Marxschen Theorie des Klassenkampfes bedient. Der Marxismus selbst war die Frucht einer Verbindung deutscher Philosophie, französischer Geschichtsschreibung und englischer Ökonomie. In der Genealogie der Ideen - selbst der rückschrittlichsten und stumpfsinnigsten - findet sich vom Rassismus keine Spur.

Die Armseligkeit der nationalsozialistischen Philosophie hat die Universitätsprofessoren selbstverständlich nicht gehindert, mit vollen Segeln in Hitlers Fahrwasser einzulenken - als sein Sieg außer Frage stand. Die Jahre der Weimarer Ordnung waren für die Mehrheit des Professorenpöbels eine Zeit der Verwirrung und Unruhe. Die Historiker, Ökonomen, Juristen und Philosophen ergingen sich in Vermutungen darüber, welches der einander bekämpfenden Wahrheitskriterien das echte sei, das heißt, welches Lager sich zuguterletzt als Sieger erweisen werde. Die faschistische Diktatur beseitigt die Zweifel der Fäuste und das Schwanken der Hamlets auf dem Universitätskatheder. Aus der Dämmerung der parlamentarischen Relativität tritt die Wissenschaft wiederum in das Reich des Absoluten ein. Einstein mußte Deutschland verlassen.

Auf der Ebene der Politik ist der Rassismus eine aufgeblasene und prahlerische Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besäuft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse. Es verdient Beachtung, daß die Führer des Nationalsozialismus nicht germanische Deutsche sind, sondern Zugewanderte: aus Österreich, wie Hitler selbst, aus den ehemaligen baltischen Provinzen des Zarenreichs, wie Rosenberg, aus den Kolonialländern, wie der augenblickliche Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung, Heß, und der neue Minister Darré. Es bedurfte der Schule barbarischer nationaler Balgerei in den kulturellen Randgebieten, um den Führern die Gedanken einzuflößen, die später ein Echo im Herzen der barbarischsten Klassen Deutschlands fanden.

Die Persönlichkeit und die Klasse - der Liberalismus und der Marxismus - sind das Böse. Die Nation ist das Gute. Doch an der Schwelle des

Eigentums verkehrt sich diese Philosophie ins Gegenteil. Nur im persönlichen Eigentum liegt das Heil. Der Gedanke des nationalen Eigentums ist eine Ausgeburt des Bolschewismus. Obwohl er die Nation vergottet, will der Kleinbürger ihr doch nichts schenken. Im Gegenteil erwartet er, daß die Nation ihm selbst Besitz beschert und diesen dann gegen Arbeiter und Gerichtsvollzieher in Schutz nimmt.

Vor dem Hintergrund des heutigen Wirtschaftslebens - international in den Verbindungen, unpersönlich in den Methoden - scheint das Rassenprinzip einem mittelalterlichen Ideenfriedhof entstieg. Die Nazis machen im voraus Zugeständnisse: Im Reich des Geistes wird Rasseneinheit durch den Paß bescheinigt, im Reich der Wirtschaft aber muß sie sich durch Geschäftstüchtigkeit ausweisen. Unter heutigen Bedingungen heißt das: durch Konkurrenzfähigkeit. So kehrt der Rassismus durch die Hintertür zum ökonomischen Liberalismus - ohne politische Freiheiten - zurück.

Praktisch beschränkt sich der Nationalismus in der Wirtschaft auf - trotz aller Brutalität - ohnmächtige Ausbrüche von Antisemitismus. Vom heutigen Wirtschaftssystem sondern die Nazis das raffende oder Bankkapital als den bösen Geist ab; gerade in dieser Sphäre nimmt ja die jüdische Bourgeoisie einen bedeutenden Platz ein. Während er sich vor dem kapitalistischen System verbeugt, bekriegt der Kleinbürger den bösen Geist des Profits in Gestalt des polnischen Juden im langschößigen Kaftan, der oft keinen Groschen in der Tasche hat. Der Pogrom wird zum Beweis rassischer Überlegenheit.

Das Programm, mit dem der Nationalsozialismus an die Macht gelangte, erinnert nur zu sehr an die jüdischen Warenhäuser der finsternen Provinz. Was findet man dort nicht alles zu niedrigem Preis und in noch niedrigerer Qualität. Die Erinnerung an die »glücklichen« Zeiten der freien Konkurrenz und die vage Überlieferung von der Stabilität der Ständegesellschaft, Träume von der Auferstehung des Kolonialreichs und den Wahn von einer geschlossenen Wirtschaft, Phrasen über eine Rückkehr vom römischen zum altdeutschen Recht und über die Befürwortung des amerikanischen Moratoriums, neidische Feindschaft gegen die Ungleichheit in Gestalt einer Villa und eines Autos und tierische Furcht vor der Gleichheit in Gestalt des Arbeiters mit Mütze und ohne Kragen, tobenden Nationalismus und Angst vor den Weltgläubigern - all dieser internationale Auswurf politischer Gedanken füllt die geistige Schatzkammer des neudeutschen Messianismus.

Der Faschismus entdeckte den Bodensatz der Gesellschaft für die Politik. Nicht nur in den Bauernhäusern, sondern auch in den Wolkenkratzern der Städte lebt neben dem zwanzigsten Jahrhundert heute noch das zehnte oder dreizehnte. Hunderte Millionen Menschen benutzen den elektrischen Strom, ohne aufzuhören, an die magische Kraft von Gesten und Beschwörungen zu glauben. Der römische Papst predigt durchs Radio vom Wunder der Verwandlung des Wassers in Wein. Kinostars laufen zur Wahrsagerin. Flugzeugführer, die wunderbare, vom Genie des Menschen erschaffene Mechanismen

lenken, tragen unter dem Sweater Amulette. Was für unerschöpfliche Vorräte an Finsternis, Unwissenheit, Wildheit! Die Verzweiflung hat sie auf die Beine gebracht, der Faschismus wies ihnen die Richtung. All das, was bei ungehinderter Entwicklung der Gesellschaft vom nationalen Organismus als Kulturexkrement ausgeschieden werden mußte, kommt jetzt durch den Schlund hoch; die kapitalistische Zivilisation erbricht die unverdaute Barbarei. Das ist die Physiologie des Nationalsozialismus.

Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zusammenpreßten. Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. Mussolini hat recht, die Mittelklassen sind nicht fähig zu selbständiger Politik. In Perioden großer Krisen sind sie berufen, die Politik einer der beiden Hauptklassen bis zur Absurdität zu treiben. Dem Faschismus gelang es, sie in den Dienst des Kapitals zu stellen. Solche Lösungen wie die Verstaatlichung der Trusts und die Abschaffung des »arbeits- und mühelosen Einkommens« waren nach Übernahme der Macht mit einem Mal über Bord geworfen. Der Partikularismus der deutschen Länder, der sich auf die Eigenarten des Kleinbürgertums stützte, hat dem polizeilichen Zentralismus Platz gemacht, den der moderne Kapitalismus braucht. Jeder Erfolg der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik wird unvermeidlich Erdrückung des kleinen Kapitals durch das große bedeuten.

Das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen wird dabei nicht abgeschafft, es wird einfach von der Wirklichkeit abgetrennt und in Ritualhandlungen aufgelöst. Die Vereinigung aller Klassen läuft hinaus auf die Halbsymbolik der Arbeitsdienstpflcht und die Beschlagnahme des Arbeiterfeiertags »zugunsten des Volkes«. Die Beibehaltung der gotischen Schrift im Gegensatz zur lateinischen ist eine symbolische Vergeltung für das Joch des Weltmarkts. Die Abhängigkeit von den internationalen - darunter auch jüdischen - Bankiers ist nicht um ein Jota gemildert, dafür ist es verboten, Tiere nach dem Talmudritual zu schlachten. Ist der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert, so sind die Straßen des Dritten Reiches mit Symbolen ausgelegt.

Indem er das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen auf elende bürokratische Maskeraden reduziert, erhebt sich der Nationalsozialismus über die Nation als reinste Verkörperung des Imperialismus. Die Hoffnung darauf, daß die Hitlerregierung heute oder morgen als Opfer ihres inneren Bankrotts fallen werde, ist völlig vergeblich. Das Programm war für die Nazis nötig, um an die Macht zu kommen, aber die Macht dient Hitler durchaus nicht dazu, das Programm zu erfüllen. Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus - die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur - bedeutet die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt zur weiteren mechanischen Zusammenballung

der Macht. Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Naziherrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution. Der erste Jahrestag der Nazidiktatur steht bevor. Alle Tendenzen des Regimes haben sich inzwischen klar und deutlich entfalten können. Die »sozialistische« Revolution, die den kleinbürgerlichen Massen die unentbehrliche Ergänzung der »nationalen« schien, wurde offiziell verdammt und liquidiert. Die Klassenverbrüderung gipfelt darin, daß - an einem eigens von der Regierung bestimmten Tage - die Reichen zugunsten der Armen auf Vor- und Nachtmisch verzichten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man die halbe Hungerration noch einmal teilt. Alles übrige ist Produkt der manipulierten Statistik. Die »geplante« Autarkie erweist sich als ein neues Stadium wirtschaftlichen Zerfalls.

Je weniger das Polizeiregime der Nazis ökonomisch leistet, desto größere Anstrengungen muß es auf außenpolitischem Gebiet unternehmen. Dies entspricht völlig der inneren Dynamik des durch und durch aggressiven deutschen Kapitals. Das Umschwenken der Naziführer auf Friedensdeklarationen kann nur Dummköpfe irreführen. Hitler hat kein anderes Mittel, die Schuld an inneren Schwierigkeiten auf äußere Feinde abzuwälzen und die Sprengkraft des Imperialismus unter dem Druck der Diktatur zu steigern.

Dieser Teil des Programms, der noch vor der Machtergreifung der Nazis offen angekündigt wurde, realisiert sich jetzt mit eiserner Logik vor den Augen der ganzen Welt. Die Zeit, die uns bis zur nächsten europäischen Katastrophe bleibt, ist befristet durch die deutsche Aufrüstung. Das ist keine Frage von Monaten, aber auch keine von Jahrzehnten. Wird Hitler nicht rechtzeitig durch innerdeutsche Kräfte aufgehalten, so wird Europa in wenigen Jahren neuerlich in Krieg gestürzt.

10. Juni 1933

<http://www.mlwerke.de/tr/1933/330610a.htm>

Leo Trotzki:

Was Nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats

Vorwort

Der russische Kapitalismus erwies sich infolge seiner außerordentlichen Zurückgebliebenheit als schwächstes Glied der imperialistischen Kette. Der deutsche Kapitalismus offenbart sich in der gegenwärtigen Krise aus dem entgegengesetzten Grunde als das schwächste Glied: er ist der fortgeschrittenste Kapitalismus unter den Bedingungen der europäischen Ausweglosigkeit. Je größer die innere dynamische Kraft der Produktivkräfte Deutschlands ist, desto mehr wird sie durch das europäische Staatensystem erdrosselt, das dem Käfig-System einer zusammengeschrumpften Provinzmenagerie gleicht. Jede Konjunkturschwankung stellt den deutschen Kapitalismus vor jene Aufgaben, die er mittels des Krieges zu lösen versucht hatte. Unter dem Hohenzollern-Regime 1 war die deutsche Bourgeoisie darangegangen, „Europa zu organisieren“. Durch die Regierung Brüning-Curtius 2 unternahm sie den Versuch der ... Zollunion mit Österreich. Welch schrecklicher Niedergang der Aufgaben, Möglichkeiten und Perspektiven! Aber auch auf diese Union mußte man verzichten. Das ganze europäische System steht auf schwachen Beinen. Die große, heilbringende Hegemonie Frankreichs könnte zusammenstürzen, wenn sich einige Millionen Österreicher Deutschland anschließen.

Für Europa und vor allem für Deutschland gibt es kein Vorwärts auf kapitalistischem Wege. Eine vorübergehende Überwindung der gegenwärtigen Krise durch das automatische Kräftefeld des Kapitalismus selbst – auf den Knochen der Arbeiter – würde die Reproduktion der Widersprüche auf der nächsten Etappe bedeuten, nur in noch konzentrierterer Gestalt.

Europas spezifisches Gewicht in der Weltwirtschaft kann nur abnehmen. Von der Stirn Europas verschwinden ohnehin schon nicht die amerikanischen Etiketten: Dawesplan, Youngplan, Hoovermoratorium 3. Europa ist gründlich

1. Die Hohenzollern: Dynastie der deutschen Kaiser des Deutschen Reichs (1871-1918); früher Könige von Preußen; noch früher Markgrafen von Brandenburg.
2. Heinrich Brüning (1885-1970): Führer des katholischen Zentrums und von März 1930 bis Mai 1932 Kanzler, der eine Minderheitsregierung führte, die durch Notverordnungen und mit nur halbherziger Unterstützung des Reichstags regierte; wurde von Hindenburg abgesetzt, dessen Wiederwahl als Präsidenten er organisierte – auf Rat von Schleicher, dem politischen Chef der Reichswehr; verließ Deutschland Mai 1933. – Julius Curtius: Außenminister in den Müller- und Brüning-Regierungen 1929-30.
3. Dawesplan: eine der Reihe von Maßnahmen, die der 1923er Krise zu Ende brachten. Er reduzierte die Reparationen, die Deutschland in der Periode 1924-28 bezahlen sollte, auf ein bezahlbares Niveau; wurde

auf amerikanische Ration gesetzt.

Die Fäulnis des Kapitalismus bedeutet soziale und kulturelle Fäulnis. Der fälligen Differenzierung der Nation, dem Wachstum des Proletariats auf Kosten der Zwischenklassen ist der Weg verlegt. Das weitere Anhalten der sozialen Krise kann nur Pauperisierung der Kleinbourgeoisie und lumpenproletarische Entartung immer größerer Schichten der Arbeiterklasse bedeuten. Diese Gefahr sitzt – einschneidender als alle andere – dem fortschrittlichen Deutschland an der Gurgel.

Der verfaulteste Teil des faulenden kapitalistischen Europa ist die sozialdemokratische Bürokratie. Sie hatte ihren historischen Weg unter Marxens und Engels' Banner angetreten und sich den Sturz der bürgerlichen Herrschaft zum Ziel gestellt. Der machtvolle Aufschwung des Kapitalismus nahm von ihr Besitz und schleifte sie hinter sich her. Sie verzichtete, erst in der Tat, dann auch in Worten, auf die Revolution im Namen der Reformen. Kautsky 4 verfocht zwar noch lange die Phraseologie der Revolution, wobei er sie den Bedürfnissen des Reformismus anpaßte. Bernstein 5 hingegen forderte den Verzicht auf die Revolution: der Kapitalismus betritt die Epoche friedlicher Prosperität ohne Krisen und Krieg. Ein Muster an Prophetie! Es könnte scheinen, daß zwischen Kautsky und Bernstein ein unversöhnlicher Widerspruch besteht. In Wirklichkeit ergänzten sie einander symmetrisch: linker und rechter Stiefel des Reformismus.

Der Krieg brach aus. Die Sozialdemokratie unterstützte den Krieg im Namen künftiger Prosperität. Statt Prosperität kam Verfall. Jetzt bestand die Aufgabe nicht mehr darin, aus der

Unzulänglichkeit des Kapitalismus die Notwendigkeit der Revolution zu folgern, auch nicht darin, durch Reformen die Arbeiter mit dem Kapitalismus auszusöhnen. Die neue Politik der Sozialdemokratie bestand darin, die bürgerliche Gesellschaft um den Preis des Verzichts auf Reformen zu retten.

Aber auch das war nicht die letzte Stufe der Entartung. Die gegenwärtige Krise des sterbenden Kapitalismus zwang die Sozialdemokratie, auf die Früchte des langen wirtschaftlichen und politischen Kampfes zu verzichten und die deutschen Arbeiter auf das Lebensniveau ihrer Väter, Großväter und Urgroßväter hinabzuführen. Es gibt kein tragischeres und gleichzeitig abstoßenderes historisches Schauspiel als die bössartige Fäulnis des Reformismus inmitten der Trümmer all seiner Errungenschaften und Hoffnungen. Das Theater jagt nach Modernität. Man sollte öfter Hauptmanns Weber spielen. Das zeitgemäßeste aller Stücke. Doch der Direktor sollte nicht vergessen, die ersten Reihen den Führern der Sozialdemokratie zu reservieren.

Übrigens steht ihr Sinn nicht nach Schauspielen: sie sind zur letzten Grenze der Anpassungsfähigkeit gelangt. Es gibt ein Niveau, unter das Deutschlands Arbeiterklasse freiwillig und für lange sich nicht hinablassen kann. Indes will das um seine Existenz ringende bürgerliche Regime dieses Niveau nicht anerkennen. Brünings Notverordnungen sind bloß der Anfang, ein Abtasten des Bodens. Das Brüningregime hält sich dank der feigen und treubruchigen Unterstützung der sozialdemokratischen Bürokratie, die sich selbst vermöge des mürrischen Halbvertrauens eines Teils des Proletariats hält. Das System bürokratischer Verordnungen ist unbeständig, unsicher, kurzlebig. Das Kapital braucht eine andere, entschiedener Politik. Die Unterstützung der Sozialdemokratie, die sich nach den eigenen Arbeitern umsehen muß, ist nicht nur unzureichend für seine Ziele, sie beginnt es bereits zu beengen. Die Periode der Halbmaßnahmen ist vorbei. Um zu versuchen, einen neuen Ausweg zu finden, muß sich die Bourgeoisie vollends des Drucks der Arbeiterorganisationen entledigen, sie hinwegräumen, zertrümmern, zersplittern. Hier setzt die historische Funktion des Faschismus ein. Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie unter Deckung des offiziellen Staates mit den Mitteln des Finanzkapitals und treibt sie zur Zertrümmerung der proletarischen Organisationen, der revolutionären wie der gemäßigten.

Der Faschismus ist nicht einfach ein System

von internationaler Überwachung der deutschen Wirtschaft und großen Krediten aus den USA begleitet. – Hoovermoratorium: einjähriges Moratorium der Zahlungen der Kriegsschulden und der Reparationen, das Juli 1931 auf Initiative des US-Präsidenten Herbert Hoover erklärt wurde.

4. Karl Kautsky (1854-1938): führender Theoretiker der Zweiten Internationale und der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg; Pazifist während des Ersten Weltkriegs; Mitglied der USPD 1917; kehrte 1922 der SPD zurück; zwischen den Kriegen wurde zum Hauptapologeten der Politik der SPD – obwohl er immer noch marxistische Sprache dafür benutzte.

5. Eduard Bernstein (1850-1932): Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, der behauptete, man müsse den Marxismus „revidieren“ – daher „Revisionismus“ – und der Sozialismus würde jetzt durch die allmähliche Demokratisierung des Kapitalismus entstehen; Gegner des Ersten Weltkriegs; mit Haase und Kautsky Initiator der Bewegung unter den Reichstagsabgeordneten, die 1917 zur Spaltung der SPD führte; Gründungsmitglied der USPD; kehrte 1919 zur SPD zurück.

von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhundert Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die kommunistische Partei,

Die Sozialdemokratie hat alle Bedingungen für den Sieg des Faschismus vorbereitet. Doch damit hat sie auch die Bedingungen ihrer eigenen politischen Liquidierung vorbereitet. Der Sozialdemokratie die Verantwortung für Brünnings Notverordnungssystem und die drohende faschistische Barbarei aufzuerlegen, ist vollkommen richtig. Die Sozialdemokratie mit dem Faschismus zu identifizieren, vollkommen unsinnig.

Durch ihre Politik während der Revolution von 1848 hatte die liberale Bourgeoisie den Sieg der Konterrevolution vorbereitet, die dann den Liberalismus zur Ohnmacht verurteilte. Marx und Engels geißelten die deutsche liberale Bourgeoisie nicht minder scharf als Lassalle 6 und gründlicher als er. Als aber die Lassalleaner feudale Konterrevolution und liberale Bourgeoisie als die eine „reaktionäre Masse“ bezeichnete, empörten sich Marx und Engels berechtigterweise über diesen falschen Ultraradikalismus. Die irrierte Position der Lassalleaner machte sie gelegentlich zu unfreiwilligen Helfershelfer der Monarchie, trotz des allgemeinen progressiven Charakter ihrer Arbeit, die so unermeßlich erster und bedeutsamer war als die des Liberalismus.

Die Theorie des „Sozialfaschismus“ reproduziert den wesentlichen Fehler des Lassalleanismus auf neuen historischen Grundlagen. Während sie Nationalsozialisten und Sozialdemokraten zu einer faschistischen Masse zusammenwirft, sinkt die Stalinbürokratie zu solchen Taten herab wie die Unterstützung des Hitlerischen Volksentscheids: das ist in keiner Weise besser als die Lassalleschen Kombinationen mit Bismarck 7.

In seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie

6. Ferdinand Lassalle (1825-1864): einer der Begründer der deutschen Arbeiterbewegung; Marx verurteilte seine Charakterisierung aller anderen Klassen der deutschen Gesellschaft als „reaktionäre Masse“ – da sie ihn dazu führte, das absolutistische preußische Regime gegen seine halbherzigen bürgerlichen Gegner zu unterstützen; seine Anhänger und die von Marx schlossen sich 1875 zusammen, um die SPD zu bilden.

7. Otto Fürst von Bismarck (1815-1898): Vertreter der Interessen der preußischen Junker; Ministerpräsident Preußens ab 1862; organisierte die Vereinigung Deutschlands von oben und wurde Reichskanzler; blieb in Amt bis 1890.

muß sich der deutsche Kommunismus in der jetzigen Etappe auf zwei untrennbare Grundsätze stützen: a) die politische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Macht des Faschismus; b) die absolute Unversöhnlichkeit zwischen dem Faschismus und jenen Arbeiterorganisationen, durch die sich die Sozialdemokratie hält.

Die Widersprüche des deutschen Kapitalismus haben gegenwärtig jene Spannung erreicht, der unvermeidlich die Explosion folgen muß. Die Anpassungsfähigkeit der Sozialdemokratie hat die Grenze erreicht, wo bereits die Selbstvernichtung eintritt. Die Fehler der Stalinschen Bürokratie haben den Punkt erreicht, nach welchem die Katastrophe kommt. Das ist die dreiteilige Formel, die Deutschlands Lage charakterisiert. Alles steht auf des Messers Schneide.

Verfolgt man das Leben Deutschlands anhand von Zeitungen, die mit einwöchiger Postverspätung anlangen, brauchen die Manuskripte eine weitere Woche, um die Entfernung zwischen Konstantinopel und Berlin zu bezwingen, worauf noch Wochen vergehen, ehe die Broschüre den Leser erreicht, so sagt man sich unwillkürlich – wird es nicht zu spät sein? Und jedesmal antwortet man sich: nein, die ins Treffen geführten Armeen sind zu gewaltig, als daß eine einmalige, blitzartige Entscheidung zu befürchten wäre. Die Kräfte des deutschen Proletariats sind nicht erschöpft. Sie sind noch gar nicht in Bewegung gesetzt. Die Logik der Tatsachen wird mit jedem Tage immer gebieterischer sprechen. Das rechtfertigt den Versuch des Autors, sein Wort beizusteuern, wenn auch mit der Verspätung von mehreren Wochen, d.h. einer ganzen historischen Periode.

Die Stalinsche Bürokratie hat befunden, sie werde ihre Arbeit ruhiger vollführen können, wenn sie den Autor dieser Zeilen auf Prinkipo festsetzt. Von der Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller 8 hatte sie die Verweigerung des Visums für den ... „Menschewik“ erreicht: die Einheitsfront war in diesem Falle ohne Schwanken und Säumnis verwirklicht worden. Heute melden die Stalinisten in den offiziellen Sowjetpublikationen, ich „verteidige“ die Brüningregierung im Einverständnis mit der Sozialdemokratie, die sich um die Gewährung meines Einreiserechts nach Deutschland bemühe. Statt uns über die Niedertracht zu entrüsten, wollen wir die Dummheit verlachen. Aber unser Lachen sei kurz, denn ist wenig Zeit.

Daß die Ereignisse uns Recht geben werden, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Aber auf welchen Wegen wird die Geschichte ihren Beweis führen: durch die Katastrophe der Stalinschen Fraktion oder durch den Sieg der marxistischen Politik?

Hier liegt gegenwärtig die ganze Frage. Es ist die Frage des Schicksals des deutschen Volkes und nicht nur seiner allein.

8. Hermann Müller (1876-1931): ab 1916 sozialdemokratisches Mitglied des Reichstags; ab 1920 Führer der Reichstagsfraktion; bildete die provisorische Regierung nach dem Kapp-Putsch (1920); Kanzler in einer Koalitionsregierung von Mai 1828 bis März 1930; letzter sozialdemokratischer Kanzler vor der Machtübernahme der Nazis.

Die in dieser Broschüre behandelten Fragen sind nicht erst gestern aufgetaucht. Nun sind es schon neun Jahre her, daß die Kominternführung sich mit der Umwertung der Werte beschäftigt und die internationale proletarische Avantgarde mit Hilfe taktischer Konvulsionen desorientiert, die in ihrer Gesamtheit „Generallinie“ genannt werden. Die Russische Linke Opposition (Bolschewiki-Leninisten) ist nicht auf der Grundlage bloß russischer Fragen entstanden, sondern auf Grundlage internationaler Fragen. Das Problem der revolutionären Entwicklung Deutschlands hat dabei nicht den letzten Platz eingenommen. Scharfe Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage entstanden im Jahre 1923. Der Autor dieser Zeilen hat sich in den vergangenen Jahren mehr als einmal zu den strittigen Fragen geäußert. Ein bedeutender Teil seiner kritischen Arbeiten ist in deutscher Sprache erschienen. Die vorliegende Broschüre reiht sich lückenlos in die theoretische und politische Arbeit der Linksoption ein. Vieles, das hier nur beiläufig Erwähnung gefunden hat, wurde von uns seinerzeit eingehend entwickelt. Ich muß den Leser insbesondere auf meine Bücher: Die internationale Revolution und die Komintern, Die Permanente Revolution usw. verweisen. Nun, da die Meinungsverschiedenheiten sich vor aller Welt in bezug auf ein großes historisches Problem entfalten, lassen sich ihre Quelle weitaus besser und gründlicher einschätzen. Für einen ernsten Revolutionär einen wirklichen Marxisten ist das unbedingt nötig. Eklektiker leben von episodischen Gedanken, von Improvisationen, die unter dem Druck der Ereignisse entstehen. Marxistische Kader, fähig, die proletarische Revolution zu führen, lassen sich nur durch beharrliche, kontinuierliche Verarbeitung der Aufgaben und der Meinungsverschiedenheiten erziehen.

Prinkipo, 27. Januar 1932

L.T.

I. Die Sozialdemokratie

Die Eiserne Front ist in ihrem Wesen ein Block der zahlenmäßig mächtigen sozialdemokratischen Gewerkschaften mit den kraftlosen bürgerlichen „Republikanern“, die jede Stütze im Volk und jegliches Vertrauen zu sich selbst verloren haben. Sind Tote zum Kampf untauglich, so sind sie doch gut genug, die Lebenden am Kämpfen zu hindern. Die bürgerlichen Bundesgenossen dienen den sozialdemokratischen Führern als Zaum, den sie den Arbeiterorganisationen anlegen. Kampf, Kampf ... das sind nur Worte. Letzten Endes wird man, gebe Gott, ohne Kampf auskommen. Werden sich denn die Faschisten wirklich entschließen, von Worten zu Taten überzugehen? Wir Sozialdemokraten haben uns nie dazu entschlossen und sind doch nicht die schlechtesten Leute.

Für den Fall wirklicher Gefahr setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen nicht auf die „Eiserne Front“ sondern auf die preußische Polizei. Eine trügerische Rechnung! Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen. Auch hier wird das Denken vom Sein bestimmt. Die

Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. In den letzten Jahren hatten sich diese Polizisten weitaus mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten. Eine solche Schule hinterläßt Spuren. Und die Hauptsache: jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt.

Im Neujahrsartikel des Diskussionsorgans der Sozialdemokratie Das freie Wort (welch klägliches Blättchen) wird der höhere Sinn der „Tolerierungs“-Politik dargelegt. Gegen Polizei und Reichswehr kann Hitler, wie sich erweist, nie zur Macht gelangen. Die Reichswehr ist ja nach der Verfassung dem Reichspräsidenten untergeordnet. Solange also an der Spitze des Staates ein verfassungstreuer Präsident steht, ist der Faschismus ungefährlich. Man muß die Brüning-Regierung bis zu den Präsidentenwahlen unterstützen, um im Bunde mit der parlamentarischen Bourgeoisie einen verfassungsmäßigen Präsidenten zu wählen und damit für weitere 7 Jahre Hitler den Weg zur Macht zu versperren. Wir geben den Inhalt des Artikels ganz getreu wieder. Eine Massenpartei, die Millionen hinter sich herführt (zum Sozialismus!), meint, daß die Frage, welche Klasse im heutigen, bis ins Innerste erschütterten Deutschland an der Macht sein wird, nicht von der Kampfkraft des deutschen Proletariats abhängt, nicht von den faschistischen Sturmabteilungen, auch nicht von der Zusammensetzung der Reichswehr, sondern davon, ob der reine Geist der Weimarer Verfassung (mit der notwendigen Menge Kampf und Naphtalin) sich im Präsidentenpalast niederlasse. Was aber, wenn der Weimarer Geist in einer bestimmten Lage mit Bethmann Hollweg 10 findet: „Not kennt kein Gebot“? Was aber, wenn die irdische Hülle des Weimarer Geistes, trotz Naphtalin und Kampf, im ungeeigneten Augenblick auseinanderfällt? Was aber, wenn ... doch solche Fragen kann man ohne Ende stellen.

Die Politiker des Reformismus, diese gewandten Geschäftsleute, geriebenen Intriganten und Karrieristen, erfahrenen Parlaments- und Ministerkombinatoren, erweisen sich, sobald der Gang der Dinge sie aus der gewohnten Sphäre wirft und vor große Ereignisse stellt, als – man kann keinen milderen Ausdruck finden – vollendete Schafsköpfe.

Die Hoffnung auf den Präsidenten ist eben die Hoffnung auf den „Staat“. Angesichts des herannahenden Zusammenstoßes zwischen Proletariat und faschistischem Kleinbürgertum – beide Lager bilden zusammen die überwältigende

Mehrheit des deutschen Volkes – rufen die Marxisten vom Vorwärts den Nachtwächter zu Hilfe. „Staat greif ein!“ Daß heißt: „Brüning, zwinge uns nicht, uns mit den Kräften der Arbeiter zu verteidigen, denn dies wird das ganze Proletariat auf die Beine bringen, und die Bewegung wird dann über die Kahlköpfe der Parteileitung hinauswachsen: als antifaschistische begonnen, wird sie als kommunistische enden.“

Darauf könnte Brüning, zöge er nicht vor zu schweigen, antworten: „Mit der Polizeimacht könnte ich den Faschismus nicht meistern, selbst wenn ich es wollte; doch ich würde nicht wollen, selbst wenn ich es könnte. Die Reichswehr gegen die Faschisten in Bewegung setzen, hieße die Reichswehr spalten, wenn nicht ganz gegen sich richten; doch die Hauptsache: den bürokratischen Apparat gegen die Faschisten wenden, hieße den Arbeitern die Hände lösen, ihnen die völlige Aktionsfreiheit wiedergeben; die Folgen wären die gleichen, die ihr Sozialdemokraten fürchtet, und die ich daher doppelt fürchte“.

Auf Staatsapparat, Gerichte, Reichswehr, Polizei müssen die Appelle der Sozialdemokratie eine der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung üben. Der „loyalste“, „neutralste“ am wenigsten an die Nationalsozialisten gebundene Bürokrat wird folgendermaßen urteilen: „Hinter der Sozialdemokratie stehen Millionen; in ihren Händen hält sie ungeheure Mittel: Presse, Parlament, Gemeindeverwaltungen; es geht um ihre eigene Haut; im Kampf gegen die Faschisten ist ihnen die Unterstützung der Kommunisten gewiß; und nichtsdestoweniger wenden sich die allmächtigen Herren an mich, den Beamten, sie vor dem Angriff einer Millionenpartei zu retten, deren Führer morgen meine Vorgesetzten werden können: schlecht muß es um die Herren Sozialdemokraten bestellt sein, ganz hoffnungslos ... Es ist Zeit für mich, den Beamten, an meine eigene Haut zu denken“. So wird schließlich der bis gestern noch schwankende „loyale“, „neutrale“ Beamte sich für alle Fälle absichern. d.h. mit den Nationalsozialisten Verbindungen anknüpfen, um seinen morgigen Tag zu sichern. So arbeiten die überlebten Reformisten auch an der bürokratischen Front für die Faschisten.

Kostgängerin der Bourgeoisie, ist die Sozialdemokratie zu kläglichem geistigen Parasitismus verdammt. Bald hascht sie nach Ideen bürgerlicher Ökonomen, bald sucht sie Splitter des Marxismus auszunützen. Nachdem er aus meiner Broschüre die Argumente gegen die Teilnahme der Kommunistischen Partei am Hitler-Volksentscheid zitiert hat, zieht Hilferding 11 den Schluß: „Man brauchte diesen Zitat wirklich nichts hinzuzufügen, um die Taktik der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Brüning zu erklären“. Kommen Remmele und Thälmann: „Seht, Hilferding stützt sich auf Trotzki“. Kommt ein gelbes Faschistenblättchen: dafür wird Trotzki mit dem Visumversprechen belohnt. Kommt ein Stalin-Journalist und telegraphiert

die Nachricht der faschistischen Zeitung nach Moskau. Die Redaktion der Iswestija, in der der unglückselige Radek 12 sitzt, veröffentlicht dieses Telegramm. Diese Kette verdient, daß man sie vermerkt und – weitergeht.

Wenden wir uns ernsthafteren Fragen zu. Hitler kann sich den Luxus des Kampfes gegen Brüning nur deshalb erlauben, weil das bürgerliche Regime im ganzen sich an den Rücken der halben, von Hilferding und Co. dirigierten Arbeiterklasse lehnt. Betriebe die Sozialdemokratie nicht eine Politik des Klassenverrats, so müßte sich Hitler, der in diesem Fall nie die gegenwärtige Stärke erlangt hätte, an die Brüning-Regierung wie an einen Rettungsanker klammern. Würden die Kommunisten gemeinsam mit der Sozialdemokratie Brüning stürzen, so wäre das eine Tatsache von größter politischer Bedeutung. Ihre Folgen würden jedenfalls über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinauswachsen. Hilferding macht den Versuch, eine Rechtfertigung seines Verrats in unserer Kritik zu finden, die die Kommunisten auffordert, mit Hilferdings Verrat als mit einer Tatsache zu rechnen.

* * *

Hat auch Hilferding Trotzki's Worten „nichts hinzuzufügen“, so fügt er dennoch etwas hinzu: das Kräfteverhältnis, sagt er, ist derart, daß selbst unter der Voraussetzung gleichzeitiger Aktionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter keine Möglichkeit bestünde, „bei Forcierung des Kampfes den Gegner niederzuwerfen“. In dieser beiläufig, ohne Beweis hingeworfenen Bemerkung liegt der Schwerpunkt der Frage. Nach Hilferding könnte im heutigen Deutschland, wo das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung und die entscheidende Produktivkraft der Gesellschaft ausmacht, der gemeinsame Kampf von Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei dem Proletariat nicht die Macht bringen! Wann wird also überhaupt die Macht in die Hände des Proletariats übergehen können? Vor dem Krieg gab es die Perspektive auf automatisches Wachstum des Kapitalismus, Wachstum des Proletariats und entsprechendes Wachstum der Sozialdemokratie. Der Krieg hat diesen Prozeß unterbrochen, und keine Kraft der Welt vermag ihn wiederherzustellen. Die Fäulnis des Kapitalismus bedeutet, daß die Machtfrage auf der Grundlage der heutigen Produktivkräfte entschieden werden muß. Durch ihre Verlängerung der Agonie des kapitalistischen Regimes führt die Sozialdemokratie nur den weiteren Verfall der Wirtschaftskultur herbei, den Zerfall des Proletariats und

9. **Von Trotzki:** Der Artikel ist mit den bescheidenen Initialen E.H. versehen. Man müßte sie der Nachwelt einprägen. Die Arbeitergenerationen der verschiedenen Länder haben nicht vergeblich gewirkt. Große revolutionäre Denker und Kämpfer sind nicht spurlos auf Erden gewandelt. E.H. lebt, wacht und weist dem deutschen Proletariat den Weg.

Böse Zungen behaupten, E.H. sei mit Ernst Heilmann verwandt, der sich während des Krieges mit besonders widerlichem Chauvinismus besudelt hat. Unmöglich: ein so heller Kopf ...

10. Theobald von Bethmann-Hollweg (1856-1921): Reichsanzler und preußischer Ministerpräsident (1909-1917).

11. Rudolf Hilferding (1877-1944): führender sozialdemokratischer Theoretiker und Ökonom; Finanzminister in der Müller Regierung (1928-30); Autor von wichtigen Büchern über den Imperialismus und das Finanzkapital; verhaftet 1940 vom französischen Vichy-Regime und den Nazis überliefert.

12. Karl Radek (1885-1939) linker Aktivist in Deutschland und Polen vor der Russischen Revolution; kam April 1917 mit Lenin nach Rußland; wurde Mitglied des inneren Kreises der Führer der Bolschewistischen Partei; entkam 1919 einen Mordversuch in Berlin, als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden; Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI); später beschuldigt für das Scheitern der deutschen Revolution 1923; Führer der Linken Opposition; kapitulierte vor Stalin 1929 nach Stalins Bruch mit Bucharin; schrieb Propaganda bis zu den Moskauer Prozessen; Angeklagter beim zweiten Moskauer Prozeß; wurde zu 10 Jahren verurteilt und verschwand im Gefängnis.

soziale Fäulnis. Andere Perspektiven hat sie nicht vor sich; morgen wird es schlechter stehen als heute, übermorgen schlimmer als morgen. Doch die Führer der Sozialdemokratie wagen nicht mehr, in die Zukunft zu blicken. Sie haben alle Gebrechen der zum Untergang verdammten herrschenden Klasse: Leichtsinn, Willenslähmung, Hang, sich vor den Ereignissen zu drücken und auf Wunder zu warten. In Wahrheit erfüllen Tarnows 13 ökonomische Forschungen heute die gleiche „Funktion“ wie die trostvollen Offenbarungen Rasputins 14 ...

Die Sozialdemokraten könnten mit den Kommunisten zusammen die Macht nicht erobern. Hier ist er, der durch und durch feige und „gebildete“ Kleinbürger, vom Scheitel bis zur Sohle vollgesogen mit Mißtrauen und Verachtung für die Massen. Sozialdemokratie und Kommunistische Partei besitzen zusammen ungefähr 40 Prozent der Stimmenzahl, ungeachtet dessen, daß die Verräterei der Sozialdemokratie und die Fehler der Kommunistischen Partei Millionen ins Lager des Indifferentismus und sogar des Nationalsozialismus stoßen. Schon allein die Tatsache gemeinschaftlicher Aktionen dieser beiden Parteien würde den Massen neue Perspektiven eröffnen und die politische Kraft des Proletariats unermesslich steigern. Gehen wir jedoch von 40 Prozent aus. Haben Brüning oder Hitler mehr? Und in Deutschland können doch nur diese drei Gruppen: Proletariat, Zentrumsparthei 15 oder Faschisten regieren. Aber der gebildete Kleinbürger ist zutiefst davon überzeugt, daß dem Vertreter des Kapitals 20 Prozent genügen, um zu regieren; hat doch die Bourgeoisie Banken, Trusts, Syndikate, Eisenbahnen. Gewiß, unser gebildeter Kleinbürger hat vor 12 Jahren all das „sozialisieren“ wollen. Aber heute! Sozialisierungsprogramm – ja, Expropriation der Expropriateure – nein, das ist schon Bolschewismus.

Wir haben oben das Kräfteverhältnis im parlamentarischen Sinn genommen. Doch das ist ein Zerspiegel. Die parlamentarische Vertretung der unterdrückten Klasse ist eine außerordentliche Verkleinerung ihrer wirklichen Kraft, und umgekehrt: die Vertretung der Bourgeoisie wird selbst am Tag vor deren Fall noch immer eine Maskerade vermeintlicher Kraft sein: Nur der revolutionäre Kampf legt das wirkliche Kräfteverhältnis bloß. Im direkten und unmittelbaren Machtkampf entfaltet das Proletariat, wenn innere Sabotage, Austromarxismus 16 und andere Formen von Verrat es nicht paralysieren, eine unermesslich überlegene Kraft als sie im Parlament Ausdruck findet. Führen wir noch-

mals die unschätzbare Lehre der Geschichte an: selbst nachdem die Bolschewiki die Macht erobert und fest erobert hatten, verfügten sie in der Konstituierenden Versammlung über weniger als ein Drittel der Stimmen, mit den linken Sozialrevolutionären 17 zusammen über weniger als 40 Prozent. Und trotz schrecklicher wirtschaftlicher Zerrüttung, trotz Krieg, trotz Verrat der europäischen, vor allem der deutschen Sozialdemokratie, trotz der Ermüdungsreaktion der Nachkriegszeit, trotz dem Wachstum thermidorianischer Stimmungen hält sich der erste Arbeiterstaat seit 14 Jahren aufrecht. Was soll man da von Deutschland sagen? In dem Augenblick, wo sich der sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam mit dem kommunistischen zur Machteroberung erheben würde, wäre die Aufgabe zu neun Zehnteln gelöst.

Aber, sagt Hilferding, wenn die Sozialdemokratie gegen die Brüning-Regierung stimmen und damit ihren Sturz herbeiführen würde, hätte das die Machtergreifung durch die Faschisten zur Folge. Auf parlamentarischer Ebene sieht es vielleicht so aus, aber die Angelegenheit liegt nicht auf parlamentarischer Ebene.

Auf die Unterstützung Brünings könnte die Sozialdemokratie nur dann verzichten, wenn sie sich entschliesse, den revolutionären Weg zu gehen. Entweder Unterstützung Brünings oder Kampf um die Diktatur des Proletariats. Ein Drittes gibt es nicht. Die Stimmenabgabe der Sozialdemokratie gegen Brüning würde mit einem Schläge das Kräfteverhältnis verschieben. Nicht auf dem Parlaments-Schachbrett, dessen Figuren unversehens unter den Tisch zu liegen kämen, sondern in der Arena des revolutionären Klassenkampfes. Die Kräfte des Proletariats würden sich bei einer solchen Wendung nicht verdoppeln, sondern verzehnfachen, denn der moralische Faktor nimmt nicht den letzten Platz ein im Kampf der Klassen, besonders an großen historischen Wendepunkten. Ein moralischer Strom von hoher Spannung würde die Volksmassen durchfließen, Schicht um Schicht. Die proletarische Klasse würde sich mit Zuversicht sagen, daß sie und nur sie berufen ist, dem Leben dieser großen Nation eine neue, höhere Richtung zu geben. Verfall und Zersetzung der Hitler-Armee würden noch vor den Entscheidungsschlachten beginnen. Dem Kampf zu entzinnen, wäre natürlich ausgeschlossen; aber bei festem Siegeswillen, bei kühner Offensive wäre der Sieg unvergleichlich leichter errungen, als es dem optimistischsten Revolutionär jetzt vorschwebt.

Dazu fehlt nicht viel: eine Wendung der Sozialdemokratie auf den Weg der Revolution. Eine freiwillige Wendung der Führer zu erhoffen wäre, nach der Erfahrung von 1914-1932, die lächerlichste aller Illusionen. Anders die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter: sie können eine Wendung vollziehen und sie werden sie

vollziehen. Man muß ihnen nur helfen. Das wird aber nicht nur eine Wendung gegen den bürgerlichen Staat, sondern auch gegen die Spitzen der eigenen Partei sein.

Da wird unser Austromarxist, der unseren Worten „nichts hinzuzufügen“ hat, uns wieder Zitate aus unseren eigenen Arbeiten entgegenzuhalten versuchen: haben wir denn nicht in der Tat geschrieben, die Politik der Stalin-Bürokratie sei eine Kette von Fehlern? Haben wir nicht die Teilnahme der Kommunistischen Partei am Hitlervolksentscheid gebrandmarkt? Wir haben geschrieben und gebrandmarkt. Aber wir kämpfen ja mit den Stalinschen Kominternführern gerade deshalb, weil sie unfähig sind, die Sozialdemokratie zu zertrümmern, die Massen ihrem Einfluß zu entwinden, von der Lokomotive der Geschichte die rostige Bremse zu lösen. Durch Hin- und Herwinden, Irrtümer, bürokratischen Ultimatismus konserviert das Stalinsche Bürokratenamt die Sozialdemokratie, dem es ihr jedesmal von neuem gestattet, wieder auf die Beine zu kommen.

Die Kommunistische Partei ist eine proletarische, antibürgerliche Partei, wenn auch falsch geführt. Die Sozialdemokratie ist, ungeachtet ihres Arbeiterbestandes, eine vollständig bürgerliche Partei, unter „normalen“ Bedingungen vom Standpunkt der bürgerlichen Ziele aus sehr geschickt geführt, doch unter Bedingungen der sozialen Krise zu nichts tauglich. Den bürgerlichen Charakter der sozialdemokratischen Partei sind die Führer selber einzugestehen genötigt, wenn auch gegen ihren Willen. In bezug auf Krise und Arbeitslosigkeit wiederholt Tarnow die alten Phrasen über den „Hohn auf die Zivilisation“, wie ein Pastor von der Sünde des Reichtums spricht; vom Sozialismus redet Tarnow ebenso wie der Pfaffe von der Vergeltung im jenseits; ganz anders aber äußert er sich über konkrete Fragen, „Wenn am 14. September dieses Gespenst (der Arbeitslosigkeit) nicht neben den Wahlurnen gestanden hätte, dann würde auch dieser Tag in der Geschichte Deutschlands ein anderes Gesicht bekommen haben“ (Referat auf dem Leipziger Parteitag). Die Sozialdemokratie hat Stimmen und Mandate deshalb verloren, weil der Kapitalismus in der Krise sein wahres Antlitz enthüllte. Die Krise hat die Partei des „Sozialismus“ nicht gestärkt, sondern im Gegenteil geschwächt, so wie sie Handelsumsätze, Bankkassen, Hoovers und Fords 18 Selbstvertrauen, die Einkünfte des Fürsten von Monaco usw. geschwächt hat. Die optimistischen Bewertungen der Konjunktur hat man jetzt nicht in den bürgerlichen Blättern, sondern in den sozialdemokratischen zu suchen. Kann es einen unwiderlegbareren Beweis des bürgerlichen Charakters der Partei geben? Bedeutet die Krankheit des Kapitalismus Krankheit der Sozialdemokratie, so kann der nahende Tod des Kapitalismus nichts anderes bedeuten als den baldigen Tod der Sozialdemokratie. Die Partei, die sich auf die Arbeiter stützt, aber der Bourgeoisie dient, muß in der Periode höchster Zuspitzung des Klassenkamp-

13. Fritz Tarnow (1880-1954): sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschafter; verließ 1931 die SPD und trat der SAP bei; verbrachte die Periode der Nazi-Herrschaft in Exil; aktiver Gewerkschafter bis zu seinem Tod.

14. Grigori Rasputin (1872-1916): Mystiker und angeblicher Heiler mit großem Einfluß im Hof des Zaren.

15. Das Zentrum: katholische politische Partei; eine der Hauptregierungsparteien der Weimarer Republik; vier Kanzler kamen aus seinen Reihen.

16. Austromarxismus: herrschende Tendenz innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie; widersetzte sich dem Revisionismus aber handelte keineswegs anders; gegen gewalttätige Revolution; glaubte, Sozialisten sollten Gewalt nur defensiv anwenden.

17. Linke Sozialrevolutionäre: Abspaltung von der Sozialrevolutionären Partei; unterstützte den revolutionären Umsturz im Oktober 1917; bildete revolutionäre Koalitionregierung mit den Bolschewiki; trat aus der Regierung wegen des Brest-Litowsker Vertrag aus; später organisierte terroristische Angriffe auf Anhänger der Sowjetregierung.

18. Herbert Hoover (1874-1964): amerikanischer Präsident (1928-32). – Henry Ford: amerikanischer Industrieller, der den Fließband in die Autoherstellung einführte.

fes den Odem des Grabes spüren.

II. Demokratie und Faschismus

Das XI. EKKI-Plenum fand sich bemüht, mit jenen fehlerhaften Auffassungen Schluß zu machen, die sich auf die „liberale Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, wie auch zwischen den parlamentarischen Formen der bürgerlichen Diktatur und den offen faschistischen Formen ...“ stützen. Der Wesenskern dieser Stalinschen Philosophie ist sehr einfach: aus der marxistischen Verneinung eines absoluten Gegensatzes leitet sie die Verneinung des Gegensatzes überhaupt ab, und sei er auch relativ. Das ist der typische Fehler des Vulgärradikalismus. Wenn aber zwischen Demokratie und Faschismus keinerlei Gegensatz besteht, nicht einmal auf dem Gebiet der bürgerlichen Herrschaftsformen, müssen beide Regimes einfach zusammenfallen. Die Schlußfolgerung: Sozialdemokratie = Faschismus. Aus irgendeinem Grunde bezeichnet man indes die Sozialdemokratie als Sozial-Faschismus. Was in diesem Zusammenhang sozial eigentlich bedeutet, hat man uns bis jetzt noch nicht erklärt 19.

Allein die Natur der Dinge wechselt nicht mit den Beschlüssen des EKKI-Plenums. Zwischen Demokratie und Faschismus besteht ein Gegensatz. Er ist durchaus nicht „absolut“ oder, in der Sprache des Marxismus zu reden, bezeichnet durchaus nicht die Herrschaft zweier unversöhnlicher Klassen. Aber es kennzeichnet verschiedene Herrschaftssysteme ein und derselben Klasse. Diese beiden Systeme, das parlamentarisch-demokratische und das faschistische, stützen sich auf verschiedene Kombinationen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und geraten unvermeidlich in schroffe Zusammenstöße miteinander.

Die Sozialdemokratie, die heutige Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes, stützt sich auf die Arbeiter. Der Faschismus auf das Kleinbürgertum. Die Sozialdemokratie kann ohne Arbeiter-Massenorganisationen keinen Einfluß ausüben. Der Faschismus seine Macht nicht anders befestigen als durch Zer-

schlagung der Arbeiterorganisationen. Hauptarena der Sozialdemokratie ist das Parlament. Das System des Faschismus fußt auf der Vernichtung des Parlamentarismus. Für die monopolistische Bourgeoisie stellen parlamentarisches und faschistisches System bloß verschiedene Werkzeuge ihrer Herrschaft dar: sie nimmt zu diesem oder jenem Zuflucht in Abhängigkeit von den historischen Bedingungen. Doch für die Sozialdemokratie wie für den Faschismus ist die Wahl des einen oder des andern Werkzeugs von selbständiger Bedeutung, mehr noch, die Frage ihres politischen Lebens oder Todes.

Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die „normalen“ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat. Vom Faschismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit: hat sie einmal die Methoden des Bürgerkriegs zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben. Und die faschistische Agentur, die das Kleinbürgertum als Prellbock benutzt und alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, leistet diese Arbeit bis zum Ende. Der Sieg des Faschismus führt dazu, daß das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung bemächtigt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltungen, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften. Die Faschisierung des Staates bedeutet nicht nur die Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -verfahren – auf diesem Gebiet sind die Veränderungen letzten Endes zweitrangig – sondern vor allem und hauptsächlich die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphen Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die eine selbständige Kristallisation des Proletariats unterbinden sollen. Darin besteht das Wesen des faschistischen Regimes.

Dem Gesagten widerspricht in keiner Weise die Tatsache, daß sich zwischen demokratischem und faschistischem Regime während einer gewissen Periode ein Übergangsregime herausbildet, das Züge des einen und des anderen in sich vereinigt: das ist allgemeine Regel bei der Ablösung zweier sozialer Regimes, selbst wenn sie unversöhnlich miteinander verfeindet sind. Es gibt Augenblicke, wo sich die Bourgeoisie sowohl auf die Sozialdemokratie wie auf den Faschismus stützt, d.h. sich zu gleicher Zeit ihrer versöhnlichen und ihrer terroristischen Agentur bedient. So in gewissem Sinne die Kerenski-Regierung während der letzten Monate ihrer Existenz: halb stützte sie sich auf die Sowjets, und gleichzeitig verließ sie sich auf die Verschwörung mit Kornilow 20. So

auch die Brüning-Regierung, die auf einem Seile zwischen den beiden unversöhnlichen Lagern tanzt, den Stab der Notverordnungen in den Händen. Doch ein solcher Zustand von Staat und Regierung hat provisorischen Charakter. Er ist Ausdruck der Übergangsperiode, wo die Sozialdemokratie ihre Mission schon beinahe erfüllt hat, während gleichzeitig weder Kommunismus noch Faschismus schon für die Machteroberung bereit sind.

Die italienischen Kommunisten, die sich schon längst mit der Frage des Faschismus hatten beschäftigen müssen, protestierten mehr als einmal gegen den so verbreiteten Mißbrauch mit diesem Begriff. In der Epoche des 6. Kongresses der Komintern entwickelte Ercoli 21 immer noch Ansichten zur Frage des Faschismus, die jetzt als „trozkistisch“ angesehen werden. Nachdem er den Faschismus als konsequentestes und bis zu Ende geführtes System der Reaktion definiert hatte erläuterte Ercoli: „Diese Feststellung stützt sich nicht auf die unmenschlichen Terrorakte, nicht auf die große Zahl ermordeter Arbeiter und Bauern, nicht auf die Grausamkeit der in großem Maßstab angewandten Foltermethoden, nicht auf die Härte der Urteile, sie gründet sich auf die systematische und totale Unterdrückung jeglicher unabhängiger Organisation der Massen.“ Ercoli hat hier völlig recht: Wesen und Bestimmung des Faschismus bestehen in der vollständigen Beseitigung der Arbeiterorganisationen und in der Verhinderung ihres Wiederaufstehens. In den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ist dieses Ziel durch bloße Polizeimaßnahmen nicht zu erreichen. Der einzige Weg dazu ist, dem Druck des Proletariats – im Augenblick seiner Schwächung – den Druck der verzweifelten kleinbürgerlichen Massen gegenüberzustellen. Eben dieses besondere System kapitalistischer Reaktion ist in die Geschichte unter dem Namen Faschismus eingegangen.

„Die Frage der Beziehungen zwischen dem Faschismus und der Sozialdemokratie“, schreibt Ercoli, „liegt auf derselben Ebene (der Unversöhnlichkeit zwischen Faschismus und Arbeiterorganisationen).“ In diesem Punkt unterscheidet sich der Faschismus eindeutig von allen reaktionären Regimes, die sich bis heute in der modernen kapitalistischen Welt durchgesetzt haben. Er weist jeglichen Kompromiß mit der Sozialdemokratie zurück, hat sie hartnäckig verfolgt, hat ihr jede Möglichkeit einer legalen Existenz entzogen und sie zur Emigration gezwungen.“

So lautete ein im leitenden Organ der Komin-

putschversuch August 1917; der Putsch scheiterte wegen des Widerstands der Arbeiter, der von den Bolschewiki organisiert wurde; verhaftet aber konnte entkommen; im Bürgerkrieg in Sibirien gefallen, als er Weißgardisten in den Kampf führte.

21. Ercoli: Pseudonym von Palmiro Togliatti (1893-1964): ab 1914 Mitglied des Sozialistischen Partei Italiens; Mitglied der Gruppe Sozialisten, die Gramsci in Turin führte; Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Italiens 1921; ab 1922 Mitglied des ZK der KPI; Führer der Partei nach der Absetzung Bordigas und der Verhaftung Gramscis; ab 1924 Mitglied des Präsidiums des EKKI; ab 1927 Generalsekretär der KPI mit kurzen Unterbrechungen bis zu seinem Tod; wurde zu Handlanger von Stalin; spielte wichtige Rolle bei der Rettung des italienischen Kapitalismus nach 1945.

19. Von Trotzki: Metaphysiker (antidialektisch denkende Menschen) haben für ein und dieselbe Abstraktion zwei, drei und mehr, einander oft vollständig widersprechende Bestimmungen. „Demokratie“ überhaupt und „Faschismus“ überhaupt unterscheiden sich, wie wir gehört haben, durch nichts voneinander. Dafür muß es aber auf der Welt noch eine „Diktatur der Arbeiter und Bauern“ (für China, Indien, Spanien) geben. Eine proletarische Diktatur? Nein! Eine kapitalistische Diktatur? Nein! Also welcher Art? Demokratisch! Es zeigt sich, daß noch eine reine, über den Klassen stehende Demokratie auf der Welt besteht. Aber das XI. EKKI-Plenum hat doch erklärt, daß sich Demokratie und Faschismus voneinander nicht unterscheiden. Unterscheidet sich also die „demokratische Diktatur“ von ... faschistischer Diktatur. Nur ein völlig naiver Mensch wird von den Stalinisten die ernsthafte und ehrliche Beantwortung dieser prinzipiellen Frage erwarten: ein paar Beschimpfungen mehr – das ist alles. Indes ist mit dieser Frage das Schicksal der Revolutionen des Ostens verbunden.

20. Lawr Kornilow (1870-1920): Kosack aus Sibirien; zaristischer General; Oberste Befehlshaber der russischen Armee ab Juli 1917; organisierte einen

tern abgedruckter Artikel! Danach hat Manuilski Molotow 22 die große Idee der „dritten Periode“ eingegeben. Frankreich, Deutschland und Polen wurden in die „erste Reihe der revolutionären Offensive“ abkommandiert, die Machteroberung zur unmittelbaren Aufgabe erklärt. Da aber vor dem Antlitz des proletarischen Aufstands alle Parteien außer kommunistischen konterrevolutionär sind, bestand keine Notwendigkeit mehr, zwischen Faschismus und Sozialdemokratie zu unterscheiden. Die Theorie vom Sozialfaschismus wurde eingeführt. Die Kominternbeamten rüsteten um. Ercoli eilte zu beweisen, daß ihm die Wahrheit teuer sei, Molotow aber noch teurer, und ... er schrieb ein Referat zur Verteidigung der Theorie des Sozialfaschismus. „Die italienische Sozialdemokratie“ erklärte er im Februar 1930, „faschisiert sich äußerst leicht“. Aber ach, noch leichter servilisieren sich die Beamten des offiziellen Kommunismus ...

Unsere Kritik an Theorie und Praxis der „dritten Periode“ erklärt man natürlich für konterrevolutionär. Die grausame Erfahrung, die das Proletariat teuer zu stehen kam, erzwang allerdings auf diesem Gebiet eine Wendung. Die „dritte Periode“ ward in Ruhestand versetzt, wie Molotow selbst aus der Komintern entlassen wurde. Die Theorie des Sozialfaschismus aber blieb als einzige reife Frucht der dritten Periode. Hier kann es keine Abänderungen geben: mit der dritten Periode hat Molotow sich engagiert; in den Sozialfaschismus ist Stalin selbst verwickelt.

Als Leitmotiv für ihre Forschungen über den Sozialfaschismus hat Die Rote Fahne Stalins Worte erkoren: „Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus.“ Wie bei Stalin üblich, sobald er zu verallgemeinern versucht, widerspricht der erste Satz dem zweiten. Daß die Bourgeoisie sich auf die Sozialdemokratie stützt und der Faschismus eine Kampforganisation der Bourgeoisie darstellt, ist völlig unbestreitbar und schon längst ausgesprochen. Doch daraus erhellt nur, daß Sozialdemokratie wie Faschismus Werkzeuge der Großbourgeoisie sind. Wie dabei die Sozialdemokratie überdies noch den „Flügel“ des Faschismus bildet, ist nicht zu verstehen. Auch die zweite Feststellung des gleichen Autors ist nicht viel tiefsinniger: Faschismus und Sozialdemokratie sind nicht Gegner, sondern Zwillinge. Zwillinge können erbitterte Gegner sein; andererseits müssen Verbündete keinesfalls am gleichen Tag von einer gemeinsamen Mutter geboren sein. Stalins Konstruktion gebracht es sogar an formaler Logik, von Dialektik nicht zu reden. Die Kraft dieser Konstruktion besteht darin, daß niemand ihr widersprechen darf.

Zwischen Demokratie und Faschismus be-

22. Dmitri Manuilski (1883-1952): Mitglied der Bolschewistischen Partei in den frühen Jahren; spaltete als Mitglied von Bogdanows Wperjod-Gruppe 1909 ab; trat Sommer 1917 der Partei mit Trotzki und seiner Gruppierung wieder bei; später loyaler Stalinist und Generalsekretär der Komintern während der „dritten Periode“; nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied des ZK der KPdSU und ukrainischer Delegierter bei der UNO.

steht kein Unterschied im „Klasseninhalt“ lehrt nach Stalin Werner Hirsch 23 (Die Internationale, Januar 1932). Der Übergang von Demokratie zu Faschismus kann den Charakter eines „organischen Prozesses“ annehmen, d.h. „allmählich und auf kaltem Wege“ sich vollziehen. diese Erwägung würde verblüffend klingen, hätten uns die Epigonen das Staunen nicht abgewöhnt.

Zwischen Demokratie und Faschismus besteht kein „Klassenunterschied“. Das soll offenbar bedeuten, daß die Demokratie, wie der Faschismus bürgerlichen Charakters ist. Das haben wir auch vor dem Januar 1932 gewußt! Aber die herrschende Klasse lebt nicht im luftleeren Raum. Sie steht in bestimmten Beziehungen zu den übrigen Klassen. Im „demokratischen“ Regime der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft stützt sich die Bourgeoisie vor allem auf die von den Reformisten im Zaume gehaltene Arbeiterklasse. Am vollendetsten kommt dieses System in England zum Ausdruck, bei der labouristischen wie bei der konservativen Regierung. Im faschistischen Regime stützt sich das Kapital, zumindest im ersten Stadium, auf das Kleinbürgertum, das die Organisationen des Proletariats vernichtet. Das ist das italienische Beispiel! Besteht ein Unterschied im „Klasseninhalt“ dieser beiden Regimes? Stellt man lediglich die Frage nach der herrschenden Klasse, so ist kein Unterschied vorhanden. Nimmt man Lage und Wechselbeziehungen aller Klassen, so zeigt sich – vom Standpunkt des Proletariats – ein beträchtlicher Unterschied.

Im Laufe vieler Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie, unter deren Ausnutzung und im Kampf mit ihr, eigene Festungen, eigene Grundlagen, eigene Zentren der proletarischen Demokratie geschaffen: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsclubs, Sportorganisationen, Genossenschaften usw. Das Proletariat kann nicht im formellen Rahmen der bürgerlichen Demokratie an die Macht kommen, sondern nur auf revolutionärem Wege; das ist durch Theorie und Praxis gleichermaßen erwiesen. Aber gerade für den revolutionären Weg braucht es die Stützpunkte der Arbeiterdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates. Auf die Schaffung solcher Basen lief ja die Arbeit der Zweiten Internationale in jener Epoche hinaus, als sie noch eine progressive historische Arbeit versah.

Der Faschismus hat zur grundlegenden und einzigen Bestimmung, bis aufs Fundament alle Einrichtungen der proletarischen Demokratie zu zerstören. Hat dies für das Proletariat einen „Klassensinn“ oder nicht? Mögen die hohen Theoretiker darüber nachdenken. Während er das Regime bürgerlich nennt – was unbestreitbar ist – vergißt Hirsch gleich seinen Lehrmeistern eine Kleinigkeit: den Platz des Proletariats in diesem Regime. den historischen Prozeß ersetzen sie durch eine nackte soziologische Abstraktion. Doch der Klassenkampf wird auf dem Erdboden der Geschichte geführt und nicht in der Stratosphäre der Soziologie. Ausgangspunkt für den Kampf mit dem Faschismus ist nicht die Abstraktion des demokratischen Staates, sondern sind die lebendigen Organisationen des Proletariats

23. Werner Hirsch: stalinistischer Theoretiker.

selbst, in denen seine ganze Erfahrung konzentriert ist und die seine Zukunft vorbereiten.

Daß der Übergang von Demokratie zu Faschismus „organischen“ und „allmählichen“ Charakter haben, bedeutet offenbar nichts anderes, als daß man dem Proletariat nicht nur alle materiellen Eroberungen, d.h. seine Organisationen, ohne Erschütterungen und ohne Kampf abnehmen kann. Unter Übergang zum Faschismus „auf kaltem Wege“ wird somit die schrecklichste politische Kapitulation des Proletariats verstanden, die man sich überhaupt vorstellen vermag.

Die theoretischen Erwägungen Werner Hirschs sind nicht zufällig: während sie Stalins theoretische Orakel weiterentwickeln, verallgemeinern sie gleichzeitig die gesamte gegenwärtige Agitation der Kommunistischen Partei. Deren Hauptanstrengung ist ja jetzt darauf gerichtet, zu beweisen, daß zwischen Brüning-Regime und Hitler-Regime kein Unterschied besteht. Darin sehen augenblicklich Thälmann und Remmele die Quintessenz der bolschewistischen Politik.

Die Sache beschränkt sich nicht bloß auf Deutschland. Die Idee, der Sieg des Faschismus werde nichts Neues bringen, wird jetzt eifrig in allen Sektionen der Komintern propagiert. Im Januarheft der französischen Zeitschrift Cahiers du Bolchévisme lesen wir: „Die Trotzlisten, die in der Praxis wie Breitscheid 24 handeln, übernehmen jetzt die berühmte Theorie der Sozialdemokratie vom kleineren Übel, nach der Brüning nicht so schlecht sei wie Hitler, nach der unter Brüning Hungers zu sterben weniger unangenehm sei als unter Hitler und unendlich vorteilhafter, von Groener erschossen zu werden als von Frick.“ Dieses Zitat ist nicht das dümmste, obwohl – um gerecht zu sein – dumm genug. Doch leider kommt darin das Wesen der politischen Philosophie der Kominternführer zum Ausdruck.

Die Stalinisten vergleichen die beiden Regimes unter dem Gesichtswinkel der Vulgärdemokratie. In der Tat, geht man an das Brüning-Regime mit formal-„demokratischen“ Kriterien heran, ergibt sich der unwiderlegbare Schluß: von der stolzen Weimarer Verfassung sind nichts als Haut und Knochen geblieben. Doch für uns entscheidet das die Frage noch nicht. Man muß sie vom Standpunkt der proletarischen Demokratie betrachten. Dies ist das einzig verlässliche Kriterium auch für die Frage, wo und wann die „normale“ Polizeireaktion des verfaulenden Kapitalismus durch das faschistische Regime ersetzt wird.

Ob Brüning besser ist als Hitler (etwa sympathischer?), diese Frage interessiert uns, wie wir gestehen müssen, wenig. Es genügt aber, die Liste der Arbeiterorganisationen anzusehen, um zu sagen: in Deutschland hat der Faschismus noch nicht gesiegt. Noch stehen gigantische Hindernisse und Kräfte seinem Sieg im Wege.

Das gegenwärtige Brüning-Regime ist das Regime einer bürokratischen Diktatur, besser: der mit militärisch-polizeilichen Mitteln verwirk-

24. Rudolf Breitscheid (1874-1944): Sozialdemokrat; Innenminister der deutschen Republik 1918-19; danach führender sozialdemokratischer Abgeordneter; von den Nazis ermordet.

lichten Diktatur der Bourgeoisie. Das faschistische Kleinbürgertum und die proletarische Avantgarde halten einander gleichsam die Waage. Wären die Arbeiterorganisationen in Räteorganisationen vereinigt, würden die Betriebsräte um Produktionskontrolle kämpfen, so könnte man von Doppelherrschaft sprechen. Durch die Zerstückelung des Proletariats und die taktische Hilflosigkeit seiner Avantgarde sind wir noch nicht soweit. Doch die bloße Tatsache des Vorhandenseins machtvoller Arbeiterorganisationen, die unter bestimmten Bedingungen dem Faschismus vernichtenden Widerstand leisten können, hält Hitler von der Macht ab und verleih dem bürokratischen Apparat eine gewisse „Unabhängigkeit“.

Die Brüning-Diktatur ist eine Karikatur auf den Bonapartismus. Diese Diktatur ist unbeständig, unsicher, kurzlebig. Sie bedeutet nicht den Beginn eines neuen sozialen Gleichgewichts, sondern kündigt den Zusammenbruch des alten an. Unmittelbar auf eine kleine bürgerliche Minderheit gestützt, von der Sozialdemokratie gegen den Willen der Arbeiter toleriert, bedroht vom Faschismus, ist Brüning zu Verordnungsdonnern fähig, nicht aber zu realeren. Das Parlament mit dessen eigener Zustimmung aufzulösen, einige Verordnungen gegen die Arbeiter zu erlassen, den Weihnachts-Burgfrieden zu dekretieren, um unter dessen Hülle einige Bescherungen vorzunehmen, hundert Versammlungen aufzulösen, ein Dutzend Zeitungen einzustellen, mit Hitler Briefe, würdig eines Provinzapotheikers, zu wechseln – das ist alles, was Brüning kann. Weiter reicht sein Arm nicht.

Brüning muß die Existenz der Arbeiterorganisationen tolerieren, sofern er nicht heute schon Hitler die Macht übergeben will und sofern er nicht über eigene Kräfte zu deren Liquidierung verfügt. Brüning muß die Faschisten dulden und begünstigen, sofern er den Sieg der Arbeiter auf den Tod fürchtet. Das Brüning-Regime ist ein Übergangsregime, ein Regime von kurzer Dauer, das der Katastrophe vorausgeht. Die gegenwärtige Regierung kann sich nur deshalb halten, weil es zwischen den Hauptlagern noch zu keinem Kräftemessen gekommen ist. Der richtige Kampf hat noch nicht begonnen. Er steht noch bevor. Die Pause bis zum Kampf, bis zum offenen Kräftemessen, füllt die Diktatur der bürokratischen Ohnmacht aus.

Die Weisen, die sich dessen rühmen, daß sie keinen Unterschied „zwischen Brüning und Hitler“ kennen, sagen in Wirklichkeit: ob unsere Organisationen noch bestehen oder ob sie zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung. Hinter dieser scheinradikalen Phraseologie versteckt sich die niederträchtigste Passivität: einer Niederlage können wir nicht entgehen! Man lese nur aufmerksam das Zitat aus der Zeitschrift der französischen Stalinisten: das ganze Problem läuft darauf hinaus, unter wem es sich besser hungern läßt, unter Brüning oder unter Hitler. Wir aber stellen die Frage nicht so: wie und unter welchen Bedingungen läßt sich besser sterben, sondern: wie müssen wir kämpfen und siegen? Unsere Schlußfolgerung ist: die Hauptschlacht muß geliefert werden, ehe Brünings bürokratische Diktatur vom faschistischen Regime abge-

löst wird, das heißt, bevor die Arbeiterorganisationen vernichtet sind. Auf die Hauptschlacht muß man sich vorbereiten durch Weitertreiben, Verbreitern und Verschärfen der Teilkämpfe. Dazu braucht man eine richtige Perspektive und darf vor allem nicht den Feind zum Sieger erklären, der vom Siege noch weit entfernt ist.

Das ist der Kern der Frage, hier ist der strategische Schlüssel zur Lage, hier ist der Ausgangspunkt für den Kampf. Jeder denkende Arbeiter und um so mehr jeder Kommunist ist verpflichtet, sich Rechenschaft abzulegen über die ganze Leere, die ganze Nichtigkeit des faulen Geredes der Stalinschen Bürokratie, Brüning und Hitler seien dasselbe. Das heißt die Dinge verwirren!, antworten wir ihnen. Schändlich verwirren aus Angst vor den Schwierigkeiten, aus Angst vor den großen Aufgaben. Ihr kapituliert, ohne den Kampf aufgenommen zu haben, ihr erklärt, wir hätten bereits eine Niederlage erlitten. Ihr lügt! Die Arbeiterklasse ist gespalten, geschwächt durch die Reformisten, desorientiert durch die Schwankungen der eigenen Avantgarde, aber noch nicht geschlagen, ihre Kräfte sind nicht erschöpft. Nein, Deutschlands Proletariat ist mächtig. Die optimistischsten Berechnungen werden beträchtlich überboten werden, wenn seine revolutionäre Energie sich den Weg zur Arena der Aktion bahnt.

Brünings Regime ist ein Regime der Vorbereitung. Wofür? Entweder für den Sieg des Faschismus oder für den Sieg des Proletariats. Es ist ein Vorbereitungsregime, weil beide Lager sich auf den entscheidenden Kampf erst vorbereiten. Brüning mit Hitler zu identifizieren bedeutet, die Situation vor dem Kampfe mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren; bedeutet, im voraus die Niederlage als unvermeidlich zu betrachten; bedeutet die Aufforderung, kampflös zu kapitulieren.

Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter, besonders der Kommunisten, will das nicht. Auch die Stalinsche Bürokratie will es natürlich nicht. Doch man muß nicht von den guten Absichten ausgehen, mit denen Hitler die Straßen zu seiner Hölle pflastern wird, sondern von der objektiven Bedeutung der Politik, ihrer Richtung und ihrer Tendenzen. Es ist nötig, den passiven, ängstlich abwartenden, kapitulationsbereiten, deklamatorischen Charakter der Politik Stalin-Manuilski-Thälmann-Remmeles zu entlarven! Die revolutionären Arbeiter müssen es begreifen: der Schlüssel zur Situation liegt bei der Kommunistischen Partei; aber die Stalinsche Bürokratie versucht, mit diesem Schlüssel das Tor zur revolutionären Tat zu verschließen.

III. Bürokratischer Ul-timatismus

Wenn die Blätter der neuen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) 25 gegen den „Parteiegottismus“ von Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei schreiben, wenn Seydewitz 26

beteuert, daß für ihn „das Klasseninteresse über dem Parteiinteresse stehe“, so verfallen sie in politische Sentimentalität oder, noch schlimmer, verdecken mit sentimental Phrasen die Interessen ihrer eigenen Partei. Das ist ein untauglicher Weg. Wenn die Reaktion fordert, man möge die Interessen der „Nation“ über die Klasseninteressen stellen, sagen wir Marxisten, daß unter dem Schein der Interessen des „Ganzen“ die Reaktion die Interessen der Ausbeuterklasse verteidigt. Die Interessen der Nation lassen sich nicht anders formulieren als unter dem Gesichtspunkt der herrschenden Klasse oder der Klasse, die die Herrschaft anstrebt. Die Interessen der Klasse lassen sich nicht anders formulieren als in Gestalt eines Programms; das Programm läßt sich nicht anders verteidigen als durch die Schaffung einer Partei.

Die Klasse an sich ist nur Ausbeutungsmaterial. Die selbständige Rolle des Proletariats beginnt dort, wo es aus einer sozialen Klasse an sich zu einer politischen Klasse für sich wird. Das vollzieht sich nicht anders als durch Vermittlung der Partei. Die Partei ist das historische Organ, durch dessen Vermittlung die Klasse zum Selbstbewußtsein kommt. Zu sagen: „Die Klasse steht höher als die Partei“ – heißt behaupten: die urwüchsige Klasse steht höher als die zu Bewußtsein kommende Klasse. Das ist nicht nur falsch, sondern auch reaktionär. Um die Notwendigkeit der Einheitsfront zu begründen, bedarf es nicht im Mindesten dieser Spießertheorie.

Der Weg der Klasse zum Selbstbewußtsein, d.h. die Herausbildung einer revolutionären Partei, die das Proletariat hinter sich herführt, ist ein verwickelter und widerspruchsvoller Prozeß. Die Klasse ist nicht homogen. Ihre verschiedenen Teile kommen auf verschiedenen Wegen und zu verschiedenen Zeitpunkten zu Bewußtsein. Die Bourgeoisie nimmt aktiven Anteil an diesem Prozeß. Sie schafft ihre Organe innerhalb der Arbeiterklasse oder benutzt die vorhandenen, indem sie bestimmte Schichten von Arbeitern anderen gegenüberstellt. Im Proletariat wirken gleichzeitig verschiedene Parteien. Politisch bleibt es daher den größten Teil seines historischen Weges gespalten. Daraus erwächst in bestimmten Perioden mit außerordentlicher Schärfe das Problem der Einheitsfront.

Die Kommunistische Partei drückt – bei richtiger Politik – die historischen Interessen des Proletariats aus. Ihre Aufgabe besteht darin, die Mehrheit des Proletariats zu erobern, nur so ist auch der sozialistische Umsturz möglich. Ihre Mission kann die Kommunistische Partei nicht anders erfüllen als durch volle und bedingungslose Wahrung der politischen und organisatorischen Unabhängigkeit anderen Parteien und Organisationen innerhalb und außerhalb der Arbeiterklasse gegenüber. Der Verstoß gegen diese Grundforderung der marxistischen Politik ist das schwerste aller Verbrechen an den Interessen des Proletariats als Klasse. Die chinesische Revolution von 1925-1927 ging gerade deshalb zugrunde, weil die Komintern, geführt von Stalin und Bucharin, die chinesische Kommunistische Partei gezwungen hatte, der Kuomintang, der Partei der chinesischen Bourgeoisie, beizu-

25. Sozialistische Arbeiterpartei: linke Abspaltung von der SPD 1931; lehnte es ab, der KPD beizutreten; schwankte zwischen revolutionären und reformistischen Positionen.

26. Max Seydewitz: Führer des linken Flügels der SPD,

der 1931 abspaltete und die SAP gründete.

treten und sich deren Disziplin zu unterwerfen. Die Erfahrung der Stalinschen Politik in bezug auf die Kuomintang wird für ewige Zeiten in die Geschichte eingehen als Musterbeispiel verderblicher Sabotage der Revolution durch ihre Führer. Die Stalinsche Theorie der „Zweiklassenparteien der Arbeiter und Bauern“ für den Osten ist die verallgemeinerte und zum Gesetz erhobene Kuomintang-Praxis; die Anwendung dieser Theorie in Japan, Indien, Indonesien, Korea hat die Autorität des Kommunismus untergraben und die Entwicklung des Proletariats für eine Reihe von Jahren aufgehalten. Die gleiche verräterische Politik wurde, wenn auch nicht so zynisch, in den Vereinigten Staaten, in England und in allen Ländern Europas bis zum Jahre 1928 praktiziert.

Der Kampf der Linken Opposition für die volle und bedingungslose Unabhängigkeit der Kommunistischen Partei und ihrer Politik unter allen historischen Bedingungen und auf allen Entwicklungsstufen des Proletariats führte zu einer außerordentlichen Verschärfung der Beziehungen zwischen der Opposition und der Fraktion Stalins in der Periode seines Blocks mit Tschiang Kai-schek, Wang Tschin-wei, Purcell, Lafollette, Radic 27 usw. Unnötig, daran zu erinnern, daß Thälmann und Remmele ebenso wie Branding und Thalheimer 28 in diesem Kampf bedingungslos auf Seiten Stalins gegen die Bolschewiki-Leninisten standen. Wir brauchen darum nicht erst von Stalin und Thälmann etwas über selbständige Politik der Kommunistischen Partei zu lernen!

Doch das Proletariat kommt nicht über Schulstufen zum revolutionären Selbstbewußtsein, sondern durch den Klassenkampf, der keine Unterbrechung duldet. Zum Kampf braucht das Proletariat die Einheitsfront. Das gilt gleichermaßen für wirtschaftliche Teilkonflikte innerhalb eines einzelnen Betriebes und für solche „nationalen“ politischen Kämpfe wie die Abwehr des Faschismus. Die Einheitsfront-Taktik ist also nichts Zufälliges und Künstliches, irgendein schlaues Manöver, sondern erwächst ganz und gar aus den objektiven Entwicklungsbedingungen des Proletariats. Die Worte des Kommunistischen Manifests, daß sich die Kommunisten dem Proletariat nicht gegenüberstellen, daß sie keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen haben, drücken den Gedanken aus, daß der Kampf der Partei um die Mehrheit der Klasse keinesfalls in Widerspruch geraten darf mit dem Bedürfnis der Arbeiter nach Einheit ihrer Kampfesreihen.

Die Rote Fahne verurteilt mit vollem Recht das Gerede, daß „die Klasseninteressen höher

stehen als die Parteiinteressen“. In Wirklichkeit fallen die richtig verstandenen Interessen der Klasse mit den richtig formulierten Aufgaben der Partei zusammen. Soweit sich die Sache auf diese geschichtsphilosophische These beschränkt, ist die Position der Roten Fahne unantastbar. Doch die politischen Schlußfolgerungen, die sie daraus ableitet, stellen schon eine direkte Verhöhnung des Marxismus dar.

Die im Prinzip bestehende Identität der Interessen des Proletariats und der Aufgaben der Kommunistischen Partei bedeutet weder, daß sich das gesamte Proletariat schon heute seiner Interessen bewußt ist, noch daß die Partei sie unter allen Umständen richtig formuliert. Erwächst doch die Notwendigkeit der Partei selber gerade daraus, daß das Proletariat nicht mit zureichendem Verständnis seiner historischen Interessen auf die Welt kommt. Die Aufgabe der Partei besteht darin, in der Kampferfahrung zu lernen, dem Proletariat ihr Recht auf Führung zu beweisen. Aber die Stalinsche Bürokratie glaubt, auf Grund des mit dem Kominternsiegel versehenen Parteipasses vom Proletariat kurz und bündig Unterwerfung fordern zu können.

Jede Einheitsfront, die nicht im voraus unter Führung der Kommunistischen Partei steht – wiederholt Die Rote Fahne –, ist gegen die Interessen des Proletariats gerichtet. Wer die Führung der Kommunistischen Partei nicht anerkennt, ist schon dadurch ein „Konterrevolutionär“. Der Arbeiter ist verpflichtet, der kommunistischen Organisation auf Vorschau, aufs Ehrenwort Glauben zu schenken. Aus der prinzipiellen Identität der Aufgaben von Partei und Klasse leitet der Bürokrat sein Recht ab, die Klasse zu kommandieren. Die historische Aufgabe, welche die Kommunistische Partei erst zu lösen hat – Vereinigung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter unter ihrem Banner verwandelt die Bürokratie in ein Ultimatum, einen Revolver, den sie der Arbeiterklasse an die Schläfe setzt. Das dialektische Denken wird durch formalistisches, administratives, bürokratisches Denken ersetzt.

Die historische Aufgabe, die zu erfüllen ist, wird als schon erfüllt angesehen. Das Vertrauen, das zu erwerben ist, wird für schon gewonnen ausgegeben. Das ist natürlich äußerst einfach. Doch die Sache wird damit wenig vorwärtsgebracht. Man muß in der Politik ausgehen von dem, was ist, und nicht von dem, was man wünscht und was sein wird. Zu Ende geführt ist die Position der Stalinschen Bürokratie in Wirklichkeit die Negation der Partei. Denn worauf läuft deren historische Arbeit hinaus, wenn das Proletariat im voraus verpflichtet ist, Thälmanns und Remmeles Führung anzuerkennen?

Vom Arbeiter, der sich in die kommunistische Front einreihen will, hat die Kommunistische Partei das Recht, zu fordern: Du mußt unser Programm anerkennen, unsere Statuten und die Führung unserer gewählten Institutionen. Aber unsinnig und verbrecherisch ist es, die gleiche Forderung a priori – auch nur teilweise – an die Arbeitermassen oder Arbeiterorganisationen zu richten, wo es um gemeinsame Aktionen im Namen bestimmter Kampfaufgaben geht. Das heißt, das Fundament der Partei untergraben, die ihre Bestimmung nur bei richtigen Wech-

selbeziehungen mit der Klasse erfüllen kann. Statt ein einseitiges Ultimatum zu stellen, das die Arbeiter reizt und verbittert, muß man ein bestimmtes Programm gemeinsamer Aktionen vorschlagen; das ist der sicherste Weg, die Führung wirklich zu erobern.

Ultimatismus ist der Versuch, die Arbeiterklasse zu vergewaltigen, wo es mißlingt, sie zu überzeugen: wenn Ihr, Arbeiter, Thälmann-Remmele-Neumanns Führung nicht anerkennt, werden wir Euch nicht gestatten, die Einheitsfront zu bilden. Der schlimmste Feind könnte keine ungünstigere Lage ausdenken als jene, in die sich die kommunistischen Parteiführer begeben. Das ist der sichere Weg ins Verderben.

Die Leitung der deutschen Kommunistischen Partei stellt ihren Ultimatismus noch deutlicher heraus, wenn sie in ihren Aufrufen spitzfindige Vorbehalte macht: „Wir fordern nicht von Euch, daß ihr Euch im vorhinein unsere kommunistischen Auffassungen über die Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes zu eigen macht.“ Das klingt wie eine Entschuldigung für eine Politik, für die es keine Entschuldigung geben kann. Wenn die Partei ihre Weigerung erklärt, in irgendwelche Unterhandlungen mit den übrigen Organisationen einzutreten, gleichzeitig aber den Sozialdemokraten anheimstellt, mit ihrer Organisation zu brechen und, ohne sich Kommunisten zu nennen, unter die Führung der Kommunistischen Partei zu treten, so ist das reinsten Ultimatismus. Der Vorbehalt hinsichtlich der „kommunistischen Auffassungen“ ist vollkommen lächerlich: ein Arbeiter, der bereit ist, schon heute mit seiner Partei zu brechen, um unter kommunistischer Führung am Kampf teilzunehmen, wird nicht zögern, sich Kommunist zu nennen. Diplomatische Finten, Etikettenspiel, sind dem Arbeiter fremd. Er nimmt Politik und Organisation ihrem Wesen nach. Er bleibt in der Sozialdemokratie, solange er der kommunistischen Führung mißtraut. Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter bis heute noch in ihrer Partei bleibt, nicht weil sie der reformistischen Führung vertraut, sondern nur deshalb, weil sie der kommunistischen noch mißtraut. Die Arbeiter wollen aber schon heute gegen den Faschismus kämpfen. Zeigt man ihnen die nächste Etappe des gemeinsamen Kampfes, werden sie fordern, daß ihre Organisationen diesen Weg betreten. Werden die Organisationen sich widersetzen, können sie es bis zum Bruch kommen lassen.

Statt den sozialdemokratischen Arbeitern zu helfen, durch Erfahrung ihren Weg zu finden, hilft das ZK der Kommunistischen Partei den Führern der Sozialdemokratie gegen die Arbeiter. Ihren Widerwillen gegen den Kampf, ihre Furcht vor dem Kampf, ihre Unfähigkeit zum Kampf verhüllen die Wels und Hilferding jetzt höchst erfolgreich durch den Hinweis auf die Weigerung der Kommunistischen Partei, am gemeinsamen Kampf teilzunehmen. Die starrköpfige, stumpfsinnige, abgeschmackte Verweigerung der Einheitsfront durch die Kommunistische Partei ist unter den gegenwärtigen Bedingungen zur wichtigsten politischen Hilfsquelle der Sozialdemokratie geworden. Daher klammert sich auch die Sozialdemokratie mit dem ihr eigenen Pa-

27. Robert Lafollette: amerikanischer Senator; Mitglied der Republican Party aus Wisconsin; Präsidentschaftskandidat der Progressive Party 1924. – Stefan Radic: kroatischer Unabhängigkeitskämpfer; Teilnehmer an der Gründung der Bauerninternationale in Moskau 1924.

28. August Thalheimer (1884-1948): Mitglied der SPD ab 1904; Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen; Spartakist und Mitbegründer der KPD; Führer der KPD 1921-24 mit Brandler; aus der KPD ausgeschlossen mit Brandler 1929; zusammen gründeten sie die KPD-Opposition oder KPO; 1933 Exil in Frankreich und ab 1941 in Kuba.

rasitismus an unsere Kritik der ultimatistischen Politik Stalin-Thälmanns.

Die offiziellen Kominternführer schwafeln jetzt mit tiefsinniger Miene von der Hebung des theoretischen Niveaus der Partei und vom Studium der „Geschichte des Bolschewismus“. In Wirklichkeit sinkt das Niveau immer mehr, die Lehren des Bolschewismus werden vergessen, gefälscht, mit Füßen getreten. Aber es ist nicht schwer, in der Geschichte der Bolschewistischen Partei den Vorläufer der heutigen Politik des ZK zu finden: es ist dies der verstorbene Bogdanow 29, Begründer des Ultimatismus oder Otsowismus. Noch im Jahre 1905 hielt er die Beteiligung der Bolschewiki am Petersburger Sowjet für unmöglich, wenn der Sowjet nicht zuvor die sozialdemokratische Führung anerkenne. Unter Bogdanows Einfluß faßte das Petersburger Büro des ZK der Bolschewiki im Oktober 1905 den Beschluß, im Petersburger Sowjet die Anerkennung der Führerschaft der Partei zu fordern und im Fall der Nichtanerkennung aus dem Sowjet auszutreten. Der junge Advokat Krassikow 30, damals Mitglied des ZK der Bolschewiki, brachte dieses Ultimatum in der Plenarsitzung des Sowjets vor. Die Arbeiterdeputierten, darunter auch die bolschewistischen, sahen einander erstaunt an und – gingen zur Tagesordnung über. Kein Mensch verließ den Sowjet. Bald traf Lenin aus dem Ausland ein und wusch den Ultimatismen grausam den Kopf: man kann – lehrte er – die Massen nicht mit Hilfe ultimativer Forderungen zwingen, die unentbehrlichen Phasen ihrer eigenen politischen Entwicklung zu überspringen.

Aber Bogdanow entsagte seiner Methodologie nicht und begründete in der Folge eine ganze Fraktion von „Ultimatisten“ oder „Otsowisten“ (Abberufern); diesen Namen erhielten sie, weil sie gewillt waren, die Bolschewiki aus all jenen Organisationen abzuwerfen, die es ablehnten, das ihnen von oben gestellte Ultimatum „Akzeptiere im voraus unsere Führerschaft“ anzunehmen. Ihre Politik versuchten die Ultimatismen nicht nur auf die Sowjets anzuwenden, sondern auch auf dem Gebiet des Parlamentarismus, der Gewerkschaften und überhaupt allen legalen und halblegalen Organisationen der Arbeiterklasse gegenüber.

Lenins Kampf gegen die Ultimatismen war der Kampf um das richtige Verhältnis zwischen Partei und Klasse. Die Ultimatismen haben in der alten Bolschewistischen Partei nie eine bedeutende Rolle gespielt, sonst wäre der Sieg des Bolschewismus unmöglich gewesen. Aufmerksamkeit und feinfühliges Beziehungen zur Klasse waren die Stärke des Bolschewismus. Der Kampf gegen den Ultimatismus wurde von Lenin auch

dann weitergeführt, als er an der Macht stand, vor allem in bezug auf die Gewerkschaften. „Wenn wir jetzt in Rußland, nach 2½ Jahren unvergleichlicher Siege über die Bourgeoisie Rußlands und der Entente, die ‚Anerkennung der Diktatur‘ zur Bedingung für den Eintritt in die Gewerkschaften machen wollten, so würden wir eine Dummheit begehen, unserem Einfluß auf die Massen Abbruch tun und den Menschewiki Vorschub leisten. Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten, und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische ‚linke‘ Losungen von ihnen absondern.“ (Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus). Umso mehr ist dies Pflicht der Kommunistischen Parteien des Westens, die erst die Minderheit der Arbeiterklasse bilden.

Während der letzten Periode hat sich aber die Lage in der UdSSR radikal verändert. Die mit Macht ausgestattete Kommunistische Partei repräsentiert bereits ein anderes Wechselverhältnis zwischen Avantgarde und Klasse, in dieses Verhältnis wird ein Element von Zwang eingeführt. Lenins Kampf gegen Partei- und Sowjetbürokratismus war wesentlich nicht ein Kampf gegen schlechte Kanzleiführung, Amtsschimmel, Schlamperei usw., sondern gegen das Apparatkommando über die Klasse, gegen die Verwandlung der Parteibürokratie in eine neue „herrschende“ Schicht. Lenins letzter Ratschlag vor seinem Tode, eine vom ZK unabhängige proletarische Kontrollkommission zu schaffen und Stalin und seine Fraktion aus dem Parteiapparat zu entfernen, war gegen die bürokratische Entartung der Partei gerichtet. Aus einer Reihe von Gründen, auf die wir an dieser Stelle nicht eingehen können, hat die Partei diesen Ratschlag übergangen. Die bürokratische Entartung der Partei ist in den letzten Jahren bis zur äußersten Grenze fortgeschritten. Der Stalinsche Apparat kommandiert nur. Die Sprache des Kommandos ist die Sprache des Ultimatismus. Jeder Arbeiter hat im voraus alle vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Beschlüsse des ZK als unfehlbar anzuerkennen. Die Ansprüche auf Unfehlbarkeit sind umso mehr gewachsen, je fehlerhafter die Politik wurde.

Nachdem sie den Kominternapparat in ihre Hände bekommen hatte, übertrug die Stalinsche Fraktion ihre Methoden natürlich auch auf die ausländischen Sektionen, d.h. auf die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Die Politik der deutschen Leitung ist die Widerspiegelung der Politik der Moskauer Führung. Thälmann sieht, wie die Stalinsche Bürokratie kommandiert und jeden für einen Konterrevolutionär erklärt, der ihre Unfehlbarkeit nicht anerkennt. Ist Thälmann schlechter als Stalin? Wenn sich die Arbeiterklasse nicht gehorsamst seiner Führung unterstellt, so deshalb, weil die Arbeiterklasse konterrevolutionär ist. Doppelt konterrevolutionär sind jene, die Thälmann die Schädlichkeit seines Ultimatismus aufzeigen. Zu den konterrevolutionärsten Büchern gehören Lenins Werke. Nicht umsonst unterwirft Stalin sie einer so harten Zensur, besonders bei der Herausgabe in fremden Sprachen.

Ist der Ultimatismus unter allen Umständen schädlich und bedeutet er in der UdSSR die Verschleuderung, Verausgabung des moralischen Parteikapitals, so ist er doppelt verfehlt in den Parteien des Westens, die erst moralisches Kapital zu sammeln haben. In der Sowjetunion hat die siegreiche Revolution zumindest die materiellen Voraussetzungen für den bürokratischen Ultimatismus in Gestalt des Machtapparates geschaffen. In den kapitalistischen Ländern hingegen, darunter in Deutschland, verwandelt sich der Ultimatismus in eine kraftlose Karikatur und verhindert den Marsch der Kommunistischen Partei zur Macht. Remmeles Ultimatismus ist vor allem lächerlich. Aber Lächerlichkeit tötet, besonders wenn es sich um die Partei der Revolution handelt.

Verlegen wir für einen Augenblick das Problem in die englische Arena, wo die Kommunistische Partei (infolge verderblicher Fehler der Stalin-Bürokratie) immer noch nur einen verschwindenden Teil des Proletariats ausmacht. Gibt man zu, daß jede Form der Einheitsfront außer der kommunistischen „konterrevolutionär“ ist, so müßte das englische Proletariat den revolutionären Kampf offenbar bis zu jenem Zeitpunkt verschieben, wo die Kommunistische Partei an ihre Spitze tritt. Die Kommunistische Partei kann aber nichts anders an die Spitze der Klasse treten als auf Grund von deren eigener revolutionärer Erfahrung. Die Erfahrung aber kann revolutionären Charakter nur durch die Einbeziehung von Millionen von Menschen in den Kampf annehmen. Doch die nichtkommunistischen Massen, vor allem die organisierten, lassen sich nur auf Grund der Einheitsfrontpolitik in den Kampf einbeziehen. Wir geraten in einen Teufelskreis, aus dem es auf dem Wege des bürokratischen Ultimatismus kein Entrinnen gibt. Doch die revolutionäre Dialektik hat den Ausweg längst schon gezeigt und ihre Wirksamkeit an zahllosen Beispielen in den verschiedensten Bereichen erwiesen: Verbindung des Kampfes um die Macht mit dem Kampf um Reformen; vollkommene Selbständigkeit der Partei bei Wahrung der Gewerkschaftseinheit; Kampf gegen das bürgerliche Regime unter Ausnützung seiner Einrichtungen; unversöhnliche Kritik des Parlamentarismus – von der Parlamentstribüne herab; unbarmherziger Kampf gegen den Reformismus bei praktischen Vereinbarungen mit den Reformisten in Teilkämpfen.

In England springt die Unzulänglichkeit des Ultimatismus infolge der außerordentlichen Schwäche der Kommunistischen Partei in die Augen. In Deutschland wird die Verderblichkeit des Ultimatismus durch die bedeutende zahlenmäßige Stärke der Partei und durch ihr Wachstum etwas maskiert. Doch wächst die deutsche Partei dank dem Druck der Umstände und nicht durch die Politik der Leitung, nicht wegen, sondern trotz des Ultimatismus. Überdies entscheidet nicht das zahlenmäßige Wachstum der Partei; was entscheidet, ist das politische Wechselverhältnis zwischen Partei und Klasse. In dieser Hauptfrage bessert sich die Situation nicht, weil die deutsche Partei zwischen sich und der Klasse den Drahtverhau des Ultimatismus aufrichtet.

29. A.A. Bogdanow: Pseudonym von Alexander Malinowski (1873-1928): Anhänger Lenins in der Spaltung mit den Menschewiki 1903; wurde 1909 Führer der Wperjod-Gruppe in der Bolschewistischen Partei mit Lunascharski und Gorki; diese Gruppe spaltete später ab; denunzierte der Beteiligung an der zaristischen Duma als Opportunismus; eine der Zielscheiben von Lenins Buch Materialismus und Empirio-kritizismus 1908; nach der Oktoberrevolution einer der Organisatoren von Proletkult; gründete den russischen Bluttransfusionsdienst 1926.

30. P.A. Krassikow: Aktivist der Bolschewistischen Partei in 1905.

IV. Die Zickzacks der Stalinisten in der Einheitsfrontfrage

Die ehemalige Sozialdemokratin Torhorst in Düsseldorf, die zur Kommunistischen Partei übergetreten ist, sagte in einem offiziellen Referat im Namen der Partei Mitte Januar in Frankfurt: „Die SPD-Führer sind genügend entlarvt und es ist Energieverschwendung, in dieser Richtung mit der Einheit von oben zu manövrieren.“ Wir zitieren nach einer Frankfurter kommunistischen Zeitung, die sich über das Referat höchst lobend ausspricht. „Die SPD-Führer sind genügend entlarvt.“ Genügend – für die Referenten, die von der Sozialdemokratie zum Kommunismus übergegangen ist (was ihr natürlich Ehre macht), aber ungenügend für jene Millionen Arbeiter, die für die Sozialdemokratie stimmen und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie über sich dulden.

Doch man braucht sich nicht auf ein einzelnes Referat zu berufen. Im letzten mir zugekommenen Aufruf der Roten Fahne (vom 28. Januar) wird nochmals der Nachweis versucht, daß die Schaffung der Einheitsfront nur gegen die sozialdemokratischen Führer und ohne sie zulässig sei; der Grund: „Niemand wird ihnen Glauben schenken, der die Taten dieser ‚Führer‘ in den letzten 18 Jahren erlebt und geprüft hat.“ Und was, fragen wir, ist mit denen die weniger als 18 Jahre und sogar weniger als 18 Monate an der Politik teilnehmen? Seit Kriegsausbruch sind einige Generationen aufgewachsen, die die Erfahrung der alten Generationen durchmachen müssen, wenn auch in äußerst verkürztem Maßstab. „Es kommt gerade darauf an“, belehrte Lenin die Ultralinken, „daß wir das, was für uns erledigt ist, nicht als erledigt für die Klasse, nicht als erledigt für die Massen betrachten.“

Aber auch die ältere sozialdemokratische Generation, die die Erfahrung der 18 Jahre durchgemacht hat, hat noch gar nicht mit den Führern gebrochen. Im Gegenteil, bei der Sozialdemokratie verharren gerade viele „Alte“, die durch starke Traditionen mit der Partei verbunden sind. Selbstverständlich ist es betrüblich, daß die Massen so langsam lernen. Doch tragen daran ein gut Teil Schuld die kommunistischen „Pädagogen“, die nicht verstanden haben, das verbrecherische Wesen des Reformismus anschaulich darzulegen. Es kommt darauf an, wenigstens die neue Lage zu nutzen, in der die Aufmerksamkeit der Massen wegen der tödlichen Gefahr aufs Äußerste gespannt ist, um die Reformisten einer neuen, diesmal vielleicht wirklich entscheidenden Prüfung zu unterziehen.

Ohne um ein Haar unsere Meinung über die sozialdemokratischen Führer zu verbergen oder zu mildern, können und müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern sagen: da Ihr einerseits bereit seid, gemeinsam mit uns zu kämpfen, andererseits noch immer nicht mit Euren Führern brechen wollt, schlagen wir Euch vor: „Zwingt sie, gemeinsam mit uns für diese und jene praktischen Aufgaben mit diesen und jenen Mitteln den Kampf zu beginnen; was uns Kommunisten anlangt, wir sind bereit.“ Was kann es Einfacheres, Klareres, Überzeugenderes geben?

Gerade in diesem Sinne schrieb ich – in der bewußten Absicht, ehrliches Entsetzen oder gespielter Empörung bei Dummköpfen und Scharlatanen hervorzurufen, daß wir im Kampf mit dem Faschismus bereit seien, ein praktisches Kampfabkommen mit dem Teufel, seiner Großmutter und sogar mit Noske und Zörgiebel abzuschließen .

Auf Schritt und Tritt verstößt die offizielle Partei selber gegen ihre unhaltbare Position. In den Aufrufen zur „Roten Einheitsfront“ (mit sich selbst) erhebt sie beständig die Forderung: „Uningeschränkte proletarische Demonstrations-, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit“. Das ist eine vollkommen richtige Losung. Aber insofern die Partei von proletarischen und nicht bloß von kommunistischen Zeitungen, Versammlungen usw. spricht, erhebt sie faktisch die Losung der Einheitsfront mit eben der Sozialdemokratie, die Arbeiterzeitungen herausgibt, Versammlungen abhält usw. Politische Losungen aufstellen, die an sich die Idee der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie beinhalten, und praktische Abmachungen für den Kampf um diese Losungen zurückweisen – das ist der Gipfel der Sinnlosigkeit.

Münzenberg , in dem die Generallinie mit dem gesunden Verstand des Geschäftsmannes ringt, schrieb im Januar (in Der Rote Aufbau): „Richtig ist, daß der Nationalsozialismus der reaktionärste, chauvinistischste und brutalste Flügel der faschistischen Bewegung in Deutschland ist, und daß alle wirklich linksgerichteten (!) Kreise das größte Interesse daran haben, zu verhindern, daß dieser Flügel des deutschen Faschismus an Einfluß und Macht gewinnt.“ Ist die Hitlerpartei der reaktionärste, brutalste Flügel, so ist die Brüning-Regierung zumindest weniger brutal und weniger reaktionär. Münzenberg schleicht sich hier an die Theorie des „kleineren Übels“ an. Um den Schein der Orthodoxie zu wahren, unterscheidet Münzenberg verschiedene Sorten von Faschismus: leicht, mittel und schwer, als ginge es um türkischen Tabak. Wenn aber alle linksgerichteten Kreise (und wie heißen sie?) am Sieg über den Faschismus interessiert sind, muß man da diese „linksgerichteten Kreise“ nicht einer praktischen Prüfung unterziehen?

Ist es nicht klar, daß man nach Breitscheids diplomatischem und zweideutigem Vorschlag unverzüglich mit beiden Händen hätte zugreifen müssen, um seinerseits ein konkretes, gut durchgearbeitetes Programm für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus aufzustellen und eine gemeinsame Sitzung beider Parteileitungen unter Teilnahme der Führung der Freien Gewerkschaften zu fordern? Gleichzeitig hätte man dieses Programm energisch nach unten tragen müssen, in alle Stockwerke der beiden Parteien und in die Massen. Die Verhandlungen hätten vor den Augen des ganzen Volkes geführt werden müssen, die Zeitungen hätten täglich darüber Bericht erstatten müssen, ohne Übertreibungen und ohne alberne Erfindungen. Auf die Arbeiter würde eine solche sachliche, ins Schwarze treffende Agitation unermeßlich stärker wirken als das ununterbrochene Gezeter über den „Sozialfaschismus“. Würde die Frage so gestellt, könnte sich die Sozialdemokratie kei-

nen Augenblick mehr hinter der Pappdekoration der „Eisernen Front“ verstecken.

Lest Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus: das ist jetzt das zeitgemäßeste Buch! Gerade im Hinblick auf eine Situation, die der heutigen deutschen ähnlich war, sprach Lenin von der – wir zitieren wörtlich – „unbedingte(n) Notwendigkeit, zu laviieren, Übereinkommen und Kompromisse mit verschiedenen proletarischen Gruppen, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und der Kleinbesitzer zu schließen. Es kommt nur darauf an, daß man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt.“

Wie aber handelt die Kommunistische Partei? In ihren Zeitungen wiederholt sie tagaus tagein, sie könne nur eine „Einheitsfront annehmen, die gegen Brüning, Severing, Leipart , Hitler und ihresgleichen gerichtet sein muß“. Angesichts des proletarischen Aufstands wird, dagegen läßt sich nichts einwenden, zwischen Brüning, Severing, Leipart und Hitler kein Unterschied bestehen. Gegen den Oktoberaufstand der Bolschewiki haben sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit den Kadetten und Kornilowianern vereinigt, Kerenski führte die Schwarzhundert-Kosaken General Krasnows 31 gegen die Hauptstadt, die Menschewiki unterstützten Kerenski und Krasnow, die Sozialrevolutionäre organisierten Junker-Aufstände unter Führung monarchistischer Offiziere.

Aber das heißt keineswegs, daß Brüning, Severing, Leipart und Hitler immer und unter allen Umständen zum gleichen Lager gehören. Augenblicklich gehen ihre Interessen auseinander. Für die Sozialdemokratie ist im Augenblick nicht so sehr das Problem aktuell, die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft vor der proletarischen Revolution zu schützen, als mehr das halbparlamentarisch-bürgerliche System vor dem Faschismus. Auf die Ausnützung dieses Widerstreits verzichten, wäre die ungeheuerlichste Dummheit.

„Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie ...“ schrieb Lenin in seinem Der „linke Radikalismus“ ... „und dabei im voraus auf das Laviieren, auf die Ausnutzung von (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätzen zwischen den Feinden, auf Übereinkommen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten – ist das nicht über alle Maßen lächerlich?“ Wir zitieren wiederum wörtlich: die von uns unterstrichenen Worte in Klammern stammen von Lenin.

Und weiter: „Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte

31. **Von Trotzki:** In der französischen Zeitschrift Cahiers du Bolchévisme, der dümmsten und unwissendsten aller stalinistischen Publikationen, hat man sich mit Gier der Anspielung auf des Teufels Großmutter bemächtigt, ohne selbstverständlich zu ahnen, daß sie in der marxistischen Presse auf eine lange Geschichte zurückblickt. Die Stunde ist, hoffen wir, nicht fern, da die revolutionären Arbeiter ihre unwissenden und skrupellosen Schulmeister zu besagter Großmutter in die Lehre schicken werden!

und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste ... jeden, selbst den kleinsten ‚Riß‘ zwischen den Feinden ... ausnutzt.“ Was machen indes die von Manuilski geführten Thälmann und Remmele? Den Riß zwischen Sozialdemokratie und Faschismus – und was für einen Riß! – versuchen sie aus allen Kräften mit der Theorie des Sozialfaschismus und der Praxis der Einheitsfrontsabotage zu schließen.

Lenin forderte Ausnutzung jeder „Möglichkeit ...“, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat“ sagt er „der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“ Hört Ihr Propheten der neuen Stalinschen Schule: hier wird klipp und klar gesagt, daß Ihr nicht einen Deut vom Marxismus verstanden habt. Das hat Lenin von Euch gesagt, quittiert nur den Empfang!

Aber ohne Sieg über die Sozialdemokratie, wenden die Stalinisten ein, kann es keinen Sieg über die Faschisten geben. Ist das richtig? In gewissem Sinne ist es richtig. Aber auch der entgegengesetzte Lehrsatz ist richtig: Ohne Sieg über die italienischen Faschisten ist der Sieg über die italienische Sozialdemokratie unmöglich. Faschismus wie Sozialdemokratie sind Werkzeuge der Bourgeoisie. Solange das Kapital herrscht, werden Sozialdemokratie und Faschismus in verschiedenen Kombinationen existieren. Alle Fragen reduzieren sich somit auf einen Nenner: das Proletariat muß das bürgerliche Regime stürzen.

Doch gerade jetzt, da dieses Regime in Deutschland wankt, tritt der Faschismus zu seiner Verteidigung hervor. Um diese Verteidiger zu stürzen, sagt man uns, muß man zuvor mit der Sozialdemokratie Schluß machen ... So führt uns der leblose Schematismus in einen Teufelskreis. Ein Ausweg aus ihm ist denkbar nur auf dem Boden der Aktion. Die Art der Aktion hängt nicht vom Spiel mit abstrakten Kategorien, sondern vom wirklichen Verhältnis der lebendigen historischen Kräfte ab.

Nein, deklamieren die Beamten, „zuerst“ liquidieren wir die Sozialdemokratie! Auf welchem Wege? Sehr einfach: durch einen Erlaß an die Parteiorganisationen, 100.000 neue Mitglieder anzuwerben. Nackte Propaganda an Stelle politischen Kampfes, Kanzleipläne statt dialektischer Strategie. Und wenn die reale Entwicklung des Klassenkampfes die Arbeiterklasse jetzt schon mit dem Faschismus als einer Frage auf Leben und Tod konfrontiert? Dann muß man die Arbeiterklasse mit dem Rücken zur Aufgabe drehen, muß sie einschläfern, sie davon überzeugen, daß die Aufgabe des Kampfes gegen den Faschismus eine zweitrangige Aufgabe sei, daß sie warten kann, sich von selbst lösen wird, daß der Faschismus im Grunde schon herrscht, daß Hitler nichts Neues bringen wird, daß man Hitler nicht zu fürchten braucht, daß Hitler nur den Kommunisten den Weg bahnen wird.

Vielleicht ist das übertrieben? Nein, das ist der authentische Leitgedanke der kommunisti-

schen Parteiführer. Sie entwickeln ihn nicht immer bis zum Ende. Bei der Begegnung mit den Massen scheuen sie oft selbst vor den letzten Schlußfolgerungen zurück, vermengen die verschiedenen Positionen, verwirren sich und die Arbeiter; aber überall dort, wo sie das eine Ende mit dem anderen zu verknüpfen suchen, gehen sie von der Unvermeidlichkeit des faschistischen Sieges aus.

Am 14. Oktober vergangenen Jahres sagte Remmele, einer der drei offiziellen kommunistischen Parteiführer, im Reichstag: „Das hat Herr Brüning sehr klar gesagt: wenn die (Faschisten) erst einmal an der Macht sind, wird die Einheitsfront des Proletariats zustandekommen und wird alles wegfegen (stürmisches Händeklatschen bei den Kommunisten).“ Daß Brüning mit einer solchen Perspektive die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie schreckt, ist begreiflich: er verteidigt seine Herrschaft. Daß Remmele mit einer solchen Perspektive die Arbeiter vertröstet, ist beschämend: er bereitet Hitlers Macht vor, denn diese ganze Perspektive ist von Grund auf falsch und bezeugt völliges Unverständnis für die Massenpsychologie und die Dialektik des revolutionären Kampfes. Wenn Deutschlands Proletariat, vor dessen Augen sich gegenwärtig das alles offen abspielt, die Faschisten an die Macht kommen läßt, d.h. eine ganz mörderische Blindheit und Passivität an den Tag legt, so gibt es nicht die geringste Berechtigung zu der Annahme, das gleiche Proletariat werde mit einem Male die Passivität abschütteln und „alles hinwegfegen“; in Italien haben wir das jedenfalls nicht gesehen. Remmele urteilt ganz im Geiste der französischen kleinbürgerlichen Phraseure des 19. Jahrhunderts, die sich als voll-kommen unfähig zur Führung der Massen erwiesen hatten, dafür aber fest davon überzeugt waren, daß, wenn sich Louis Bonaparte an die Spitze der Republik setzen werde, das Volk sich unverzüglich zu deren Verteidigung erheben und „alles hinwegfegen werde“. Doch das Volk, das den Abenteurer Louis Bonaparte 32 an die Macht hatte kommen lassen, war natürlich unfähig, ihn nachher hinwegzufegen. Dazu bedurfte es neuer großer Ereignisse, historischer Erschütterungen, den Krieg eingeschlossen.

Die Einheitsfront des Proletariats ist für Remmele, wie wir gehört haben, erst nach Hitlers Machtergreifung realisierbar. Kann es ein klägliches Bekenntnis des eigenen Bankrotts geben? Da wir, Remmele und Co., unfähig sind, das Proletariat zu vereinigen, übertragen wir diese Aufgabe Hitler. Hat er uns erst das Proletariat vereinigt, werden wir uns ihm in ganzer Größe zeigen. Folgt die prahlerische Verkündigung: „Wer wird wen schlagen? Diese Frage ist bereits entschieden (Händeklatschen bei den Kommunisten.). Die Fragt lautet nur noch: Zu welchem Zeitpunkt werden wir die Bourgeoisie vernichten?“ Ausgerechnet! Das nennt man im Russischen mit dem Finger in die Himmel tippen. Wir sind die Sieger von morgen. Dazu fehlt uns heute nur die Einheitsfront. Die wird uns Hitler morgen geben, sobald er an die Macht kommt.

Das heißt: der Sieger von morgen wird also doch nicht Remmele, sondern Hitler sein. Aber dann solltet Ihr Euch hinter die Ohren schreiben: der Augenblick des Sieges der Kommunisten wird nicht so bald kommen!

Remmele fühlt selbst, daß sein Optimismus auf dem linken Bein hinkt, und versucht, ihn zu stützen: „Die faschistischen Herrschaften schrecken uns nicht. Sie werden rascher abwirtschaften als jede andere Regierung. (Sehr richtig! bei den Kommunisten)“. Und als Beweis: die Faschisten wollen Papiergeldinflation, und das bedeutet Verderben für die Volksmassen, weshalb alles sich zum Besten wenden wird. So bringt Remmeles Wortinflation die deutschen Arbeiter vom Weg ab.

Wir haben hier die Programmrede eines offiziellen Parteiführers vor uns, herausgegeben in einer ungeheuren Anzahl von Exemplaren, den Zielen kommunistischer Werbung dienend – am Schluß der Rede ist ein fertiges Formular für den Beitritt zur Partei angebracht. Und diese Rede ist ganz und gar auf der Kapitulation vor dem Faschismus aufgebaut. „Wir fürchten nicht“ Hitlers Machtergreifung – das ist ja eben die Kehrseite der Feigheit. „Wir“ halten uns nicht für fähig, Hitler an der Machtergreifung zu hindern; noch Ärger: wir Bürokraten sind so verfault, daß wir uns nicht getrauen, ernsthaft an Kampf gegen Hitler zu denken; darum „fürchten wir uns nicht“. Wovor fürchtet Ihr Euch nicht: vor dem Kampf gegen Hitler? Nein, sie fürchten sich nicht vor dem ... Sieg Hitlers. Sie fürchten sich nicht, dem Kampf auszuweichen. Sie fürchten sich nicht, die eigene Feigheit einzugestehen. Schande, dreimal Schande!

In einer meiner früheren Broschüren schrieb ich, daß sich die Stalinsche Bürokratie anschickt, Hitler eine Falle zu stellen ... in Gestalt der Staatsmacht. Die kommunistischen Zeitungsschreiber, die von Münzenberg zu Ullstein und von Mosse zu Münchenberg überlaufen, verkündeten sogleich: „Trotzki verleumdet die Kommunistische Partei“. Ist es doch klar: aus Feindschaft gegen den Kommunismus, aus Haß gegen das deutsche Proletariat, aus dem heißem Wunsch, die deutsche Bourgeoisie zu retten, schreibt Trotzki der Stalin-Bürokratie den Plan der Kapitulation zu. In Wirklichkeit brachte ich bloß Remmeles Programmrede und Thälmanns theoretischen Artikel auf ihre Formel. Wo ist da Verleumdung?

Thälmann wie Remmele bleiben dabei nur Stalins Evangelium treu. Rufen wir uns nochmals in Erinnerung, was Stalin im Herbst 1923 lehrte, als in Deutschland, wie heute, alles auf des Messers Schneide stand: „Sollen die Kommunisten“, schrieb Stalin an Sinowjew und Bucharin, (im jetzigen Stadium) „die Machtergreifung ohne die SPD anstreben, sind sie dafür schon reif? Das ist meiner Ansicht nach die Frage ... Wenn jetzt in Deutschland die Macht sozusagen fällt und die Kommunisten sie auffangen, werden sie mit Krach durchfallen. Das im ‚besten Falle‘. Im schlimmsten wird man sie kurz und klein schlagen und zurückwerfen ... Gewiß, die Faschisten schlafen nicht, aber es ist vorteilhafter für uns, daß die Faschisten als erste losschlagen: das wird die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten herum zusammenschließen ... Meiner

32. Louis Napoleon III. Bonaparte: Neffe von Napoleon Bonaparte; französischer Präsident 1848–52; Kaiser der Franzosen 1852–70.

Ansicht nach muß man die Deutschen zurückhalten, nicht aber ermuntern.“

In seiner Broschüre *Der Massenstreik* schreibt Langner: „Die Behauptung (der Brandlerianer), daß ein Kampf im Oktober (1923) eine ‚entscheidende Niederlage‘ gebracht hätte, ist nichts weiter als der Versuch, die opportunistischen Fehler und die opportunistische kampflose Kapitulation zu beschönigen“ (S.10). Vollkommen richtig. wer aber war Initiator der „kampflosen Kapitulation“. Wer „hielt zurück“, statt „zu ermuntern“? Im Jahre 1931 hat Stalin nur seine Formel von 1923 weiterentwickelt: mögen die Faschisten die Macht übernehmen, sie werden uns nur den Weg bereiten. Natürlich ist es viel leichter, über Brandler herzufallen als über Stalin; Leute wie Langner wissen das sehr gut ...

Allerdings ist in den letzten zwei Monaten – nicht ohne Einfluß der entschiedenen Proteste von links – eine gewisse Änderung eingetreten: Die Kommunistische Partei spricht nicht mehr davon, daß Hitler an die Macht kommen muß, um sich rasch zu erschöpfen; sie verlegt das Schwergewicht jetzt mehr auf die entgegengesetzte Seite der Frage: man darf den Kampf gegen Hitler nicht verschieben, bis Hitler an die Macht gelangt ist, man muß den Kampf jetzt führen durch Mobilisierung der Arbeiter gegen die Brüning-Dekrete, durch Erweiterung und Vertiefung des Kampfes in der wirtschaftlichen und politischen Arena. Das ist völlig richtig. Alles, was die Vertreter der Kommunistischen Partei in diesem Rahmen sagen, ist unbestreitbar. Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns. Aber die Hauptfrage bleibt dennoch: wie soll man von Worten zu Taten übergehen?

Die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder und ein bedeutender Teil des Apparates – wir zweifeln nicht im Mindesten daran – wollen aufrichtig den Kampf. Doch muß man der Wirklichkeit offen in die Augen sehen: diesen Kampf gibt es nicht, zu diesem Kampf kommt es nicht. Brünings Dekrete sind ungestraft geblieben. Der Weihnachts-Burgfrieden wurde nicht durchbrochen. Die Politik improvisierter Teilstreiks hat, nach den eigenen Berichten der Kommunistischen Partei, bisher kein ernsthaftes Resultat gebracht. Die Arbeiter sehen das. Mit bloßem Geschrei kann man sie nicht überzeugen.

Die Verantwortung für die Passivität der Massen schreibt die Kommunistische Partei der Sozialdemokratie zu. Im historischen Sinn ist das unbestreitbar. Doch wir sind ja nicht Historiker, sondern revolutionäre Politiker. Es geht nicht um historische Forschungen, sondern um die Suche nach einem Ausweg.

Die SAP, die in der ersten Zeit ihres Bestehens formell die Frage des Kampfes gegen die Faschisten (besonders in den Artikeln von Rosenfeld und Seydewitz) aufwarf und den Zeitpunkt für den Gegenschlag mit Hitlers Machtantritt zusammenfallen ließ, hat einen gewissen Schritt vorwärts getan. Ihre Presse fordert jetzt, den Widerstand gegen den Faschismus sogleich zu beginnen durch Mobilisierung der Arbeiter gegen Hunger und Polizeiherrschaft. Wir geben bereitwillig zu, daß der Positionswechsel der SAP un-

ter dem Einfluß der kommunistischen Kritik zustande gekommen ist; darin besteht ja auch die Aufgabe des Kommunismus: den Zentrismus durch die Kritik an dessen Halbheiten vorwärts zu stoßen. Aber das allein genügt nicht, man muß die Früchte der eigenen Kritik politisch ausnützen und der SAP vorschlagen, von Worten zu Taten überzugehen. Man muß die SAP einer offenen und genauen praktischen Prüfung unterziehen, nicht durch Interpretation einzelner Zitate – das ist unzureichend –, sondern indem man ein Abkommen über bestimmte praktische Widerstandsmaßnahmen vorschlägt. Wird die SAP ihre Unzulänglichkeit offenbaren, so wird die Autorität der Kommunistischen Partei um so mehr gehoben, die Zwischenpartei um so rascher liquidiert. Was ist da zu fürchten?

Doch es ist falsch, zu behaupten, daß die SAP nicht ernsthaft kämpfen will. Sie birgt verschiedene Tendenzen. Für den Augenblick, solange es sich nur um abstrakte Einheitsfrontpropaganda handelt, schlummern die inneren Widersprüche; beim Übergang zum Kampf werden sie manifest werden. Gewinnen kann dabei nur die Kommunistische Partei.

Bleibt noch die Hauptfrage, die nach der SPD. Wiese sie die von der SAP angenommenen praktischen Vorschläge zurück, so wäre damit eine neue Lage geschaffen. Die Zentristen, die in der Mitte zwischen KP und SP stehen, sich über diese und jene beklagen und auf Kosten beider bereichern wollen (Urbahns entwickelt eine solche Philosophie), würden sogleich in der Luft hängen, denn es würde sich zeigen, daß gerade die SPD den revolutionären Kampf sabotiert. Wäre das nicht ein bedeutender Vorteil? Die Arbeiter innerhalb der SAP würden ihre Blicke von nun an entschieden zur KP hinwenden.

Doch die Weigerung von Wels und Co., ein Aktionsprogramm anzunehmen, dem die SAP zugestimmt hat, bliebe auch für die Sozialdemokratie nicht straflos. Der Vorwärts würde sogleich die Möglichkeit verlieren, über die Passivität der KP zu klagen. Die Einheitsfront würde auf die sozialdemokratischen Arbeiter sogleich eine stärkere Anziehung ausüben, und das käme einer stärkeren Anziehungskraft der KP gleich. Ist das nicht klar?

Bei jeder dieser Etappen und Wendungen würden sich der KP neue Möglichkeiten erschließen. Statt monotoner Wiederholung ein und derselben fertigen Formeln vor ein und demselben Auditorium erhielte sie die Möglichkeit, neue Schichten in Bewegung zu setzen, sie an Hand der lebendigen Erfahrung zu unterweisen, zu stählen und ihre Hegemonie in der Arbeiterklasse zu festigen.

Zugleich darf die KP natürlich keineswegs auf die selbständige Führung von Streiks, Demonstrationen, politischen Kampagnen verzichten. Sie bewahrt die volle Aktionsfreiheit, wartet auf niemanden. Aber auf Grund ihrer Aktionen führt sie den übrigen Arbeiterorganisationen gegenüber eine aktive Manöverpolitik, zertrümmert die konservativen Barrieren in der Arbeiterklasse, macht die Widersprüche im Reformismus und Zentrismus offenkundig, treibt die revolutionäre Kristallisation im Proletariat voran.

V. Ein Rückblick auf die Geschichte der Einheitsfrontfrage

Die Gründe für die Einheitsfrontpolitik ergeben sich aus so grundlegenden und unabwendbaren Notwendigkeiten des Kampfes von Klasse gegen Klasse (im marxistischen, nicht im bürokratischen Sinn des Wortes), daß man die Einwände der Stalin-Bürokratie nur mit Zorn- und Schamröte lesen kann. Man kann tagaus tagein die einfachsten Gedanken den zurückgebliebensten und verdummtten Arbeitern und Bauern auseinandersetzen, ohne dabei auch nur die mindeste Ermüdung zu verspüren; hier geht es darum, ganz neue Schichten in Bewegung zu bringen. Aber wehe, wenn man die elementarsten Gedanken Leuten darlegen und beweisen muß, deren Hirn die bürokratische Presse plattgedrückt hat! Was tun mit „Führern“, die keine logischen Beweisgründe zur Verfügung haben, dafür aber ein internationales Schimpflexikon in Händen? Die Grundthesen des Marxismus werden mit einem einzigen Wort pariert: „Konterrevolutionär“! Das Wort wird im Munde von Leuten, die im besten Fall bisher durch nichts ihre Fähigkeit bewiesen haben, eine Revolution zu machen, schrecklich entwertet. Aber was ist mit den ersten vier Komintern-Kongressen? Anerkennt sie die Stalin-Bürokratie oder nicht? Die Dokumente leben ja und haben ihre Bedeutung bis auf den heutigen Tag bewahrt. Aus der großen Zahl greife ich die Thesen heraus, die ich zwischen dem 3. und 4. Kongreß für die französische Kommunistische Partei ausgearbeitet habe, die vom Politbüro der russischen KP und dem Exekutivkomitee der Komintern gebilligt und seinerzeit in verschiedensprachigen kommunistischen Organen veröffentlicht wurden. Wir geben wörtlich jenen Teil der Thesen wieder, der der Begründung und Verteidigung der Einheitsfrontpolitik gewidmet ist:

Es ist vollkommen klar, daß der Klassenkampf des Proletariats in der Vorbereitungsperiode der Revolution nicht aufhört. Zusammenstöße mit den Unternehmern, der Bourgeoisie oder der Staatsmacht entwickeln sich auf Initiative der einen oder der anderen Seite. In diesen Zusammenstößen erfahren die Arbeiter – soweit sie die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterklasse, deren Mehrheit oder auch des einen oder anderen Teils der Klasse berühren – die Notwendigkeit der Aktionseinheit, der Einheit in der Verteidigung gegen das Kapital ... Eine Partei, die sich diesem Bedürfnis mechanisch entgegenstellt ..., wird im Bewußtsein der Arbeiter unausbleiblich verurteilt werden.

Das Problem der Einheitsfront ergibt sich aus der Notwendigkeit, ungeachtet der aktuell unvermeidlichen Spaltung der politischen Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse stützen, dieser die Möglichkeit der Einheitsfront im Kampfe gegen die Kapitalisten zu sichern. Wer diese Aufgabe nicht begreift, für den ist die Partei eine Propagandagesellschaft und nicht eine

Organisation der Massenaktionen.

Hätte die Kommunistische Partei nicht radikal und unwiderruflich mit der Sozialdemokratie gebrochen, so wäre sie niemals zur Partei der proletarischen Revolution geworden. Würde die Kommunistische Partei nicht nach organisatorischen Wegen suchen, um in jeder Situation aufeinander abgestimmte, gemeinsame Aktionen der kommunistischen und nichtkommunistischen (darunter auch sozialdemokratischen) Arbeitermassen zu ermöglichen, so würde sie damit nur ihre Unfähigkeit offenbaren, auf Grund von Massenaktionen die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern.

Es genügt nicht, die Kommunisten von den Reformisten zu trennen und sie durch organisatorische Disziplin zu binden; die Organisation muß lernen, alle kollektiven Handlungen des Proletariats auf allen Gebieten seines lebendigen Kampfes zu leiten. Das ist der zweite Buchstabe des kommunistischen Abc.

Erstreckt sich die Einheitsfront nur auf die Arbeitermassen oder bezieht sie auch die opportunistischen Führer ein? Diese Fragestellung ist nur die Frucht eines Mißverständnisses. Könnten wir einfach die Arbeitermassen um unser Banner und unsere Losungen scharen ... unter Umgehung der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, so wäre das natürlich das Beste. Dann würde sich aber auch die Frage der Einheitsfront selbst nicht in ihrer jetzigen Form stellen.

Wir haben, abgesehen von allen anderen Erwägungen, das Interesse, die Reformisten aus ihren Zufluchtsstätten herauszuholen und sie neben uns vor der kämpfenden Masse aufzustellen. Bei richtiger Taktik können wir dabei nur gewinnen. Der Kommunist, der davor zaudert oder sich fürchtet, ähnelt einem Schwimmer, der Thesen über die beste Schwimmtechnik akzeptiert, aber nicht riskiert, sich ins Wasser zu stürzen. Indem wir mit den übrigen Organisationen ein Abkommen treffen, erlegen wir uns selbstverständlich eine gewisse Aktionsdisziplin auf. Doch kann es hier keine absolute Disziplin geben. In dem Augenblick, da die Reformisten den Kampf zum Schaden der Bewegung oder im Gegensatz zur Lage und zur Stimmung der Massen zu bremsen beginnen, wahren wir uns als unabhängige Organisation stets das Recht, den Kampf bis zum Ende und ohne unsere zeitweiligen Halbverbündeten zu führen.

In dieser Politik eine Annäherung an den Reformismus zu sehen, ist nur vom Standpunkt eines Journalisten aus möglich, der glaubt, sich vom Reformismus zu entfernen, wenn er ihn mit stets gleichbleibenden Ausdrücken kritisiert, ohne die Redaktionsstube zu verlassen, und sich fürchtet, vor den Augen der Arbeitermassen mit ihm zusammenzustoßen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Kommunisten und Reformisten unter den gleichen Bedingun-

gen des Massenkampfes zu vergleichen. Hinter dieser angeblich revolutionären Furcht vor „Annäherung“ verbirgt sich im Grunde politische Passivität, die jenen Zustand erhalten möchte, wo Kommunisten und Reformisten ihre streng abgegrenzten Einflußkreise haben, ihre Versammlungsbesucher, ihre Presse, und all das zusammen die Illusion eines politischen Kampfes erzeugt.

Hinter dem Kampf gegen die Einheitsfront verbirgt sich eine passive, unentschlossene Tendenz, maskiert durch verbale Unversöhnlichkeit. Doch auf den ersten Blick springt folgendes Paradox in die Augen: Die rechten Parteielemente mit ihren zentristischen und pazifistischen Tendenzen ... treten als die unversöhnlichsten Gegner der Einheitsfront auf, wobei sie sich mit dem Banner revolutionärer Unbeugsamkeit verhüllen. Die Elemente dagegen, die ... in den schwierigsten Situationen uneingeschränkt auf dem Boden der III. Internationale standen, treten für die Einheitsfronttaktik ein. In Wirklichkeit agieren unter der Maske pseudorevolutionärer Unversöhnlichkeit jetzt die Anhänger der passiven, abwartenden Taktik. (Trotzki: 5 Jahre Komintern, S.345-378 der russischen Ausgabe).

Könnte es nicht scheinen, diese Zeilen seien heute geschrieben, gegen Stalin-Manuilski-Thälmann-Remmele-Neumann? In Wirklichkeit wurden sie vor 10 Jahren niedergeschrieben – gegen Frossard, Cachin, Charles Rappoport, Daniel Renoult 33 und andere französische Opportunisten, die sich hinter ultralinken Phrasen versteckten. Waren diese Thesen – diese Frage werden wir der Stalin-Bürokratie mit zäher Beharrlichkeit stellen! – „konterrevolutionär“ schon damals, als sie die Politik des russischen Politbüros mit Lenin an der Spitze widerspiegelten und die Politik der Komintern bestimmten? Man versuche nicht zu antworten, seither hätten die Bedingungen sich geändert: es ging nicht um konjunkturelle Fragen sondern, wie im Text selbst gesagt wird, um das „Abc des Marxismus“.

Demnach erklärte die Komintern vor zehn Jahren das Wesen der Einheitsfrontpolitik so: Die Kommunistische Partei muß den Massen und ihren Organisationen in der Praxis ihren Willen beweisen, gemeinsam mit ihnen selbst für die bescheidensten Ziele zu kämpfen, wenn sie auf dem historischen Entwicklungsweg des Proletariats liegen. Die Kommunistische Partei rechnet in diesem Kampf mit dem tatsächlichen Zustand der Klasse in der aktuellen Situation; sie wendet sich nicht nur an die Massen, sondern auch an jene Organisationen, deren Führerschaft von den Massen anerkannt ist; sie konfrontiert die reformistischen Organisationen vor den Augen der Massen mit den realen Aufgaben des Klassenkampfes. Indem sie praktisch beweist, daß nicht die Spaltertätigkeit der Kommunistischen Partei, sondern die bewußte Sabotage der sozialdemokratischen Führer den gemeinsamen

Kampf untergräbt, beschleunigt die Einheitsfrontpolitik die revolutionäre Entwicklung der Klasse. Es ist vollständig klar, daß diese Gedanken in keinem Falle veralten können.

Wie ist nun der Verzicht der Komintern auf die Einheitsfront zu erklären? Durch die Mißerfolge und das Scheitern dieser Politik in der Vergangenheit! Wären diese Mißerfolge, deren Ursachen nicht in der Politik, sondern bei den Politikern liegen, rechtzeitig aufgedeckt, analysiert und studiert worden, so wäre die deutsche Kommunistische Partei strategisch und taktisch für die gegenwärtige Lage ausgezeichnet gerüstet. Doch die Stalinsche Bürokratie handelte, wie der kurzsichtige Affe in der Fabel: nachdem er die Brillengläser auf den Schweif gesetzt und vergeblich beleckt hatte, fand er sie unverwendbar und zerschlug sie an einem Stein. Sagt was Ihr wollt, die Brillengläser trifft keine Schuld.

Die Fehler in der Einheitsfrontfrage waren von zweierlei Art. In den meisten Fällen wandten sich die leitenden Organe der Kommunistischen Partei an die Reformisten mit Vorschlägen zum gemeinsamen Kampf für Losungen, die weder der Situation noch dem Bewußtsein der Massen entsprachen. Die Vorschläge hatten den Charakter von Blindschüssen. Die Massen blieben teilnahmslos, die Reformisten deuteten die Vorschläge der Kommunisten als Intrigen zur Zersetzung der Sozialdemokratie. In all diesen Fällen handelte es sich um eine rein formelle, dekorative Anwendung der Einheitsfrontpolitik, die nur auf Grund realistischer Bewertung von Situation und Massenbewußtsein fruchtbar sein kann. Durch häufige und dabei schlechte Anwendung stumpfte die Waffe der „Offenen Briefe“ ab, und man mußte auf sie verzichten.

Die zweite Art der Verdrehung war weitaus fataler. Die Einheitsfrontpolitik verwandelte sich unter der Stalinschen Führung in eine Jagd nach Bundesgenossen um den Preis des Verzichts auf die Selbstständigkeit der Kommunistischen Partei. Gestützt auf Moskau meinten die Kominternbeamten im Dünkel ihrer Allmacht ernstlich, sie könnten die Klassen kommandieren, ihnen Marschrouten vorschreiben, die Agrar- und Streikbewegung in China aufhalten, das Bündnis mit Tschiang Kai-schek um den Preis des Verzichts auf die Selbstständigkeit der Kommunistischen Partei erkaufen, die tradeunionistische Bürokratie, Hauptstütze des englischen Imperialismus, bei der Tafelrunde in London oder in kaukasischen Kurorten umerziehen, die kroatischen Bourgeois vom Typus Radic in Kommunisten verwandeln usw. Die Absichten waren dabei gewiß die besten: die Entwicklung zu beschleunigen, an Stelle der Massen das zu tun, was diese noch nicht begriffen hatten. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß in einer Reihe von Ländern, besonders in Österreich, die Kominternbeamten in der vergangenen Periode versucht haben, auf künstlichem Wege, von oben, eine „linke“ Sozialdemokratie als Brücke zum Kommunismus zu bilden. Diese Maskerade konnte ebenfalls nur scheitern. Die Ergebnisse all dieser Experimente und Abenteuer blieben unveränderlich katastrophal. die revolutionäre Bewegung wurde auf Jahre hinaus zurückgeworfen.

33. 8. Kurt Rosenfeld: linker sozialdemokratischer Abgeordneter; Mitglied der Opposition innerhalb der SPD; spaltete ab, um die SAP zu bilden.

Da beschloß Manuilski, die Brillengläser zu zerschlagen, und Kuusinen, um künftighin nicht mehr zu irren, alles, ausgenommen sich und seine Freunde, „Sozialfaschist“ zu nennen. Nun wurde die Sache einfacher und klarer, nun konnte es keine Fehler mehr geben. Was für eine Einheitsfront kann es mit „Sozialfaschisten“ gegen Nationalfaschisten geben, oder mit „linken Sozialfaschisten“ gegen rechte? Nachdem sie so über unseren Häuptern eine Wendung um 180 Grad beschrieben hatte, war die Stalin-Bürokratie gezwungen, die Beschlüsse der ersten vier Kongresse für konterrevolutionär zu erklären.

VI. Die Lehren der russischen Erfahrung

In einer der früheren Arbeiten haben wir uns auf die bolschewistische Erfahrung im Kampfe gegen Kornilow berufen: die offiziellen Führer haben uns mit mißfälligem Geblök geantwortet. Bringen wir nochmals den Kern der Sache, um deutlicher und eingehender darzulegen, wie die Stalinsche Schule Lehren aus der Vergangenheit zieht.

In den Monaten Juli und August 1917 führte das Regierungsoberhaupt Kerenski faktisch das Programm des Oberkommandierenden Kornilow durch: er stellte an der Front die Feldgerichte und die Todesstrafe für Soldaten wieder her, raubte den Versöhnlersowjets die Einflußnahme auf die Staatsgeschäfte, machte den Bauernbändiger, erhöhte den Brotpreis ums Doppelte (bei staatlichem Getreidehandelsmonopol), bereitete die Räumung des revolutionären Petrograd vor, zog im Einvernehmen mit Kornilow konterrevolutionäre Truppen an Petrograd heran, versprach den Alliierten eine neue Frontoffensive usw. Dies war die allgemeine politische Lage.

Am 26. August brach Kornilow mit dem schwankenden Kerenski und warf Truppen gegen Petrograd. Der Status der Bolschewistischen Partei war halblegal. Ihre Führer, angefangen mit Lenin, verbargen sich oder saßen im Gefängnis unter Anklage der Verbindung mit dem Hohenzollernschen Generalstab. Die bolschewistischen Zeitungen wurden beschlagnahmt. Die Verfolgungen gingen von der Kerenski-Regierung aus, die von links durch die Versöhnler, Sozialrevolutionäre und Menschewiki unterstützt wurde.

Was tat nun die Bolschewistische Partei? Sie zögerte keinen Augenblick, ein praktisches Abkommen mit ihren Gefängniswärtern – Kerenski, Zeretelli, Dan 34 usw. – für den Kampf gegen Kornilow zu schließen. überall wurden Revolutionäre Verteidigungskomitees geschaffen,

denen die Bolschewiki als Minderheit beitraten. Das hinderte sie nicht, die führende Rolle zu spielen, – bei Abkommen, die auf revolutionäre Massenaktionen berechnet sind, gewinnt stets die konsequenteste und kühnste revolutionäre Partei. Die Bolschewiki standen in vorderster Reihe, zertrümmerten die Barrieren, die sie von den menschwistischen Arbeitern und vor allem von den sozialrevolutionären Soldaten trennten, und rissen sie mit sich.

Vielleicht haben die Bolschewiki bloß deshalb so gehandelt, weil sie überrascht worden waren? Nein, die Bolschewiki hatten dutzende und hunderte von Malen während der vergangenen Monate die Menschewiki zum gemeinsamen Kampf gegen die mobilisierende Konterrevolution aufgefordert. Noch am 27. Mai, als Zeretelli Repressionen gegen die bolschewistischen Matrosen verlangte, erklärte Trotzki in der Sitzung des Petrograder Sowjets: „Sobald ein konterrevolutionärer General versuchen wird, der Revolution die Schlinge um den Hals zu legen, werden die Kadetten den Strick einseifen, die Kronstädter Matrosen aber zur Stelle sein, um gemeinsam mit uns zu kämpfen und zu sterben.“ Das fand seine wörtliche Bestätigung. In den Tagen des Kornilowschen Marsches wandte Kerenski sich an die Matrosen des Kreuzers Aurora mit der Bitte, den Schutz des Winterpalastes zu übernehmen. Die Matrosen waren durchweg Bolschewiki. Sie haßten Kerenski. Das hinderte sie nicht, den Winterpalast wachsam zu beschützen. Ihre Vertreter erschienen bei dem im Kresty sitzenden Trotzki zu Besuch und fragten: Sollte man Kerenski nicht verhaften? Doch die Frage hatte halb scherzhaften Charakter: Die Matrosen begriffen, daß man erst Kornilow vernichten mußte, um dann die Rechnung mit Kerenski zu begleichen. Die Matrosen von der Aurora verstand, dank richtiger politischer Leitung, mehr als Thälmanns Zentralkomitee.

Unseren historischen Rückblick nennt Die Rote Fahne „betrügerisch“. Warum? Eine vergebliche Frage. Kann man denn von diesen Leuten durchdachte Einwände erwarten? Ihnen ist aus Moskau unter Androhung der Entlassung anbefohlen, bei Erwähnung des Namens Trotzki zu bellen. Sie erfüllen den Befehl nach bestem Können. Trotzki zieht nach ihren Worten „den betrügerischen Vergleich zwischen dem Kampf der Bolschewiki beim reaktionären Kornilowputsch Anfang September 1917, als die Bolschewiki gegen die Menschewiki um die Mehrheit innerhalb der Sowjets dicht vor einer akut revolutionären Situation rangen, als die Bolschewiki im bewaffneten Kampfe gegen Kornilow gleichzeitig Kerenski ‚von der Seite her‘ angriffen, mit dem heutigen ‚Kampfe‘ Brünings ‚gegen‘ Hitler. Trotzki vertritt damit die Unterstützung der Brünings- und Preußenregierung als ‚kleineres Übel‘“ (Die Rote Fahne, 22. Dezember 1931). Schwer ist es, diesen Haufen Phrase zu widerlegen. Den Kampf der Bolschewiki gegen Kornilow vergleiche ich angeblich mit Brünings Kampf gegen Hitler. Ich überschätze nicht die geistigen Fähigkeiten der Redaktion der Roten Fahne, doch haben diese Leute meinen Gedanken unmöglich nicht verstehen können: Brünings Kampf gegen Hitler vergleiche ich mit dem Kampf Kerenskis

gegen Kornilow; den Kampf der Bolschewiki gegen Kornilow vergleiche ich mit dem Kampf der deutschen Kommunistischen Partei gegen Hitler. Worin ist dieser Vergleich „betrügerisch“. Die Bolschewiki, sagt Die Rote Fahne kämpften zu jener Zeit gegen die Menschewiki um die Mehrheit in den Sowjets. Aber auch die Kommunistische Partei kämpft gegen die Sozialdemokratie um die Mehrheit der Arbeiterklasse. In Rußland stand man vor einer „akut revolutionären“ Situation. Richtig. Doch hätten die Bolschewiki im August die Thälmannsche Position bezogen, so wäre anstelle einer revolutionären Situation die Konterrevolutionäre eingetreten.

In den letzten Augusttagen wurde Kornilow niedergeschlagen, eigentlich nicht mit Waffengewalt, sondern durch die bloße Einmütigkeit der Massen. Sogleich nach dem 3. September schlug Lenin in der Presse den Menschewiki und Sozialrevolutionären einen Kompromiß vor: Ihr bildet die Sowjetmehrheit, sagte er ihnen. Nehmt die Macht, wir werden Euch gegen die Bourgeoisie helfen; garantiert uns volle Agitationsfreiheit, und wir gewährleisten Euch friedlichen Kampf um die Mehrheit im Sowjet! So ein Opportunist war dieser Lenin! Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre lehnten den Kompromiß ab, das heißt den neuerlichen Vorschlag einer Einheitsfront gegen die Bourgeoisie. Diese Ablehnung wurde in den Händen der Bolschewiki ein machtvolles Werkzeug für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, der sieben Wochen später Menschewiki und Sozialrevolutionäre hinwegfegte.

Bisher hat es in der Welt nur eine siegreiche proletarische Revolution gegeben. Ich glaube durchaus nicht, wir hätten auf dem Wege zum Sieg keinerlei Fehler begangen, doch denke ich immerhin, unsere Erfahrung habe für die deutsche Kommunistische Partei irgendeine Bedeutung. Ich bringe die nächstliegende und hervorstechendste geschichtliche Analogie. Womit antworten nun die Führer der deutschen Kommunistischen Partei? Mit Schmähungen.

„Ernsthaft“ im vollen Waffenkleid ihrer Wissenschaft, hat nur die ultralinke Gruppe Rote Kämpfer auf unseren Vergleich zu antworten versucht. Sie meinen, die Bolschewiki hätten im August „richtig gehandelt“, denn Kornilow war der Träger der zaristischen Konterrevolution, d.h. sein Kampf war der Kampf der feudalen Reaktion gegen die bürgerliche Revolution. In dieser Situation war ein taktisches Bündnis der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum und seinem sozialrevolutionären und menschwistischen Anhang nicht nur richtig, sondern auch notwendig und unvermeidlich, denn das Interesse beider Klassen fiel im Punkte der Abwehr der feudalen Konterrevolution zusammen. Da Hitler nicht die feudale, sondern die bürgerliche Konterrevolution verkörpert, kann die Sozialdemokratie, die die Bourgeoisie unterstützt, nicht gegen Hitler vorgehen. Darum gibt es keine Einheitsfront in Deutschland, und darum ist Trotzki's Vergleich falsch.

All das klingt sehr solid. Aber in Wirklichkeit ist nicht ein wahres Wort daran. Die russische Bourgeoisie stand im August 1917 absolut nicht in Widerspruch zur feudalen Reaktion: das ge-

34. Irakli Zeretelli (1882-1960): Führer der Menschewiki in Georgien; unterstützte russische Beteiligung am Ersten Weltkrieg; Mitglied des Exekutivrats der Sowjets nach der Februarrevolution; Minister in der Provisorischen Regierung (Mai-August 1917); Mitglied der menschwistischen Regierung in Georgien nach der Oktoberrevolution; wanderte 1919 aus. – Fiodor Dan (1871-1947): Führer der Menschewiki; Pazifist während des Ersten Weltkriegs; nach der Februarrevolution Mitglied des Präsidiums des Petrograder Sowjets; Gegner der Oktoberrevolution; verhaftet 1921; ausgewiesen 1922; Redakteur von verschiedenen menschwistischen Zeitschriften im Exil.

samte Großgrundbesitzertum unterstützte die Kadettenpartei, die gegen die Enteignung der Großgrundbesitzer ankämpfte. Kornilow nannte sich Republikaner, „Bauernsohn“, Anhänger der Agrarreform und der Konstituierenden Versammlung. Die gesamte Bourgeoisie unterstützte Kornilow. Das Einvernehmen der Bolschewiki mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki wurde nur dadurch ermöglicht, daß die Versöhner vorübergehend mit der Bourgeoisie gebrochen hatten, – dazu nötigte sie die Angst vor Kornilow. Die Versöhner begriffen, daß mit Kornilows Sieg die Bourgeoisie sie nicht mehr brauchen und Kornilow gestatten würde, sie zu vernichten. In diesem Rahmen besteht, wie wir sehen, eine vollständige Analogie zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Faschismus.

Der Unterschied beginnt durchaus nicht dort, wo die Theoretiker vom Roten Kämpfer ihn sehen. In Rußland strebten die Massen des Kleinbürgertums und vor allem der Bauernschaft nach links und nicht nach rechts. Kornilow stützte sich nicht auf das Kleinbürgertum. Gerade deshalb war seine Bewegung faschistische. Es war dies die bürgerliche – keineswegs die „feudale“ Konterrevolution der Verschwörergenerale. Darin bestand ihre Schwäche. Kornilow stützte sich auf die Sympathie der gesamten Bourgeoisie und die militärische Hilfe von Offiziersstand und Junkertum, d.h. der jungen Generation der gleichen Bourgeoisie. Das war zu wenig. Doch bei falscher Politik der Bolschewiki wäre Kornilows Sieg keineswegs ausgeschlossen gewesen.

Wie wir sehen, sind die Einwände des Roten Kämpfer gegen die Einheitsfront in Deutschland darauf begründet, daß seine Theoretiker weder die russische noch die deutsche Situation begreifen 35.

Da sie sich auf dem Glatteis der russischen Geschichte nicht sicher fühlt, versucht Die Rote Fahne, von einer anderen Seite an die Frage heranzugehen. Für Trotzki seien nur die Nationalsozialisten Faschisten. „Der Ausnahmezustand, der diktatorische Lohnabbau, das faktische Streikverbot ... all das ist für Trotzki kein Faschismus. Das soll unsere Partei tolerieren.“ Diese Leute entwapfen einen durch die Ohnmacht ihrer Wut. Wo und wann habe ich vorgeschlagen, Brüning zu „tolerieren“. Und was heißt das: „tolerieren“? Soll es sich um parlamentarische oder außerparlamentarische Unterstützung der Brüning-Regierung handeln, so ist, unter Kommunisten darüber überhaupt zu sprechen, eine Schmach. Aber in einem anderen, breiteren, historischen Sinne seid Ihr Herren Krakeeler doch gezwungen, die Brüning-Regierung zu „tolerieren“ denn Euer Quentchen Kraft reicht nicht aus, sie zu stürzen.

Alle Beweisgründe, die von der Roten Fahne gegen mich in deutschen Dingen angeführt werden, hätte man mit vollem Recht auch den Bolschewiki im Jahre 1917 vorhalten können. Man hätte sagen können: „Für die Bolschewiki beginnt die Kornilowiade erst mit Kornilow. Aber ist denn Kerenski nicht ein, Kornilowianer?

Ist seine Politik nicht auf die Erdrosselung der Revolution gerichtet? Unterdrückt er nicht die Bauern durch Strafexpeditionen? Organisiert er nicht Aussperrungen? Lebt Lenin nicht in der Illegalität? Und das alles sollen wir tolerieren?“

Soweit ich mich entsinne, fand sich nicht ein Bolschewik, der sich einer ähnlichen Argumentation getraut hätte. Hätte es aber einen gegeben, so hätte man ihm folgendermaßen geantwortet: „Wir beschuldigen Kerenski, die Macht ergreifung Kornilows vorzubereiten und zu erleichtern. Befreit uns das aber von der Verpflichtung, uns Kornilows Angriff entgegenzuwerfen? Wir beschuldigen den Pförtner, dem Dieb die Tür halb geöffnet zu haben? Heißt das aber, daß wir uns einfach von der Tür abwenden sollen?“ Da die Brüning-Regierung dank der sozialdemokratischen Tolerierung das Proletariat bis zu den Knien in die Kapitulation vor dem Kapitalismus hineingestoßen hat, schlußfolgert Ihr: bis an die Knie, bis zu den Lenden oder bis über den Kopf, ist das einerlei? Nein, es ist nicht einerlei. Wer mit den Knien ins Moor geraten ist, vermag noch herauszuspringen. Wer mit dem Kopf im Moor steckt, für den gibt es kein Zurück.

Über die Ultralinken schrieb Lenin: Sie „sagen über uns Bolschewiki sehr viel Gutes. Manchmal möchte man sagen: Wenn sie uns doch weniger loben, wenn sie doch in die Taktik der Bolschewiki besser eindringen, sich besser mit ihr vertraut machen wollten!“

VII. Die Lehren der italienischen Erfahrung

Der italienische Faschismus erwuchs unmittelbar aus dem von den Reformisten verratenen Aufstand des italienischen Proletariats. Seit Kriegsende war die revolutionäre Bewegung Italiens im Aufstieg begriffen, um im September 1920 zur Besetzung der Betriebe und Fabriken durch die Arbeiter zu führen. Die Diktatur des Proletariats war zur Tatsache geworden, es hieß nur, sie zu organisieren und alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Sozialdemokratie erschrak und drängte zurück. Nach kühnen, heroischen Anstrengungen stand das Proletariat vor dem Nichts. Der Zusammenbruch der revolutionären Bewegung wurde zur wichtigsten Voraussetzung des Wachstums des Faschismus. Im September war die revolutionäre Offensive des Proletariats zum Stillstand gekommen, im November fand bereits das erste bedeutendere Auftreten der Faschisten statt (die Besetzung Bolognas).

Allerdings war das Proletariat auch nach der Septemberkatastrophe zu Verteidigungskämpfen fähig. Doch die Sozialdemokraten hatten nur eine Sorge: die Arbeiter um den Preis unaufhörlicher Konzessionen aus dem Feuer zu führen. Die Sozialdemokraten hofften, durch unterwürfige Haltung der Arbeiter würde sich die „öffentliche Meinung“ der Bourgeoisie gegen die Faschisten richten. Noch mehr, die Reformisten erhofften sogar die Hilfe Viktor Emanuels . Bis zur letzten Stunde hielten sie die Arbeiter vom Kampf mit den Mussolini-Banden zurück. Doch das half nichts. Die Krone schlug sich im Gefolge der Bourgeoisie auf die Seite des Faschismus.

Nachdem sie sich in letzter Minute überzeugt hatten, daß der Faschismus durch Demut nicht aufzuhalten sei, riefen die Sozialdemokraten die Arbeiter zum Generalstreik auf. Aber ihr Appell führte zu einem Fiasko. Die Reformisten hatten solange das Pulver benetzt, in der Angst, es könnte Feuer fangen, daß, als sie endlich mit zitternder Hand das brennende Zündholz daran hielten, das Pulver nicht entflammte.

Zwei Jahre nach seinem Entstehen war der Faschismus an der Macht. Er festigte seine Positionen dank dem Umstand, daß die erste Periode seiner Herrschaft mit einer günstigen Wirtschaftskonjunktur zusammenfiel, die der Depression von 1921-22 folgte. Die Faschisten erdrückten das im Rückzug befindliche Proletariat mit der Angriffskraft der Kleinbourgeoisie. Doch geschah das nicht auf einen Schlag. Schon an der Macht, bewegte sich Mussolini auf seinem Wege mit einer gewissen Vorsicht weiter. Er verfügte noch nicht über fertige Muster. In den ersten beiden Jahren wurde nicht einmal die Verfassung geändert. Die faschistische Regierung hatte den Charakter einer Koalition. Die faschistischen Banden arbeiteten unterdessen mit Knütteln, Messern und Revolvern. Erst allmählich bildete sich der faschistische Staat heraus; das bedeutet die völlige Vernichtung aller selbständigen Massenorganisationen.

Mussolini erreichte das um den Preis der Bürokratisierung der faschistischen Partei selbst. Nachdem er die Angriffskraft des Kleinbürgertums ausgenutzt hatte, erstickte es der Faschismus in den Zangen des bürgerlichen Staates. Anders konnte er nicht verfahren, denn die Enttäuschung der durch ihn mobilisierten Massen wurde für ihn selbst zu einer unmittelbaren Gefahr. Der bürokratisierte Faschismus hat sich außerordentlich den anderen Formen militärisch-polizeilicher Diktatur genähert. Er verfügt nicht mehr über seine ehemalige soziale Stütze. Das Hauptreservoir des Faschismus – das Kleinbürgertum – hat sich verausgabt. Nur die historische Trägheitskraft gestattet dem faschistischen Staat, das Proletariat im Zustand der Zersplitterung und Ohnmacht zu halten. Das Kräfteverhältnis verschiebt sich automatisch zugunsten des Proletariats. Diese Verschiebung muß zur Revolution führen. Der Zusammenbruch des Faschismus wird eines der katastrophalsten Ereignisse der europäischen Geschichte sein. Doch all diese Prozesse brauchen, wie die Tatsachen beweisen, Zeit. Der faschistische Staat besteht schon seit zehn Jahren. Wie lange wird er sich noch halten? Ohne sich auf das riskante Gebiet der Fristbestimmungen zu begeben, kann man mit Gewißheit behaupten: Hitlers Sieg in Deutschland würde einen neuen und langfristigen Aufschub für Mussolini bedeuten. Hitlers Vernichtung wird für Mussolini den Anfang vom Ende bedeuten.

In ihrer Politik gegenüber Hitler hat die deutsche Sozialdemokratie nicht ein einziges Wort neu erfunden, sie wiederholt bloß gesetzter, was seinerzeit mit großem Temperament die italienischen Reformisten durchgemacht haben. Diese erklärten den Faschismus als Nachkriegspsychose; die deutsche Sozialdemokratie sieht in ihm die „Versailler“ Psychose oder die Krisenpsycho-

35. Viktor Emanuel III. (1869-1947): König Italiens ab 1900, zuerst durch den Ersten Weltkrieg und dann während der faschistischen Herrschaft Mussolinis; mußte 1946 abdanken.

se. In beiden Fällen verschließen die Reformisten die Augen vor dem organischen Charakter des Faschismus als einer aus dem Verfallskapitalismus entstehenden Massenbewegung.

In der Angst vor revolutionärer Mobilisierung der Arbeiter setzten die italienischen Reformisten alle Hoffnungen auf den „Staat“. Ihre Losung war: „Viktor Emanuel, greif ein!“ Die deutsche Sozialdemokratie verfügt nicht über eine so demokratische Hilfsquelle wie einen verfassungstreuen Monarchen. Da heißt's eben, sich mit einem Präsidenten zu begnügen. „Hindenburg 36, greif ein!“

Im Kampf gegen Mussolini, d.h. auf dem Rückzug vor ihm, produzierte Turati 37 seine geniale Formel: „Man muß den Mut haben, ein Feigling zu sein“. Die deutschen Reformisten sind weniger spaßig in ihren Losungen. Sie fordern „Mut zur Unpopularität“. Das ist ein und dasselbe. Man darf nicht die durch feige Anpassung an den Feind hervorgerufene Unpopularität fürchten.

Gleiche Ursachen haben gleiche Wirkungen. Hinge der Gang der Dinge bloß von der sozialdemokratischen Parteileitung ab, Hitlers Karriere wäre gesichert!

Doch man muß zugeben, daß auch die deutsche Kommunistische Partei wenig aus der italienischen Erfahrung gelernt hat.

Die Kommunistische Partei Italiens war fast gleichzeitig mit dem Faschismus entstanden. Doch die gleichen Bedingungen der revolutionären Ebbe, die den Faschismus an die Macht brachten, hielten die Entwicklung der Kommunistischen Partei auf. Sie legte sich nicht Rechenschaft ab über das Ausmaß der faschistischen Gefahr, wiegte sich in revolutionären Illusionen, war ein unversöhnlicher Gegner der Einheitsfrontpolitik, mit einem Worte: sie litt an allen Kinderkrankheiten. Kein Wunder, sie war erst zwei Jahre alt. Der Faschismus erschien ihr lediglich als „kapitalistische Reaktion“. Die spezifischen Züge des Faschismus, die sich aus der Mobilisierung des Kleinbürgertums gegen das Proletariat ergeben, nahm die Kommunistische Partei Italiens nicht wahr. Mit Ausnahme des einzigen Gramsci 38 schloß die Kommunistische Partei, wie mir italienische Freunde mitteilen, selbst die Möglichkeit der faschistischen Machtergreifung aus. Hat einmal die proletarische Revolution eine Niederlage erlitten, der Kapitalismus sich befestigt, die Konterrevolution triumphiert, was für einen konterrevolutionären Umsturz kann

36. Paul von Hindenburg (1847-1934): Oberbefehlshaber der Reichswehr ab 1916; 1925 als Präsident gewählt als Kandidat eines rechten Blocks; wiedergewählt 1932 mit Unterstützung der SPD sowie des Großkapitals; machte Hitler Januar 1933 zum Kanzler unter dem Einfluß von Großgrundbesitzern, Industriellen und Reichswehr.

37. Filippo Turati (1857-1932): Gründungsmitglied der Sozialistischen Partei Italiens (PSI); Gegner der Russischen Revolution; nach der Spaltung der PSI 1922 Führer der Reformisten.

38. Antonio Gramsci (1891-1937): Theoretiker der Betriebsbesetzungsbewegung in Turin 1919-20; Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Italiens; Führer der Partei nach der Entlassung Bordigas 1924; verhaftet 1926; bekannt für seine Gefängnisschriften, die ein wichtiger Beitrag zum Marxismus sind; starb in Gefangenschaft.

es da noch geben? Die Bourgeoisie kann doch nicht gegen sich selbst einen Aufstand machen! Das war der Kern der politischen Orientierung der italienischen Kommunistischen Partei. Man darf dabei nicht vergessen, daß der Faschismus damals eine neue Erscheinung darstellte und sich erst im Formierungsprozeß befand. Seine spezifischen Züge herauszuschälen wäre auch einer erfahreneren Partei nicht leicht gefallen.

Die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands wiederholt jetzt fast wörtlich die Ausgangsposition des italienischen Kommunismus: Der Faschismus ist lediglich eine kapitalistische Reaktion, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Formen der kapitalistischen Reaktion sind vom Standpunkt des Proletariats aus bedeutungslos. Dieser Vulgärradikalismus ist um so unverzeihlicher, als die deutsche Partei weitaus älter ist als die italienische in der entsprechenden Periode, und außerdem der Marxismus jetzt um Italiens tragische Erfahrung bereichert ist. Sagen, der Faschismus sei bereits da, oder selbst die Möglichkeit seiner Machtergreifung leugnen – das ist politisch ein und dasselbe. Das Verkennen des spezifischen Charakters des Faschismus lähmt unvermeidlich den Willen, gegen ihn zu kämpfen.

Die Hauptschuld liegt selbstverständlich bei der Kominternführung. Die italienischen Kommunisten wären mehr als alle anderen verpflichtet, ihre warnende Stimme zu erheben. Doch Stalin und Manuiski haben sie gezwungen, sich der wichtigsten Lehren ihrer eigenen Niederlage zu begeben. Wir haben gesehen, mit welcher servilem Eifer Ercoli sich sputete, auf die Position des Sozialfaschismus überzugehen, d.h. auf die Position der passiven Erwartung des faschistischen Sieges in Deutschland.

Die internationale Sozialdemokratie hat sich lange damit getröstet, der Bolschewismus sei nur in einem zurückgebliebenen Lande denkbar. Die gleiche Behauptung wurde dann auch auf den Faschismus übertragen. Die deutsche Sozialdemokratie muß sich jetzt am eigenen Leibe von der Falschheit dieses Trostes überzeugen: ihre kleinbürgerlichen Mitläufer strömten und strömen ins Lager des Faschismus, während die Arbeiter zur Kommunistischen Partei ziehen. Und nur diese beiden Gruppierungen wachsen in Deutschland: Faschismus und Bolschewismus. Sind auch Rußland einerseits und Italien andererseits weitaus rückständigere Länder als Deutschland, so haben doch beide die Arena zur Entfaltung politischer Bewegungen abgegeben, die dem imperialistischen Kapitalismus eigen sind. Das fortgeschrittenere Deutschland ist gezwungen, Prozesse zu reproduzieren, die ihre Vollendung in Rußland und Italien gefunden haben. Das Grundproblem der deutschen Entwicklung kann gegenwärtig so formuliert werden: wird sie den russischen oder den italienischen Weg einschlagen?

Das heißt selbstverständlich nicht, daß Deutschlands hochentwickelte soziale Struktur für das Schicksal von Bolschewismus und Faschismus bedeutungslos wäre. Italien ist in weitaus größerem Maße als Deutschland ein Kleinbürger- und Bauernland. Es genügt, daran zu erinnern, daß auf 9,8 Millionen in Land- und

Forstwirtschaft Beschäftigte in Deutschland 18,5 Millionen in Industrie und Handel kommen, d.h. fast doppelt soviel. In Italien kommen auf 10,3 Millionen in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigte 6,4 Millionen in Industrie und Handel. Diese abstrakten Zahlen geben noch lange keine Vorstellung vom hohen spezifischen Gewicht des Proletariats im Leben des deutschen Volkes. Selbst die große Zahl der Arbeitslosen ist ein umgekehrter Beweis der sozialen Macht des deutschen Proletariats. Alles liegt daran, diese Macht in die Sprache der revolutionären Politik zu übersetzen.

Die letzte große Niederlage des deutschen Proletariats, die man auf eine historische Ebene mit den Septembertagen in Italien stellen kann, fällt in das Jahr 1923. In den seither verstrichenen mehr als acht Jahren sind viele Wunden verheilt, eine frische Generation ist entstanden. Die Kommunistische Partei Deutschlands stellt eine unvergleichlich größere Kraft dar als die italienischen Kommunisten im Jahre 1922. Das spezifische Gewicht des Proletariats, der bedeutende Zeitraum, der seit seiner letzten Niederlage verflossen ist, die bedeutende Kraft der Kommunistischen Partei – das sind drei Vorteile, die von ungeheurer Bedeutung sind bei der allgemeinen Einschätzung der Situation und der Aussichten.

Um aber seine Vorteile zu nutzen, muß man sie begreifen. Daran fehlt es. Thälmanns Position von 1932 reproduziert Bordigas 39 Position von 1922. Hier ist die Gefahr besonders groß. Aber auch hier gibt es einen ergänzenden Vorteil, den es zehn Jahre zuvor nicht gab. In den revolutionären Reihen Deutschlands existiert eine marxistische Opposition, die sich auf die Erfahrung des vergangenen Jahrzehnts stützt. Diese Opposition ist zahlenmäßig schwach, doch verleihen die Ereignisse ihrer Stimme außerordentliche Kraft. Unter bestimmten Bedingungen kann ein kleiner Stoß eine Lawine zum Absturz bringen. Der kritische Anstoß der Linken Opposition kann rechtzeitig einen Wechsel der Politik der proletarischen Avantgarde herbeiführen. Darin besteht heute die Aufgabe!

VIII. Durch Einheitsfront zu den Sowjets als höchsten Organen der Einheitsfront

Wortverneigungen vor den Sowjets sind in „linken“ Kreisen ebenso verbreitet wie das Nichtbegreifen ihrer historischen Funktion. Die Sowjets werden am häufigsten als Organe des Machtkampfes definiert, als Aufstandsorgane, schließlich als Organe der Diktatur. Diese Definitionen sind formal richtig. Doch erschöpfen sie durchaus nicht die historische Funktion der Sowjets. Sie erklären vor allem nicht, warum für den Machtkampf gerade Sowjets nötig sind. Die

39. Amadeo Bordiga (1889-1970): Führer der Opposition zur zentristischen Politik der SPI während und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs; Gründungsmitglied der KPI 1921; wichtiger Einfluß auf der Partei bis 1924; später aus der Partei ausgeschlossen wegen Trozismus; wichtiger Theoretiker des „Links“-Kommunismus.

Antwort auf diese Frage lautet: Wie die Gewerkschaften Elementarform der Einheitsfront im wirtschaftlichen Kampf sind, so ist der Sowjet die höchste Form der Einheitsfront in der Phase des proletarischen Kampfes um die Macht.

Im Sowjet stecken an sich keine wunderbaren Kräfte. Er ist lediglich die Klassenvertretung des Proletariats mit all seinen starken und schwachen Seiten. Doch gerade dadurch und nur dadurch schafft der Sowjet die organisatorische Möglichkeit für die Arbeiter verschiedener politischer Richtungen, verschiedener Entwicklungsstufen, ihre Anstrengungen im revolutionären Machtkampf zu vereinigen. In der gegenwärtigen vorrevolutionären Situation müssen die fortgeschrittenen Arbeiter Deutschlands mit besonderer Klarheit die historische Funktion der Sowjets als Einheitsfrontorgane durchdenken.

Würde es der Kommunistischen Partei glücken, in der vorbereitenden Periode alle übrigen Parteien aus den Reihen der Arbeiter zu verdrängen, die überwältigende Mehrheit der Arbeiter unter ihrem Banner politisch wie organisatorisch zu vereinigen, so bestünde keinerlei Bedarf an Sowjets. Wie aber die historische Erfahrung zeigt, besteht kein Grund zu der Annahme, daß es in irgendeinem Lande – in den Ländern mit alter kapitalistischer Kultur noch weniger als in den rückständigen – gelingt, vor dem proletarischen Umsturz eine so unbestrittene und unbedingt beherrschende Stellung in den Reihen der Arbeiter einzunehmen.

Gerade das heutige Deutschland zeigt uns, daß sich die Aufgabe des direkten und unmittelbaren Kampfes um die Macht dem Proletariat stellt, lange ehe es vollständig unter dem Banner der Kommunistischen Partei vereinigt ist. Die revolutionäre Situation besteht auf politischer Ebene eben darin, daß alle Gruppierungen und Schichten des Proletariats, zumindest ihre erdrückende Mehrheit, vom Streben nach Vereinigung ihrer Anstrengungen zum Wechsel des bestehenden Regimes erfaßt werden. Das bedeutet indes nicht, daß sie alle begreifen, wie das zu machen ist, und noch weniger, daß sie alle bereit sind, heute schon mit ihren Parteien zu brechen und in die Reihen des Kommunismus überzugehen. Nein, so planmäßig und gesetzmäßig reift das politische Bewußtsein der Klasse nicht, tiefe innere Unterschiede bleiben auch während der revolutionären Epoche bestehen, wo sich alle Prozesse sprunghaft vollziehen. Gleichzeitig aber wird das Bedürfnis nach einer überparteilichen, die ganze Klasse umfassenden Organisation besonders akut. Diesem Bedürfnis eine Form zu geben – das ist die historische Bestimmung der Sowjets. Das ist ihre große Aufgabe. Unter den Bedingungen der revolutionären Situation bilden sie den höchsten organisatorischen Ausdruck der proletarischen Einheit. Wer das nicht begriffen hat, hat in der Frage der Sowjets nichts begriffen. Thälmann, Neumann, Remmele können noch so viel Reden halten und Artikel schreiben über das künftige „Sowjetdeutschland“ durch ihre heutige Politik sabotieren sie das Entstehen von Sowjets in Deutschland.

Fern von den Ereignissen, ohne unmittelbare Eindrücke von den Massen, ohne die Möglich-

keit, täglich die Hand an den Puls der Arbeiterklasse zu legen, ist es schwer, die Übergangsformen vorauszusehen, die in Deutschland zur Schaffung von Sowjets führen werden. In einem anderen Zusammenhang habe ich die Vermutung ausgesprochen, erweiterte Betriebsräte könnten zu Sowjets werden; ich habe mich dabei hauptsächlich auf die Erfahrung von 1923 gestützt. Das ist aber natürlich nicht der einzige Weg. Unter dem Druck von Arbeitslosigkeit und Elend einerseits, dem Vordringen der Faschisten andererseits, kann sich das Bedürfnis nach revolutionärer Einheit mit einem Schlage in Form von Sowjets äußern, so daß die Betriebsräte übergangen werden. Auf welchem Wege indes die Sowjets auch entstehen werden, sie können nichts anderes sein als der organisatorische Ausdruck der starken und schwachen Seiten des Proletariats, seiner inneren Differenzierung und des allgemeinen Strebens nach deren Überwindung, kurz: Organe der Einheitsfront der Klasse.

Sozialdemokratie und Kommunistische Partei teilen sich in Deutschland den Einfluß auf die Mehrheit der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie tut ihr Möglichstes, die Arbeiter von sich abzustößen. Die Kommunistische Parteiführung wirkt mit allen Kräften dem Zustrom der Arbeiter entgegen. Als Resultat ergibt sich die Entstehung einer dritten Partei bei verhältnismäßig langsamer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Kommunisten. Doch selbst bei der richtigsten Politik der Kommunistischen Partei würde das Bedürfnis der Arbeiter nach revolutionärer Einigung der Klasse unvergleichlich schneller wachsen als das Übergewicht der Kommunistischen Partei innerhalb der Klasse. Die Notwendigkeit der Schaffung von Sowjets bliebe somit in vollem Umfang bestehen.

Die Schaffung von Sowjets setzt die Übereinkunft der verschiedenen Parteien und Organisationen des Proletariats, angefangen beim Betrieb, voraus, sowohl was die Notwendigkeit der Sowjets anbelangt, als auch hinsichtlich Zeitpunkt und Art ihrer Bildung. Das heißt: stellen die Sowjets die höchste Form der Einheitsfront in der revolutionären Periode dar, so muß ihrer Entstehung die Einheitsfrontpolitik in der vorbereitenden Epoche vorausgehen.

Muß man abermals daran erinnern, daß 1917 sechs Monate lang die Sowjets in Rußland eine versöhnlerische Mehrheit hatten? Die Bolschewistische Partei hielt, ohne auch nur eine Stunde auf ihre revolutionäre Selbständigkeit als Partei zu verzichten, gleichzeitig im Rahmen der Sowjettätigkeit der Mehrheit gegenüber organisatorische Disziplin ein. Kein Zweifel, daß in Deutschland die Kommunistische Partei schon am Tage der Aufstellung des ersten Sowjets in ihm einen weitaus bedeutenderen Platz einnehmen wird, als ihn die Bolschewiki in den März Sowjets von 1917 einnahmen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Kommunisten sehr bald schon in den Sowjets die Mehrheit erlangen würden. Das würde den Sowjets keineswegs ihre Bedeutung als Instrumente der Einheitsfront nehmen, denn die Minderheit – Sozialdemokraten, Parteilose, katholische Arbeiter usw. – würde in der ersten Zeit immerhin nach Millionen zählen, und beim Versuch, eine solche Minderheit zu übersprin-

gen, kann man sich in der revolutionären Situation leicht das Genick brechen. Aber all das ist Zukunftsmusik. Heute ist die Kommunistische Partei in der Minderheit. Davon muß man ausgehen.

Das Gesagte bedeutet natürlich nicht, daß der Weg zu den Sowjets unbedingt über ein vorheriges Abkommen mit Wels, Hilferding, Breitscheid usw. führt. Hat im Jahre 1918 Hilferding darüber nachgesonnen, wie man die Sowjets in die Weimarer Verfassung einbeziehen könnte, ohne ihr zu nahe zu treten, so zerbricht er sich gegenwärtig vermutlich den Kopf an dem Problem, wie die faschistischen Kasernen sich ohne Schaden für die Sozialdemokratie in die Weimarer Verfassung eingliedern lassen ...

An die Schaffung von Sowjets muß man in dem Augenblick herangehen, wo der allgemeine Zustand des Proletariats ihre Verwirklichung gestattet, auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Spitze. Dazu muß man aber die sozialdemokratische Basis von ihrer Spitze losreißen, und das ist nicht zu erreichen, wenn man so tut, als wäre es schon erreicht. Gerade um die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter von ihren reaktionären Führern zu trennen, muß man diesen Arbeitern zeigen, daß wir bereit sind, sogar mit diesen „Führern“ in die Sowjets zu gehen.

Man kann keineswegs von vornherein ausschließen, daß sich selbst die oberste Schicht der Sozialdemokratie wieder auf die glühende Herdplatte der Sowjets stellen müssen, um eine Wiederholung des Manövers von Ebert, Scheidemann, Haase 40 usw. aus dem Jahre 1918-19 zu versuchen; das wird nicht so sehr vom schlechten Willen dieser Herren abhängen als davon, in welchem Maße und unter welchen Bedingungen die Geschichte sie in ihren Schraubstock zwingen wird.

Das Entstehen des ersten großen Lokalsozjets, in dem kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter nicht als Einzelpersonen, sondern als Organisationen vertreten wären, würde eine gewaltige Wirkung auf die gesamte deutsche Arbeiterklasse ausüben. Nicht nur die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, sondern auch die katholischen und liberalen wären außerstande, lange der davon ausgehenden zentripetalen Kraft zu widerstehen. Alle Teile des deutschen Proletariats, das zur Organisation am meisten befähigt und am meisten geneigt ist, würden wie Eisensplitter zum Mag-

40. Friedrich Ebert (1871-1925): rechter Führer der SPD während des Ersten Weltkriegs; wollte konstitutionelle Monarchie, wurde aber erster Regierungschef der Deutschen Republik November 1918; später erster Präsident; einer der Verantwortlichen für die Vereinbarung zwischen der SPD und der Oberen Heeresleitung, die zur Niederschlagung der Spartakisten und der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht führte. – Philip Scheidemann (1865-1937): führender rechter Sozialdemokrat; Unterstützer des Ersten Weltkriegs; erklärte die Republik während der Revolution 1918, um die Spartakisten daran zu hindern, eine sozialistische Republik zu erklären; im Exil nach 1933. – Hugo Haase (1863-1919) sozialdemokratischer Abgeordneter; führte eine zentristische Minderheit während des Ersten Weltkriegs; Gründer der USPD 1917; ermordet 1919.

netblock, zu den Sowjets streben. In den Sowjets hätte die Kommunistische Partei eine neue, außerordentlich günstige Arena für den Kampf um die Führerrolle in der proletarischen Revolution. Man kann ohne weiteres annehmen, daß die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter und sogar bedeutende Teile des sozialdemokratischen Apparats heute schon in den Rahmen der Sowjets einbezogen wären, wenn die kommunistische Parteileitung den sozialdemokratischen Führern nicht so eifrig dabei geholfen hätte, den Druck der Massen zu paralisieren.

Wenn die Kommunistische Partei Abkommen mit Betriebsräten, sozialdemokratischen Organisationen, Gewerkschaften usw. auf Grund eines Programms bestimmter praktischer Aufgaben für unzulässig hält, so bedeutet das nichts anderes, als daß sie die Schaffung von Sowjets gemeinsam mit der Sozialdemokratie für unzulässig hält. Da es aber rein kommunistische Sowjets nicht geben kann, sie auch niemandem und zu nichts nütze wären, bedeutet der Verzicht der Kommunistischen Partei auf Vereinbarungen und gemeinsame Aktionen mit den übrigen Parteien der Arbeiterklasse nichts anderes als den Verzicht auf die Schaffung von Sowjets.

Die Rote Fahne wird wahrscheinlich diese Darlegung mit einer Schimpfkanonade beantworten und wie zwei mal zwei gleich vier nachweisen, ich sei Brünnings auserwählter Agent und der geheime Berater von Wels. Ich bin bereit, für all diese Titel die Verantwortung zu tragen, unter der Bedingung, daß Die Rote Fahne ihrerseits den deutschen Arbeitern erklärt, wie, wann und in welcher Form in Deutschland Sowjets ohne Einheitsfrontpolitik gegenüber den übrigen Arbeiterorganisationen geschaffen werden können.

Zur Erhellung des Problems der Sowjets als Einheitsfrontorgane sind die Erwägungen äußerst lehrreich, die eines der kommunistischen Provinzblätter, Der Klassenkampf (Halle-Merseburg), diesem Thema widmet: „Alle Arbeiterorganisationen“, ironisiert das Blatt, „so wie sie sind, mit allen ihren Fehlern und Schwächen, sollen in großen antifaschistischen Abwehrkartellen zusammengefaßt werden. Was heißt das? Wir können uns lange theoretische Auseinandersetzungen darüber ersparen, die Geschichte selbst ist in dieser Frage die harte Lehrmeisterin der deutschen Arbeiterklasse gewesen: die verschwommene, breiige Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen hat der deutschen Arbeiterklasse die verlorene Revolution von 1918-19 gekostet.“ Ein wahrhaft unübertreffliches Muster oberflächlichen Geschwafels!

Die Einheitsfront war 1918-19 hauptsächlich durch die Sowjets zustande gekommen. Mußten die Spartakisten den Sowjets beitreten oder nicht? Das erwähnte Zitat besagt, daß sie außerhalb der Sowjets hätten bleiben sollen. Da aber die Spartakisten die verschwindende Minderheit der Arbeiterklasse darstellten und die sozialdemokratischen Sowjets keineswegs durch eigene zu ersetzen vermochten, hätte die Isolierung von den Sowjets einfach ihre Isolierung von der Revolution bedeutet. Wenn die Einheitsfront „verschwommen und breiig“

aussah, so lag die Schuld nicht an den Sowjets als Einheitsfrontorganen, sondern am politischen Zustand der Arbeiterklasse selbst, an der Schwächen des Spartakusbundes und an der außerordentlichen Stärke der Sozialdemokratie. Die Einheitsfront kann überhaupt keine starke revolutionäre Partei ersetzen, sie kann ihr nur helfen, stärker zu werden. Das gleiche gilt auch für die Sowjets. Die Situation zu verpassen, trieb ihn zu ultralinken Schritten und zu vorzeitigem Auftreten. Wären die Spartakisten außerhalb der Einheitsfront, d.h. der Sowjets geblieben, so würden sich diese negativen Züge noch krasser gezeigt haben.

Haben diese Leute denn überhaupt nichts aus der Erfahrung der deutschen Revolution von 1918-19 gelernt? Haben sie überhaupt Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus gelesen? Wahrlich, das stalinistische Regime hat furchtbare Verwüstungen in den Köpfen angerichtet! Nachdem sie die Sowjets der UdSSR bürokratisiert haben, verhalten sich die Epigonen zu ihnen wie zu einem bloßen technischen Werkzeug in den Händen des Parteiapparats. Vergessen ist, daß die Sowjets als Arbeiterparlamente geschaffen wurden und die Massen dadurch an sich zogen, daß sie ihnen die Möglichkeit erschlossen, alle Teile der Arbeiterklasse unabhängig von Parteiuerschieden Seite an Seite zu versammeln; vergessen ist, daß gerade darin die ungeheure erzieherische und revolutionäre Gewalt der Sowjets lag. Alles ist vergessen, alles verwirrt, alles verfälscht. O dreimal vermaledeites Epigonentum!

Die Frage der Beziehungen zwischen Partei und Sowjets ist für die revolutionäre Politik von entscheidender Bedeutung. Ist der heutige Kurs der Kommunistischen Partei faktisch darauf gerichtet, die Sowjets durch die Partei zu ersetzen, so schickt Urbahns, der keine Gelegenheit verpaßt, Verwirrung zu stiften, sich an, die Partei durch die Sowjets zu ersetzen. Nach dem Bericht der SAZ sagte Urbahns auf einer Berliner Versammlung im Januar – gegen den Anspruch der Kommunistischen Partei auf Führung der Arbeiterklasse gerichtet – folgendes: „Die Führung wird in den Händen der Räte liegen, die gewählt werden von der Masse selbst, nicht nach Wunsch oder Belieben einer einzelnen Partei! (Stürmischer Beifall.)“ Daß die Kommunistische Partei mit ihrem Ultimatismus die Arbeiter reizt, die geneigt sind, jedem Protest gegen die bürokratische Hoffart Beifall zu spenden, ist begreiflich. Dies ändert aber nichts daran, daß Urbahns Stellung auch in dieser Frage nichts mit Marxismus gemein hat. Daß die Arbeiter „selbst“ die Sowjets wählen werden ist unbestreitbar. Doch das Problem liegt darin, wen sie wählen werden. Wir müssen in die Sowjets gehen, gemeinsam mit allen übrigen Organisationen, so wie sie sind, „mit allen ihren Fehlern und Schwächen“. Aber zu glauben, die Sowjets könnten „selber“ den Kampf des Proletariats um die Macht leiten, heißt groben Sowjetfetischismus säen. Alles hängt von der Partei ab, die den Sowjet führt. Deshalb sprechen im Gegensatz zu Urbahns die Bolschewiki-Leninisten der Partei durchaus nicht das Recht auf Führerschaft der Sowjets ab; sie sagen im Gegenteil: nur auf Grund der

Einheitsfront, nur mittels der Massenorganisationen wird die Kommunistische Partei die Führungsstellung in den künftigen Sowjets erobern können und das Proletariat zur Machteroberung führen.

IX. Die SAP (Sozialistische Arbeiter-Partei)

Die SAP als „sozialfaschistische“ oder „konterrevolutionäre“ Partei zu bezeichnen, dazu sind nur besessene Beamte imstande, die meinen, ihnen sei alles erlaubt, oder dumme Papageien, die Schimpfwörter wiederholen, ohne deren Sinn zu verstehen. Doch sein Vertrauen im voraus einer Partei zu schenken, die nach ihrem Bruch mit der Sozialdemokratie sich erst noch auf dem Weg zwischen Reformismus und Kommunismus befindet, mit einer Führung, die dem Reformismus näher steht als dem Kommunismus – wäre unverzeihlicher Leichtsinns und billiger Optimismus. Die Linke Opposition trägt auch in dieser Frage nicht die mindeste Verantwortung für die Politik Urbahns.

Die SAP hat kein Programm. Es geht dabei nicht um ein formelles Dokument; einem Programm wohnt nur dann Kraft inne, wenn sein Text mit der revolutionären Erfahrung der Partei verbunden ist, mit Kampfeslehren, die ihren Kadern in Fleisch und Blut übergegangen sind. Nichts davon bei der SAP. Die russische Revolution, ihre einzelnen Etappen, der Kampf ihrer Fraktionen, die deutsche Krise von 1923, der Bürgerkrieg in Bulgarien, die Ereignisse der chinesischen Revolution, die Kämpfe des englischen Proletariats (1926), die spanische revolutionäre Krise all diese Ereignisse, die im Bewußtsein eines Revolutionärs als leuchtende Marksteine am politischen Wege lebendig sein müßten, sind für die Kader der SAP nur blasse Zeitungserinnerungen, nicht aber verarbeitete revolutionäre Erfahrungen.

Daß eine Arbeiterpartei Einheitsfrontpolitik treiben muß, ist unbestreitbar. Doch hat die Einheitsfrontpolitik ihre Gefahren. Erfolgreich kann diese Politik nur von einer kampferprobten revolutionären Partei geführt werden. Jedenfalls kann die Einheitsfrontpolitik nicht einer revolutionären Partei als Programm dienen. Darauf ist aber die gesamte Tätigkeit der SAP aufgebaut. Als Ergebnis wird die Einheitsfront ins Innere der Partei hineingetragen, d.h. sie dient zur Verwischung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Tendenzen. Aber gerade das ist die wesentliche Funktion des Zentrismus.

Die Tageszeitung der SAP ist vom Geiste der Halbheit durchtränkt. Trotz Ströbels 41 Abgang bleibt das Blatt halbpazifistisch und nicht marxistisch. Die vereinzelt revolutionären Artikel ändern nichts an seiner Physiognomie, sondern machen sie noch augenfälliger. Die Zeitung ergeht sich in Begeisterung über den geschmacklosen, durch und durch kleinbürgerlichen Brief Küsters an Brüning über den Militarismus. Sie applaudiert einem dänischen „Sozialisten“, ehemaligen Minister von Königs Gnaden, für

41. Heinrich Ströbel (1869-1943): linker Sozialdemokrat; später Mitglied der USPD; noch später für eine kurze Zeit Mitglied der SAP.

den Verzicht auf die Teilnahme an einer Regierungsdelegation wegen allzu erniedrigender Bedingungen. Der Zentrismus ist mit wenigem zufrieden. Die Revolution aber fordert viel. Die Revolution fordert alles, ganz und gar.

Die SAP verurteilt die Gewerkschaftspolitik der KPD – Spaltung der Gewerkschaften und Schaffung der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 42). Kein Zweifel, die Politik der KPD ist auch auf diesem Gebiete vollkommen falsch; Losowskis 43 Führerschaft kommt die internationale proletarische Avantgarde teuer zu stehen. Doch ist die Kritik der SAP nicht weniger falsch. Es handelt sich keineswegs darum, daß die KPD die Reihen des Proletariats „spaltet“ und die sozialdemokratischen Verbände „schwächt“ Das sind keine revolutionären Kriterien, denn unter der heutigen Leitung dienen die Verbände nicht den Arbeitern, sondern den Kapitalisten. Das Verbrechen der KPD liegt nicht darin, daß sie Leiparts Organisation „schwächt“, sondern darin, daß sie sich selbst schwächt. Die Teilnahme der Kommunisten an den reaktionären Verbänden wird nicht durch ein abstraktes Einheitsprinzip diktiert, sondern von der Notwendigkeit des Kampfes für die Säuberung der Organisationen von den Agenten des Kapitals. Bei der SAP tritt dieses aktive, revolutionäre, offensive Element zurück vor dem abstrakten Prinzip der Einheit von Verbänden, die durch Agenten des Kapitals geführt werden.

Die SAP klagt die Kommunistische Partei wegen „putschistischer“ Tendenzen an. Auch diese Anklage stützt sich auf bestimmte Fakten und Methoden; Ehe sie sich aber das Recht zu dieser Anklage nimmt, muß die SAP genau formulieren und praktisch vorführen, wie sie selbst zu den Grundfragen der proletarischen Revolution steht. Die Menschewiki haben die Bolschewiki stets des Blanquismus und Abenteueriums, d.h. des Putschismus beschuldigt. Die Leninsche Strategie aber war so fern vom Putschismus wie Himmel und Erde. Doch Lenin begriff und wußte anderen die Bedeutung der „Kunst des Aufstands“ im proletarischen Kampf verständlich zu machen.

Die Kritik der SAP ist in diesem Punkt umso verdächtiger, je mehr sie sich auf Paul Levi 44 stützt, der, durch die Kinderkrankheiten der Kommunistischen Partei erschreckt, ihnen den Altersmarasmus der Sozialdemokratie vorzog. Bei internen Beratungen über die Märzereignis-

se des Jahres 1921 in Deutschland sagte Lenin von Levi: „Der Mann hat endgültig den Kopf verloren.“ Allerdings fügte Lenin sogleich hinzu: „Er hatte zumindest etwas zu verlieren, von den anderen kann man nicht einmal das behaupten.“ Unter den „anderen“ figurierten Bela Kun 45, Thalheimer usw. Daß Paul Levi einen Kopf auf den Schultern hatte, läßt sich nicht leugnen. Aber ein Mensch, der den Kopf verloren hat und einen Sprung aus den Reihen des Kommunismus in die des Reformismus vollführt, eignet sich kaum zum Lehrmeister einer proletarischen Partei. Levis tragisches Ende, der Sturz aus dem Fenster im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit, symbolisiert gleichsam seinen politischen Weg.

Ist für die Massen der Zentrismus bloß der Übergang von einer Etappe zur anderen, so kann er einzelnen Politikern zur zweiten Natur werden. An der Spitze der SAP steht eine Gruppe verzweifelter sozialdemokratischer Funktionäre, Advokaten, Journalisten, Leute in einem Alter, wo man die politische Erziehung als abgeschlossen ansehen muß. Ein verzweifelter Sozialdemokrat ist noch kein Revolutionär.

Ein Vertreter dieses Typus – sein bester Vertreter – ist Georg Ledebour 46. Erst kürzlich habe ich die Protokolle seines Gerichtsprozesses von 1919 lesen können. Und mehr als einmal applaudierte ich während der Lektüre in Gedanken dem alten Kämpfer, seiner Ehrlichkeit, seinem Temperament, seinem vornehmen Wesen. Doch die Grenzen des Zentrismus hat Ledebour nie überschritten. Wo es um Massenaktionen geht, um höhere Formen des Klassenkampfes, deren Vorbereitung, um die Übernahme einer offenen Verantwortung für die Leitung von Massenkämpfen durch die Partei – dort bleibt Ledebour bloß der beste Vertreter des Zentrismus. Das trennte ihn von Liebknecht und Luxemburg. Das trennt ihn jetzt von uns.

Empört darüber, daß Stalin den radikalen Flügel der alten Sozialdemokratie der passiven Haltung zum Kampf der unterdrückten Nationen beschuldigt, beruft Ledebour sich darauf, gerade in der nationalen Frage stets große Initiative bewiesen zu haben. Das ist völlig unbestreitbar. Persönlich hat Ledebour stets mit größter Leidenschaftlichkeit auf die chauvinistischen Noten in der alten Sozialdemokratie reagiert, wobei er keineswegs das in ihm selbst stark entwickelte deutsche Nationalgefühl verbarg. Ledebour war stets bester Freund der russischen, polnischen und anderen revolutionären Emigranten, und viele von ihnen haben dem alten Revolutionär bis heute ein warmes Gedenken bewahrt, den man in den Reihen der sozialdemokratischen Bürokratie mit verächtlicher Ironie bald „Ledebourow“, bald „Ledebursky“.

Und nichtsdestoweniger hat Stalin, der we-

der die Tatsachen noch die Literatur jener Zeit kennt, in dieser Frage recht, zumindest soweit er Lenins Einschätzung wiederholt. Während er versucht, sie zu widerlegen, bestätigt Ledebour nur diese Einschätzung. Er beruft sich darauf, in seinen Artikeln mehr als einmal der Empörung gegen die Parteien der Zweiten Internationale Ausdruck gegeben zu haben, die mit Seelenruhe der Arbeit ihres Parteikollegen Ramsay MacDonald 47 zusahen, der das nationale Problem Indiens mit Hilfe von Flugzeugbombardements löste. In dieser Empörung und diesem Protest liegt der unzweifelhafte und ehrenvolle Unterschied zwischen Ledebour und einem Otto Bauer 48, von Hilferding oder Wels gar nicht zu sprechen; diesen Herren fehlt zur demokratischen Bombardierung nur ein Indien.

Nichtsdestoweniger überschreitet Ledebours Position auch in dieser Frage nicht die Grenzen des Zentrismus. Ledebour fordert den Kampf gegen koloniale Unterdrückung, er wird im Parlament gegen Kolonialkredite stimmen, er wird die kühne Verteidigung der Opfer eines unterdrückten Kolonialaufstandes auf sich nehmen. Aber Ledebour wird nie teilnehmen an der Vorbereitung eines Kolonialaufstandes. Solch eine Arbeit hält er für Putschismus, Abenteuerium, Bolschewismus. Und hier liegt der Kern der Sache.

Was den Bolschewismus in der nationalen Frage kennzeichnet, ist, daß er die unterdrückten Nationen, selbst die rückständigsten, nicht nur als Objekte, sondern auch als Subjekte der Politik betrachtet. Der Bolschewismus begnügt sich nicht mit der Anerkennung ihres „Rechtes“ auf Selbstbestimmung und mit parlamentarischen Protesten gegen die Mißachtung dieses Rechtes. Der Bolschewismus dringt tief in die unterdrückten Nationen ein, erhebt sich gegen die Unterdrücker, verbindet ihren Kampf mit dem Kampf des Proletariats der kapitalistischen Länder, unterweist die unterdrückten Chinesen, Inder und Araber in der Kunst des Aufstandes und nimmt die volle Verantwortung für diese Arbeit vor dem Angesicht der zivilisierten Henkersknechte auf sich. Hier erst beginnt auch der wahre Bolschewismus, d.h. der revolutionäre Marxismus der Tat. Was vor dieser Grenze stehenbleibt, bleibt alles Zentrismus.

* * *

Die Politik einer proletarischen Partei läßt sich nie nur auf Grund nationaler Kriterien richtig beurteilen. Für den Marxisten ist das ein Grundsatz. Was sind die internationalen Verbindungen und Sympathien der SAP? Norwegische, schwedische, holländische Zentristen, Organisationen, Gruppen, Einzelpersonen, deren passiver und provinzieller Charakter es ihnen erlaubt, sich zwischen Reformismus und Kommunismus zu halten, – das sind die nächsten Freunde. Ange-

42. Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation: von Kommunisten geführte Gewerkschaftsorganisation, die als Opposition zum von Sozialdemokraten geführten Gewerkschaftsbund gegründet wurde; taktisch gesehen war es ein verheerender Fehler, weil er kommunistische Militanten von der Masse der Gewerkschafter trennte.

43. Salomon Losowski (1878-1932): ehemaliger Menschewik; Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale ab ihrer Gründung 1921; später stellvertretender Volkskommissar für russischen Außenpolitik und Chef des Sowjetischen Informationsbüros; 1952 erschossen.

44. Paul Levi (1883-1930): Spartakist; enger Mitarbeiter von Rosa Luxemburg; Gründungsmitglied der KPD; wichtiger Führer nach der Ermordung von Luxemburg, Liebknecht und Jogiches; Gegner der Märzaktion; trat deswegen aus der Partei aus; wurde später Mitglied der SPD.

45. Bela Kun (1886-1939): ungarischer Kommunist; führender Persönlichkeit in der Ungarischen Sowjetrepublik 1919; Vertreter der Komintern in Deutschland während der Märzaktion 1921; Mitglied der KpDSU während der 1930er Jahre; in Rußland erschossen 1939.

46. Georg Ledebour (1850-1947): langjähriger Sozialdemokrat; Gründer der USPD 1917; Mitglied des Berliner Arbeiterrats 1918; Gegner des Beitritts der USPD in die Komintern; später Mitglied der SAP.

47. James Ramsay MacDonald (1866-1937): Ministerpräsident der ersten britischen Labour-Regierung 1924; verriet die Partei während seiner zweiten Amtsperiode 1929-31 und bildete Nationalregierung mit den Konservativen.

48. Otto Bauer (1881-1938): Führer der österreichischen Sozialdemokratie nach dem Ersten Weltkrieg; Theoretiker des Austromarxismus.

lica Balabanowa 49 ist eine symbolische Figur für die internationalen Verbindungen der SAP; sie versucht auch jetzt, die neue Partei mit den Splittern der Zweieinhalbten Internationale zu vereinigen.

Leon Blum 50, der Verfechter der Reparationen und sozialistische Gevatter des Bankiers Oustric 51, wird auf den Seiten des Seydewitz-Blattes „Genosse“ geißelt. Was ist das? Höflichkeit? Nein: Prinzipienlosigkeit, Charakterlosigkeit, Rückgratlosigkeit, „Kleinigkeitskrämerei“, wird irgendein Kabinettsweiser sagen. Nein, in diesen Kleinigkeiten zeigt sich der Kern der Politik viel wahrhaftiger und offener als in der abstrakten, durch keinerlei revolutionäre Erfahrung bekräftigten Anerkennung der Sowjets. Es ist sinnlos, Blum einen „Faschisten“ zu nennen und sich selbst lächerlich zu machen. Wer aber anderes als Geringschätzung und Haß für diese politische Kreatur übrig hat, ist kein Revolutionär.

Die SAP grenzt sich vom „Genossen“ Otto Bauer in jenem Rahmen ab, in dem sich auch Max Adler 52 von ihm abgrenzt. Für Rosenfeld und Seydewitz ist Bauer lediglich – und vielleicht vorübergehend – ein geistiger Gegner, während er für uns ein unversöhnlicher Feind ist, der Österreichs Proletariat in den furchtbarsten Morast hineingeführt hat.

Max Adler ist ein ziemlich empfindliches zentristisches Barometer. Auf den Gebrauch eines solchen Instruments darf man nicht verzichten, muß jedoch genau wissen, daß es den Wetterwechsel zwar registriert, aber nicht beeinflusst. Unter dem Druck der kapitalistischen Ausweglosigkeit ist Max Adler nicht ohne philosophische Bitternis bereit, die Unvermeidlichkeit der Revolution anzuerkennen. Was ist das aber für eine Anerkennung! Wieviel Klauseln und Seufzer! Das Beste wäre, wenn II. und III. Internationale sich vereinigten. Am vorteilhaftesten, den Sozialismus auf demokratischem Wege einzuführen. Aber ach, diese Methode ist offenbar nicht zu verwirklichen. Auch in den zivilisierten Ländern, nicht nur in den barbarischen, wird die Arbeiterklasse leider, leider die Revolution vollbringen müssen. Aber auch diese melancholische Anerkennung der Revolution bleibt nur ein literarisches Faktum. Bedingungen, unter denen Max Adler sagen könnte: „Es ist so weit!“, hat es niemals gegeben und wird es in der Geschichte niemals geben. Leute vom Typus Adlers sind fähig, vergangene Revolutionen zu rechtfertigen, ihre künftige Unausbleiblichkeit anzuerkennen, nie aber mögen sie hierzu in der Gegenwart aufrufen. Von dieser ganzen Gruppe alter linker Sozialdemokraten, die weder der imperialistische Krieg noch die russische Revolution verwandelt

hat, ist nichts zu hoffen. Als Barometerinstrumente – vielleicht. Als revolutionäre Führer – nein!

* * *

Ende Dezember wandte sich die SAP an alle Arbeiterorganisationen mit der Aufforderung, im ganzen Lande Versammlungen zu organisieren, auf denen die Redner aller Richtungen über gleiche Redezeit verfügen würden. Es ist klar, auf diesem Weg läßt sich nichts erreichen. Welchen Sinn hätte es in der Tat für die Kommunistische oder die Sozialdemokratische Partei, gleichberechtigt mit Brandler, Urbahns und anderen Vertretern von Organisationen und Gruppen aufzutreten, die zu bedeutungslos sind, um auf einen besonderen Platz in der Bewegung Anspruch erheben zu können? Einheitsfront ist Einheit der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitermassen und nicht das Paktieren politischer Gruppen, die ohne Massenanhänger sind.

Man wird uns erklären: der Block Rosenfeld-Brandler-Urbahns ist nur ein Block für Einheitsfrontpropaganda. Aber gerade auf dem Gebiete der Propaganda ist die Einheitsfront unzulässig. Die Propaganda muß sich auf klare Prinzipien stützen, auf ein bestimmtes Programm. Getrennt marschieren, vereint schlagen. Der Block dient lediglich praktischen Massenaktionen. Spitzenabkommen ohne prinzipielle Grundlage können nichts als Verwirrung bringen.

Die Idee, einen Präsidenschaftskandidaten der Arbeitereinheitsfront aufzustellen, ist eine von Grund auf falsche Idee. Einen Kandidaten kann man nur auf dem Boden eines bestimmten Programms aufstellen. Die Partei hat kein Recht, während der Wahlen auf die Mobilisierung ihrer Anhänger und auf die Berechnung ihrer Kräfte zu verzichten. Die allen übrigen Kandidaturen gegenüberstehende Kandidatur der Partei wird eine Übereinkunft mit anderen Organisationen über unmittelbare Kampfziele keineswegs hindern. Sämtliche Kommunisten, ob sie nun der offiziellen Partei angehören oder nicht, werden mit aller Kraft Thälmanns Kandidatur unterstützen. Es geht nicht um Thälmann, sondern um das Banner des Kommunismus. Dieses werden wir gegen alle übrigen Parteien verteidigen. Indem sie die von der Stalinbürokratie den einfachen Kommunisten eingepflichten Vorurteile hinwegräumt, wird sich die Linke Opposition den Weg zu ihrem Bewußtsein bahnen 53.

* * *

Wie war die Politik der Bolschewiki Arbeiterorganisationen oder „Parteien“ gegenüber, die sich vom Reformismus oder Zentrismus nach links hin zum Kommunismus entwickelten?

In Petrograd bestand 1917 die Organisation der Interrayonisten, die an die 4.000 Arbeiter umfaßte. Die bolschewistische Organisation belief sich in Petrograd auf Zehntausende von Arbeitern. Nichtsdestoweniger setzte sich das

Petrograder Komitee der Bolschewiki über alle Fragen mit den Interrayonisten ins Einvernehmen, unterrichtete sie über alle seine Pläne und erleichterte damit die völlige Verschmelzung.

Man könnte einwenden, die Interrayonisten hätten politisch den Bolschewiki nahegestanden. Doch beschränkte sich die Sache nicht auf die Interrayonisten. Als die Gruppe der Menschewiki-Internationalisten (Gruppe Martow 54) sich den Sozialpatrioten entgegenstellte, unternahmen die Bolschewiki entschieden alles, um zu gemeinsamen Aktionen mit den Martow-Anhängern zu kommen, und wenn sie dies in der Mehrzahl der Fälle nicht erreichten, so war es keineswegs Schuld der Bolschewiki. Man muß hinzufügen, daß die Menschewiki-Internationalisten formell im Rahmen einer gemeinsamen Partei mit Zeretelli und Dan blieben.

Dieselbe Taktik wurde, nur in unvergleichlich breiterem Maßstab, den Linken Sozialrevolutionären gegenüber wiederholt. Die Bolschewiki reihten einen Teil der Linken Sozialrevolutionäre sogar in das Revolutionäre Militärkomitee, das Organ des Umsturzes ein, obwohl die Linken Sozialrevolutionäre damals noch immer zur gleichen Partei gehörten wie Kerenski, gegen den der Umsturz gerichtet war. Gewiß, das war nicht sehr logisch seitens der Linken Sozialrevolutionäre und bewies, daß in ihren Köpfen nicht alles in Ordnung war. Würde man aber die Stunde abgewartet haben, wo in allen Köpfen alles in Ordnung wäre, so hätte es auf der Welt nie eine siegreiche Revolution gegeben. Die Bolschewiki schlossen später mit der Partei der Linken Sozialrevolutionäre (nach der heutigen Terminologie linke „Kornilowianer“ oder linke „Faschisten“) einen Regierungsblock, der sich mehrere Monate hielt und erst nach dem Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre sein Ende fand.

Folgendermaßen resümierte Lenin die Erfahrung der Bolschewiki mit den nach links strebenden Zentristen: „Die richtige Taktik der Kommunisten muß darin bestehen, daß man diese Schwankungen ausnutzt, keineswegs darin, daß man sie ignoriert. Um sie auszunutzen, muß man Zugeständnisse an diejenigen Elemente machen, die sich dem Proletariat zuwenden, und zwar dann, wenn sie sich dem Proletariat zuwenden, und insoweit, wie sie sich dem Proletariat zuwenden – gleichzeitig aber muß man den Kampf gegen diejenigen führen, die zur Bourgeoisie abschwenken ... Durch einen übers Knie gebrochenen, Beschluß: „keinerlei Kompromisse, keinerlei Lavieren“ kann man dem Wachstum des Einflusses des revolutionären Proletariats und der Mehrung seiner Kräfte nur schaden.“ Die Taktik der Bolschewiki hatte auch in dieser Frage nichts gemein mit bürokratischem Ultramatismus.

Thälmann und Remmele waren selbst vor

49. Angelika Balabanowa (1878-1965): russisch-italienische Führerin der PSI vor dem Ersten Weltkrieg; wurde erste Sekretärin der Komintern unter Sinowjew; trat nach dem Kronstädter Aufstand zurück; kehrte zur PSI zurück.

50. Leon Blum (1872-1950): Führer der französischen Sozialistischen Partei; Ministerpräsident in der Volksfront-Regierung 1936-37.

51. Albert Oustric: französischer Bankier und Spekulant.

52. Max Adler (1873-1940): führender Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie und des Austromarxismus; versuchte Marxismus und Kantianismus zu verschmelzen.

53. **Von Trotzki:** In der Permanenten Revolution ist leider ein Artikel zur Verteidigung eines einheitlichen Arbeiterkandidaten erschienen, der freilich nicht von der Redaktion stammt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die deutschen Bolschewiki-Leninisten eine solche Haltung ablehnen werden.

54. Julius Martow (1873-1923): ab 1895 Mitarbeiter von Lenin im Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse in St. Petersburg; von Anfang an Mitarbeiter und Redakteur von Iskra; 1903 Bruch mit Lenin beim zweiten Kongreß der RSDAP über die Frage der Mitgliedschaftsbedingungen; führender Menschewiki; Gegner des Ersten Weltkriegs als Führer der Menschewiki-Internationalisten; Gegner der Oktoberrevolution; wanderte 1920 nach Deutschland aus.

noch nicht allzu langer Zeit in der Unabhängigen Partei. Würden sie ihr Gedächtnis anstrengen, so gelänge es ihnen vielleicht, ihre politische Geistesverfassung jener Jahre zu rekonstruieren, als sie nach dem Bruch mit der Sozialdemokratie der Unabhängigen Partei beigetreten waren und sie nach links drängten. Was, wenn ihnen damals jemand gesagt hätte, sie seien bloß „der linke Flügel der monarchistischen Konterrevolution“? Sie hätten wahrscheinlich gedacht, ihr Ankläger sei betrunken oder verrückt. Aber gerade so bestimmen sie selbst jetzt den Charakter der SAP.

Erinnern wir uns, welche Schlüsse Lenin aus dem Entstehen der Unabhängigen Partei zog: „Warum hat in Deutschland derselbe, völlig gleichartige Drang“ (wie in Rußland 1917) „der Arbeiter von rechts nach links nicht sofort zur Stärkung der Kommunisten, sondern zunächst zur Stärkung der Zwischenpartei der ‚Unabhängigen‘ geführt ...? Eine der Ursachen war offensichtlich die fehlerhafte Taktik der deutschen Kommunisten, die diesen Fehler furchtlos und ehrlich zugeben und lernen müssen, ihn zu korrigieren. Der Fehler bestand in zahlreichen Äußerungen jener ‚linken‘ Kinderkrankheit, die jetzt offen zum Ausbruch gekommen ist und umso gründlicher, um so schneller, mit umso größerem Nutzen für den Organismus kuriert werden wird.“ Das ist ja wirklich direkt für den heutigen Tag geschrieben!

Die heutige Kommunistische Partei ist weit aus stärker als der damalige Spartakusbund. Wenn nun heute eine zweite Ausgabe der Unabhängigen Partei erscheint, zum Teil mit der gleichen Führung, lastet die Schuld umso schwerer auf der Kommunistischen Partei.

Das Entstehen der SAP ist eine widerspruchsvolle Tatsache. Besser wäre natürlich gewesen, wenn die Arbeiter direkt zur Kommunistischen Partei gegangen wären. Doch dazu hätte die Kommunistische Partei eine andere Politik und eine andere Führung haben müssen. Bei der Einschätzung der SAP darf man nicht von einer kommunistischen Idealpartei ausgehen, sondern von der, die es wirklich gibt. Soweit die Kommunistische Partei auf den Positionen des bürokratischen Ultimatismus verharrt und den zentrifugalen Kräften innerhalb der Sozialdemokratie entgegenwirkt, war das Entstehen der SAP eine unvermeidliche und progressive Tatsache.

Der progressive Charakter dieser Tatsache wird aber außerordentlich gemindert durch die zentristische Führung. Würde sie festen Fuß fassen, wäre das das Verderben der SAP. Sich mit dem Zentrismus der SAP ihrer allgemein progressiven Rolle wegen auszusöhnen, hieße ihre progressive Rolle liquidieren.

Die an der Spitze der Partei stehenden, im Manövrieren erfahrenen Versöhnerelemente werden auf jede Weise versuchen, die Gegensätze auszulöschen und die Krise hinausschieben. Aber diese Mittel reichen bloß bis zum ersten ernsthaften Ansturm der Ereignisse. Die Krise der Partei kann sich gerade am Siedepunkt der revolutionären Krise entwickeln und ihre proletarischen Elemente lähmen. Aufgabe der Kommunisten ist es, den Arbeitern der SAP

rechtzeitig zu helfen, ihre Reihen vom Zentrismus zu säubern und sich der zentristischen Führerschaft zu entledigen. Dazu ist nötig, nichts zu verschweigen, die guten Absichten nicht für Taten zu nehmen und alles beim richtigen Namen zu nennen. Aber wirklich mit dem und nicht mit einem ausgedachten. Kritisieren, nicht verleumden! Annäherung suchen, nicht vor den Kopf stoßen!

Über den linken Flügel der Unabhängigen Partei schrieb Lenin: „Ein ‚Kompromiß‘ mit diesem Flügel der Partei zu fürchten, wäre geradezu lächerlich. Im Gegenteil, die Kommunisten müssen unbedingt die geeignete Form eines Kompromisses mit ihm suchen und finden, eines Kompromisses, das einerseits die notwendige völlige Verschmelzung mit diesem Flügel erleichtern und beschleunigen, andererseits aber die Kommunisten in ihrem ideologischen und politischen Kampf gegen den opportunistischen rechten Flügel der ‚Unabhängigen‘ in keiner Weise behindern würde.“ Dieser taktischen Direktive ist auch heute fast nichts hinzuzufügen.

Den linken Elementen der SAP sagen wir: „Revolutionäre werden nicht nur in Streiks und Straßenkämpfen gestählt, sondern vor allem – im Kampf um die richtige Politik der eigenen Partei. Nehmt die 21 Bedingungen, die seinerzeit für die Aufnahme neuer Parteien in die Komintern ausgearbeitet wurden. Nehmt die Arbeiten der Linken Opposition, wo die 21 Bedingungen auf die politische Entwicklung der letzten 8 Jahre angewendet sind. Eröffnet im Lichte dieser Bedingungen eine planmäßige Offensive gegen den Zentrismus in den eigenen Reihen und führt die Sache bis zum Ende. Sonst wird Euch nichts bleiben als die wenig ehrenvolle Rolle der linken Deckung des Zentrismus.“

Und weiter? Weiter – mit dem Gesicht zur KPD. Die Revolutionäre stehen durchaus nicht zwischen SPD und Kommunistischer Partei, wie Rosenfeld und Seydewitz es wünschen. Nein, die sozialdemokratischen Führer bilden die Agentur des Klassenfeindes im Proletariat. Die kommunistischen Führer sind verwirrte, schlechte, ungeschickte, vom Wege abgekommene Revolutionäre oder Halbrevolutionäre. Das ist nicht ein und dasselbe. Die Sozialdemokratie muß man zerstören. Die Kommunistische Partei korrigieren. Ihr sagt, das sei unmöglich? Aber habt Ihr überhaupt versucht, die Sache ernsthaft anzupacken?

Gerade jetzt, wo die Kommunistische Partei unter dem Druck der Ereignisse steht, müssen wir durch den Druck unserer Kritik den Ereignissen nachhelfen. Die kommunistischen Arbeiter werden uns umso aufmerksamer anhören, je rascher sie sich praktisch davon überzeugen werden, daß wir keine „dritte Partei“ wollen, sondern ehrlich bemüht sind, ihnen wirklich zu helfen, die bestehende Kommunistische Partei zum wirklichen Führer der Arbeiterklasse umzuwandeln.

– Und wenn es nicht gelingt?

– Wenn es nicht gelänge, würde das in der jetzigen geschichtlichen Situation fast unvermeidlich den Sieg des Faschismus bedeuten. Doch vor großen Kämpfen fragt der Revolutio-

när nicht danach, was sein wird, wenn es nicht gelingt, sondern was zu tun ist, damit es gelingt. Das ist möglich, das ist realisierbar.

X. Zentrismus „überhaupt“ und Zentrismus der Stalinischen Bürokratie

Die Fehler der Kominternführung und damit auch der deutschen Kommunistischen Partei gehören nach Lenins üblicher Terminologie in die Kategorie der „ultralinken Dummheiten“. Auch kluge Menschen können Dummheiten begehen, besonders in jugendlichem Alter. Doch darf man mit diesem Recht, wie Heine rät, nicht Mißbrauch treiben. Werden politische Dummheiten eines bestimmten Typus systematisch begangen, während längerer Zeit, und das in wichtigen Fragen, so hören sie auf, bloße Dummheiten zu sein und verwandeln sich in eine Tendenz. Was ist das für eine Tendenz? Welchen historischen Bedürfnissen entspricht sie? Welches sind ihre sozialen Wurzeln?

Der Ultraradikalismus hat in verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Zeiten verschiedenartige soziale Grundlagen. Vollendetster Ausdruck des Ultraradikalismus waren Anarchismus und Blanquismus sowie verschiedene ihrer Abarten, darunter auch die jüngste: der Anarchosyndikalismus.

Der soziale Boden dieser vorwiegend in lateinischen Ländern verbreiteten Tendenzen war die alte klassische Kleinindustrie von Paris. Deren Dauerhaftigkeit verlieh den französischen Abarten des Ultraradikalismus eine unzweifelhafte Bedeutung und gestattete ihnen bis zu einem gewissen Grade, die Arbeiterbewegung anderer Länder zu beeinflussen. Die Entfaltung der Großindustrie in Frankreich, der Krieg und die russische Revolution haben dem Anarchosyndikalismus das Rückgrat gebrochen. Zurückgeworfen, verwandelte er sich in schlechten Opportunismus. In beiden Stadien hat der französische Syndikalismus den gleichen Jouhaux 55 an der Spitze – die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen.

Der spanische Anarchosyndikalismus bewahrte sich seinen revolutionären Anstrich nur in einem Milieu politischer Stagnation. Indem sie alle Fragen auf des Messers Schneide stellte, zwang die Revolution die anarchosyndikalistischen Führer, den Ultraradikalismus abzuwerfen und ihr opportunistisches Wesen zu enthüllen. Man kann mit Gewißheit annehmen, daß die spanische Revolution die syndikalistischen Vorurteile aus ihrer letzten lateinischen Zufluchtsstätte vertreiben wird.

Anarchistische und blanquistische Elemente durchsetzen auch alle übrigen ultralinken Tendenzen und Gruppierungen. An der Peripherie einer großen revolutionären Bewegung lassen

55. **Von Trotzki:** Eine detaillierte Analyse dieses opportunistischen Kapitels der Kominterngeschichte, das mehrere Jahre währte, findet man in unseren Arbeiten: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale (Kritik des Programms der Komintern), Die permanente Revolution, Wer leitet heute die Komintern? usw.

sich stets Erscheinungen von Putschismus und Abenteuerertum beobachten, deren Träger bald rückständige, oft halb handwerkliche Schichten der Arbeiterschaft sind, bald intellektuelle Mitläufer. Doch erlangt diese Art Ultraradikalismus in der Regel keine selbständige historische Bedeutung und behält meist episodischen Charakter.

In historisch zurückgebliebenen Ländern, die ihre bürgerliche Revolution unter den Bedingungen einer entwickelten Weltarbeiterbewegung durchzuführen haben, trägt die linke Intelligenz in die halb elementare Bewegung der Massen, vorwiegend der kleinbürgerlichen, die extremsten Losungen und Methoden hinein. Das ist das Wesen kleinbürgerlicher Parteien vom Typus der russischen „Sozialrevolutionäre“ mit ihren Tendenzen von Putschismus, individuellem Terror usw. Dank dem Vorhandensein kommunistischer Parteien im Westen dürften sich selbständige abenteuerliche Gruppen dort kaum zur Bedeutung der russischen Sozialrevolutionäre aufschwingen. Dafür aber können die jungen kommunistischen Parteien in ihren eigenen Bestandteile von Abenteuerertum einführen. Was die russischen Sozialrevolutionäre betrifft, so haben sie sich unter dem Einfluß der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in die Partei des imperialistischen Kleinbürgertums verwandelt und der Oktoberrevolution gegenüber eine konterrevolutionäre Haltung eingenommen.

Es ist evident, daß der Ultraradikalismus der heutigen Komintern zu keinem der oben angeführten historischen Typen zählt. Die Hauptpartei der Komintern, die russische KP, stützt sich bekanntlich auf das industrielle Proletariat und geht schlecht oder recht von den revolutionären Traditionen des Bolschewismus aus. Die Mehrheit der übrigen Sektionen der Komintern besteht aus proletarischen Organisationen. Sprechen nicht schon die unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern, wo gleichermaßen und gleichzeitig die ultralinke Politik des offiziellen Kommunismus wütet, dafür, daß dieser Strömung keine allgemeinen sozialen Wurzeln zugrundeliegen können? Wird doch der ultralinke Kurs ein und desselben „prinzipiellen“ Charakters in China wie in Großbritannien durchgeführt. Ist dem aber so, wo ist dann die Wurzel des neuen Ultraradikalismus zu suchen?

Die Frage wird kompliziert, doch zugleich erhellt durch einen weiteren, äußerst wichtigen Umstand: Ultraradikalismus ist keineswegs der unveränderliche Grundzug der heutigen Kominternführung. Der in seinem Grundstock gleiche Apparat hat bis 1928 eine offen opportunistische Politik geführt, die sich in vielen entscheidenden Fragen auf den Geleisen des Menschewismus bewegte. Von 1924-27 hielt man nicht nur Abkommen mit den Reformisten für möglich, sondern ließ überdies auch den Verzicht auf die Selbständigkeit der Partei, auf die Freiheit der Kritik, ja sogar auf ihre proletarische Klassenbasis zu 56. Es handelt sich also nicht um

eine spezifische ultralinke Strömung, sondern um den verlängerten ultralinken Zickzack einer Strömung, die in der Vergangenheit auch ihre Fähigkeit zu tiefen, ultrarechten Zickzacks bewiesen hat. Schon diese äußerlichen Merkmale weisen darauf hin, daß es sich um Zentrismus handelt.

Formal und deskriptiv kann man sagen, daß der Zentrismus all jene Strömungen im Proletariat und an dessen Peripherie umfaßt, die sich zwischen Reformismus und Marxismus ausbreiten und zumeist verschiedene Entwicklungsetappen auf dem Wege vom Reformismus zum Marxismus und umgekehrt repräsentieren. Marxismus wie Reformismus haben festen sozialen Boden unter den Füßen. Der Marxismus drückt die historischen Interessen des Proletariats aus. Der Reformismus entspricht der privilegierten Stellung der proletarischen Bürokratie und Aristokratie im kapitalistischen Staat. Der Zentrismus, den wir in der Vergangenheit kannten, hatte keine selbständige soziale Basis und konnte keine haben. Die verschiedenen Schichten des Proletariats entwickeln sich auf verschiedenen Wegen und zu verschiedenen Zeiten in revolutionärer Richtung. In Perioden andauernden industriellen Aufschwungs oder in Perioden politischer Ebbe nach Niederlagen wandern verschiedene Schichten des Proletariats politisch von links nach rechts ab, wobei sie mit anderen Schichten zusammenstoßen, die sich erst nach links zu entwickeln beginnen. Verschiedene Gruppen machen bei bestimmten Etappen ihrer Entwicklung halt, finden zeitweilige, schaffen eigene Programme und Organisationen. Es ist leicht zu begreifen, welche Vielfalt von Strömungen unter den Begriff „Zentrismus“ fällt! Je nach Ursprung, sozialer Zusammensetzung und Entwicklungsrichtung können verschiedene Gruppierungen in erbittertem Kampf miteinander stehen, ohne dabei aufzuhören, Variationen vom Zentrismus zu sein.

Wenn der Zentrismus im allgemeinen die Funktion der linken Deckung des Reformismus erfüllt, so läßt die Frage, welchem Hauptlager, dem reformistischen oder dem marxistischen, eine bestimmte zentristische Tendenz zugehört, keine allgemein gültige Entscheidung zu. Hier ist es noch mehr als sonst nötig, den konkreten Inhalt des Prozesses und seine inneren Entwicklungstendenzen zu analysieren. So lassen sich

rodniki: ab 1876 russische revolutionäre Strömung, die sich ans Volk (eigentlich an die Bauern) wandte; benutzte immer mehr Methoden des individuellen Terrorismus; erfolgreiches Attentat auf den Zaren Alexander II. führte zur Niederschlagung der Bewegung; Lenins Bruder Alexander, ein Mitglied dieser Bewegung, wurde nach dem Attentat hingerichtet. – Proudhonisten: Strömung in der französischen Arbeiterbewegung; Anhänger von Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865): Theoretiker des Anarchismus; Gegner von Marx; argumentierte, der Sozialismus würde aus der Gründung genossenschaftlicher Werkstätte entstehen. – Blanquisten: revolutionäre Strömung in der französischen Arbeiterbewegung; Anhänger von Louis-Auguste Blanqui (1805-1881): französischer Revolutionär; utopischer Kommunist; glaubte, die Revolution würde von einer streng organisierten Minderheit durchgeführt werden, die die proletarische Diktatur durch einen plötzlichen Staatsstreich erringen würde.

manche politischen Irrtümer Rosa Luxemburgs theoretisch richtig als linkszentristisch charakterisieren. Man kann weitergehen und sagen, daß die meisten Meinungsverschiedenheiten Rosa Luxemburgs mit Lenin einen größeren oder kleineren Einschlag nach der Seite des Zentrismus hin bedeuteten. Aber nur die schamlosen Ignoranten und Scharlatane der Kominternbürokratie können den Luxemburgismus als historische Strömung dem Zentrismus zurechnen. Daß die heutigen „Führer“ der Komintern, mit Stalin angefangen, theoretisch, politisch und moralisch der großen Revolutionärin nicht einmal bis zu den Knien reichen, muß gar nicht erst gesagt werden.

Kritiker, die sich in den Kern der Sache nicht hineingedacht haben, haben in letzter Zeit den Autor dieser Zeilen mehr als einmal beschuldigt, er treibe Mißbrauch mit dem Wort „Zentrismus“, indem er allzu verschiedenartige Strömungen und Gruppen innerhalb der Arbeiterbewegung mit diesem Namen belege. In Wirklichkeit ergibt sich die Vielfältigkeit der Typen des Zentrismus, wie schon gesagt, aus der Sache selbst und keineswegs aus terminologischem Mißbrauch. Erinnern wir daran, wie oft die Marxisten beschuldigt wurden, die verschiedenartigsten und gegensätzlichsten Erscheinungen dem Kleinbürgertum zuzuordnen. Und tatsächlich muß man der Kategorie „Kleinbürgertum“ auf den ersten Blick vollkommen unvereinbare Tatsachen, Ideen und Tendenzen subsumieren. Kleinbürgerlichen Charakter besitzt die Bauernbewegung wie die radikale Strömung in der städtischen Reformation; kleinbürgerlich waren die französischen Jakobiner und die russischen Narodniki; kleinbürgerlich die Proudhonisten, aber auch die Blanquisten; kleinbürgerlich ist die heutige Sozialdemokratie, aber auch der Faschismus; kleinbürgerlich sind: die französischen Anarchosyndikalisten, die „Heilsarmee“, die Gandhibewegung in Indien usw. usw. Ein noch bunteres Bild ergäbe sich, würden wir auf das Gebiet von Philosophie und Kunst übergehen. Heißt das, daß der Marxismus mit der Terminologie spielt? Nein, es bedeutet nur, daß das Kleinbürgertum durch außerordentliche Mannigfaltigkeit seiner sozialen Natur gekennzeichnet ist. Nach unten hin fließt es mit dem Proletariat zusammen und geht ins Lumpenproletariat über, nach oben in die kapitalistische Bourgeoisie. Es kann sich auf alte Produktionsformen stützen, sich aber auch auf Grundlage der modernen Industrie rasch entfalten (der neue „Mittelstand“). Kein Wunder, wenn es ideologisch in allen Farben des Regenbogens spielt.

Der Zentrismus spielt innerhalb der Arbeiterbewegung in gewissem Sinne die gleiche Rolle wie die kleinbürgerliche Ideologie aller Spielarten in der bürgerlichen Gesellschaft im ganzen. Der Zentrismus reflektiert die Entwicklungsprozesse des Proletariats, seine politisch-revolutionäre Entwicklung wie seinen Verfall im Zusammenhang mit dem Druck, den alle übrigen Gesellschaftsklassen auf das Proletariat ausüben. Kein Wunder, daß die Palette des Zentrismus sich durch solche Buntheit auszeichnet! Daraus erhellt indes nicht, daß man auf den Begriff Zentrismus verzichten muß, sondern nur,

56. Jakobiner: radikal-bürgerlicher Flügel der Französischen Revolution; dominierte die Regierung vom Fall der Girondin 1791 bis zu Thermidor 1794. – Na-

daß man in jedem einzelnen Falle durch konkrete soziale und historische Analyse das wirkliche Wesen der fraglichen Spielart von Zentrismus aufdecken muß.

Die leitende Kominternfraktion stellt nicht Zentrismus „im allgemeinen“ dar, sondern eine ganz bestimmte historische Formation, die, die wenn auch sehr junge, so doch mächtige soziale Wurzeln besitzt. Es handelt sich vor allem um die Sowjetbürokratie. In den Schriften der stalinistischen Theoretiker existiert diese Schicht überhaupt nicht. Man spricht von „Leninismus“ von einer körperlosen Führung, von ideologischen Traditionen, vom Geiste des Bolschewismus, von der unwägbaren „Generallinie“; davon aber, daß die lebendige, aus Fleisch und Knochen bestehende Bürokratie diese Generallinie lenkt wie der Feuerwehrmann seinen Schlauch, davon hört man kein Wort.

Indes ist der Bürokrat am allerwenigsten einem körperlosen Geist ähnlich. Er ißt, trinkt, vermehrt sich und schafft sich einen ordentlichen Bauch. Er kommandiert mit schallender Stimme, sondert unten seine getreuen Leute aus, übt Treue gegenüber der Obrigkeit, verbitet sich Kritik und sieht darin den Wesenskern der Generallinie. Solcher Bürokraten gibt es einige Millionen mehr – einige Millionen! – als es während der Oktoberrevolution Industriearbeiter gab. Die Mehrzahl dieser Beamten hat nie am Klassenkampf teilgenommen, der mit Opfern und Gefahren verbunden ist. Diese Leute wurden in ihrer überwiegenden Masse bereits als herrschende Schicht geboren. Hinter ihrem Rücken steht die Staatsmacht. Sie sichert ihnen die Existenz und erhebt sie hoch über die übrige Masse. Sie kennen nicht die Gefahr der Arbeitslosigkeit, wenn sie nur verstehen, die Hände an der Hosennaht zu halten. Die größten Fehler werden ihnen vergeben, wenn sie bereit sind, im nötigen Augenblick den Sündenbock zu spielen und dem nächsten Vorgesetzten die Verantwortung abzunehmen. Also, hat eine solche herrschende Millionenschicht soziales Gewicht und politischen Einfluß im Leben des Landes? Ja oder nein?

Daß Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie die soziale Basis des Opportunismus abgeben, ist aus den alten Büchern bekannt. In Rußland hat die Erscheinung neue Formen angenommen. Auf der Basis der proletarischen Diktatur – in einem zurückgebliebenen, vom Kapitalismus umgebenen Lande – bildete sich zum ersten Male aus den oberen Schichten der Werktätigen ein mächtiger bürokratischer Apparat, der sich über die Masse erhebt, sie kommandiert, ungeheure Vorrechte genießt, durch kollektive, innere Solidarität verbunden ist, seine besonderen Interessen, Methoden und Prozeduren in die Politik des Arbeiterstaates hineinragt.

Wir sind keine Anarchisten. Wir begreifen die Notwendigkeit des Arbeiterstaates und folglich auch die historische Unvermeidlichkeit der Bürokratie in der Übergangsperiode. Doch begreifen wir ebenso die in dieser Tatsache begründeten Gefahren, besonders für ein rückständiges, isoliertes Land. Die Idealisierung der Sowjetbürokratie ist der schändlichste Fehler,

den ein Marxist begehen kann. Lenin bemühte sich mit allen Kräften darum, daß die Partei als selbständige Avantgarde der Arbeiterklasse sich über den Staatsapparat erhebe, ihn kontrolliere, überprüfe, ausrichte und säubere, indem sie die historischen Interessen des Proletariats – des internationalen, nicht nur des nationalen – über die Interessen der herrschenden Bürokratie stellt. Als erste Bedingung der Parteikontrolle über den Staat betrachtete Lenin die Kontrolle der Parteimasse über den Parteiapparat. Man lese aufmerksam seine Artikel, Reden und Briefe aus der Sowjetperiode, besonders aus den letzten beiden Jahren seines Lebens, und man wird sehen, mit welcher Sorge sein Gedanke jedesmal auf diese brennende Frage zurückkam.

Was geschah aber in der nachleninischen Periode? Die gesamte führende Partei- und Staatsapparat, die Revolution und Bürgerkrieg durchgemacht hatte, wurde hinweggefegt, beseitigt, zerschlagen. Ihren Platz hat der unpersönliche Beamte eingenommen. Gleichzeitig wurde der Kampf gegen den Bürokratismus, der zu Lebzeiten Lenins, als die Bürokratie noch kaum den Windeln entwachsen war, so heftig geführt wurde, vollständig eingestellt, nun, wo der Apparat bis zum Himmel hoch aufgeschossen war.

Wer könnte auch diesen Kampf führen? Die Partei als autonome proletarische Avantgarde gibt es nicht mehr. Der Parteiapparat ist mit dem des Staates verschmolzen. Hauptinstrument der Generallinie innerhalb der Partei ist die GPU. Die Bürokratie läßt nicht nur kein kritisches Wort von unten nach oben zu, sie untersagt ihren Theoretikern sogar, sie nur zu erwähnen. Der wütende Haß gegen die Linke Opposition wird gerade dadurch hervorgerufen, daß die Opposition offen von der Bürokratie spricht, von ihrer besonderen Rolle, ihren Interessen, und das Geheimnis enthüllt, daß die Generallinie von Fleisch und Blut der neuen, nationalen, herrschenden Schicht untrennbar ist, die keineswegs mit dem Proletariat identisch ist.

Die Bürokratie leitet ihre Unfehlbarkeit daraus ab, daß es sich um einen Arbeiterstaat handelt: wie kann die Bürokratie eines Arbeiterstaates entarten! Staat und Bürokratie werden dabei nicht als historische Prozesse, sondern als ewige Kategorien angesehen: wie können die heilige Kirche und ihre gotterfüllten Priester irren! Konnte aber die Arbeiterbürokratie, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft über das kämpfende Proletariat erhoben hatte, zu der Partei von Noske, Scheidemann, Ebert und Wels entarten, – warum kann sie nicht entarten, wo sie sich über ein siegreiches Proletariat erhebt?

Die herrschende und unkontrollierte Stellung der Sowjetbürokratie züchtet eine Psychologie hoch, die in vielem der Psychologie des proletarischen Revolutionärs direkt entgegengesetzt ist. Die Bürokratie stellt ihre Berechnungen und Kombinationen in der inneren und der internationalen Politik höher als die Aufgaben der revolutionären Massenerziehung und praktiziert sie ohne jede Verbindung mit den Aufgaben der internationalen Revolution. Während einer Reihe von Jahren hat die Stalinfraktion bewiesen, daß ihr Interessen und Psychologie des „starken Bauern“, des Ingenieurs, des Administrators, der

chinesischen bürgerlichen Intellektuellen, der britischen Trade-Union-Beamten näher stehen und begreiflicher geworden sind als Psychologie und Bedürfnisse des einfachen Arbeiters, der Bauernarmut, der aufständischen chinesischen Volksmassen, der englischen Streikenden usw.

Warum aber ist dann die Stalinfraktion auf der Linie des nationalen Opportunismus nicht bis zu Ende gegangen? Darum, weil sie die Bürokratie eines Arbeiterstaates ist. Beschützt die internationale Sozialdemokratie die Grundlagen der bürgerlichen Herrschaft, so ist die Sowjetbürokratie, solange sie keinen Staatsstreich durchgeführt hat, gezwungen, sich den durch die Oktoberrevolution gelegten sozialen Grundlagen anzupassen. Daher der Doppelcharakter von Psychologie und Politik der Stalinschen Bürokratie. Zentrismus, aber ein Zentrismus auf dem Fundament des Arbeiterstaates, ist der einzig mögliche Ausdruck dieses Doppelcharakters.

Haben in den kapitalistischen Ländern zentristische Gruppierungen meist transitorischen Charakter, indem sie die Entwicklung bestimmter Arbeiterschichten nach rechts oder links widerspiegeln, so erhielt unter den Bedingungen der Sowjetrepublik der Zentrismus eine weitaus festere und organisiertere Basis in Gestalt der millionenstarken Bürokratie. Während sie das natürliche Milieu opportunistischer und nationaler Tendenzen darstellt, ist sie gleichwohl gezwungen, die Grundlagen ihrer Herrschaft im Kampf gegen den Kulaken zu verteidigen und gleichzeitig für ihr „bolschewistisches“ Prestige in der Weltarbeiterbewegung zu sorgen. Nachdem sie versucht hatte, die Freundschaft der Kuomintang und der Amsterdamer Bürokratie zu erringen, die ihr geistig in vielem nahesteht, trat die Sowjetbürokratie jedesmal in scharfen Konflikt mit der Sozialdemokratie, die die Feindseligkeit der Weltbourgeoisie gegenüber der Sowjetunion widerspiegelt. Das sind die Quellen des jetzigen linken Zickzacks.

Die Eigenart der Lage besteht nicht darin, daß die Sowjetbürokratie mit einer besonderen Immunität gegen Opportunismus oder Nationalismus versehen wäre, sondern darin, daß sie, ohne die Möglichkeit, eine komplette nationalreformistische Position zu beziehen, gezwungen ist, Zickzacks zwischen Marxismus und Nationalreformismus zu beschreiben. Die Schwankungen dieses bürokratischen Zentrismus haben, entsprechend seiner Macht, seinen Hilfsquellen und den Widersprüchen seiner Lage, ein ganz unerhörtes Ausmaß erreicht: von ultralinken Abenteuern in Bulgarien und Estland – zum Bündnis mit Tschiang Kai-schek, Radic und Purcell; von der schändlichen Verbrüderung mit den britischen Streikbrechern – zum völligen Verzicht auf die Einheitsfront mit Massengewerkschaften.

Ihre Methoden und Zickzacks überträgt die Stalinsche Bürokratie auf andere Länder, soweit sie durch den Parteiapparat die Kommunistische Internationale nicht nur führt, sondern kommandiert. Thälmann war für die Kuomintang, als Stalin für die Kuomintang war. Auf dem VII. EKKI-Plenum im Herbst 1926 trat der Kuomintangdelegierte und Abgesandte Tschiang Kaischeks,

Schao Li-tzu 57 in voller Einmütigkeit mit Thälmann, Sépard 58 und all den Remmeles gegen den „Trotzkismus“ auf. „Genosse“ Schao Li-tzu sagte: „Wir sind alle überzeugt, daß unter Führung der Komintern die Kuomintang ihre historische Aufgabe erfüllen wird“ (Russ. Prot. I. Band, S.459) Das ist der historische Tatbestand!

Nehmt Die Rote Fahne vom Jahre 1926 und ihr werdet dort eine Menge Artikel über das Thema finden, Trotzki bewiese durch die Forderung nach dem Bruch mit dem britischen Generalrat der Streikbrecher seinen ... Menschewismus! Heute aber besteht der „Menschewismus“ schon in der Verteidigung der Einheitsfront mit Massenorganisationen, d.h. der Durchführung jener Politik, die unter Lenins Leitung vom III. und IV. Weltkongreß formuliert wurde (gegen alle die Thälmann, Thalheimer, Bela Kun, Frossard usw.).

Diese niederschmetternden Zickzacks wären unmöglich, hätte sich nicht in allen nationalen Sektionen eine selbstgenügsame, d.h. von der Partei unabhängige Bürokratschicht herausgebildet. Hier liegt die Wurzel des Übels!

Die Kraft einer revolutionären Partei besteht in der Selbsttätigkeit der Avantgarde, die ihre Kader überprüft und aussondert, und – indem sie ihre Führer erzieht – sie allmählich durch ihr Vertrauen an die Spitze hebt. Dies schafft ein untrennbares Band zwischen Kadern und Massen, zwischen Führern und Kadern und verleiht der gesamten Leitung innere Selbstsicherheit. Nichts davon in den heutigen Kommunistischen Parteien! Die Führer werden ernannt. Sie wählen ihre Untergebenen aus. Die Mitgliedermasse wird gezwungen, die ernannten Führer zu akzeptieren, um die eine künstliche Reklamatmosphäre geschaffen wird. Die Kader hängen von der Spitze statt von den unteren Schichten ab. Die Quellen ihres Einflusses wie ihre Existenzquellen suchen sie meist außerhalb der Massen. Ihre politischen Lösungen beziehen sie nicht aus der Kampferfahrung, sondern über die Telegraphenleitung. Gleichzeitig werden in Stalins Archiven für alle Fälle Anklagedokumente aufbewahrt. Jeder der Führer weiß, daß man ihn jeden Augenblick wie Federflaum fortblasen kann.

So entsteht in der gesamten Komintern eine abgegrenzte bürokratische Schicht, die den Nährboden für den Bazillus des Zentrismus abgibt. Organisatorisch sehr stabil und widerstandsfähig, da er sich auf die Bürokratie des Sowjetstaates stützt, zeichnet sich der Zentrismus der Thälmann, Remmele und Co in politischer Hinsicht durch äußerste Labilität aus. Ohne jene Sicherheit, die sich nur aus der organischen Verbindung mit den Massen ergibt, ist das unfehlbare ZK zu den ungeheuerlichsten Zickzacks fähig. Je weniger es für ernste ideologische Kämpfe gerüstet ist, desto freigebiger ist es mit Schmähungen, Kriechereien, Verleumdungen. Stalin, nach Lenins Definition „grob“ und „illoyal“, ist die Personifizierung dieser Schicht.

Die hier gegebene Charakteristik des büro-

kratischen Zentrismus bestimmt das Verhältnis der Linken Opposition zur Stalinschen Bürokratie: Volle und uneingeschränkte Unterstützung, soweit die Bürokratie die Grenzen der Sowjetrepublik und die Grundlagen der Oktoberrevolution verteidigt; offene Kritik, soweit sie durch ihre administrativen Zickzacks die Verteidigung der Revolution und des sozialistischen Aufbaus erschwert; unbarmherziger Widerstand, soweit sie durch ihr bürokratisches Kommando den Kampf des Weltproletariats desorganisiert.

XI. Der Widerspruch zwischen den Wirtschaftserfolgen der UdSSR und der Bürokratisierung des Regimes

Man kann die Grundlagen einer revolutionären Politik nicht „in einem Lande“ ausarbeiten. Das Problem der deutschen Revolution ist augenblicklich untrennbar mit dem der politischen Führung in der UdSSR verbunden. Diese Verbindung muß vollständig begriffen werden.

Die proletarische Diktatur ist die Antwort auf den Widerstand der besitzenden Klassen. Die Freiheitsbeschränkungen ergeben sich aus dem Kriegsregime der Revolution, d.h. aus den Bedingungen des Klassenkrieges. Von diesem Standpunkt aus ist es ganz evident, daß die Festigung der Sowjetrepublik, ihr wirtschaftliches Wachstum, die Schwächung des Widerstandes der Bourgeoisie, vor allem die Erfolge bei der „Liquidierung“ der letzten kapitalistischen Klasse, des Kulakentums, zum aufblühen der Partei, Gewerkschafts- und Sowjetbürokratie führen müssen.

Die Stalinisten wiederholen unablässig, wir seien bereits „in den Sozialismus eingetreten“, die jetzige Kollektivierung bedeute an und für sich die Liquidierung des Kulakentums als Klasse, und schon der nächste Fünfjahresplan werde diese Prozesse abschließen müssen. Wenn dem so ist, warum hat dann der gleiche Prozeß zur völligen Drosselung von Partei, Gewerkschaften und Sowjets durch das bürokratische Regime geführt, das seinerseits den Charakter eines plebisitären Bonapartismus angenommen hat? Warum blühte in Hunger und Bürgerkrieg das Leben der Partei und konnte es niemandem auch nur in den Sinn kommen zu fragen, ob man Lenin oder das gesamte ZK kritisieren dürfe oder nicht, während jetzt die geringste Meinungsverschiedenheit mit Stalin zum Ausschluß aus der Partei und zu administrativen Repressalien führt?

Die Kriegsgefahr seitens der imperialistischen Staaten kann die zunehmende Autokratie der Bürokratie keinesfalls erklären, noch weniger rechtfertigen. Wären in einer nationalen sozialistischen Gesellschaft die Klassen mehr oder minder liquidiert, so würde das den Beginn des Absterbens des Staates bedeuten.

Die sozialistische Gesellschaft kann dem äußeren Feind weitaus besser Widerstand leisten als der Staat der proletarischen Diktatur oder gar der der bürokratischen Diktatur.

Wir sprechen aber nicht vom Absterben der Diktatur, noch wäre es zu früh, wir sind noch

nicht „in den Sozialismus eingetreten“. Wir sprechen von etwas anderem. Wir fragen: Woraus erklärt sich die bürokratische Entartung der Diktatur? Woher der betäubende, ungeheuerliche, erdrückende Widerspruch zwischen den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus und dem Regime der persönlichen Diktatur, die sich auf den unpersönlichen Apparat stützt, der die herrschende Klasse des Landes an der Gurgel hält? Wie ist zu erklären, daß Wirtschaft und Politik sich in direkt entgegengesetzter Richtung entwickeln?

Die Wirtschaftserfolge sind sehr groß. Ökonomisch hat die Oktoberrevolution sich schon jetzt vollkommen gerechtfertigt. Die hohen Koeffizienten des wirtschaftlichen Wachstums sind ein unwiderlegbarer Ausdruck dessen, daß die sozialistischen Methoden sogar bei der Lösung jener Produktionsaufgaben enorme Vorteile bieten, die im Westen durch den Kapitalismus gelöst wurden. Wie gewaltig werden die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft erst in den fortgeschrittenen Ländern sein!

Aber das Problem der Oktoberrevolution ist damit noch nicht einmal in Umrissen gelöst. Die Stalinbürokratie nennt die Wirtschaft „sozialistisch“ auf Grund ihrer Voraussetzungen und Tendenzen. Das ist unzureichend. Die ökonomischen Erfolge der Sowjetunion entwickeln sich noch immer auf einem niedrigen wirtschaftlichen Niveau. Die nationalisierte Industrie durchläuft Stadien, die von den fortgeschrittenen kapitalistischen Nationen seit langem schon zurückgelegt sind. Die Arbeiterin, die Schlange steht, hat ihre Kriterien des Sozialismus, und dieses „Verbraucher“-Kriterium, wie der Bürokrat sich geringschätzig ausdrückt, ist in dieser Frage entscheidend. Im Meinungsstreit zwischen Arbeiterin und Bürokrat sind wir, die Linke Opposition, auf seiten der Arbeiterin gegen den Bürokraten, der das Erreichte übertreibt, die sich häufenden Widersprüche vermischt und die Arbeiterin an der Gurgel packt, damit sie nicht kritisiert.

Im Vorjahre wurde eine jähe Wendung vom gleichen zum differenzierten (Stück-)Arbeitslohn gemacht. Es ist ganz unbestreitbar, daß bei niedrigem Niveau der Produktivkräfte, folglich auch der allgemeinen Kultur, Gleichheit im Arbeitsentgelt nicht realisierbar ist. Doch das bedeutet eben, daß das Problem des Sozialismus nicht nur durch gesellschaftliche Eigentumsformen entschieden wird, sondern auch eine gewisse technische Kapazität der Gesellschaft voraussetzt. Doch führt das Wachstum der technischen Kapazität automatisch über die nationalen Grenzen hinaus.

Nachdem sie zum allzu früh abgeschafften Stücklohn zurückgekehrt war, nannte die Bürokratie den gleichen Lohn ein „Kulaken“-Prinzip. Das ist offenkundiger Unsinn, der beweist, in welche Sackgassen von Heuchelei und Falschheit die Stalinisten sich verrennen. In Wirklichkeit hätte man sagen müssen: „Wir sind mit den egalitären Lohnformen zu sehr vorausgelaufen; bis zum Sozialismus ist es noch weit; da wir noch immer arm sind, müssen wir zurückkehren zu den halbkapitalistischen oder kulakischen Methoden des Arbeitsentgelts“. Wir wiederholen:

57. Schao Li-tzu: Delegierter der Kuomintang bei der Komintern.

58. Pierre Sépard (1887-1942): Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs.

darin liegt keinerlei Widerspruch zum sozialistischen Ziel. Hier gibt es nur den unversöhnlichen Widerspruch mit den bürokratischen Verfälschungen der Wirklichkeit.

Der Rückzug zum Stücklohn war das Resultat des Widerstandes der ökonomischen Rückständigkeit. Solcher Rückzüge wird es noch viele geben, besonders auf dem Gebiete der Bauernwirtschaft, wo ein zu großer administrativer Sprung vorwärts getan worden ist.

Industrialisierung und Kollektivierung werden mit den Methoden des einseitigen, unkontrollierten bürokratischen Kommandos über die werktätigen Massen durchgeführt. Die Gewerkschaften sind vollkommen der Möglichkeit beraubt, auf das Wechselverhältnis zwischen Konsum und Akkumulation einzuwirken. Die Differenzierung der Bauernschaft wird bisher nicht so sehr ökonomisch wie administrativ liquidiert. Die sozialen Maßnahmen der Bürokratie zur Liquidierung der Klassen laufen dem grundlegenden Prozeß, der Entwicklung der Produktivkräfte, außerordentlich voraus. Das führt zur Steigerung der Gestehungskosten, zu niedriger Produktionsqualität, Preiserhöhungen, Mangel an Verbrauchsgütern, und eröffnet eine Perspektive auf drohende Arbeitslosigkeit.

Die äußerst gespannte politische Atmosphäre im Lande ist das Resultat der Widersprüche zwischen dem Wachstum der Sowjetwirtschaft und der ökonomischen Politik der Bürokratie, die entweder ungeheuerlich hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft zurückbleibt (1923–1928) oder, durch das eigene Zurückbleiben erschreckt, sich vorwärtsstürzt, um durch rein administrative Maßnahmen das Versäumte nachzuholen (1928–1932). Dem rechten Zickzack folgt auch hier der linke. Mit beiden Zickzacks befindet sich die Bürokratie in Widerspruch zu den Wirklichkeiten der Wirtschaft und folglich auch zu der Stimmung der Werktätigen. Sie kann ihnen nicht erlauben, sie zu kritisieren, weder wenn sie zurückbleibt, noch wenn sie vorausläuft.

Ihren Druck auf die Arbeiter und Bauern kann die Bürokratie nur dadurch ausüben, daß sie den Werktätigen die Möglichkeit nimmt, an der Lösung, der Probleme ihrer eigenen Arbeit und ihrer Zukunft teilzunehmen. Darin liegt die größte Gefahr! Die ständige Angst vor dem Widerstand der Massen führt in der Politik zum „Kurzschluß“ der bürokratischen und persönlichen Diktatur.

Will das besagen, daß man die Tempi der Industrialisierung und Kollektivierung herabsetzen muß? Für eine gewisse Periode zweifellos. Doch diese Periode kann von sehr kurzer Dauer sein. Die Teilnahme der Arbeiter selbst an der Leitung des Landes, seiner Politik und Wirtschaft, unmittelbare Kontrolle über die Bürokratie, wachsendes Verantwortungsgefühl der Verwaltenden gegenüber den Verwalteten – all das würde sich zweifellos wohltuend auf die Produktion selbst auswirken, die inneren Reibungen vermindern, die kostspieligen Wirtschaftszickzacks auf ein Minimum herabsetzen, eine gesündere Verteilung der Kräfte und Mittel sichern und letzten Endes den allgemeinen Wachstumskoeffizienten steigern. Die Sowjetdemokratie ist vor allem eine vitale Notwendigkeit für die Wirtschaft selbst. Umgekehrt hält der

Bürokratismus die tragischsten wirtschaftlichen Überraschungen bereit.

Überblickt man die Periode der Epigonen in der Entwicklungsgeschichte der UdSSR, so gelangt man unschwer zur Schlußfolgerung, daß die grundlegende politische Voraussetzung für die Bürokratisierung des Regimes die Müdigkeit der Massen nach den Erschütterungen von Revolution und Bürgerkrieg gewesen ist. Im Lande herrschten Hunger und Epidemien. Die Fragen der Politik traten in den Hintergrund. Alle Gedanken waren auf ein Stück Brot gerichtet. Unter dem Kriegskommunismus hatten alle die gleiche Hungerration bekommen. Der Übergang zur NEP brachte die ersten ökonomischen Erfolge. Die Portionen wurden reichlicher, aber nicht alle erhielten sie. Die Wiederherstellung der Warenwirtschaft führte zu Berechnung der Selbstkosten, zu elementarer Rationalisierung, zur Entfernung überflüssiger Arbeiter aus den Betrieben. Die Wirtschaftserfolge gingen lange Zeit hindurch Hand in Hand mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Man darf keinen Augenblick lang vergessen, daß sich die Festigung der Apparatmacht auf die Arbeitslosigkeit stützte. Nach den Hungerjahren schreckte die Reservearmee jeden Proletarier an der Werkbank. Die Entfernung selbständiger und kritischer Arbeiter aus den Betrieben, schwarze Listen der Oppositionellen gehörten zur wichtigsten und wirksamsten Waffe in den Händen der Stalinbürokratie. Ohne diesen Umstand wäre es nie gelungen, die Leninsche Partei zu erdrosseln.

Die weiteren Wirtschaftserfolge führten allmählich zur Auflösung der Reservearmee der Industriearbeiter (die durch die Kollektivierung maskierte Übervölkerung auf dem Lande bleibt in vollem Umfang bestehen). Der Industriearbeiter fürchtet jetzt nicht mehr, aus dem Betrieb hinausgeworfen zu werden. Aus seiner alltäglichen Erfahrung weiß er, daß der Mangel an Voraussicht und die Willkür der Bürokratie ihm die Lösung der Aufgaben außerordentlich erschwert. Die Sowjetpresse entlarvt verschiedene Werkstätten und Unternehmen, wo die Initiative der Arbeiter, Erfindergeist usw. nicht genügend Raum finden, als könnte man die Initiative der Arbeiter in Werkstätten einschließen, als könnten die Werkstätten Oasen der Produktionsdemokratie inmitten völliger Erdrosselung des Proletariats in Partei, Sowjets und Gewerkschaften sein!

Das allgemeine Bewußtsein des Proletariats ist gegenwärtig keineswegs dasselbe wie in den Jahren 1922–23. Das Proletariat ist zahlenmäßig und kulturell gewachsen. Nachdem sie eine gigantische Arbeit der Wiedergeburt und des Aufschwungs der Wirtschaft vollbracht haben, fühlen die Arbeiter Wiedergeburt und Aufschwung ihres Selbstvertrauens. Diese gesteigerte innere Sicherheit beginnt in Unzufriedenheit mit dem bürokratischen Regime umzuschlagen.

Die Erstickung der Partei, der Triumph des persönlichen Regimes und der persönlichen Willkür können auf den ersten Blick den Eindruck einer Schwächung des Sowjetsystems hervorrufen. Dem ist aber nicht so. Das Sowjetsystem ist außerordentlich erstarkt; gleichzeitig

aber hat sich der Widerspruch zwischen diesem System und seinem bürokratischen Schraubstock außerordentlich verschärft. Der Stalinsche Apparat sieht mit Bestürzung, daß die ökonomischen Erfolge seine Stellung nicht befestigen, sondern untergraben. Im Kampf um seine Position ist er gezwungen, die Schrauben noch stärker anzuziehen und alle Formen von „Selbstkritik“ – ausgenommen byzantinisches Lob für die Führer – zu verbieten.

Nicht zum ersten Mal in der Geschichte gerät die wirtschaftliche Entwicklung in Widerspruch mit den politischen Bedingungen, in deren Rahmen sie sich vollzieht. Doch muß man klar erfassen, welche von diesen Bedingungen die Unzufriedenheit hervorrufen. Die heraufziehende oppositionelle Welle ist nicht im geringsten gegen die sozialistischen Aufgaben, die Sowjetformen oder die Kommunistische Partei gerichtet. Die Unzufriedenheit richtet sich gegen den Apparat und dessen Personifikation – Stalin. Daher eine neue Phase wütenden Kampfes mit der sogenannten „trotzkistischen Konterbande“.

Der Gegner beginnt ungemütlich zu werden, er ist überall und nirgends. Er spukt in Werkstätten, in Schulen, dringt in die Zeitschriften und in alle Geschichtsbücher ein. Das heißt: Tatsachen und Dokumente belasten die Bürokratie, da sie ihre Schwankungen und Fehler aufdecken. Man darf nicht ruhig und objektiv über den gestrigen Tag nachdenken, man muß den gestrigen Tag umgestalten, muß alle Ritzen verkleben, durch die ein Zweifel an der Unfehlbarkeit des Apparats und seines Chefs eindringen könnte. Wir haben alle Züge einer kopflos gewordenen herrschenden Schicht vor uns. Jaroslawski 59, selbst Jaroslawski ist unzuverlässig geworden! Das sind keine Zufallsepisoden, keine Kleinigkeiten, keine persönlichen Zusammenstöße: die Wurzel der Sache ist darin zu suchen, daß die wirtschaftlichen Erfolge, die anfangs die Bürokratie gefestigt hatten, sich nun durch die Dialektik der Entwicklung der Bürokratie entgegenstellen. Deshalb ist auch auf der letzten Parteikonferenz, d.h. beim Kongreß des Stalinschen Apparats, der drei- und viermal geschlagene und bestattete „Trotzkismus“ zur „Avantgarde der bürgerlichen Konterrevolution“ ernannt worden.

Dieser läppische und politisch kraftlose Beschluß lüftet den Vorhang über einigen ganz „praktischen“ Plänen Stalins auf dem Gebiet persönlicher Strafgerichte. Nicht umsonst hat Lenin vor der Ernennung Stalins zum Generalsekretär gewarnt. „Dieser Koch wird nur scharfe Suppen zubereiten.“ Der Koch hat seine kulinarischen Künste noch nicht erschöpft.

Wie sehr auch die theoretischen und administrativen Schrauben angezogen werden – Stalins persönliche Diktatur nähert sich offenkundig dem Untergang. Der Apparat ist voller Sprünge. Die Ritze namens Jaroslawski ist eine von hundert Ritzen, die heute noch nicht mit Namen genannt werden. Der Umstand, daß sich die neue politische Krise auf der Basis offenkundiger und unzuverlässiger Erfolge der Sowjetwirtschaft,

59. Emiljan Jaroslawski (1878-1943): Autor von stalinistischen Geschichtsbüchern, die Ereignisse verfälschten; fiel aus der Gunst Stalins 1930-31.

zahlenmäßigen Wachstums des Proletariats und erster Erfolge der kollektiven Landwirtschaft vorbereitet, bietet ausreichende Gewähr dafür, daß die Liquidierung der bürokratischen Selbstherrschaft nicht mit einer Erschütterung des Sowjetsystems zusammenfallen wird, wie man noch vor drei bis vier Jahren befürchten konnte, sondern mit dessen Befreiung, Aufschwung und Blüte.

Aber gerade in dieser ihrer letzten Periode ist die Stalinsche Bürokratie fähig, viel Unheil anzurichten. Die Prestigefrage ist jetzt für sie zur zentralen Frage der Politik geworden. Wenn unpolitische Historiker aus der Partei ausgeschlossen werden, weil sie Stalins Heldentaten von 1917 nicht zu verherrlichen verstanden haben, kann da das plebiszitäre Regime die Anerkennung der eigenen Fehler der Jahre 1931-32 zulassen? Kann es auf die Theorie des Sozialfaschismus verzichten? Kann es Stalin desavouieren, der den Kern des deutschen Problems folgendermaßen formuliert hat: zuerst mögen die Faschisten kommen, dann wir?

Die objektiven Bedingungen sind in Deutschland an sich so zwingend, daß sich die Leitung der deutschen Kommunistischen Partei, falls sie die nötige Handlungsfreiheit besäße, schon längst nach unserer Seite hin orientiert hätte. Doch sie ist nicht frei. Während die Linke Opposition die durch den Sieg von 1917 bewährten Ideen und Losungen des Bolschewismus behauptet, befiehlt die Stalinclique zwecks Ablenkung telegraphisch die Eröffnung einer internationalen Kampagne gegen den „Trotzkismus“. Die Kampagne entbrennt nicht auf der Grundlage der Fragen der deutschen Revolution, d.h. von Leben und Tod des Weltproletariats, sondern auf Grund des kläglichen und falschmünzerischen Artikels von Stalin über die Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Man kann sich schwer ein größeres Mißverhältnis zwischen den Aufgaben der Epoche einerseits und den kläglichen geistigen Hilfsquellen der offiziellen Führung andererseits vorstellen. Dies ist die erniedrigende, unwürdige und zugleich tief tragische Situation der Komintern.

Das Problem des Stalinschen Regimes und das Problem der deutschen Revolution sind durch einen untrennbaren Knoten miteinander verbunden. Die kommenden Ereignisse werden diesen Knoten lösen oder durchschneiden – im Interesse der russischen wie der deutschen Revolution.

XII. Die Brandlerianer (KPD-O) und die Stalin-Bürokratie

Zwischen den Interessen des Sowjetstaats und des internationalen Proletariats gibt es und kann es keinen Widerspruch geben. Doch ist es gänzlich falsch, diese Regel auf die Stalinsche Bürokratie zu übertragen. Ihr Regime gerät in immer größeren Widerspruch sowohl mit den Interessen der Sowjetunion als auch mit den Interessen des Weltproletariats.

Hugo Urbahns übersieht der Sowjetbürokratie wegen die sozialen Grundlagen des proletari-

rischen Staates. Gemeinsam mit Otto Bauer konstruiert er den Begriff eines über den Klassen stehenden Staates, findet aber zum Unterschied von Bauer das Muster dafür nicht in Österreich, sondern in der heutigen Sowjetrepublik.

Auf der anderen Seite behauptet Thalheimer, die „trotzkistische Stellung zur Sowjetunion, die den proletarischen Charakter (?) des Sowjetstaates und den sozialistischen Charakter des wirtschaftlichen Aufbaus anzweifelt (?)“ (Arbeiterpolitik, 10. Januar), habe „zentristischen“ Charakter. Damit beweist Thalheimer lediglich, wie weit er in der Gleichsetzung von Arbeiterrats und Sowjetbürokratie geht. Er verlangt, auf die Sowjetunion nicht mit den Augen des internationalen Proletariats zu sehen, sondern ausschließlich durch die Brillengläser der Stalinfraktion. Mit anderen Worten, er urteilt nicht als Theoretiker der proletarischen Revolution, sondern als Lakai der Stalinbürokratie. Ein beleidigter, geächteter Lakai, aber doch ein Lakai, der Begnadigung sucht. Darum wagt er auch in der „Opposition“ nicht, die Bürokratie laut beim Namen zu nennen; dafür kennt diese, wie Jehova, keine Vergebung: „Du sollst meinen Namen nicht unnütz aussprechen“.

Das sind die beiden Pole innerhalb der kommunistischen Gruppierungen: der eine sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht, dem andern wehrt der Wald, die Bäume zu unterscheiden. Es ist indes entschieden nichts Überraschendes daran, daß Thalheimer und Urbahns ihre verwandten Seelen entdecken und in der Tat miteinander einen Block bilden – gegen die marxistische Einschätzung des Sowjetstaates.

Die summarische, zu nichts verpflichtende „Unterstützung“ des „russischen Experiments“ ist in den letzten Jahren eine ziemlich verbreitete und sehr wohlfeile Ware geworden. In allen Weltteilen finden sich nicht wenige radikale und halbradikale, humanistische und pazifistische Auch-„Sozialisten“, Journalisten, Touristen, Künstlerinnen, die für die UdSSR und für Stalin die gleiche vor-behaltlose Billigung wie die Brandlerianer bekunden. Bernhard Shaw 60, der einst Lenin und den Autor dieser Zeilen wütend kritisierte, billigt vollauf Stalins Politik. Maxim Gorki 61, der in der Leninschen Periode zur Kommunistischen Partei in Opposition gestanden hatte, ist jetzt vollständig für Stalin. Barbusse 62, der mit den französischen Sozialdemokraten Hand in Hand geht, unterstützt Stalin. Das amerikanische Wochenblatt *The New Masses*, eine Publikation zweitrangiger kleinbürgerlicher Radikaler, verteidigt Stalin gegen Rakowski

63. In Deutschland hält es Ossietzky 64, der meinen Artikel über den Faschismus mit Sympathie zitiert, für nötig zu bemerken, ich sei in meiner Kritik gegen Stalin ungerecht. Der alte Ledebour sagt: „Nun stehe ich in betreff der Hauptstreitfrage zwischen Stalin und Trotzki, ob nämlich die Sozialisierung in einem Lande unternommen und glücklich zu Ende geführt werden kann, durchaus auf seiten Stalins.“ Die Zahl solcher Beispiele könnte man endlos vermehren. All diese „Freunde“ der Sowjetunion gehen an die Probleme des Sowjetstaates von außen her als Beobachter, Sympathisierende, Flaneure heran. Selbstverständlich ist es achtenswerter, ein Freund des sowjetischen Fünfjahrplans zu sein, als ein Freund der New Yorker Börse. Dennoch ist die passive, kleinbürgerlich-linke Sympathie weit von Bolschewismus entfernt. Der erste große Mißerfolg Moskaus würde genügen, die Mehrzahl dieses Publikums auseinanderzuwirbeln wie Staub vorm Windstoß.

Wodurch unterscheidet sich die Haltung der Brandlerianer zum Sowjetstaat von der Position all dieser „Freunde“. Höchstens durch geringere Aufrichtigkeit. Solch eine Unterstützung der Sowjetrepublik macht weder heiß noch kalt. Und wenn Thalheimer uns, die Linke Opposition, die russischen Bolschewiki-Leninisten, darüber belehrt, wie man sich zur Sowjetunion stellen soll, kann er nur ein Gefühl von Abscheu erwecken.

Rakowski hat persönlich die Verteidigung der Grenzen des Sowjetstaates geleitet, bei den ersten Schritten der Sowjetwirtschaft geholfen, war an der Ausarbeitung der Politik gegenüber der Bauernschaft beteiligt, war Initiator der Komitees der Bauernarmut in der Ukraine, leitete die Anwendung der NEP unter den spezifischen Bedingungen der Ukraine, kennt alle Wendungen dieser Politik, verfolgt sie auch jetzt, in Barnaul, tagaus tagein mit leidenschaftlicher Spannung, warnt vor Fehlern, weist die richtigen Wege auf. Der in der Verbannung gestorbene alte Kämpfer Kote Zinzadse, Muralow, Karl Grünstein, Elsin – Vater und Sohn –, Kasparowa, Kossior, Schums-kaja, Dingelstedt, Solnzew Sosnowski, Stopalow, Posnanski, Sermux, der von Stalin erschossene Blumkin, der von Stalin im Kerker zu Tode gefolterte Butow, Dutzende, Hunderte, Tausende anderer, zerstreut in Gefängnissen und Verbannungsorten, sie alle sind Kämpfer der Oktoberumwälzung, des Bürgerkriegs, die am sozialistischen Aufbau sich beteiligt haben, durch keine Schwierigkeiten zu entmutigen und aufs erste Alarmsignal hin bereit sind, ihre Kampfposten einzunehmen. Und die sollten von Thalheimer Treue zum Arbeiterstaat lernen?

Alles, was an der Politik Stalins progressiv ist,

60. George Bernhard Shaw (1856-1950): irischer Dramatiker und Schriftsteller; Gründer der Gesellschaft der Fabier in England, die an einer allmählichen Reform der Gesellschaft glaubte; wurde zum begeisterten Anhänger der stalinisierten Sowjetunion.

61. Maxim Gorki (1868-1936): russischer Schriftsteller; Sympathisant der Bolschewiki während der Jahren vor und nach der 1905er Revolution; Gegner der Oktoberrevolution; später unterstützte die neue Regierung; verließ Rußland 1922, angeblich aus Gesundheitsgründen; kehrte 1932 zurück; gab allgemeine Unterstützung der Stalinschen Politik.

62. Henri Barbusse (1873-1935): französischer Romanautor; Pazifist; trat der KPF 1923 bei; schrieb Biographien von Stalin und Christus.

63. Christian Rakowski (1873-1942): rumänischer Sozialist; wurde führender Bolschewik; Vorsitzender der Ukrainischen Sowjetrepublik 1919-23; enger Freund und Mitarbeiter von Trotzki; mit der Linken Opposition 1927 aus der Partei ausgeschlossen; widerrief 1934; zu 20 Jahren Gefängnisstrafe in den Moskauer Schauprozessen verurteilt; starb im Gefängnis.

64. Carl von Ossietzky (1889-1938): deutscher Schriftsteller; Pazifist; Redakteur von *Die Weltbühne*; Angeklagter in einem spektakulären Gerichtsverfahren wegen Hochverrat; nach seiner Gefängnisstrafe von den Nazis gefangen; Träger des Nobelpreis für den Frieden 1936.

wurde von der Linken Opposition formuliert und von der Bürokratie beschimpft. Die Initiative zur Planwirtschaft, zu den hohen Tempi, zum Kampf gegen das Kulakentum, für breitere Kollektivierung, bezahlte und bezahlt die Linke Opposition mit Kerker und Verbannungsjahren. Was haben denn all die vorbehaltlosen Anhänger, Sympathisanten und Freunde, einschließlich der Brandlerianer zur Wirtschaftspolitik der UdSSR beigetragen? Nichts! In ihrer summarischen, unkritischen Unterstützung alles dessen, was in der UdSSR geschieht, liegt keineswegs internationalistischer Enthusiasmus, sondern bloß laue Sympathie: die Sache spielt sich ja außerhalb der Grenzen ihrer eigenen Vaterländer ab. Brandler und Thalheimer glauben und sagen auch mitunter: „Für uns Deutsche wäre Stalins Regime gewiß ungeeignet; aber für die Russen ist es gut genug“

Der Reformist sieht in der internationalen Lage eine Summe nationaler Situationen – der Marxist betrachtet die nationale Politik als Funktion der internationalen. In dieser kardinalen Frage nimmt die Gruppe KPD-O (Brandlerianer) 65 eine nationalreformistische Position ein, d.h. sie leugnet praktisch, wenn auch nicht in Worten, die internationalistischen Prinzipien und Kriterien der nationalen Politik.

Der nächste Gesinnungsgenosse und Mitarbeiter Thalheimers war Roy 66, dessen politisches Programm für Indien wie für China ganz von der Stalinschen Idee der „Arbeiter und Bauern“-Partei für den Osten ausgeht. Während einer Reihe von Jahren ist Roy als Propagandist einer nationaldemokratischen Partei für Indien aufgetreten. Mit anderen Worten: nicht als proletarischer Revolutionär, sondern als kleinbürgerlicher Nationaldemokrat. Das war seiner aktiven Teilnahme am zentralen Stab der Brandlerianer keineswegs hinderlich 67.

Am größten aber zeigt sich der nationale Opportunismus der Brandlerianer gegenüber der Sowjetunion. Die Stalinbürokratie handelt, wenn man ihnen glaubt, bei sich zu Hause ganz unfehlbar. Aber aus irgendeinem Grunde erweist sich die Führungen der gleichen Stalinfraktion für Deutschland als verhängnisvoll. Aber warum? Geht es doch nicht um einzelne Fehler Stalins infolge seiner Unkenntnis anderer Länder, sondern um einen bestimmten fehlerhaften Kurs, um eine ganze Richtung. Thälmann und Remmele kennen Deutschland, wie Stalin

Rußland kennt, wie Cachin, Sépard und Thorez 68 Frankreich. Zusammen bilden sie eine internationale Fraktion und arbeiten die Politik für die verschiedenen Länder aus. Doch zeigt sich, daß diese Politik, in Rußland untadelig, in allen übrigen Ländern die Revolution ruiniert.

Brandlers Position wird besonders unglücklich, überträgt man sie ins Innere Rußlands, wo ein Brandlerianer verpflichtet ist, Stalin vorbehaltlos zu unterstützen. Radek, der eigentlich den Brandlerianern immer näher stand als der Linken Opposition, hat vor Stalin kapituliert. Brandler wußte diesen Akt nur zu billigen. Doch verpflichtete Stalin den Kapitulant Radek unverzüglich, Brandler und Thalheimer für „Sozialfaschisten“ zu erklären. Die platonischen Anbeter des Stalinschen Regimes in Berlin versuchen nicht einmal, auf diesen erniedrigenden Widersprüchen herauszukommen. Ihr praktisches Ziel ist auch ohne Kommentare klar: „Stellst Du mich an die Spitze der Partei in Deutschland“, sagt Brandler zu Stalin, „verpflichte ich mich, Deine Unfehlbarkeit in russischen Dingen anzuerkennen, unter der Bedingung, daß Du mir gestattest, meine Politik in Deutschland durchzuführen“. Kann man vor solchen „Revolutionären“ Achtung haben?

Aber auch die Kominternpolitik der Stalinbürokratie kritisieren die Brandlerianer äußerst einseitig und theoretisch unredlich. Einziger Fehler dieser Politik scheint der „Ultradikalismus“ zu sein. Kann man aber den vierjährigen Block Stalins mit Tschiang Kai-schek als ultralinks anklagen? War die Gründung der Bauerninternationalen Ultradikalismus? Kann man den Block mit dem Generalrat der Streikbrecher 69 Putschismus nennen? Die Schaffung von Arbeiter- und Bauernparteien in Asien und der Arbeiter-Farmerpartei 70 in den Vereinigten Staaten?

Weiter: was ist das soziale Wesen des Stalinschen Ultradikalismus? Handelt es sich um eine vorübergehende Stimmung, um einen Krankheitszustand? Vergeblich sucht man beim Theoretiker Thalheimer eine Antwort auf diese Frage.

Indes ist das Rätsel längst schon durch die Linke Opposition gelöst: es handelt sich um einen ultralinken Zickzack des Zentrismus. Aber gerade diese, durch die Entwicklung der letzten neun Jahre bestätigte Definition können die Brandlerianer nicht anerkennen, weil sie für sie tödlich ist. Sie haben alle rechten Zickzacks der Stalinfraktion mitgemacht, sich aber gegen die

linken empört; damit haben sie bewiesen, daß sie der rechte Flügel des Zentrismus sind. Daß sie als verdorrter Ast von ihrem Vaterstamm abgefallen sind, liegt ganz in der Ordnung der Dinge: bei scharfen Wendungen verliert der Zentrismus unvermeidlich rechte und linke Gruppen und Tendenzen.

Das Gesagte bedeutet nicht, daß die Brandlerianer in allem geirrt haben. Nein, gegen Thälmann und Remmele hatten sie und haben sie oft recht. Das ist nichts Außergewöhnliches. Opportunisten können im Kampf gegen das Abenteuerium eine richtige Position einnehmen. Umgekehrt kann eine ultralinke Tendenz den Moment des Übergangs vom Kampf um die Massen zum Kampf um die Macht richtig erfassen. In ihrer Kritik an Brandler haben die Ultralinken Ende 1923 so manchen richtigen Gedanken ausgesprochen, was sie 1924-25 nicht hinderte, die größten Fehler zu begehen. Die Tatsache, daß die Brandlerianer in ihrer Kritik an den Verzerrungen der „dritten Periode“ eine Reihe nicht neuer, aber richtiger Einwände wiederholten, zeugt keineswegs von der Richtigkeit ihrer allgemeinen Position. Die Politik einer jeden Gruppe muß man in verschiedenen Phasen analysieren: in Defensiv- und Offensivkämpfen, in Perioden der Flut wie in Momenten der Ebbe, unter den Bedingungen des Kampfes um die Massen wie in der Situation des direkten Machtkampfes.

Es kann keine marxistische Führung geben, die sich nur auf die Fragen der Offensive oder Defensive, der Einheitsfront oder des Generalstreiks spezialisiert hat. Die richtige Anwendung aller dieser Methoden ist nur möglich, wenn man fähig ist, die Situation in ihrer Gesamtheit zusammenfassend zu charakterisieren, wenn man imstande ist, ihre Triebkräfte zu analysieren, die Phasen und Wendepunkte zu bestimmen und auf dieser Analyse ein System von Aktionen aufzubauen, das der aktuellen Lage entspricht und die nächste Etappe vorbereitet.

Brandler und Thalheimer halten sich schier für patentierte Spezialisten des „Kampfes um die Massen“. Mit ernstester Miene behaupten diese Leute, die Argumente der Linken Opposition zugunsten der Einheitsfrontpolitik seien ... Plagiate an ihnen, den Brandlerianern. Man kann niemandem das Recht auf Ehrgeiz absprechen! Stellt Euch vor, daß, während Ihr Heinz Neumann seine Fehler im Einmaleins erläutert, irgendein glänzender Arithmetiklehrer Euch erklärt, Ihr beginget ein Plagiat an ihm, denn er erläutere in gleicher Weise jahraus jahrein die Geheimnisse der Rechenkunst.

Die Anmaßung der Brandlerianer hat mir jedenfalls in dieser wenig heiteren Lage eine heitere Minute bereitet. Die strategische Weisheit dieser Herren datiert vom Dritten Weltkongreß. Das Abc des Kampfes um die Massen hatte ich dort gegen den damaligen „linken“ Flügel verteidigt. In meinem der Popularisierung Einheitsfrontpolitik gewidmeten Buch Die neue Etappe, das seinerzeit von der Komintern in verschiedenen Sprachen herausgegeben wurde, wird der elementare Charakter der dort verteidigten Ideen in jeder Weise hervorgehoben. „Alles Gesagte“, lesen wir auf Seite 70 der deutschen Ausgabe, „ist vom Standpunkt ernsthafter revolutionä-

65. Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition: gegründet von Heinrich Brandler und August Thalheimer nach ihrem Ausschluss aus der KPD; unterstützte die Politik Bucharins; kritisch gegenüber der Politik der Stalinisten in Deutschland, lehnte es aber ab, die stalinistische Politik in anderen Weltteilen zu verurteilen.

66. M.N. Roy (1893-1953): führender indischer Kommunist, der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Nationalisten im Kampf um die Unabhängigkeit vorschlug; Anhänger von Bucharin und der Rechten Opposition; eingesperrt von der britischen Regierung.

67. **Von Trotzki:** Roy ist von der Macdonald-Regierung soeben für lange Jahre verurteilt worden. Die Kominternblätter fühlen sich nicht verpflichtet, dagegen auch nur zu protestieren: man kann mit Tschiang Kai-schek eng verbündet sein, keinesfalls aber den Brandlerianer Roy gegen die imperialistischen Henker verteidigen.

68. Maurice Thorez (1900-64): stalinistischer Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs ab 1930 bis zu seinem Tod; Minister in der ersten De Gaulle-Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg; spielte wichtige Rolle in der reibungslosen Restauration der bürgerlichen Ordnung.

69. Hier ist der Generalrat des britischen Trades Union Congress gemeint, der der Generalstreik 1926 verraten hat.

70. Arbeiter-Farmerpartei: 1919 wurde eine Labor Party (später Farmer-Labor Party genannt) von verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen gegründet; anfänglich von der Kommunistischen Partei der USA ignoriert; nach einer politischen Wendung 1922 gewann die KPUSA die Kontrolle über diese Organisation; viele gewerkschaftliche Organisationen traten dann aus; unterstützte die Präsidentschaftskampagne des Kandidaten der Republican Party LaFollette.

rer Erfahrung eine Binsenwahrheit. Aber einige ‚linke‘ Elemente des Kongresses sahen in dieser Taktik eine Verschiebung ‚nach rechts‘ ...“ Unter diesen befand sich neben Sinowjew, Bucharin, Radek, Maslow und Thälmann auch Thalheimer.

Die Beschuldigung des Plagiats ist nicht die einzige Beschuldigung. Dem bei Thalheimer entwendeten geistigen Eigentum gibt die Linke Opposition, wie sich zeigt, eine opportunistische Auslegung. Dieses Kuriosum verdient Beachtung insoweit, als es uns die Möglichkeit bietet, nebenbei auch die Frage der faschistischen Politik besser zu beleuchten.

Ich habe in einer meiner früheren Arbeiten den Gedanken ausgesprochen, Hitler habe keine Möglichkeit, auf parlamentarischem Wege zur Macht zu kommen, selbst zugegeben, er bekäme seine 51% Stimmen – das Anwachsen der ökonomischen und die Verschärfung der politischen Widersprüche würden noch vor Eintreten dieses Moments zur Explosion führen müssen. Im Zusammenhang damit schreiben mir die Brandlerianer den Gedanken zu, die Nationalsozialisten würden von der Szene abtreten, „ohne daß eine außer-parlamentarische Massenaktion der Arbeiter hierzu notwendig wäre“. Worin ist das besser als die Erfindungen der Roten Fahne?

Aus der für die Faschisten bestehende Unmöglichkeit, „friedlich“ an die Macht zu kommen, habe ich die Unvermeidlichkeit anderer Wege der Machtergreifung abgeleitet: entweder den Weg des direkten Staatsstreichs oder den Weg einer Koalitionsetappe mit unvermeidlich folgendem Staatsstreich. Eine schmerzlose Selbstliquidierung des Faschismus wäre nur in einem Falle möglich: wenn Hitler 1932 die Politik triebe, die Brandler 1923 getrieben hat. Ohne die nationalsozialistischen Strategen im mindesten zu überschätzen, glaube ich immerhin, daß sie weitblickender und gediegener als Brandler und Co. sind.

Noch tiefsinniger ist Thalheimers zweiter Einwand: Die Frage, ob Hitler auf parlamentarischem oder einem anderen Wege zur Macht gelangen werde, sei überhaupt nicht von Bedeutung, denn sie ändere nichts am „Wesen“ des Faschismus, der seine Macht ohnehin nur auf den Trümmern der Arbeiterorganisationen begründen könne. „Die Arbeiter können es ruhig den Redakteuren des Vorwärts überlassen, Untersuchungen über den Unterschied zwischen der verfassungsmäßigen und nicht verfassungsmäßigen Machtübernahme durch Hitler anzustellen“ (Arbeiterpolitik, 10. Januar). Würden die fortgeschrittenen Arbeiter sich nach Thalheimer richten, so würde Hitler ihnen zweifellos den Gurgel durchschneiden. Für unseren Schullehrer ist nur das „Wesen“ des Faschismus von Wichtigkeit, wie aber dieses Wesen sich durchsetzt, überläßt er den Vorwärts-Redakteuren zur Beurteilung. Das Progrom-„Wesen“ des Faschismus kann sich erst nach seiner Machtübernahme ganz entfalten. Die Aufgabe besteht darin, ihn nicht an die Macht kommen zu lassen. Dazu muß man erst selber die Strategie des Feindes verstehen und sie den Arbeitern darlegen. Hitler macht die größten Anstrengungen, nach außen hin die Bewegung in das Flußbett der

Verfassung zu lenken. Nur ein Pedant, der sich als „Materialist“ ausgibt, kann glauben, diese Technik bliebe ohne Einfluß auf das politische Bewußtsein der Massen. Hitlers Verfassungsmäßigkeit dient nicht nur dazu, die Tür für den Block mit dem Zentrum offen zu lassen, sondern auch, die Sozialdemokratie zu täuschen, richtiger: den sozialdemokratischen Führern die Täuschung der Massen zu erleichtern. Wenn Hitler beteuert, er werde auf verfassungsmäßigem Wege die Macht übernehmen, ist es doch klar: die faschistische Gefahr ist heute nicht mehr so groß. Jedenfalls wird noch einige Male Zeit sein, das Kräfteverhältnis bei verschiedenen Wahlen zu überprüfen. Unter der Hülle der verfassungsmäßigen Perspektive, die den Gegner einschläfert, will Hitler sich die Möglichkeit wahren, den Schlag im geeigneten Moment zu führen. Diese Kriegslist, so einfach sie an und für sich auch ist, birgt doch eine gewaltige Kraft in sich., denn sie stützt sich nicht nur auf die Psychologie der Mittelparteien, die die Frage friedlich und legal lösen möchten, sondern, was viel gefährlicher ist, auf die Vertrauensseligkeit der Volksmassen.

Man muß hinzufügen, daß Hitlers Manöver ein zweiseitiges Schwert ist: er täuscht nicht nur seine Gegner sondern auch seine Anhänger. Aber zum Kampf, besonders zum offensiven, ist Kampfgeist erforderlich. Der läßt sich nur dann aufrechterhalten, wenn man seine Armee so erzieht, daß sie die Unvermeidlichkeit des offenen Kampfes versteht. Diese Erwägung spricht ebenfalls dafür, daß Hitler seine Romanze mit der Weimarer Verfassung nicht allzu lange hinausziehen kann, ohne die eigenen Reihen zu demoralisieren. Er wird rechtzeitig das Messer unter dem Braunhemd hervorholen müssen.

Es genügt nicht, das „Wesen“ des Faschismus zu begreifen. Man muß ihn als politisches Phänomen, als bewußten und hinterlistigen Feind einschätzen können. Unser Schullehrer ist zu sehr „Soziologe“, um Revolutionär sein zu können. Ist es nicht klar, daß Thalheimers tiefsinnige Untersuchungen ebenfalls als ein winziges, vorteilhaftes Element in Hitlers Berechnungen eingehen? Wenn man die vom Vorwärts gesäten Verfassungsimaginationen mit der Entlarvung der auf diesen Illusionen aufgebauten Kriegslist des Feindes in einen Sack steckt, heißt das, dem Feind einen Dienst erweisen.

Eine Organisation kann Bedeutung entweder durch die von ihr erfaßten Massen oder durch den Inhalt der Ideen haben, die sie in die Arbeiterbewegung hineinzutragen fähig ist. Die Brandlerianer besitzen weder das eine noch das andere. Mit welch erhabener Verachtung sprechen Brandler und Thalheimer vom zentristischen Sumpf der SAP! Stellt man in Wirklichkeit diese beiden Organisationen – SAP und KPd-O – nebeneinander, sind alle Vorzüge auf seiten der ersteren. Die SAP ist kein Sumpf, sondern eine lebendige Strömung. Ihre Entwicklung geht von rechts nach links, zum Kommunismus hin. Die Strömung ist nicht rein, sie führt viel Schutt und Schlamm mit sich, sie ist aber kein Sumpf. Die Bezeichnung Sumpf paßt weitaus besser auf die Organisation Brandler-Thalheimers, die durch völligen geistigen Stillstand gekennzeichnet ist.

Im Innern der KPd-O bestand seit langem

eine Opposition, die vor allem damit unzufrieden war, daß die Führer in ihrer Politik nicht so sehr den objektiven Umständen sich anzupassen suchten als den Stimmungen des Stalinischen Generalstabs in Moskau.

Daß die Opposition Walcher-Frölich 71 während einer Reihe von Jahren Brandler-Thalheimers Politik toleriert hat, die besonders gegenüber der UdSSR nicht einfach fehlerhaft, sondern bewußt heuchlerisch, politisch unlauter war, wird natürlich niemand der abgespaltenen Gruppe als Plus anrechnen. Tatsache aber ist, daß die Walcher-Frölich-Gruppe schließlich die völlige Hoffnungslosigkeit einer Organisation erkannte, deren Führer sich an der Gnade der Obrigkeit orientieren. Die Minderheit hält eine selbständige und aktive Politik für nötig, die nicht gegen den unglückseligen Remmele gerichtet ist, sondern gegen Kurs und Regime der Stalinbürokratie in der UdSSR und der Komintern. Wenn wir die Position Walcher-Frölich auf Grund noch unzulänglicher Materialien richtig deuten, so bedeutet sie in dieser Frage einen Schritt vorwärts. Doch nach dem Bruch mit einer offensichtlich toten Gruppe ist die Minderheit jetzt vor die Aufgabe einer nationalen und vor allem internationalen Neuorientierung gestellt.

Die abgespaltene Minderheit sieht, soweit ich es beurteilen kann, ihre Hauptaufgabe in nächster Zeit darin, auf den linken Flügel der SAP gestützt die neue Partei für den Kommunismus zu gewinnen, um sodann mit deren Hilfe den bürokratischen Konservatismus der KPD zu zerschlagen. Es ist unmöglich, sich zu diesem Plan in dieser allgemeinen und unbestimmten Form zu äußern, denn die prinzipiellen Grundlagen, auf denen die Minderheit selbst steht, und die Methoden, die sie im Kampf für diese Grundlagen anzuwenden gedenkt, bleiben unklar. Eine Plattform ist nötig! Wir denken nicht an ein Dokument, das die Gemeinplätze des Kommunismus reproduziert, sondern an klare und konkrete Antworten auf jene Kampffragen der proletarischen Revolution, die im Laufe der letzten neun Jahre die Reihen des Kommunismus gespalten haben und noch heute von brennendem Interesse sind. Ohne das könnte man sich in der SAP nur auflösen und deren Entwicklung zum Kommunismus verzögern, statt sie zu beschleunigen.

Die Linke Opposition wird die Entwicklung der Minderheit aufmerksam und unvoreingenommen verfolgen. Die Spaltung einer lebensunfähigen Organisation hat mehr als einmal in der Geschichte den Anstoß für die progressive

71. Jakob Walcher (1887-1970): Spartakist; Gründungsmitglied der KPD; Mitglied des ZK 1919-23; ausgeschlossen aus der KPD 1928; Mitbegründer der KPO; führte die Abspaltung 1931, um der SAP beizutreten; ab 1933 Exil in Frankreich und in den USA; kehrte 1946 nach Berlin zurück; Mitglied der SED; 1946-49 Redakteur einer Gewerkschaftszeitung; 1949 gemäßregelt; 1952 aus der SED ausgeschlossen; 1956 rehabilitiert. – Paul Frölich (1884-1953): ab 1902 Mitglied der SPD; Führer der Linksradikalen in Bremen; Mitbegründer der KPD; 1919-24 Mitglied der Zentrale der KPD; Reichstagsabgeordneter 1921-24 und 1928-30; ausgeschlossen aus der KPD 1928; danach Mitglied der KPO und dann der SAP; ab 1934 Exil; kehrte 1950 zurück; wurde Mitglied der SPD; schrieb wichtige Biographie von Rosa Luxemburg.

Entwicklung ihres lebensfähigen Teils gegeben. Wir würden uns sehr freuen, wenn diese Regel sich auch diesmal am Schicksal der Minderheit bewähren sollte. Doch eine Antwort wird erst die Zukunft geben.

XIII. Streikstrategie

Auf gewerkschaftlichem Gebiet hat die kommunistische Führung die Partei endgültig verwirrt. Der allgemeine Kurs der „dritten Periode“ ging auf parallele Gewerkschaftsverbände. Man nahm an, die Massenbewegung würde über die alten Verbände hinausströmen und die Organe der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) würden zu Initiativkomitees des wirtschaftlichen Kampfes werden. Zur Verwirklichung dieses Planes fehlte eine Kleinigkeit: die Massenbewegung. Bei Frühjahrshochwasser tragen die Wellen viele Umzäunungen ab. Versuchen wir die Umzäunung abzutragen – meinte Losowski, vielleicht werden dann Frühjahrsströme fließen!

Die reformistischen Verbände vermochten sich zu behaupten. Aus den Betrieben warf die Kommunistische Partei sich selbst heraus. Darauf begann man, die Gewerkschaftspolitik stückweise zu korrigieren. Die Kommunistische Partei weigert sich, die unorganisierten Arbeiter zum Eintritt in die reformistischen Gewerkschaften aufzurufen. Sie spricht sich aber auch gegen den Austritt aus den Gewerkschaften aus. Während sie parallele Gewerkschaften bildet, hat sie gleichzeitig die Losung des Kampfes um den Einfluß innerhalb der reformistischen Verbände wieder aufgenommen. Das Ganze ist eine ideale Selbstsabotage.

Die Rote Fahne beklagt sich darüber, daß viele Kommunisten die Beteiligung an den reformistischen Verbänden für zwecklos halten. „Wozu den alten Laden wieder beleben?“, erklären sie. Und wirklich: wozu? Will man ernstlich um die Eroberung der alten Verbände kämpfen, muß man die Unorganisierten zum Eintritt auffordern; gerade die neuen Schichten können eine Stütze für den linken Flügel abgeben. Dann darf man aber keine parallelen Verbände bauen, d.h. eine Konkurrenzagentur zur Rekrutierung von Arbeitern aufmachen.

Die von oben empfohlene Politik innerhalb der reformistischen Gewerkschaften steht ganz auf dem Niveau all des übrigen Wirrwarrs. Am 28. Januar werden in der Roten Fahne den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf die Leviten gelesen, weil sie die Losung: „Rücksichtsloser Kampf gegen jede Teilnahme der Gewerkschaftsführer an der Unterstützung der Brüningregierung“ aufgestellt haben. Solche opportunistischen Forderungen seien unstatthaft, denn sie setzten voraus, daß die Reformisten fähig seien, auf die Unterstützung Brünings und seiner Notverordnungen zu verzichten. Das sieht wahrlich einem üblen Scherz ähnlich! Die Rote Fahne meint, es genüge, die Führer zu beschimpfen, doch sei es unzulässig, sie einer politischen Prüfung durch die Massen zu unterwerfen.

Indes erschließt sich gerade in den reformistischen Verbänden ein außerordentlich dankbares Tätigkeitsgebiet. Besitzt die Sozialdemokra-

tische Partei noch die Möglichkeit, die Arbeiter mit politischem Getue zu betäuben, so gleicht für die Gewerkschaften die Sackgasse des Kapitalismus einer hoffnungslosen Kerkermauer. Die 200.000-300.000 in den selbständigen Roten Verbänden organisierten Arbeiter könnten ein unschätzbare Sauerteig innerhalb der reformistischen Gewerkschaften werden.

Ende Januar tagte in Berlin eine Konferenz kommunistischer Betriebsausschüsse aus dem ganzen Lande. Die Rote Fahne druckt einen Bericht: „Die Betriebsausschüsse schmieden die Rote Arbeiterfront“ (2. Februar). Vergeblich aber sucht man nach Angaben über die Zusammensetzung der Konferenz, die Zahl der vertretenen Betriebe und Arbeiter. Im Gegensatz zum Bolschewismus, der klipp und klar jede Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Arbeiterklasse verzeichnete, spielen die deutschen Stalinisten, den russischen folgend, Versteck. Sie wollen nicht zugeben, daß die kommunistischen Betriebsräte weniger als 4 Prozent ausmachen gegenüber 84 Prozent sozialdemokratischer Betriebsräte. In diesem Kräfteverhältnis drückt sich die Bilanz der „Dritten Periode“ aus. Wird es aber die Sache vorwärtsbringen, wenn man die Isolierung der Kommunisten in den Betrieben „Rote Einheitsfront“ nennt?

Die andauernde Krise des Kapitalismus zieht innerhalb des Proletariats die scherzhafteste und gefährvollste Trennungslinie: die zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Der Umstand, daß in den Betrieben die Reformisten vorherrschen, unter den Arbeitslosen dagegen die Kommunisten, paralyisiert beide Teile des Proletariats. Arbeitende können warten. Arbeitslose sind ungeduldiger. Augenblicklich hat ihre Ungeduld revolutionären Charakter. Findet aber die Kommunistische Partei nicht Kampfformen und -losungen, die durch Vereinigung der Arbeitenden und der Arbeitslosen die Perspektive des revolutionären Auswegs eröffnen, wird sich die Ungeduld der Arbeitslosen unentrinnbar gegen die Kommunistische Partei wenden.

Im September und Oktober 1917 begannen, trotz richtiger Politik der Bolschewistischen Partei und rascher Entfaltung der Revolution, die schlechter gestellten und ungeduldigeren Schichten des Proletariats, sogar in Petrograd, sich von den Bolschewiken ab und den Syndikalistinnen und Anarchisten zuzuwenden. Wäre nicht rechtzeitig der Oktoberumsturz gekommen, so hätte der Zerfall des Proletariats akuten Charakter angenommen und zur Fäulnis der Revolution geführt. In Deutschland bedarf es nicht der Anarchisten; ihren Platz können die Nationalsozialisten einnehmen, die anarchistische Demagogie mit bewußt reaktionären Zielen verbinden.

Die Arbeiter sind keineswegs ein für allemal gegen den Einfluß der Faschisten versichert. Proletariat und Kleinbürgertum bilden kommunizierende Röhren, besonders unter den jetzigen Umständen, wo die Reservearmee kleine Krämer, fliegende Händler usw. hervorbringen muß, das in Zersetzung befindliche Kleinbürgertum aber – Proletarier und Lumpenproletarier.

Angestellte, technisches und administratives Personal, gewisse Beamenschichten haben in der Vergangenheit eine der wichtigsten Stützen

der Sozialdemokratie abgegeben. Jetzt gingen oder gehen diese Schichten zu den Nationalsozialisten über. Sie können die Schicht der Arbeiteraristokratie mit sich ziehen – wenn das nicht schon begonnen hat. Auf dieser Linie bricht der Nationalsozialismus ins Proletariat von oben ein. Viel gefährlicher ist aber sein möglicher Einbruch von unten durch die Arbeitslosen. Keine Klasse vermag lange ohne Perspektiven und Hoffnungen zu leben. Die Arbeitslosen sind keine Klasse, aber schon eine sehr kompakte und dauerhafte soziale Schicht, die sich vergeblich bemüht, den unerträglichen Verhältnissen zu entrinnen. Ist es allgemein richtig, daß nur die proletarische Revolution Deutschland vor dem Zerfall und dem Ruin retten kann, so gilt das vor allem in bezug auf die Millionen von Arbeitslosen.

Bei der Ohnmacht der Kommunistischen Partei in Betrieben und Gewerkschaften entscheidet das Wachstum der Partei nichts. In dem erschütterten, von Krise und Gegensätzen zerrissenen Volke kann eine extrem linke Partei zehntausende neuer Anhänger finden, besonders wenn ihr gesamter Apparat auf individuellen Mitgliederfang im Wege des „Wettbewerbs“ gerichtet ist. Alles liegt am Wechselverhältnis zwischen Partei und Klasse. Ein einziger Kommunist, der in den Betriebsausschüssen oder die Gewerkschaftsleitung gewählt wird, hat mehr Bedeutung als tausend da und dort aufgelesene Mitglieder, die heute der Partei beitreten, um sie morgen zu verlassen.

Aber auch der individuelle Zustrom zur Partei wird keineswegs endlos andauern. Wenn die Kommunistische Partei auch weiterhin den Kampf bis zu dem Augenblick verschiebt, wo sie die Reformisten endgültig verdrängt hat, so wird sie merken, daß von einem gewissen Moment an die Sozialdemokratie nicht mehr zugunsten der Kommunisten an Einfluß verlieren wird, und daß der Faschismus anfängt, die Arbeitslosen, das Hauptfundament der Kommunistischen Partei, zu zersetzen.

Die Nichtausnutzung der eigenen Kräfte für die Aufgaben, die sich aus der ganzen Situation ergeben, bleibt für eine politische Partei nie straflos.

Um dem Massenkampf den Weg zu bahnen, versucht die Kommunistische Partei, Teilstreiks auszulösen. Die Erfolge auf diesem Gebiet sind nicht groß. Wie immer beschäftigen sich die Stalinisten mit Selbstkritik: „Wir verstehen noch nicht zu organisieren“ ..., „Wir verstehen noch nicht mitzureißen“ ..., „wir verstehen noch nicht zu erfassen“ ... Wobei „wir“ immer „Ihr“ bedeutet. Widerstanden ist die famose Theorie aus den Märztagen 1921: man muß das Proletariat durch Offensivaktionen der Minderheit „elektrisieren“. Doch die Arbeiter brauchen nicht „elektrisiert“ zu werden. sie wollen, daß man ihnen eine klare Perspektive gibt und die Voraussetzungen einer Massenbewegung schaffen hilft.

In ihrer Streikstrategie läßt sich die Kommunistische Partei augenscheinlich durch einzelne Lenin-Zitate in der Auslegung Manuilskis oder Losowskis leiten. Tatsächlich gab es Perioden, wo die Menschewiki gegen das „Streikhasard“ kämpften, während die Bolschewiki sich an die Spitze eines jeden neuen Streiks stellten und im-

mer größere Massen in die Bewegung hineinzu-
gen. Das entsprach der Periode des Erwachens
neuer Schichten der Klasse. dies war die Taktik
der Bolschewiki im Jahre 1905, während des in-
dustriellen Aufschwungs in den Vorkriegsjahren
und auch in den ersten Monaten der Februarre-
volution.

Aber in dem der Oktoberrevolution unmittel-
bar vorausgehenden Zeitabschnitt, seit den Juli-
tagen 1917, hatte die Taktik der Bolschewiki an-
deren Charakter: sie hielten von Streiks zurück,
bremsten sie ab, denn jeder größere Streik hatte
die Tendenz, sich in eine Entscheidungsschlacht
zu verwandeln, während die politischen Voraus-
setzungen dazu noch nicht herangereift waren.

Doch auch während jener Monate stellten
sich die Bolschewiki weiterhin an die Spitze aller
Streiks, die trotz ihrer Warnungen hauptsächlich
in den rückständigeren Industriezweigen (Tex-
tilarbeiter, Lederarbeiter usw.) ausgebrochen
waren.

Lösten unter bestimmten Bedingungen die
Bolschewiki im Interesse der Revolution kühne
Streiks aus, so hielten sie umgekehrt unter an-
deren Bedingungen im Interesse der Revolution
von Streiks zurück. Auf diesem Gebiete gibt es,
wie auf den übrigen, keinerlei fertige Rezepte.
Doch bildete die Streikstrategie der Bolschewiki
in jeder Phase ein Element der Gesamtstrategie,
und den fortgeschrittenen Arbeitern war die
Verbindung zwischen Teil und Ganzem klar.

Wie steht die Sache jetzt in Deutschland?
Die beschäftigten Arbeiter widersetzen sich
der Lohnsenkung nicht, da sie sich vor den Ar-
beitslosen fürchten. Kein Wunder, bei einigen
Millionen Arbeitslosen ist der gewöhnliche, ge-
werkschaftlich organisierte Streikkampf offen-
sichtlich hoffnungslos. Doppelt hoffnungslos ist
er bei politischem Antagonismus zwischen Be-
schäftigten und Arbeitslosen. Das schließt aber
Teilstreiks nicht aus, besonders in zurückgeblie-
beneren, weniger zentralisierten Industriezwei-
gen. Aber gerade die Arbeiter der wichtigsten
Industrien neigen bei dieser Lage dazu, auf die
reformistischen Führer zu hören. Die Versuche
der Kommunistischen Partei, Teilstreiks auszu-
lösen, ohne die Gesamtlage im Proletariat zu
ändern, führen lediglich zu kleinen Partisanen-
operationen, die selbst im Falle des Erfolgs keine
Fortsetzung finden.

Nach Berichten kommunistischer Arbeiter
(siehe etwa Der Rote Aufbau) spricht man in
den Betrieben davon, daß Teilstreiks gegenwärtig
keinen Sinn hätten und nur ein Generalstreik
die Arbeiter aus dem Elend herausführen könne.
„Generalstreik“ heißt hier: Kampf-Perspektive.
Die Arbeiter können sich umso weniger durch
zerstreute Streiks inspirieren lassen, als sie es
unmittelbar mit der Staatsmacht zu tun bekom-
men: das Monopolkapital redet mit ihnen in der
Sprache der Brüning'schen Notverordnungen
72.

72. Manche Ultralinken (zum Beispiel die italienische
Gruppe der Bordigisten) meinen, die Einheitsfront
sei nur im Wirtschaftskampf zulässig. Der Versuch,
den wirtschaftlichen vom politischen Kampf zu
trennen, ist in unserer Epoche undurchführbarer
als je zuvor. Das Beispiel Deutschlands, wo durch
Regierungsverordnungen Tarifverträge aufgehoben
und Arbeitslöhne verkürzt werden, müßte diese

Zu Beginn der Arbeiterbewegung hatten sich
die Agitatoren bei der Hineinziehung von Arbei-
tern in Streiks der Entwicklung revolutionärer
und sozialistischer Perspektiven enthalten, um
die Arbeiter nicht abzuschrecken. Jetzt ist die Si-
tuation genau umgekehrt. Die führende Schicht
der deutschen Arbeiter kann sich zum Eintritt
in den ökonomischen Verteidigungskampf nur
dann entschließen, wenn ihr die allgemeinen
Perspektiven des weiteren Kampfes klar sind.
Diese Perspektiven findet sie nicht bei der Kom-
munistischen Führung.

Zur Taktik der Märztag des Jahres 1921 in
Deutschland (die Minderheit des Proletariats
„elektrisieren“, statt dessen Mehrheit zu er-
obern) sagte der Autor dieser Zeilen zur Zeit des
III. Kongresses: „Wenn aber die überwiegende
Majorität der Arbeiterklasse sich über die Bewe-
gung keine Rechenschaft abgibt, mit ihr nicht
sympathisiert oder an ihren Erfolg nicht glaubt,
die Minorität hingegen vorwärtsstürmt und mit
mechanischen Mitteln die Arbeiter in den Streik
zu treiben sucht, – dann kann diese ungeduldi-
ge Minderheit in Gestalt der Partei mit der Ar-
beiterklasse in feindliche Zusammenstöße gera-
ten und sich den Kopf einrennen“.

Soll man also auf den Streikkampf verzich-
ten? Nein, nicht verzichten, sondern die not-
wendigen politischen und organisatorischen
Voraussetzungen dafür schaffen. Eine von ihnen
ist die Wiederherstellung der Gewerkschaftsein-
heit. Die reformistische Bürokratie will sie natür-
lich nicht. Die Spaltung hat ihre Lage bisher, wie
es besser nicht möglich ist, gesichert. Doch die
Bedrohung durch den Faschismus ändert die
Lage in den Verbänden zu ungunsten der Bü-
rokratie. Der Zug zur Einheit wächst. Wenn die
Leipart-Clique unter den jetzigen Umständen
versucht, die Wiederherstellung der Einheit zu
verweigern, so würde das sogleich den kom-
munistischen Einfluß in den Verbänden verdop-
peln und verdreifachen. Kommt die Einigung
zustande, besser: den Kommunisten wird sich
ein breites Arbeitsfeld erschließen. Nicht halbe
Maßnahmen tun not, sondern eine kühne Wen-
dung!

Ohne eine große Kampagne gegen die Teue-
rung, für die Kürzung der Arbeitswoche, gegen
Lohnabbau; ohne die Einbeziehung der Arbeits-
losen in den Kampf, Hand in Hand mit den Ar-
beitenden; ohne erfolgreiche Anwendung der
Einheitsfrontpolitik – werden die kleinen, im-
provisierten Streiks die Bewegung nicht auf die
breite Bahn hinausführen.

* * *

Die linken Sozialdemokraten sprechen von
der Notwendigkeit, „im Falle der Machtüber-
nahme durch die Faschisten“ zum Generalstreik
zu greifen! Wahrscheinlich prunkt auch Leipart
in seinen vier Wänden mit solchen Drohungen.
Auf diesem Anlaß spricht Die Rote Fahne von

Wahrheit auch kleinen Kindern begrifflich machen.
Nebenbei sei bemerkt, daß in ihrem gegenwärtigen
Stadium die Stalinisten viele der früheren Vorurteile
des Bordigismus reproduzieren. Kein Wunder, daß
die Gruppe um Prometeo, die nichts zulernt und
keinen Schritt vorwärts macht, heute, in der Periode
des ultralinken Zickzacks der Komintern, den Stali-
nisten weitaus näher stehen als uns.

Luxemburgismus. Das ist eine Verleumdung der
großen Revolutionärin. Hat Rosa Luxemburg
auch die selbständige Bedeutung des Gene-
ralstreiks für die Machtergreifung überschätzt,
so begriff sie immerhin sehr gut, daß man ei-
nen Generalstreik nicht willkürlich hervorrufen
kann, daß er durch den ganzen bisherigen Weg
der Arbeiterbewegung vorbereitet wird, durch
die Politik von Partei und Gewerkschaften. Aber
im Munde der linken Sozialdemokraten ist der
Massenstreik eher ein tröstlicher Mythos, der die
klägliche Wirklichkeit überhöht.

Die französische Sozialdemokratie hat viele
Jahre hindurch versprochen, im Kriegsfall zum
Generalstreik zu greifen. Der Baseler Kongreß
von 1912 versprach sogar, zum revolutionären
Aufstand zu greifen. Die Drohung mit Gene-
ralstreik und Aufstand hatte in diesen Fällen nur
den Charakter eines Theaterdonners. Hier geht
es keineswegs um die Gegenüberstellung von
Streik und Aufstand, sondern um eine abstrak-
te, formale, verbale Haltung zum Streik wie zum
Aufstand. Ein mit der Abstraktion der Revoluti-
on gewappneter Reformist – das war überhaupt
der Typus des Vorkriegs-Sozialdemokraten à la
Bebel 73. Der Nachkriegsreformist, der mit der
Drohung des Generalstreiks fuchtelte, ist nur eine
lebende Karikatur.

Die kommunistische Leitung verhält sich zum
Generalstreik sicherlich weitaus ehrlicher. Aber
ihm fehlt es auch in dieser Frage an Klarheit. Klar-
heit aber tut not. Der Generalstreik ist ein sehr
wichtiges Kampfmittel, doch kein universales.
Es gibt Bedingungen, unter denen der Gene-
ralstreik die Arbeiter mehr schwächen kann als
ihren unmittelbaren Feind. Der Streik muß ein
wichtiges Element im strategischen Kalkül bil-
den, nicht aber ein Allheilmittel, in dem jede
Strategie ertrinkt.

Allgemein gesprochen ist der Generalstreik
die Waffe des Schwächeren gegen den Stärke-
ren, oder genauer gesagt dessen, der zu Beginn
des Kampfes sich schwächer fühlt dem gegen-
über, den er für stärker hält; kann ich eine wirk-
same Waffe nicht ausnützen, so suche ich den
Widersacher an deren Ausnutzung zu hindern,
kann ich nicht aus Kanonen schießen, so löse ich
zumindest ihren Verschuß. Das ist die „Idee“ des
Generalstreiks.

Der Generalstreik war stets ein Kampfmittel
gegen die bestehende Staatsmacht, die über
Eisenbahn, Telegraf, militärisch-polizeilichen
Apparat verfügt. Indem er den Staatsapparat
paralysierte, versetzte der Generalstreik entwe-
der die Mächtigen in Schrecken oder schuf die
Voraussetzungen für die revolutionäre Lösung
der Machtfrage.

Der Generalstreik erwies sich als ein beson-
ders wirksames Kampfmittel unter Bedingun-
gen, wo die werktätigen Massen lediglich durch
revolutionäre Empörung geeint sind, aber über
keinerlei Kampforganisationen und Stäbe verfü-
gen und im voraus weder das Kräfteverhältnis
abwägen, noch einen Operationsplan ausar-
beiten können. So kann man sich vorstellen,
daß die antifaschistische Revolution in Italien,

73. August Bebel (1840-1913): mit Wilhelm Liebknecht
Gründer der deutschen Sozialdemokratie; wichtiger
Führer bis zu seinem Tod.

durch diese oder jene isolierten Zusammenstöße eingeleitet, unvermeidlich durch ein Stadium des Generalstreiks hindurchgehen wird. Nur auf diese Weise wird das jetzt zersplitterte Proletariat Italiens sich wieder als Klasse fühlen und die Widerstandskraft des Feindes messen, den es stürzen muß.

Durch Generalstreik müßte der Faschismus in Deutschland nur in dem Falle bekämpft werden, daß er bereits an der Macht wäre und sich des Staatsapparats fest bemächtigt hätte. Handelt es sich aber darum, den Versuch der Machtergreifung durch die Faschisten zurückzuschlagen, so ist die Losung des Generalstreiks schon im voraus eine Leerformel.

Während Kornilows Offensive gegen Petrograd hatten weder die Bolschewiki noch die Sowjets im ganzen auch nur daran gedacht, den Generalstreik zu proklamieren. Bei den Eisenbahnen ging der Kampf darum, daß die Arbeiter und Angestellten die revolutionären Truppen beförderten und die Kornilowschen Staffeln aufhielten. Betriebe stellten die Arbeit nur ein, soweit die Arbeiter an die Front mußten. Die Betriebe, die die revolutionäre Front belieferten, arbeiteten mit verdoppelter Energie.

Während des Oktoberumsturzes war gleichfalls nicht die Rede vom Generalstreik. Betriebe und Regimenter hatten sich schon am Vorabend der Umwälzung in großer Mehrheit der Führung der bolschewistischen Sowjets untergeordnet. Die Betriebe zum Streik aufzurufen, hätte unter diesen Umständen bedeutet, sich selbst zu schwächen und nicht den Gegner. Bei den Eisenbahnen suchten die Arbeiter den Aufständischen Hilfe zu leisten; die Angestellten halfen unter dem Schein der Neutralität der Konterrevolution. Ein Eisenbahnstreik hätte keinen Sinn gehabt, die Frage wurde durch das Überwiegen der Arbeiter über die Angestellten entschieden.

Würde in Deutschland der Kampf die durch faschistische Provokation hervorgerufenen Teilkämpfe überschreiten, wäre ein Aufruf zum Generalstreik kaum der Lage entsprechend. Der Generalstreik würde vor allem bedeuten: eine Stadt von der anderen abzuschneiden, einen Bezirk vom anderen, einen Betrieb vom anderen. Nicht arbeitende Arbeiter sind schwerer zu finden und zu sammeln. Unter diesen Bedingungen könnten die Faschisten, denen es an Stäben nicht mangelt, dank zentralisierter Leitung ein gewisses Übergewicht erlangen. Allerdings sind ihre Massen so zerstreut, daß auch unter diesen Umständen ein Anschlag der Faschisten abgewehrt werden könnte. Das ist aber ein anderer Aspekt der Sache.

Die Frage der Verkehrsmittel zum Beispiel darf nicht unterm Gesichtspunkt des „Prestiges“ des Generalstreiks betrachtet werden, das verlangt, daß alles stillstehe, sondern unterm Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit des Kampfes, – wem und gegen wen die Verkehrsmittel während des Konfliktes dienen würden.

Man muß sich also nicht auf den Generalstreik, sondern auf Widerstand gegen die Faschisten vorbereiten. Das heißt: überall Stützpunkte schaffen, Stoßtruppen, Reserven, lokale Stäbe und Leitungszentren, einen gut funktionierenden Kurierdienst, elementare Mobilisie-

rungspläne.

Das, was in Bruchsal und Klingenthal getan worden ist, wo die Kommunisten gemeinsam mit SAP und Gewerkschaften, unter Boykott der reformistischen Spitze, eine Abwehrorganisation geschaffen haben, ist trotz der bescheidenen Ausmaße ein Vorbild für das ganze Land. Verehrte Führer, weise Strategen, möchte man ihnen da zurufen, lernt bei den Arbeitern von Bruchsal und Klingenthal!

Das deutsche Proletariat verfügt über mächtige politische, wirtschaftliche und sportliche Organisationen. Darin besteht ja auch der Unterschied zwischen dem „Brüningregime“ und dem „Hitlerregime“. Darin liegt kein Verdienst Brünings – bürokratische Schwäche ist kein Verdienst. Doch muß man sehen, was ist. Die wichtigste, grundlegendste, kapitale Tatsache ist, daß Deutschlands Proletariat heute noch über das volle Rüstzeug seiner Organisationen verfügt. Wenn es schwach ist, so nur deshalb, weil seine organisatorische Kraft nicht richtig genutzt wird. Es würde aber genügen, den Versuch von Bruchsal und Klingenthal auf ganz Deutschland zu übertragen, um Deutschland ein anderes Gesicht zu geben. Gegen die Faschisten könnte die Arbeiterklasse unter diesen Bedingungen weitaus wirksamere und direktere Kampfmittel anwenden als den Generalstreik. Würde sich aber unter bestimmten Umständen dennoch die Notwendigkeit des Massenstreiks ergeben (eine solche Notwendigkeit könnte aus einem bestimmten Verhältnis zwischen Faschismus und Staatsorganen resultieren), so wäre ein System von Verteidigungskomitees auf der Grundlage der Einheitsfront imstande, den Massenstreik mit von vornherein gesichertem Erfolg durchzuführen.

Auf dieser Etappe würde der Kampf nicht halt machen. Denn was ist im Grunde die Bruchsaler oder die Klingenthaler Organisation? Man muß im Kleinen das Große zu sehen wissen: das ist der Lokalsowjet der Arbeiterdeputierten. Er nennt sich nicht so und fühlt sich nicht so, denn es handelt sich um einen vergessenen Provinzwinkel. Die Quantität bestimmt auch hier die Qualität. Überträgt den Versuch auf Berlin – und Ihr habt den Berliner Sowjet der Arbeiterdeputierten!

XIV. Arbeiterkontrolle und Zusammenarbeit mit der UdSSR

Wenn wir von den Losungen der revolutionären Periode sprechen, darf dies nicht allzu eng aufgefaßt werden. Sowjets können nur in einer revolutionären Periode gebildet werden. Doch wann beginnt diese? Das steht nicht im Kalender. Man kann es nur praktisch herausfinden. Sowjets müssen geschaffen werden, sobald sie geschaffen werden können 74.

74. **Von Trotzki:** Erinnern wir daran, daß in China die Stalinisten die Bildung von Sowjets in der Periode des revolutionären Aufstiegs verhinderten und, nachdem sie beschlossen hatten, in der Periode des Niedergangs den Kantoner Aufstand zu organisieren, die Massen zur Schaffung von Sowjets erst am

Die Losung der Arbeiterkontrolle über die Produktion gehört im großen und ganzen der gleichen Periode an wie die Schaffung von Sowjets. Aber auch das darf nicht mechanisch verstanden werden. Besondere Bedingungen können die Massen sehr viel früher zur Produktionskontrolle bringen, als sie bereit sind, an die Schaffung von Sowjets heranzugehen.

Brandler und sein linker Schatten – Urbahns – haben die Losung der Produktionskontrolle unabhängig von der politischen Situation aufgestellt. Das hat nichts gebracht als die Diskreditierung der Losung selbst. Dennoch wäre es unrichtig, auf die Losung jetzt, unter den Bedingungen der heraufziehenden politischen Krise, zu verzichten, bloß deshalb, weil es noch keine Massenoffensive gibt. Für die Offensive selbst braucht man Losungen, die die Perspektive der Bewegung festlegen. Eine Periode der Propaganda muß dem Eindringen der Losung in die Massen unvermeidlich vorausgehen.

Die Kampagne für die Arbeiterkontrolle kann je nach den Umständen unter dem Gesichtspunkt der Produktion oder unter dem des Konsums eingeleitet werden. Das Versprechen der Brüning-Regierung, gleichzeitig mit dem Lohnabbau auch die Warenpreise herabzusetzen, hat sich nicht verwirklicht. Die Frage muß die rückständigsten, heute noch sehr weit vom Gedanken der Machteroberung entfernten Schichten des Proletariats lebhaft interessieren. Die Arbeiterkontrolle über Produktionskosten und Handelsgewinne ist die einzig reale Form des Kampfes um den Preisabbau. Bei der allgemeinen Unzufriedenheit könnten Arbeiterkommissionen unter Beteiligung von Arbeiter-Hausfrauen, die überprüfen, aus welchen Gründen z.B. Margarine im Preis steigt, ein sehr wirksamer Anfang einer Arbeiterkontrolle aber die Produktion werden. Selbstverständlich ist das nur einer der möglichen Wege, ein Beispiel. Hier handelt es sich noch nicht um die Leitung der Produktion, darauf wird die Arbeiterfrau nicht sogleich eingehen, dieser Gedanke liegt ihr fern. Aber von der Konsumtionskontrolle aus wird es ihr leichter fallen, zur Produktionskontrolle überzugehen und von dieser – zur direkten Leitung der Produktion, entsprechend der allgemeinen Entwicklung der Revolution.

Produktionskontrolle bedeutet im heutigen Deutschland, unter den Bedingungen der jetzigen Krise, Kontrolle nicht nur der produzierenden, sondern auch der halb und ganz stillgelegten Unternehmen. Das setzt Heranziehung jener Arbeiter zur Kontrolle voraus, die vor der Entlassung in den Unternehmen gearbeitet haben. Die Aufgabe ist die Ingangsetzung der ruhenden Unternehmen unter Führung der Betriebsausschüsse, auf Grund eines Wirtschaftsplanes. Das führt dicht an die Frage der staatlichen Produktionsleitung heran, d.h. an die Enteignung der Kapitalisten durch den Arbeiterstaat. Die Arbeiterkontrolle ist kein andauernder, „normaler“ Zustand wie die Institution der Tarifverträge oder der Sozialversicherung. Die Kontrolle ist eine Übergangsmaßnahme unter den Bedingungen höchster Spannung des Klassenkampfes und denkbar nur als Brücke zur

Tage des Aufstands aufriefen!

revolutionären Verstaatlichung der Industrie.

Die Brandlerianer beschuldigen die Linke Opposition, von ihnen die Parole der Produktionskontrolle übernommen zu haben, nachdem sie sie jahrelang verspottete. Diese Beschuldigung kommt recht überraschend! Die Losung der Produktionskontrolle wurde zum ersten Male in breiterem Maßstäbe von den Bolschewiki im Jahre 1917 aufgestellt. In Petrograd lag die Führung der ganzen Kampagne auf diesem Gebiete wie auch auf anderen in Händen des Sowjets. Als einer, der diese Arbeit verfolgt und an ihr teilgenommen hat, bezeuge ich: Wir brauchten weder Brandler-Thalheimers Initiative zu erbitten, noch ihre theoretischen Anweisungen zu benutzen. Die Beschuldigung des „Plagiats“ ist einigermaßen unvorsichtig formuliert.

Aber nicht darin liegt das Übel. Viel schlimmer steht es mit dem zweiten Teil der Beschuldigung: bisher hätten die „Trotzkisten“ sich einer Kampagne unter der Losung der Produktionskontrolle widersetzt, während sie nun für diese Losung eintreten. Die Brandlerianer sehen hier unsere Inkonsequenz! In Wirklichkeit bezeugen sie lediglich völliges Unverständnis für die revolutionäre Dialektik, die der Losung der Arbeiterkontrolle zugrunde liegt, die sie auf ein technisches Rezept zur „Massenmobilisierung“ reduzieren. Sie verurteilen sich selber, wenn sie sich darauf berufen, schon jahrelang eine Losung zu wiederholen, die nur für eine revolutionäre Periode taugt. Der Specht, der jahraus, jahrein an der Eichenrinde klopft, meint wohl in der Tiefe seiner Seele, der Holzfäller, der mit einem Axtstreich den Baum umlegt, habe an ihm, dem Specht, ein verbrecherisches Plagiat begangen.

Für uns ist die Losung der Produktionskontrolle mit einer Periode der Doppelherrschaft in der Industrie verbunden, die dem Übergang vom bürgerlichen Regime zum proletarischen entspricht. Nein, erwidert Thalheimer, Doppelherrschaft würde „Gleichberechtigung (!) mit den Unternehmern“ bedeuten; die Arbeiter aber kämpfen um die vollständige Leitung der Betriebe. Die, die Brandlerianer, werden nicht gestatten daß man die revolutionäre Losung „kastreire“ – wörtlich so! Für sie bedeutet „Produktionskontrolle die Leitung der Produktion durch die Arbeiter“ (17. Januar). Warum die Leitung dann Kontrolle nennen? In der allgemeinen Sprache versteht man unter Kontrolle die Beobachtung und Überprüfung der Arbeit der einen Institution durch eine andere. Die Kontrolle kann sehr aktiv sein, selbständig und umfassend sein. Sie bleibt aber Kontrolle. Die eigentliche Idee dieser Losung ist aus dem Übergangsregime in den Betrieben entstanden, wo Kapitalist und Administration keinen Schritt mehr ohne Zustimmung der Arbeiter tun können, andererseits aber die Arbeiter noch nicht die politischen Voraussetzungen für die Verstaatlichung geschaffen, die technische Leitung noch nicht erobert, die dazu erforderlichen Organe noch nicht gebildet haben. Vergessen wir nicht, daß es nicht nur um die Werksleitung geht, sondern auch um den Produktionsabsatz, die Versorgung der Betriebe mit Rohstoff, Materialien, Neuausrüstungen, Krediten usw.

Das Kräfteverhältnis im Betriebe wird durch

die Macht des allgemeinen Drucks des Proletariats auf die bürgerliche Gesellschaft bestimmt. Die Kontrolle ist, allgemein gesprochen, nur bei unzweifelhafter Übermacht der Kräfte des Proletariats über die Kräfte des Kapitals möglich. Doch ist es falsch zu glauben, in der Revolution würden alle Fragen mit Gewalt gelöst; die Betriebe besetzen kann man mit Hilfe der Roten Garde; um sie zu leiten bedarf es neuer rechtlicher und administrativer Voraussetzungen, außerdem braucht man Kenntnisse, Erfahrung und geeignete Organisationen. Eine gewisse Lehrzeit ist nötig. Das Proletariat ist daran interessiert, für diese Periode die Leitung in den Händen der erfahrenen Administration zu belassen, sie aber zu zwingen, alle Bücher zu öffnen und über alle Verbindungen und Aktivitäten eine wachsame Aufsicht auszuüben.

Die Arbeiterkontrolle beginnt beim einzelnen Unternehmen. Das Kontrollorgan ist der Betriebsausschuß. Die betrieblichen Kontrollorgane treten miteinander in Verbindung, je nach den wirtschaftlichen Zusammenhängen der verschiedenen Unternehmen. In diesem Stadium besteht noch kein allgemeiner Wirtschaftsplan. Die Praxis der Arbeiterkontrolle bereitet lediglich die Elemente dieses Planes vor.

Die Produktionsleitung durch die Arbeiter geht dagegen schon von Anfang an in hohem Grade von oben aus, denn sie ist direkt mit der Macht und mit einem allgemeinen Wirtschaftsplan verbunden. Leitungsorgane sind nicht mehr die Betriebsausschüsse, sondern die zentralisierten Sowjets. Die Rolle der Betriebsausschüsse bleibt natürlich sehr bedeutend. Aber auf dem Gebiet der Betriebsleitung handelt es sich nicht mehr um eine Führungs-, sondern um eine Hilfsfunktion.

In Rußland, wo mit der Bourgeoisie auch die technische Intelligenz davon überzeugt war, das bolschewistische Experiment werde sich nur wenige Wochen halten, und daher Sabotage aller Art vornahm, jegliche Verständigung ablehnte, kam die Arbeiterkontrolle nicht zur Entfaltung. Der Bürgerkrieg ruinierte überdies die Wirtschaft, indem er die Arbeiter in Soldaten verwandelte. Die russische Erfahrung ist daher in bezug auf die Arbeiterkontrolle als besonderes Regime der Industrie wenig instruktiv. Umso wertvoller ist aber diese Erfahrung unter einem anderen Gesichtspunkt: sie beweist, daß selbst in einem rückständigen Lande bei allgemeiner Sabotage nicht nur der Eigentümer, sondern auch des technisch-administrativen Personals, das junge, unerfahrene, von Feinden umringte Proletariat dennoch die Leitung der Produktion zu organisieren verstand. Was könnte da erst die deutsche Arbeiterklasse vollbringen!

Das Proletariat ist, wie gesagt, daran interessiert, den Übergang von privatkapitalistischer zu staatskapitalistischer und sozialistischer Produktion mit den geringsten wirtschaftlichen Erschütterungen, mit dem geringsten Verlust an Nationaleinkommen zu bewerkstelligen. Deshalb wird es, sobald es sich der Macht nähert oder gar die Macht in kühnem und energischem Kampf erobert, sich bereit zeigen, in Betrieben, Fabriken und Banken ein Übergangsregime zu errichten.

Werden sich in Deutschland während der Revolution die Verhältnisse in der Industrie anders gestalten als in Rußland? Diese Frage zu beantworten ist, besonders aus der Ferne, nicht leicht. Der reale Verlauf des Klassenkampfes wird möglicherweise für die Arbeiterkontrolle als besondere Etappe keinen Raum lassen. Bei äußerst angespannter Entwicklung des Klassenkampfes, bei zunehmendem Druck der Arbeiter einerseits und bei Sabotage der Unternehmer und Administratoren andererseits, ist es möglich, daß selbst für provisorische Vereinbarungen kein Raum mehr bleibt. Die Arbeiterklasse müßte in diesem Falle mit der Macht zugleich die völlige Leitung der Unternehmungen in ihre Hände nehmen. Der gegenwärtige, halbparalytierte Zustand der Industrie und das Vorhandensein einer ungeheuren Arbeitslosenarmee machen einen solchen „verkürzten“ Weg ziemlich wahrscheinlich.

Andererseits aber bilden das Vorhandensein mächtiger Organisationen der Arbeiterklasse, die Erziehung der deutschen Arbeiter im Geist systematischer Aktionen und nicht der Improvisationen, das langsame Tempo der Revolutionierung der Massen Bedingungen, die zugunsten des ersten Weges sprechen. Es wäre daher unzulässig, im voraus auf die Parole der Produktionskontrolle zu verzichten.

Jedenfalls ist es evident, daß für Deutschland noch mehr als für Rußland die Parole der Arbeiterkontrolle einen anderen Sinn hat als die der Arbeiterselbstverwaltung. Wie viele andere Übergangslösungen behält sie größte Bedeutung unabhängig davon, bis zu welchem Grade sie sich als realisierbar erweist oder überhaupt zur Verwirklichung kommt.

Durch die Bereitschaft, Übergangsformen der Arbeiterkontrolle zu schaffen, bringt die proletarische Avantgarde die konservativen Schichten des Proletariats auf ihre Seite, neutralisiert gewisse Gruppen des Kleinbürgertums, besonders der technischen, administrativen, Handels- und Bankangestellten. Sollten die Kapitalisten und die ganze obere Schicht der Administration Widerstand leisten und zur Wirtschaftssabotage Zuflucht nehmen, so würde die Verantwortung für die dann erforderlichen harten Maßnahmen in den Augen des Volkes nicht auf die Arbeiter, sondern auf die feindlichen Klassen zurückfallen. Das ist – neben ihrem oben aufgezeigten wirtschaftlichen und administrativen – der komplementäre politische Sinn der Losung der Arbeiterkontrolle.

Jedenfalls ist es der Gipfel des politischen Zynismus, wenn Leute, die die Losung der Arbeiterkontrolle in einer nicht-revolutionären Situation aufgestellt und ihr damit rein reformistischen Charakter verliehen haben, uns der zentristischen Halbheit bezichtigen, weil wir es ablehnen, Kontrolle und Leitung einander gleichzusetzen.

Die Arbeiter, die sich zum Verständnis der Probleme der Produktionsleitung durcharbeiten, wollen und können sich nicht an Worten berauschen. Sie sind von den Betrieben her gewohnt, mit weniger nachgiebigem Material als mit Phrasen umzugehen, und sie werden viel besser als die Bürokraten unseren Gedan-

ken verstehen; wirklich revolutionäres Denken besteht nicht darin, immer und überall Gewalt anwenden zu wollen, und noch weniger, sich an Worten über die Gewalt zu verschlucken. Wo Gewalt not tut, muß man sie kühn, entschlossen und bis zu Ende anwenden. Doch muß man die Grenzen der Gewalt kennen, wissen, wo Gewalt mit Manövern zu kombinieren ist, der Schlag mit – Verständigung. An Lenin-Gedächtnistagen wiederholt die Stalinbürokratie die eingepaukten Phrasen vom „revolutionären Realismus“, um ihn während der übrigen 364 Tage um so ungebundener zu verhöhnen.

Die prostituierten Theoretiker des Reformismus versuchen in Brünings Notverordnungen gegen die Arbeiter die Morgenröte des Sozialismus zu entdecken. Vom „Kriegssozialismus“ Hohenzollerns zum Polizeisozialismus Brünings!

Die linken Bourgeoisideologen träumen von kapitalistischer Planwirtschaft. Doch der Kapitalismus hat bereits bewiesen, daß er nur fähig ist, planmäßig die Produktivkräfte im Interesse des Krieges zu vergeuden. Abgesehen von allem anderen: wie will man die Unabhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt – bei seinen ungeheuren Ein- und Ausfuhrziffern – realisieren?

Wir schlagen unsererseits vor, mit dem Sektor der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu beginnen, d.h. mit der Ausarbeitung eines großen Plans zur Zusammenarbeit zwischen der sowjetischen und der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit dem zweiten Fünfjahresplan und als dessen Ergänzung. Dutzende und Hunderte großer Betriebe könnten voll in Gang gesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit Deutschlands könnte gänzlich liquidiert werden – kaum wären dazu mehr als zwei, drei Jahre nötig – auf Grund eines Wirtschaftsplanes, der alle Wirtschaftszweige wenigstens dieser beiden Länder umfassen würde.

Die kapitalistischen Wirtschaftsführer Deutschlands können natürlich keinen solchen Plan schaffen, denn er würde ihre soziale Selbstvernichtung bedeuten. Die Sowjetregierung aber kann und muß unter Mitwirkung der deutschen Arbeiterorganisationen, vor allem der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Vertreter der deutschen Technik einen gänzlich realistischen Plan ausarbeiten, der wahrhaft grandiose Perspektiven eröffnen kann. Wie kläglich würden sich all die „Probleme“ der Reparationen und zusätzlichen Zollpfennige im Vergleich mit den Möglichkeiten ausnehmen, die durch die Verbindung der natürlichen, technischen und organisatorischen Hilfsmittel der sowjetischen und der deutschen Wirtschaft erschlossen würden!

Die deutschen Kommunisten propagieren die Erfolge des sowjetischen Aufbaus. Das ist unentbehrlich. Sie ergehen sich dabei in Übertreibungen und süßlichen Beschönigungen. Das ist überflüssig. Am schlimmsten aber ist, daß sie die Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetwirtschaft nicht mit den unmittelbaren Interessen des deutschen Proletariats, mit Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und der allgemeinen wirtschaftlichen Ausweglosigkeit Deutschlands zu verbinden wissen. Sie verstehen nicht, die Frage der sowjetisch-deutschen Zusammenar-

beit auf streng realistischer und zugleich von Grund auf revolutionärer Basis zu stellen – und wollen das nicht.

Ganz im Anfang der Krise – nun sind es schon über zwei Jahre her – haben wir diese Frage in der Presse gestellt. Die Stalinisten verkündeten sogleich, wir glaubten an die friedliche Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus, wir wollten den Kapitalismus retten usw. Sie haben nur eines nicht vorausgesehen und begriffen: welcher machtvoller Faktor der sozialistischen Revolution ein konkreter Wirtschaftsplan der Zusammenarbeit sein könnte, würde er zum Gegenstand der Diskussion in Gewerkschaften und Betriebsversammlungen, unter den Arbeitern nicht nur der beschäftigten, sondern der stillgelegten Unternehmen gemacht, mit der Lösung der Arbeiterkontrolle über die Produktion verbunden und dann mit der Parole der Machteroberung. Denn eine wirklich planmäßige, internationale Zusammenarbeit läßt sich nur bei einem Außenhandelsmonopol in Deutschland verwirklichen, bei Verstaatlichung der Produktionsmittel, mit anderen Worten: nur bei Diktatur des Proletariats. Auf diesem Wege könnte man neue Arbeitermillionen, parteilose, sozialdemokratische, katholische, zum Kampf um die Macht führen.

Die Tarnow schrecken die deutschen Arbeiter damit, der industrielle Verfall als Folge der Revolution würde schreckliches Chaos, Hunger usw. mit sich bringen. Vergessen wir nicht: diese Leute haben den imperialistischen Krieg unterstützt, der dem Proletariat nichts als Qualen, Elend und Erniedrigung bringen konnte. Dem Proletariat die Leiden des Krieges unter Hohenzollerns Fahne aufbürden – ja, die Opfer der Revolution unter dem Banner des Sozialismus? – nein, niemals!

Das Gerede davon, „unsere deutschen Arbeiter“ würden „solche Opfer“ nicht tragen wollen, ist eine Schmeichelei und gleichzeitig eine Verleumdung der deutschen Arbeiter. Die deutschen Arbeiter sind unglücklicherweise allzu geduldig. Die sozialistische Revolution würde von ihnen nicht den hundertsten Teil der Opfer fordern, die der Hohenzollern-Leipart-Welsche Krieg verschlungen hat.

Von welchem Chaos sprechen die Tarnows? Das halbe deutsche Proletariat liegt auf der Straße. Selbst bei Milderung der Krise in ein, zwei Jahren würde sie in 5 Jahren in noch schrecklicherer Form wiederkehren, abgesehen davon, daß die Todeskonvulsionen des Kapitalismus unvermeidlich zu einem neuen Kriege führen. Mit welchem Chaos schrecken die Hilferding? Ginge die sozialistische Revolution von einer prosperierenden kapitalistischen Industrie aus – was im allgemeinen unmöglich ist, so könnte in den ersten Monaten und Jahren des Wechsels des wirtschaftlichen Regimes, bei Umstoßung der alten Proportionen und bei Instabilität der neuen, eine vorübergehende Schwächung der Wirtschaft eintreten. Doch der Sozialismus hätte im heutigen Deutschland von einer Wirtschaft auszugehen, deren Produktivkräfte bloß zur Hälfte arbeiten. Die Wirtschaftsregulierung verfügte somit von allem Anfang an über 50 Prozent Reserven. Das ist mehr als ausreichend,

um die Schwankungen der ersten Schritte zu kompensieren, die scharfen Stöße des neuen Systems abzdämpfen und es selbst vor zeitweiligem Niedergang der Produktionskräfte zu sichern. In der konventionellen Sprache der Ziffern ausgedrückt: müßte die soziale Revolution von einer hundertprozentigen kapitalistischen Wirtschaft in der ersten Zeit auf 75 und sogar 50 Prozent zurückgehen, so könnte von einer fünfzigprozentigen kapitalistischen Wirtschaft aus die proletarische Revolution sich lediglich auf 75 und 100 Prozent erheben, um sodann einen Aufschwung zu nehmen, der mit keinem bisher dagewesenen vergleichbar wäre.

XV. Ist die Lage hoffnungslos?

Die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse mit einem Schlage für eine Offensive zu mobilisieren, ist eine schwere Aufgabe. Nach den Niederlagen der Jahre 1919, 1921 und 1923, nach den Abenteuern der „dritten Periode“ haben sich bei den deutschen Arbeitern, die ohnehin schon durch mächtige konservative Organisationen gebunden sind, starke Hemmungen herausgebildet. Andererseits aber eröffnet die organisatorische Festigkeit der Arbeiter, die es den Faschisten bisher fast vollständig verwehrt hat, in ihre Reihen einzudringen, die größten Möglichkeiten für Defensivkämpfe.

Man darf nicht vergessen, daß die Einheitsfrontpolitik im Allgemeinen in der Defensive viel wirksamer als in der Offensive ist. Konservative oder zurückgebliebenere Schichten des Proletariats lassen sich leichter in den Kampf ziehen, um das zu verteidigen, was sie bereits besitzen, als um Neues zu erobern.

Brünings Notverordnungen und die Bedrohung durch Hitler sind in diesem Sinne „ideale“ Alarmsignale für die Einheitsfrontpolitik. Es geht um Defensive im elementarsten und offenkundigsten Sinne des Wortes. Die Einheitsfront kann unter diesen Bedingungen die breitesten Massen der Arbeiterklasse erfassen. Noch mehr: die Kampfziele müssen unvermeidlich die Sympathien der unteren Schichten des Kleinbürgertums gewinnen, einschließlich der kleinen Händler der Arbeiterviertel und -distrikte.

Bei allen Schwierigkeiten und Gefahren bietet die heutige Lage in Deutschland auch ungeheure Vorteile für eine revolutionäre Partei; sie fordert gebieterisch einen klaren strategischen Plan, von der Defensive zur Offensive. Ohne einen einzigen Augenblick auf ihr Grundziel, die Machteroberung, zu verzichten, nimmt die Kommunistische Partei für die nächsten, unmittelbaren Aktionen eine Defensivstellung ein. „Klasse gegen Klasse“ – es ist an der Zeit, dieser Formel ihre wirkliche Bedeutung wiederzugeben!

Der Widerstand der Arbeiter gegen die Offensive von Kapital und Staat wird unvermeidlich eine verstärkte Offensive des Faschismus hervorrufen. Wie bescheiden die ersten Verteidigungsschritte auch sein mögen, die Reaktion des Gegners wird unverzüglich die Reihen der Einheitsfront zusammenschließen, die Aufgaben erweitern, die Anwendung entschiedenerer Maßnahmen erforderlich machen, die reaktio-

nären Schichten der Bürokratie von der Einheitsfront abschütteln, den Einfluß des Kommunismus steigern, die Barrieren innerhalb der Arbeiterschaft schwächen und damit den Übergang von der Defensive zur Offensive vorbereiten.

Wenn die Kommunistische Partei in den Defensivkämpfen die Führung erringt – und bei richtiger Politik ist ihr das sicher – so brauchte sie beim Übergang zur Offensive keineswegs das Einverständnis der reformistischen und zentristischen Führer zu suchen. Die Massen entscheiden; haben sie sich von der reformistischen Führung getrennt, verliert die Verständigung mit dieser jeden Sinn. Die Einheitsfront verewigen hieße, die Dialektik des revolutionären Kampfes nicht begreifen und die Einheitsfront aus einem Sprungbrett in eine Barriere verwandeln.

Die schwierigsten politischen Situationen sind in gewissem Sinne die leichtesten, sie lassen nur eine Entscheidung zu. Die Aufgabe klar bei ihrem Namen nennen heißt, sie im Prinzip bereits lösen: von der Einheitsfront im Namen der Verteidigung zur Machteroberung unter dem Banner des Kommunismus.

Wird es gelingen? Die Lage ist schwierig. Der ultralinke Ultimatismus festigt den Reformismus. Der Reformismus unterstützt die bürokratische Diktatur der Bourgeoisie, Brüning's bürokratische Diktatur vertieft die Wirtschaftsagonie des Landes und nährt den Faschismus.

Die Lage ist sehr schwierig, sehr gefährlich, aber keineswegs hoffnungslos. Wie stark der Stalinsche Apparat – gerüstet mit der usurpierten Autorität und den materiellen Hilfsmitteln der Oktoberrevolution – auch sein mag, er ist nicht allmächtig. Die Dialektik des Klassenkampfes ist mächtiger. Man muß ihr nur beizeiten zu Hilfe kommen.

Viele „Linke“ tragen jetzt, was das Schicksal Deutschlands anbelangt, Pessimismus zur Schau. Im Jahre 1923 – sagen sie –, als der Faschismus noch sehr schwach war, die Kommunistische Partei aber über großen Einfluß in Gewerkschaften und Betrieben verfügte, hat das Proletariat den Sieg nicht errungen; wie kann man den Sieg jetzt erwarten, wo die Partei schwächer geworden ist, der Faschismus aber unvergleichlich stärker?

So einleuchtend dieses Argument auf den ersten Blick auch scheint, es ist dennoch falsch. Im Jahre 1923 war es nicht zum Kampf gekommen, die Partei wich dem Kampf angesichts des faschistischen Gespensts aus. Wo kein Kampf, kann auch kein Sieg sein. Gerade die Kraft des Faschismus und sein Druck schließen diesmal die Möglichkeit des Ausweichens vor dem Kampfe aus. Gekämpft muß werden. Beginnt aber das deutsche Proletariat zu kämpfen, so kann es siegen. Es muß siegen.

Gestern noch sagten die großen Führer: „Mögen die Faschisten an die Macht kommen, wir fürchten uns nicht, sie werden rasch abgewirtschaftet haben“. Dieser Gedanke beherrschte die Spitzen der Kommunistischen Partei einige Monate lang. Hätte er sich gefestigt, so hätte das bedeutet, daß die Kommunistische Partei es auf sich nähme, das Proletariat zu chloroformieren, ehe Hitler ihm die Kehle durchschneidet. Hier lag die Hauptgefahr. Jetzt sagt das niemand

mehr.

Die erste Stellung haben wir erobert. In die Arbeitermassen ist der Gedanke gedrungen, daß die Faschisten, ehe sie die Macht erobern, zerschlagen werden müssen. Das ist eine sehr wertvolle Errungenschaft, auf die man sich bei der gesamten weiteren Agitation stützen muß.

Die Arbeitermassen sind in großer Unruhe. Sie werden von Arbeitslosigkeit und Elend gequält. Am meisten aber beunruhigt sie die Verwirrung und das Durcheinander bei der Führung. Die Arbeiter verstehen, daß man Hitler nicht an die Macht kommen lassen darf. Aber wie? Man sieht keinen Weg. Die Führung hemmt, statt zu helfen. Aber die Arbeiter wollen kämpfen.

Eine verblüffende Tatsache, die, soweit sich aus der Ferne beurteilen läßt, nicht genug ausgewertet wird: die Hirsch-Dunckerschen 75 Bergleute haben erklärt, die kapitalistische Ordnung müsse durch die sozialistische ersetzt werden! Das heißt ja doch, daß sie morgen bereit sein werden, Sowjets als Organe der gesamten Klasse zu bilden. Vielleicht sind sie schon heute dazu bereit – man muß nur verstehen, sie zu fragen! Dieses Symptom allein ist tausendmal wichtiger und überzeugender als all die impressionistischen Bewertungen der Herren Literaten und Oratoren, die hochmütig über die Massen klagen.

In den Reihen der Kommunistischen Partei sieht man tatsächlich Passivität, trotz des Geschreis des Apparats. Warum aber? Die einfachen Kommunisten kommen immer seltener in die Zellsitzungen, wo man sie mit dürem Stroh füttert. Die Ideen, die man ihnen vorsetzt, sind weder im Betrieb noch auf der Straße anwendbar. Der Arbeiter empfindet den Widerspruch zwischen dem, was er braucht, wenn er der Masse gegenübersteht, und dem, was man ihm in den offiziellen Parteiversammlungen vorsetzt. Die künstliche Atmosphäre, die durch den schreierischen, prahlerischen, keine Widerrede duldenden Apparat geschaffen wird, wird für die einfachen Parteimitglieder unerträglich. Daher die Leere und Kälte in den Parteiversammlungen. Doch das ist nicht Unlust, sich zu schlagen, sondern politische Verlegenheit und zugleich stummer Protest gegen die allmächtige, aber kopflose Führung.

Die Konfusion in den Reihen des Proletariats gibt den Faschisten Mut. Ihr Vormarsch dauert an. Aber gerade das Herannahen der faschistischen Gefahr wird Auge und Ohr der fortschrittlichen Arbeiter außerordentlich schärfen und eine günstige Atmosphäre für klare und einfache Aktionsvorschläge schaffen.

Unter Berufung auf das Braunschweiger Beispiel schrieb Münzenberg im November vorigen Jahres: „Darüber, daß diese Einheitsfront eines Tages elementar, unter dem Druck des gesteigerten faschistischen Terrors und faschistischer Angriffe entstehen wird, kann heute schon kein Zweifel bestehen“. Münzenberg erklärt uns nicht, warum das Zentralkomitee, dem er ange-

hört, die Braunschweiger Ereignisse nicht zum Ausgangspunkt einer kühnen Einheitsfrontpolitik machte? Doch einerlei, Münzenbergs Prognose ist richtig, auch wenn sie seine Inkonsequenz bezeugt.

Das Herannahen der faschistischen Gefahr wird zur Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter, ja sogar bedeutender Schichten des reformistischen Apparats führen müssen. Der revolutionäre Flügel der SAP wird zweifellos einen Schritt vorwärts tun. Um so unvermeidlicher wird unter diesen Bedingungen eine Wendung des kommunistischen Parteiapparats, selbst um den Preis innerer Reibungen und Abspaltungen. Man muß sich gerade auf eine solche Entwicklung hin orientieren.

Die Schwenkung der Stalinisten ist unvermeidlich. Gewisse Symptome, an denen man den Druck von unten messen kann, sind schon jetzt zu beobachten: bestimmte Argumente werden durch andere ersetzt, die Phraseologie wird konfuser, die Losungen werden zweideutig; gleichzeitig werden alle aus der Partei ausgeschlossen, die die Unvorsichtigkeit besessen haben, die Aufgaben früher zu erfassen als das ZK. Das alles sind sichere Anzeichen einer heraufziehenden Wendung, und nicht nur Symptome.

Mehr als einmal in der Vergangenheit haben wir gesehen, daß die Stalinbürokratie, nachdem sie Hunderte Tonnen von Papier für Polemik gegen den konterrevolutionären „Trotzkismus“ vergeudet hatte, eine jähe Wendung vornahm und das Programm der Linken Opposition zu realisieren suchte. Manchmal freilich mit hoffnungsloser Verspätung.

In China wurde die Wendung allzu spät vorgenommen und in einer Form, daß sie der Revolution nur den letzten Streich versetzte (der Kantonener Aufstand!). In England nahm der Gegner die „Wendung“ vor, d.h. der Generalrat, der mit den Stalinisten brach, nachdem sie ihm unnütz geworden waren. Doch in der UdSSR kam die Wendung von 1928 noch rechtzeitig genug, um die Diktatur vor der herannahenden Katastrophe zu bewahren. Die Gründe für die Verschiedenheit dieser drei großen Beispiele sind uns schwer zu finden. In China glaubte die junge und unerfahrene Kommunistische Partei blind an die Moskauer Führung, die Stimme der russischen Opposition vermochte damals überhaupt nicht nach China durchzudringen. Ungefähr das Gleiche geschah in England. In der UdSSR befand sich die Linke Opposition an Ort und Stelle und führte ununterbrochen ihre Kampagne gegen die Kulakenpolitik. In China und England nahmen Stalin und Co. das Risiko auf Distanz auf sich, in der UdSSR ging es unmittelbar um ihren Kopf.

Der politische Vorteil der deutschen Arbeiterklasse liegt schon allein darin, daß alle Fragen offen und rechtzeitig aufgerollt wurden; die Autorität der Komintern ist stark erschüttert; die marxistische Opposition arbeitet am Ort in Deutschland selbst; in den Reihen der proletarischen Avantgarde gibt es tausende erfahrene und kritische Elemente, die fähig sind und anfangen, ihre Stimme zu erheben.

Zahlenmäßig ist die Linke Opposition in

75. Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften: Gewerkschaften, die 1869 mit Hilfe der Liberalen gegründet wurden; betonten die Rolle der Gewerkschaften als Selbsthilfeorganisationen nach dem britischen Muster; lehnten den Klassenkampf vehement ab.

Deutschland schwach. Aber ihr politischer Einfluß kann bei dieser jähren historischen Wende entscheidend werden. Wie der Weichensteller durch rechtzeitige Hebelbewegung den schwerbeladenen Zug auf ein anderes Geleise führt, so kann die kleine Opposition durch feste und sichere Bewegung des ideologischen Hebels den Zug der deutschen Kommunistischen Partei und den noch schwereren Zug des deutschen Proletariats dazu bringen, in eine andere Richtung zu fahren.

Die Richtigkeit unserer Position wird sich von Tag zu Tag an den Tatsachen erweisen. Wenn die Zimmerdecke über dem Kopf zu brennen beginnt, vergessen die verbissensten Bürokraten das Prestige. Selbst wahrhaftige Geheime springen in solchen Fällen nur in Unterhosen zum Fenster hinaus. Die Pädagogik der Tatsache wird unsere Kritik unterstützen.

Wird es der deutschen Kommunistischen Partei gelingen, die Wendung rechtzeitig vorzunehmen? Heute kann die Frage der Rechtzeitigkeit nur bedingt angegangen werden. Ohne die Raserei der „dritten Periode“ wäre das deutsche Proletariat heute schon an der Macht. Hätte nach den letzten Reichstagswahlen die Kommunistische Partei das von der Linken Opposition vorgeschlagene Aktionsprogramm angenommen, wäre der Sieg sicher gewesen. Heute kann man von einem sicheren Sieg nicht sprechen. Eine rechtzeitige Wendung wäre jetzt die, die den deutschen Arbeitern die Möglichkeit gibt, den Kampf aufzunehmen, ehe der Faschismus sich des Staatsapparates bemächtigt.

Um die Wendung durchzusetzen, ist eine extreme Anspannung der Kräfte nötig. Die fortgeschrittenen Elemente des Kommunismus in und außerhalb der Partei dürfen sich nicht fürchten, zu handeln. Es ist nötig, den stumpfen Ultimatismus der Bürokratie offen zu bekämpfen, innerhalb der Partei wie vor den Arbeitermassen.

„Aber das ist ja Disziplinverletzung“, sagt ein schwankender Kommunist. Gewiß, das ist Verletzung der stalinistischen Disziplin. Kein wirklicher Kommunist verletzt die Disziplin, selbst die formelle, ohne zwingenden Grund. Doch wer sich hinter der Disziplin versteckt, um eine Politik zu dulden, deren Schädlichkeit für ihn offenkundig ist, der ist kein Revolutionär, sondern ein Waschlappen, ein willenloser Feigling.

Es wäre verbrecherisch seitens der oppositionellen Kommunisten, würden sie, wie Urbahns, darangehen, eine neue Kommunistische Partei zu schaffen, ohne noch wirklich ernste Anstrengungen für einen Kurswechsel der alten Partei unternommen zu haben. Eine kleine, unabhängige Organisation zu schaffen, ist nicht schwer. Eine neue Kommunistische Partei zu schaffen ist eine gewaltige Aufgabe. Gibt es Kader für eine solche Aufgabe? Wenn ja, was haben sie unternommen, um auf die Hunderttausende von Arbeitern der offiziellen Partei einzuwirken? Halten diese Kader sich für befähigt, den Arbeitern die Notwendigkeit einer neuen Partei zu erklären, so müssen sie vor allem ihre Kraft an der Arbeit für die Wiedergeburt der bestehenden Partei erproben. Heute die Frage einer dritten Partei zu stellen heißt, sich am Vorabend der großen historischen Entscheidung den Millionen kom-

munistischer Arbeiter gegenüberzustellen, die unzufrieden sind mit der Führung, sich aber aus dem Gefühl revolutionärer Selbsterhaltung an die Partei klammern. Mit diesen Millionen kommunistischer Arbeiter muß man eine gemeinsame Sprache finden. Der Schmähungen, Verleumdungen und der Hetze des Apparats nicht achtend, muß man Zugang zum Bewußtsein dieser Arbeiter finden; ihnen zeigen, daß wir das Gleiche wollen wie sie; daß wir keine anderen Interessen haben als die Interessen des Kommunismus; daß der Weg, den wir weisen, der einzig richtige Weg ist.

Man muß die ultralinken Kapitulanten unbarmherzig entlarven, von den „Führern“ klare Antworten fordern auf die Frage was tun und die eigenen Antworten vorlegen – für das ganze Land, für jede Provinz, jede Stadt, jedes Viertel, jeden Betrieb.

In der Partei müssen Zellen der Bolschewiki-Lenisten geschaffen werden. Auf ihr Banner sollen sie schreiben: Kurswechsel und Reform des Parteiregimes. Wo sie sich wirkliche Unterstützung gesichert haben, müssen sie – und wäre es nur in beschränktem lokalen Rahmen – zur praktischen Anwendung der Einheitsfrontpolitik übergehen. Die Parteibürokratie wird mit Ausschlüssen antworten? Gewiß. Aber lange wird ihre Herrlichkeit unter den heutigen Bedingungen nicht währen.

In den Reihen des Kommunismus und des gesamten Proletariats ist offene Diskussion nötig – ohne Versammlungssprengungen, ohne gefälschte Zitate, ohne giftige Verleumdungen –, ehrlicher Meinungsaustausch auf Grund der proletarischen Demokratie; so haben wir in Rußland während des Jahres 1917 Dispute mit allen Parteien und innerhalb der eigenen Partei geführt. Durch breite Diskussion muß ein außerordentlicher Parteitag mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Was nun?“ vorbereitet werden.

Die Linksoppositionellen sind nicht Mittler zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie. Sie sind Soldaten des Kommunismus, seine Agitatoren, seine Propagandisten, seine Organisatoren. Das Gesicht zur Kommunistischen Partei! Sie muß man belehren, sie muß man überzeugen.

Ist einmal die Kommunistische Partei gezwungen, die Einheitsfrontpolitik anzuwenden, so wird das mit Sicherheit die Zurückschlagung des faschistischen Angriffs ermöglichen. Ein wirklicher Sieg über den Faschismus aber würde den Weg freimachen zur Diktatur des Proletariats.

Aber selbst an die Spitze der Revolution gestellt wird die Kommunistische Partei noch viele Widersprüche in sich tragen. Die Mission der Linken Opposition wird durchaus nicht erschöpft sein. In gewissem Sinne würde sie erst beginnen. Ein Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland würde als erstes die Liquidierung der bürokratischen Abhängigkeit der Kommunistischen Partei vom stalinistischen Apparat bedeuten.

Am Tage nach dem Sieg des deutschen Proletariats, sogar noch früher, im Prozeß seines Kampfes um die Macht, würden die Fesseln springen, in die die Komintern gelegt ist. Die

geistige Dürftigkeit des bürokratischen Zentrismus, die nationale Beschränktheit seines Horizonts, der antiproletarische Charakter seines Regimes, all das würde mit einem Schlage im Licht der deutschen Revolution offen zu Tage liegen, das unvergleichlich greller als das der Oktoberrevolution wäre. Die Ideen von Marx und Lenin würden unvermeidlich im deutschen Proletariat triumphieren.

Schlußfolgerungen

Der Händler trieb die Ochsen auf den Schlachthof. Kam der Schlächter mit dem Messer auf sie zu. „Schließen wir die Reihen und nehmen wir diesen Henker auf die Hörner!“, schlug einer der Ochsen vor. – „Worin ist der Schlächter ärger als der Händler, der uns mit dem Knüttel hierher getrieben“, erwiderten ihm die Ochsen, die politische Erziehung in der Pension Manuilski genossen hatten. – „Aber wir können ja nachher auch mit dem Händler fertig werden!“ – „Nein“, antworteten die prinzipiellen Ochsen ihrem Ratgeber, „Du deckst die Feinde von links, bist selbst ein Sozialschlächter!“ – Und sie weigerten sich, die Reihen zu schließen. (Aus Aesops Fabeln)

„Die Befreiung vom Versailler Frieden unbedingt, unter allen Umständen und unverzüglich an die erste Stelle, vor die Frage nach der Befreiung der anderen vom Imperialismus unterdrückten Länder vom Joch des Imperialismus zu setzen ist kleinbürgerlicher Nationalismus (der Kautsky, Hilferding, Otto Bauer und Co. würdig), aber kein revolutionärer Internationalismus“ (Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus).

Notwendig ist: voller Verzicht auf den Nationalkommunismus, offene und endgültige Liquidierung der Losungen „Volksrevolution“ und „Nationale Befreiung“. Nicht: „Nieder mit den Versailler Verträgen!“, sondern: „Hoch die Vereinigten Sowjetstaaten Europas!“

Der Sozialismus ist nur auf Basis des höchsten Niveaus der modernen Technik und internationaler Arbeitsteilung realisierbar.

Der sozialistische Aufbau in der UdSSR ist kein unabhängiger nationaler Prozeß, sondern integrierender Bestandteil der internationalen Revolution.

Die Machteroberung durch das deutsche und das europäische Proletariat ist eine unermesslich realere und naheliegendere Aufgabe als der Aufbau einer geschlossenen und unabhängigen sozialistischen Gesellschaft in den Grenzen der UdSSR.

Vorbehaltlose Verteidigung der UdSSR, des ersten Arbeiterstaats, vor den äußeren und inneren Feinden der proletarischen Diktatur!

Aber die Verteidigung der UdSSR darf nicht mit verbundenen Augen geführt werden. Internationale proletarische Kontrolle über die Sowjetbürokratie. Unbarmherzige Entlarvung ihrer nationalreformistischen und thermidorianischen Tendenzen, die in der Theorie vom Sozialismus in einem Lande ihren Ausdruck gefunden haben.

* * *

Was braucht die Kommunistische Partei?

Rückkehr zur strategischen Schule der ersten vier Kominternkongresse.

Verzicht auf Ultimatismus gegenüber den Arbeiter-Massenorganisationen; die kommunistische Führerschaft kann nicht aufgezwungen werden, sie läßt sich nur erobern.

Verzicht auf die Theorie des Sozialfaschismus, die der Sozialdemokratie und dem Faschismus hilft.

Beharrliche Ausnutzung des Antagonismus zwischen Sozialdemokratie und Faschismus: a) zwecks wirksameren Kampfes gegen den Faschismus; b) um die sozialdemokratischen Arbeiter der reformistischen Führung gegenüberzustellen.

Kriterien zur Bewertung des Wechsels politischer Regimes der bürgerlichen Herrschaft sind für uns nicht die Prinzipien der formalen Demokratie, sondern die Lebensinteressen der proletarischen Demokratie.

Weder direkte noch indirekte Unterstützung des Brüningregimes!

Kühne, heroische Verteidigung der proletarischen Organisationen vor dem Faschismus.

„Klasse gegen Klasse!“ Das heißt: alle Organisationen des Proletariats müssen ihren Platz in der Einheitsfront gegen die Bourgeoisie einnehmen.

Das praktische Programm der Einheitsfront wird festgelegt durch Verständigung der Organisationen vor den Augen der Massen. Jede Organisation bleibt unter eigenem Banner und eigener Führung. Jede Organisation beachtet in der Aktion die Disziplin der Einheitsfront.

„Klasse gegen Klasse!“ Man muß eine uner müdliche Agitation dafür führen, daß die sozialdemokratischen Organisationen und die reformistischen Gewerkschaften mit den treubruchigen bürgerlichen Bundesgenossen der „Eisernen Front“ brechen und sich in die gemeinsame Reihe der kommunistischen und aller übrigen Organisationen des Proletariats eingliedern.

„Klasse gegen Klasse!“ Propagierung und organisatorische Vorbereitung der Arbeitersowjets als höchste Form der proletarischen Einheitsfront.

* * *

Völlige organisatorische und politische Unabhängigkeit der Kommunistischen Partei unter allen Umständen. Keinerlei Vermengung der Programme oder der Fahnen. Kein prinzipienloses Paktieren. Völlige Freiheit der Kritik an den zeitweiligen Verbündeten.

Thälmanns Kandidatur für den Präsidentenposten ist selbstverständlich die Kandidatur der Linken Opposition. Im Kampf um die Mobilisierung der Arbeiter unter dem Banner der offiziellen kommunistischen Kandidatur müssen die Bolschewiki-Leninisten an erster Stelle stehen.

* * *

Die deutschen Kommunisten dürfen sich nicht an dem jetzigen Regime der russischen KP orientieren, das die Herrschaft des Apparats auf dem Fundament der siegreichen Revolution widerspiegelt, sondern an dem Parteiregime, das

zum Sieg der Revolution geführt hat. Die Liquidierung des Apparatkommandos in der deutschen Kommunistischen Partei ist eine Frage auf Leben und Tod. Notwendig ist die Rückkehr zur innerparteilichen Demokratie.

Die Arbeiterkommunisten müssen in der Partei vor allem eine ehrliche und ernste Diskussion über die Fragen der Strategie und Taktik erkämpfen. Die Stimme der Linken Opposition (Bolschewiki-Leninisten) muß sich in der Partei Gehör verschaffen. Nach einer umfassenden Diskussion müssen von einem frei gewählten, außerordentlichen Parteitag Entscheidungen gefällt werden.

* * *

Eine richtige Politik der Kommunistischen Partei der SAP gegenüber: Unversöhnliche (aber gewissenhafte, das heißt den Tatsachen entsprechende) Kritik an den Halbheiten der Leitung; aufmerksames, kameradschaftliches, feinfühliges Verhalten zum linken Flügel bei voller Bereitschaft zu praktischen Vereinbarungen mit der SAP und zu engerer politischer Verbindung mit ihrem revolutionären Flügel.

* * *

Scharfe Wendung des Steuers in der Gewerkschaftspolitik: Kampf gegen die reformistische Führung auf der Grundlage der Gewerkschaftseinheit.

Systematische Einheitsfrontpolitik innerhalb der Betriebe. Vereinbarungen mit den reformistischen Betriebsräten auf Grund eines Programms von bestimmten Forderungen.

Kampf um Preisabbau. Kampf gegen Lohnabbau. Überführung dieses Kampfes auf die Geleise der Kampagne für Arbeiterkontrolle über die Produktion.

Kampagne für die Zusammenarbeit mit der UdSSR auf Grund eines einheitlichen Wirtschaftsplans. Ausarbeitung eines Modellplans durch die Organe der UdSSR unter Teilnahme der interessierten Organisationen des deutschen Proletariats. Kampagne für den Übergang Deutschlands zum Sozialismus auf Grund eines solchen Planes.

* * *

Wer sagt, die Lage sei hoffnungslos, lügt. Pessimisten und Skeptiker sind aus den Reihen des Proletariats wie die Pest zu verjagen. Die inneren Kräfte des deutschen Proletariats sind unerschöpflich. Sie werden sich Bahn brechen.

Januar 1932

<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1932/wasnun/index.htm>

Wlodek Flakin:

Kurz zur trotzkistischen Organisation in Deutschland

Spätestens seit seiner Verbannung aus der Sowjetunion im Jahr 1930 begann Trotzki mit dem systematischen Aufbau einer internationalen Opposition gegen Stalin. Diese *Internationale Linke Opposition* (ILO) verstand sich als eine externe Fraktion der *Kommunistischen Internationale*, die zu Unrecht ausgeschlossen wurde und für ihre Wiedereingliederung und eine Änderung der Komintern-Politik kämpfte.

Der Einfluss von Leo Trotzki auf die KPD war relativ gering. Die linken Strömungen in der KPD orientierten sich in der Regel am Komintern-Präsidenten Sinowjew, der in den Jahren 1923-1925 gegen den „Trotzkismus“ kämpfte. Erst mit einer Abspaltung vom *Leninbund* (eine Organisation, die sich aus einer ausgeschlossenen linken Opposition der KPD zusammensetzte) entstand im März 1930 mit der *Vereinigten Linken Opposition der KPD* (VLO oder LO) eine Gruppe in Deutschland, die sich an Trotzki orientierte¹.

Trotzki sah den Faschismus als eine Massenbewegung des durch die Krise radikalisierten Kleinbürgertums im Interesse des Kapitals, und als solche als eine Todesgefahr für alle Organisationen der Arbeiterbewegung. Er schlug eine Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen zum Kampf gegen die Nazis vor, um den Faschismus zu bekämpfen. Die Führungen von SPD und KPD lehnten gemeinsame Aktionen gegen die Nazis ab, denn für die SPD handelte es sich bei der KPD um „rotlackierte Faschisten“, während die KPD die SozialdemokratInnen als „Sozialfaschisten“ bezeichnete. Laut Trotzki war der Aufstieg des Faschismus ein Produkt der Krise des kapitalistischen Systems, die nur durch eine sozialistische Revolution beendet werden konnte. Insofern war die Arbeitereinheitsfront als Ausgangspunkt für einen revolutionären Kampf konzipiert², oder wie Trotzki später erklärte, als „eine aktive Verteidigung mit der Perspektive eines Übergangs zur Offensive“³. Die Linke Opposition kämpfte dafür, die KPD für die „leninistische Politik der Einheitsfront“ zu gewinnen.

Zum Zeitpunkt der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und dem darauffolgenden Verbot der KPD im Januar 1933 waren die deutschen TrotzkistInnen eine marginale Kraft und gehörten nicht einmal zu den größten Gruppen, die sich als eine externe Opposition in der KPD verstanden. Oskar Hippe, eine Führungsfigur der LO aus Berlin-Charlottenburg, berichtet in seiner Autobiographie: „Der größte Teil der Genossen der Reichsleitung der Linken Opposition ging zuerst in die Illegalität, später dann in die Emigration.“ Anton Grylewicz, der bekannteste unter den

deutschen TrotzkistInnen, emigrierte bereits Anfang Februar nach Prag. Leo Sedow, der Sohn von Trotzki, der zwei Jahre lang das Internationale Sekretariat der ILO in Berlin geleitet hatte, setzte sich im März nach Paris ab⁴.

Ab 1933 wandte sich Trotzki gegen seine frühere Vorstellung, die Komintern könnte reformiert werden. Da die KPD die Machtübertragung an Hitler ermöglicht hätte, ohne dass ein einziger Schuss gefallen wäre, und da es in der Komintern keine kritische Auseinandersetzung mit dieser Politik gegeben hatte, musste er feststellen, dass „die Komintern tot ist und nichts sie wiederbeleben wird“⁵. Daraus schlussfolgerte er, dass die Aufgabe in Deutschland darin bestünde, Kräfte für die Schaffung einer neuen revolutionären Partei zu sammeln. Einige Monate später fügte er hinzu, dass auch eine neue revolutionäre Internationale nötig sei. Diese Ansicht wurde ursprünglich fast einheitlich von der deutschen *Linken Opposition* abgelehnt. Ein Plenum der Internationalen Linksopposition im Mai 1933 unterstützte Trotzki's Aufruf für eine neue kommunistische Partei in Deutschland, im August desselben Jahres auch für eine neue Internationale. Im Oktober 1933 benannte sich die deutsche *Linke Opposition* in *Internationale Kommunisten Deutschlands* (IKD) um, um ihre neue Orientierung zum Ausdruck zu bringen⁶.

Die illegalen Gruppen der IKD, die in Deutschland existierten, wurden in den Jahren 1934-1936 von der Gestapo zerschlagen⁷ und die IKD wurde zu einer Emigrantenorganisation. Während des Krieges existierten Exilgruppen in Paris, Antwerpen, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, London, Prag und Liberec - später auch in New York und Mexiko, als verschiedene Kader Europa verließen⁸.

Laut dem Organisationsbericht der IKD, der im Mai 1940 der Notkonferenz der Vierten Internationale in New York vorgelegt wurde, sind nur 50 deutsche TrotzkistInnen in die Emigration gegangen. „Es muss davon ausgegangen sein, dass rund die Hälfte der Mitgliedschaft sich zurückgezogen habe.“ D.h. es gab in den 30er Jahren höchstens 300 TrotzkistInnen in Deutschland. Im Jahr 1940 befanden sich „mindestens 150“ in Gefängnissen oder Konzentrationslagern⁹.

Quellen

- Alles, Wolfgang: *Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930*. Frankfurt am Main, 1987.
- Berens, Peter: *Trotzkisten gegen Hitler*. Köln, 2007.
- Grylewicz, Anton: *Die Entwicklung der deutschen Opposition*. In: Schüle, S. 133-135.
- Hippe, Oskar: *... und unsere Fahne ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung*. Hamburg, 1979.
- Organizational Report Of The International Communists Of Germany (IKD). In.: Reisner, Will [Hrsg.]: *Documents of the Fourth International. The Formative Years (1933-1940)*. New York, 1973. S. 369.
- Schüle, Annegret: *Trotzkismus in Deutschland bis 1933. „Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehr des Faschismus“*. Köln, 1989.
- Weinhold, Barbara: *Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus*. Köln, 2004.

1. Alles, S. 6-28.

2. Ebd., S. 37-47.

3. zitiert nach: Ebd., S. 164.

4. Hippe, S. 138.

5. Alles, S. 168.

6. Ebd., S. 166-169, 175.

7. Ebd., S. 238-245.

8. Organizational Report.

9. Ebd.

Marcel Bois:

Die KPD und der Faschismus

In den letzten Jahren der Weimarer Republik legten die verbliebenen Linkskommunisten ihr Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der immer stärker werdenden faschistischen Bewegung. Innerhalb weniger Jahre war Adolf Hitlers NSDAP von einer „irritierenden Randerscheinung“ der Weimarer Gesellschaft zu einer Massenpartei geworden. Hatten die Nationalsozialisten 1928 gerade einmal 2,6 Prozent der Wählerstimmen erhalten, so zogen sie 1930 mit einem Stimmenzuwachs von 5,6 Millionen als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein. Zwei Jahre später konnten sie ihre Stimmenzahl noch einmal mehr als verdoppeln und wurden mit 37,3 Prozent stärkste Kraft. Die SA, ihre paramilitärische Kampforganisation, wuchs auf etwa eine halbe Million Mitglieder an.

Unzweifelhaft ist diese Entwicklung nicht ohne die Weltwirtschaftskrise von 1929 zu erklären, deren Auswirkungen in Deutschland besonders deutlich zu spüren waren. In Folge der Krise gingen Tausende Firmen Bankrott und erhebliche Teile des Mittelstandes und der Bauern verarmten. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs von 1,3 Millionen im Jahr 1929 auf über sechs Millionen Anfang 1933. Jeder dritte Arbeitnehmer war ohne Beschäftigung.

Diese prekäre soziale Situation von Millionen führte zu einer politischen Massenradikalisierung, von der auch die Kommunisten profitierten. Zwischen 1928 und 1932 erhöhte sich ihre Wählerschaft von 3,3 auf 6,0 Millionen und die Zahl eingeschriebener KPD-Mitglieder nahm von knapp 125.000 (1929) auf 360.000 (1932) zu. Diese Erfolge ließen die KPD-Führung jedoch übersehen, dass die Hauptnutznießer der Krise nichts desto trotz die Nationalsozialisten waren. So erklärten sich die Kommunisten – von Selbstüberschätzung geblendet – nach der Reichstagswahl 1930 zum „einzig wahren Sieger“ – trotz der Verachtfachung der NSDAP-Stimmen.

Dahinter steckte ein völliges Unverständnis der Gefahr, die von den Nationalsozialisten für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung ausging. Es ist Lutze durchaus zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass die „Komintern und im Besonderen ihre deutsche Sektion, die KPD, [...] nicht in der Lage [waren], eine klare Definition des Phänomens Faschismus zu geben.“ Vielmehr ging die KPD-Führung geradezu inflationär mit dem Begriff um. Bereits mit den seit 1930 von Reichspräsident Hindenburg eingesetzten Präsidialkabinetten sah sie den Faschismus an der Macht. Auch alle anderen parlamentarischen Parteien bezeichnete sie als „faschistisch“: „Kampf gegen den Faschismus heißt Kampf gegen die SPD, genauso wie es Kampf gegen Hitler und die Brüningparteien heißt.“ Werner Hirsch, Thälmanns Sekretär, verwies darauf, dass es nicht Aufgabe der Kommunisten sei, „mit der blauen Brille einer Pseudo-Theorie nach irgendwelchen Unterschieden zwischen Demokratie

und Faschismus zu suchen.“

Besonders deutlich zum Ausdruck kam das Unvermögen der Kommunisten, das Phänomen Faschismus zu erfassen, in der so genannten „Sozialfaschismusthese“. Auf Kominternweisung erklärte die Parteispitze die Sozialdemokratie ab 1929 zum „Hauptfeind“, der die Arbeiter davon abhielte, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Eine Zusammenarbeit mit der SPD – auch gegen die Nationalsozialisten – lehnte sie daher ab: „Die Sozialfaschisten wissen, dass es für uns mit ihnen kein gemeinsames Zusammengehen gibt. Mit der Panzerkreuzerpartei, mit den Polizeisozialisten, mit den Wegbereitern des Faschismus kann es für uns nur Kampf bis zur Vernichtung geben.“

Tatsächlich gab es Begebenheiten, die es der KPD-Führung erleichterten, die Parteibasis von der Sozialfaschismusthese zu überzeugen. Der so genannte „Blutmai“ 1929 – als die vom Sozialdemokraten Karl Friedrich Zörgiebel geleitete Berliner Polizei dutzende kommunistische Demonstranten erschoss – trug sicher am symbolkräftigsten zur Vertiefung der Spaltung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung bei. Aber auch sonst schien die Politik der SPD die kommunistische These zu stützen. In der zweifelhaften Hoffnung, den Nationalsozialisten den Weg an die Macht zu versperren und die Weimarer Demokratie am Leben zu erhalten, verfolgte die Partei eine Politik des „kleineren Übels“: Sie unterstützte die Kandidatur des erzkonservativen Paul von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1932, tolerierte das autoritäre Präsidialkabinett der Kanzlers Heinrich Brüning, welcher neue Steuern erhob, staatliche Leistungen senkte und auf Lohn- und Gehaltssenkungen drängte, und duldete so „viele sachliche, politische und wirtschaftliche Entscheidungen, die ihrem politischen Programm entgegen liefen“ – und den Interessen ihrer Anhängerschaft.

Jedoch war die KPD nicht in der Lage, den vom Sozialabbau Betroffenen eine Alternative zur Politik der Sozialdemokratie anzubieten – im Gegenteil. Ihre hauptsächlich gegen die SPD gerichtete Rhetorik führte sie nicht nur in abenteuerliche Allianzen – 1931 unterstützte sie einen von Nationalsozialisten und Deutschnationalen initiierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung – sondern entfernte sie auch von den Massen. Zwar brachte ihre „ultralinke Politik [...] gewisse Erfolge, weil das verzweifelte Heer der Arbeitslosen sich ständig vergrößerte und viele radikalisierte Menschen ihre Hoffnung auf die KPD setzten.“ Doch außerhalb dieses Kreises sprach die Partei nur wenige Menschen an. Entgegen den Hoffnungen der Parteiführung kamen, wie eine neuere Wahlanalyse zeigt, „viele der Wähler, die zum ersten Mal ihre Stimme der KPD schenkten, nicht aus sozialdemokratischen Milieus.“ In den Betrieben waren die Kommunisten kaum

mehr präsent. Im Herbst 1932 machte der Anteil lohnabhängig beschäftigter Arbeiter an der Gesamtmitgliedschaft nur noch 11 Prozent aus. Einen ernsthaften Beitrag zur Verhinderung des Nationalsozialismus lieferte die „verwirrende Faschismus-Theorie“ der Kommunisten nicht. Vielmehr führte „diese Politik [...] schließlich zum Untergang der KPD.“ Wenige Monate nach der Machtübernahme Hitlers wurde die Partei verboten und tausende ihre Mitglieder – ebenso wie viele der von ihnen bekämpften Sozialdemokraten – in die ersten Konzentrationslager des NS-Regimes gesperrt.

http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte-69_2.pdf

Kapitel 5 aus der Arbeit „Im Kampf gegen Stalinismus und Faschismus. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik (1924-1933)“ – S. 99-101

(Fussnoten im Original)

